

24. VI. 1919

L40000

52

1919

24. VI. - 29. IX.

Immobilien Politik

36.

Die Frage der Kommunalisierung des Hausbesitzes.

Die Erklärung, mit der der Vorstand des Sozialdemokratischen Klubs im Gemeinderate die Ablehnung der Mietzinssteuer den Mitgliedern empfiehlt, enthält auch die Mitteilung, daß die Frage der Kommunalisierung des Wohnbodens und des Hausbesitzes bereits Gegenstand gründlicher Sachberatungen ist.

Nach Mitteilungen, die wir an unterrichteter Stelle eingeholt haben, wird die Angelegenheit im Sozialisierungsausschuß der Nationalversammlung im Zusammenhang mit den allgemeinen Sozialisierungsfragen beraten. Bereits in der nächsten Zeit soll eine Vorlage dem Magistrat übermittelt werden.

Die Gemeinde Wien arbeitet eigentlich bereits seit dem Jahre 1911 gewissermaßen im Sinne einer Sozialisierung des städtischen Bodens insofern, als sie Grundstücke, in städtischem Eigentum behält und im Baurechtswege verwertet. Eine besondere Vorlage könnte nur die Beschleunigung dieses Systems in die Wege leiten. Man denkt hierbei viellecht an die Einführung der reinen Grundwertsteuer an Stelle der seit dem Jahre 1881 gesetzlich eingeführten Ertragsteuer. Diese letztere wird vom Mietzins oder vom Ertrage des Grundstückes gerechnet. Die Praxis hat erwiesen, daß dieser Steuerart erhebliche Mängel anhaften, da der Grund, der brach liegt oder schlecht ausgenützt wird, weniger Erträgnis und mithin geringere Steuer zahlt, als der besser ausgenützte Boden. Im Interesse einer vernünftigen Wohnungspolitik, ebenso wie im Sinne einer gesunden Steuerreform soll aber alles auf das Beste ausgeüht werden.

Die reine Grundwertsteuer zieht jeden Grund, auch den unbesetzten, zur Steuerleistung heran und zwingt hiedurch den Besitzer, sein Grundstück möglichst rasch und gut zu verwerten, natürlich nach Maßgabe der durch die Bauordnung und die Verbauungsbestimmungen gegebenen Möglichkeiten.

Eine weitere Möglichkeit, die Sozialisierung von städtischem Grund und Boden durchzuführen, wäre wohl auch, den gesamten Grundbesitz als Eigentum der Stadt zu erklären und auf die Dauer der Baurechtsvergebung, das ist für 70 Jahre, dem bisherigen Eigentümer zur Benützung zu überlassen, der hierfür einen Bauzins zu zahlen hätte. Dies käme aber einer Konfiskation gleich.

Unter allen Umständen erfordern beide Maßnahmen die Anlegung eines Grundwertkatasters, an dem es bisher fehlt und dessen Herstellung mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen würde. Auch Uebergangsbestimmungen für eine Reihe von Jahren wären zu schaffen. Jedenfalls wäre aber bei der Grundwertsteuer der Boden für Kleinwohnungen viel geringer belastet als jetzt, während der kostbare Grund beispielsweise in der Innern Stadt in eine höhere Steuerklasse käme.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Montag, den 30. d., tritt um 9 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses die zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs unter dem Vorstehe Doktor Friedrich Adlers zusammen. Als vorläufige Tagesordnung hat der Reichsvollzugsausschuß vorgeschlagen: 1. Berichte; 2. das Organisationsstatut der Arbeiterräte; 3. die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterräte; 4. Anträge.

Der Entwurf des Organisationsstatuts wurde von uns bereits auszugsweise veröffentlicht. Außer den durch die Arbeiterräte gewählten Delegierten werden noch folgende Organisationen Vertreter mit beratender Stimme zu den Verhandlungen entsenden: Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei, der Parteivorstand der kommunistischen Partei, die Gewerkschaftskommission, der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung, der Reichsvollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr, der Zentralverband der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten, der Matrosenrat, die Organisation der liquidierenden Soldaten, das Frauenreichskomitee, der Verband der jugendlichen Arbeiter, der Zentralverband der Konsumvereine, die sozialistische Vereinigung geistiger Arbeiter, die ständige Delegation aller der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Angestelltenorganisationen. An der Tagung dürften etwa 240 Delegierte teilnehmen.

27. VI. 1919

Zweite Reichskonferenz der Arbeiter- räte Deutschösterreichs.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs
beginnt ihre Beratungen am

30. Juni um 9 Uhr vormittags

**im Sitzungsaal des ehemaligen Abgeordneten-
hauses.**

Eintritt für Delegierte nur von der Reichsrats-
straße (erstes Tor vom Rathause aus) über die Abgeord-
netenstiege. Die Mandate sind beim Eingang vor-
zuweisen.

Eintritt für Gäste nur von der Stadiongasse.

Gastkarten für die Galerie werden im Parla-
mentsgebäude nicht ausgegeben. Sie können nur
durch die Obmänner der Bezirksarbeiterräte bezogen werden
und in erster Linie für Mitglieder des Wiener Kreisarbeiterrates
und der Bezirksarbeiterräte bestimmt.

Die Obmänner der Bezirksarbeiterräte können die ihren
Bezirk zufallenden Karten Samstag den 28. d. im Sekretariat
des Vollzugsausschusses, Wien, V. Sonnenhofgasse Nr. 6,
beheben.

Namen und Adressen aller Delegierten sind sofort an
Karl Karl Heinz, Wien, V. Sonnenhofgasse Nr. 6, ein-
zusenden.

**Für den Reichsvollzugsausschub der Arbeiterräte
Deutschösterreichs:**

Josef Benisch,
Schriftführer.

Friedrich Adler,
Vorsitzender.

Der Abend
28. VII. 1919

A
28
—
5

Eine Kundgebung der Kommunisten.

Zur Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Die Kommunistische Partei veranstaltet am Montag eine Kundgebung vor dem Rathaus, für die heute in Wien folgendes Flugblatt verbreitet wurde:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am 30. Juni tritt in Wien die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs zusammen.

Proletarier! An euch liegt es, dieser Reichskonferenz euren Willen kundzugeben, damit sie entschlossen dahin wirkt, daß auch in Deutschösterreich die politische und wirtschaftliche Macht den bürgerlichen Ausbeutern entrissen werde und einzig und allein in die Hände des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes gelange. Nicht die Nationalversammlung, welche eure Forderungen nicht erfüllte und von der ihr auch weiterhin nichts zu erwarten habt, sondern die Reichskonferenz der Arbeiterräte soll sich allein als eure höchste politische und wirtschaftliche Instanz erklären. Proletarier Wiens! Erscheint alle zahlreich zu einer würdigen und ruhigen Massenkundgebung am 30. Juni um 6 Uhr nachmittags auf dem Rathausplatz und richtet dort an die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs die Aufforderung, das Ihrige zu tun, auf daß Deutschösterreich zur Räterepublik werde.

Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs.

Eine neue Aktion der Friedländer-Bettelheim-Wertheimpartei.

Am kommenden Montag abermaliger Versuch zur Ausrufung der Räte-diktatur! — Bei Gelegenheit der Adlerschen Reichskonferenz.

In den „Wiener Stimmen“ wurde gestern auf das Bedenkliche der Tatsache verwiesen, daß die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Arbeiterräte für ihre bevorstehende Tagung den ehemaligen Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses mit Beschlag belegen konnte und zwar zur gleichen Zeit, in der die nach Adler auf „Zusammenfall der Arithmetik“ beruhende Nationalversammlung im gleichen Gebäude im Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses tagt. Es wurde gleichzeitig auf die bei aller Meinungsverschiedenheit über taktische Fragen unabweisbare Gemeinsamkeit der Ziele der sozialdemokratischen Partei (wenigstens der Adlergruppe) und der kommunistischen Partei sowie auf die nicht

geringer zu wertende Stammesgenossenschaft der Führer beider Gruppen aufmerksam gemacht.

Und das Uhrwerk funktioniert denn auch vorzüglich! Gestern früh erschien die Verlautbarung über die Einberufung der Adlerschen Reichskonferenz ins Parlament,

heute sind in Wien bereits überall Aufrufe der kommunistischen Partei angeschlagen, welche dazu auffordern, die schöne Gelegenheit der Reichskonferenz dazu zu benutzen, um die Räte-diktatur über Deutschösterreich zu verhängen

In der schon gewohnten Weise werden „die Proletarier Wiens“ aufgefordert, am Montag den 30. d. 6 Uhr abends zu einer „Massenfundgebung vor dem Rathaus“ zusammenzukommen, um die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs aufzufordern, das Ihrige zu tun, daß Deutschösterreich zur Räterepublik werde. In dem Aufruf der Friedländer, Bettelheim, Wertheim und Genossen heißt es weiter: „Proletarier! An euch liegt es, dieser Reichskonferenz euren Willen kundzugeben, damit sie entschlossen dahin wirken, daß auch in Deutschösterreich die politische Macht den bürgerlichen Ausbeutern entzogen werde und einzig und allein in die Hand des arbeitenden Volkes gelange. Nicht die Nationalversammlung, welche eure Forderungen nicht erfüllt und von der ihr auch wirklich nichts zu erhoffen habt, sondern die Reichskonferenz der Arbeiterräte, sollen sich allein als eure höchste politische und wirtschaftliche Instanz erklären.

Das heißt:

Die Wählerchaft soll nichts mehr zu sagen haben, soll politisch enteignet und einer Diktatur der Bettelheim, Wertheim, Friedländer, Adler und Genossen unterworfen werden. Eine Judenherrschaft, ähnlich jener von Budapest, soll in Wien aufgerichtet werden.

Wie stellt sich die Regierung zu diesen Vätern? Was sagt Dr. Adler und was sagen diejenigen dazu, welche der Reichskonferenz der Adlerschen Räte das Parlament eingeräumt haben?

Soll von Wien, sei auf der Gut, ehe es zu spät ist!

Die Gemeinderatswahlen in Nieder- österreich.

Es werden uns folgende weitere Ergebnisse berichtet:
 Obergrafendorf: 11 Christlichsoziale, 1 Deutschnationaler, 6 Sozialdemokraten; Stattersdorf: 6 Christlichsoziale, 12 Sozialdemokraten; Pottenbrunn: 8 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten; Ambach: 9 Bürgerliche, 1 Sozialdemokrat; Würmla: 14 Christlichsoziale; Raasdorf: 8 Christlichsoziale, 4 Sozialdemokraten; Dillern: 12 Christlichsoziale; Ybbs: 6 Christlichsoziale, 4 Deutschnationale, 8 Sozialdemokraten; Neumarkt: 6 Christlichsoziale, 3 Deutschnationale, 5 Sozialdemokraten; Wieselburg: 10 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten; Weinzierl: 7 Bürgerliche, 3 Sozialdemokraten; St. Andrä v. d. S.: 4 Christlichsoziale, 5 Deutschnationale, 3 Sozialdemokraten; Freundorf: 10 Christlichsoziale; Baumgarten: 10 Christlichsoziale; St. Veit: 9 Christlichsoziale, 2 Bürgerliche, 11 Sozialdemokraten; St. Georgen a. R.: 8 Christlichsoziale, 4 Sozialdemokraten; Gerolding: 6 Christlichsoziale, 6 Sozialdemokraten; Frankenfels: 10 Christlichsoziale, 1 Deutschnationaler, 3 Sozialdemokraten; Herzogenburg: 7 Bürgerliche, 9 Sozialdemokraten; Dillersbach: 11 Christlichsoziale, 1 Sozialdemokrat; Kirchstetten: 7 Christlichsoziale, 5 Sozialdemokraten; Haunoldstein: 8 Christlichsoziale; 2 Deutschnationale, 2 Sozialdemokraten; Pyhra: 15 Bürgerliche, 7 Sozialdemokraten; Guratsfeld: 14 Christlichsoziale; Schwarzenbach a. d. P.: 8 Christlichsoziale, 1 Deutschnationaler, 3 Sozialdemokraten; Eichenau (Bez. St. Pölten): 10 Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten; Stephanshart: 14 Christlichsoziale; Ybbsitz: 12 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten; Sonntagberg: 10 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten; Strengberg: 13 Christlichsoziale, 3 Sozialdemokraten; Ober-Mainau: 12 Christlichsoziale; Karlstetten: 7 Christlichsoziale, 4 Deutschnationale, 3 Sozialdemokraten; Drißberg: 5 Christlichsoziale, 2 Deutschnationale, 3 Sozialdemokraten; Kirchberg a. W.: 3 Christlichsoziale, 7 Deutschnationale, 2 Sozialdemokraten; Eggenburg: 8 Christlichsoziale, 5 Festbesoldete, 3 Wirtschaftsparteiler, 2 Sozialdemokraten; Heidenreichstein: 7 Wirtschaftspartei, 4 Volkspartei, 5 Sozialdemokraten; Spitz a. d. D.: 7 Christlichsoziale (374 St.), 3 Deutschnationale (187), 4 Sozialdemokraten (205); Groß-Pertholz: 10 Christlichsoziale, 4 Deutschnationale; Jenzelsdorf: 4 Christlichsoziale, 6 Deutschnationale. In Mauer bei Wien wurden auf die vereinigte Liste 978, auf die sozialdemokratische 909 Stimmen abgegeben. Beide Parteien erhielten je 12 Mandate.

Die zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Die Arbeiterräte sind aus der Not der Zeit geborene Kampfinstrumente des klassenbewußten Proletariats. Nach mancherlei tastenden Versuchen prägt sich die Eigenart, die diese neue Organisationsform der Arbeiterklasse in Deutschösterreich gewonnen, immer deutlicher und rascher aus. In den Stürmen des Jännerstreiks entstanden, waren die Arbeiterräte zunächst nur Lokalinstitutionen. Erst die Reichskonferenz, die im Anfang März tagte, bahnte die Zusammenfassung und planmäßige Organisierung an. Sie beschloß die Neuwahlen aller Ortsarbeiterräte, die Neugründung von solchen in industriellen Orten, die bisher keinen Arbeiterrat besaßen, und verlangte zugleich, daß nach Erledigung der Neuwahlen raschestens die Einberufung einer neuen Reichskonferenz zur definitiven Regelung der Fragen der Organisation und Aktion stattfinde.

Die Wahlen für die Arbeiterräte boten ungeahnte Schwierigkeiten. Das Interesse für die neue Institution war gewaltig gewachsen und es wünschten Schichten in den Arbeiterräten vertreten zu sein, die bisher keine Fühlung mit der sozialistischen Bewegung befundet hatten. Die ungeheure Arbeitslosigkeit bedingte eine besondere Vertretung der Arbeitslosen, deren Wahlen schwer lösbare Probleme darboten. Schließlich gelang es, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden, und man darf wohl sagen, daß wohl in keinem Lande, wo es Arbeiterräte gibt, diese aus so geordneten Wahlen hervorgegangen sind wie in Deutschösterreich. Unsere Arbeiterräte sind heute schon besser fundiert als die in Deutschland, und sie werden, wenn das neue Organisationsstatut, das den Mittelpunkt der Beratungen der Reichskonferenz bilden wird, in Kraft tritt, ein vollkommen getreues Spiegelbild des kämpfenden Proletariats darstellen.

Der Entwurf des Organisationsstatuts, den der Reichsvollzugsausschuß der Konferenz vorlegt, beseitigt vor allem den Uebelstand, daß in manchen Fällen die Arbeiter von Großbetriebern nicht den vollen ihrer Zahl entsprechenden Einfluß auf die Wahl der Arbeiterräte üben, also gegenüber denen von Kleinbetrieben benachteiligt sein können. Das neue Statut schafft eine vollkommen proportionale Vertretung und überwindet die Schwierigkeit, aus der jener Uebelstand hervorgegangen war, indem es für die Arbeiter in Wien und außerhalb Wiens einen verschiedenen Wahlschlüssel vorschlägt. Dieser verschiedene Schlüssel gilt jedoch nur für die Ortsarbeiterräte. Dort aber, wo Vertreter von Wiener Arbeitern mit denen der Provinz zusammenarbeiten, wie etwa gerade bei der Reichskonferenz, ist der Wahlschlüssel selbstverständlich der gleiche.

Die heftigsten Debatten wurden innerhalb der Arbeiterräte darüber geführt, wie die Verbindung mit den übrigen Organisationen des Proletariats stattzufinden habe. Gegenwärtig geschieht dies durch Delegierte, die diese Organisationen entsenden. Der Wunsch, daß die Arbeiterräte vollkommen autonom seien, daß ihnen von außen keine Vertreter aufgedrängt werden dürfen, daß der Wille der Arbeiterratswähler allein entscheiden soll, wer Mitglied des Arbeiterrates werden kann, macht es notwendig, das Delegationsrecht auf die Vertreter anderer Räte — der Soldaten- und eventuell der Bauernräte — zu beschränken. Andererseits konnte auf die Verbindung mit den anderen Organisationen des Proletariats nicht verzichtet werden, ohne eine ernste Schädigung der Arbeitsfähigkeit der Arbeiterräte herbeizuführen. Der Reichsvollzugsausschuß schlägt daher vor, daß künftighin in den Betrieben nur die in ihnen Beschäftigten als Arbeiterratsmitglieder wählbar sein sollen, also Kandidaturen Außenstehender unmöglich sind. Dagegen steht es den Arbeiterräten frei, Mitglieder zu kooptieren, jedoch höchstens bis zu zwanzig Prozent der aus der

Urwahl Hervorgegangenen. Diese kooptierten Mitglieder werden die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die anderen. Diese Bestimmung scheint das Problem, für das es ja eine absolut vollkommene Lösung leider nicht geben kann, am zweckentsprechendsten zu lösen.

Die Einführung des Rechtes der *Reberufung* der Arbeiterräte, die auf die Initiative eines Zehntels der Arbeiterräte eines Betriebes in die Wege geleitet werden muß, bewirkt den fortwährenden innigen Kontakt zwischen den Arbeitern und den von ihnen gewählten Räten.

Das Organisationsstatut wird voraussichtlich den Gegenstand einer umfangreichen Debatte bilden, aber es besteht die große Aussicht, daß sich eine Einigung der Konferenz über die so wichtigen organisatorischen Grundlagen ergeben wird. Schwieriger werden die Debatten über den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“ sein. Dabei werden die Unterschiede in der Einschätzung der Möglichkeiten der Entwicklung, wie sie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und zwischen den verschiedenen Strömungen in jeder dieser Parteien bestehen, deutlich zu Tage treten. Die gründliche Aussprache über die uns alle auf das heftigste bewegenden Fragen unserer politischen Zukunft ist notwendig und nützlich. Daß diese Aussprache zwischen allen sozialistischen Richtungen im Proletariat erfolgen kann, ist ein nicht hoch genug einzuschätzender Vorteil, den die Organisation in den Arbeiterräten bietet.

Nachdem traurigerweise durch Abspaltung einzelner Gruppen die vollkommene Einheitsfront des Proletariats in Deutschösterreich nicht mehr besteht, ist es ein wahres Glück, daß in den Arbeiterräten der gemeinsame Boden besteht, auf dem die verschiedenen Richtungen innerhalb des Sozialismus miteinander beraten können. Wollen wir hoffen, daß die Arbeiterräte immer mehr auch ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats werden. In diesem Sinne begrüßen wir die Reichskonferenz der Arbeiterräte und hoffen, daß sie einen großen Schritt vorwärts mache in der Richtung der Erhöhung der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse Deutschösterreichs.

Rätekonferenz und Nationalversammlung.

Gleichzeitige Tagung im Parlament.

Seit dem Einlangen der Friedensbedingungen von Saint-Germain und der Protestkundgebung der Nationalversammlung gegen den Gewaltfrieden ruht die Arbeit im Parlament. Die Parteien waren stillschweigend übereingekommen, für die Zeit der Friedensverhandlungen einen politischen Waffenstillstand zu halten und allem aus dem Wege zu gehen, was irgendwie die Gegensätze verschärfen könnte. Für die kommende Woche erwartet man die noch ausstehenden finanziellen Friedensbedingungen: Hauptauschuß und Nationalversammlung waren zu diesem Zwecke einberufen worden. Ob die wesentlichen Bedingungen bis Dienstag zur Stelle sein werden, erscheint indes noch zweifelhaft. Der am Dienstag zusammentretende Hauptauschuß wird daher nur den Bericht des Staatssekretärs Dr. Bauer über die auswärtige Politik, weiter den Bericht des Obmannes der Kommission für Kriegsgefangenenfürsorge Doktor Schöpfer entgegennehmen und im übrigen sich mit der Geschäftseinteilung für die Hausführung befassen. Die Nationalversammlung selbst, die Mittwoch nachmittags zusammentritt, wird zunächst ein Komitee für den Abau der Zentralen wählen und einige dringende Gesetze verabschieden.

Während Hauptauschuß und Nationalversammlung, die in den Räumlichkeiten des gewesenen Herrenhauses tagen, ein politisch recht farbloses Programm absolvieren, wird im linken Flügel des Parlamentsgebäudes im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses eine hochpolitische Versammlung stattfinden. Montag vormittags beginnt nämlich, wie schon gemeldet, die Tagung der Reichskonferenz der Arbeiterräte

unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Fritz Adler. 240 Delegierte aus Deutschösterreich nehmen daran teil, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten. In den Kreisen der bürgerlichen Abgeordneten wurde vielfach darauf hingewiesen, daß die Sitzungssäle des Parlaments bisher nur für sachliche Beratungen, nicht aber für solche politischer Parteien zur Verfügung gestellt wurden. Wenn von diesem Grundsatz nunmehr abgegangen werde, so müsse das Haus künftig auch den anderen Parteien zu ihren Versammlungen überlassen werden. Auch war es bisher üblich, daß Versammlungen von anderen Körperschaften im Parlament nur zu einer Zeit stattfanden, wenn die Volksvertretung nicht tagte. Am Mittwoch versammelt sich die Nationalversammlung, am Montag die mehrere Tage währende Rätekonferenz; für Montag nachmittags haben die Wiener Kommunisten eine Versammlung in die unmittelbare Nähe des Parlamentes einberufen, welche dahin wirken soll, daß in Deutschösterreich eine Räterepublik eingeführt und die Nationalversammlung sowie die geltende Verfassung beiseite gesetzt werden.

Von sozialdemokratischer Seite wird indes erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht gesonnen sei, sich auf ein Experiment, wie es die Einführung der Räterepublik wäre, einzulassen. Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß eine Räterepublik infolge der drohenden Lebensmittelperré des Auslandes und der Länder die Lage der ganzen Bevölkerung, die Arbeiterschaft inbegriffen, noch bedeutend verschärfen und darum einer Räterepublik in Deutschösterreich ein rasches Ende bereiten würde. Diese Ueberzeugung wird von den Sozialdemokraten der Länder geteilt und man nimmt insolgedessen an, daß ein Versuch der Kommunisten, jetzt eine Räterepublik in Deutschösterreich aufzurichten, von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Rätekonferenz verworfen würde.

Uebrigens haben die bäuerlichen und städtischen Abgeordneten der Länder keinen Zweifel gelassen, daß sie eine Räterepublik in Wien mit der Loslösung von der Hauptstadt beantworten würden. Die Erschwernisse der Eintreibbewilligungen in die Länder sind zum Teile auch darauf zurückzuführen, daß die Länder nicht gewillt sind, einer kommunistischen Herrschaft Vorjamb zu leisten. Allein auf sich angewiesen, könnte Wien aber nicht existieren. Unter den bürgerlichen Abgeordneten wurden auch Stimmen laut, die im Notfalle für die Verlegung der Nationalversammlung nach einer Landeshauptstadt, etwa Salzburg, eintreten.

Die nächsten Tage werden jedenfalls Klarheit bringen.

Deutsch-Oesterreich.

Kommunismus und Friedensbedingungen.

Wien, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Die chronische Kommunistenfurcht ist wieder hochgradig akut geworden infolge der für die morgige Tagung der Arbeiterräte angesagten kommunistischen Kundgebung, zu der in wilden Proklamationen aufgefodert wird. Die Gerüchte wollen wissen, daß die sozialdemokratische Parteileitung sich von der Unmöglichkeit weiteren Widerstandes gegen die Räterepublik überzeugt habe und damit auch die Volkswehr für deren Ausrufung gewonnen sei. Selbst wenn das der Fall wäre, hätten die unmittelbaren Befürchtungen keinen Grund, denn eine von der Sozialdemokratie selbst eingerichtete Räterepublik wäre etwas ganz anderes als der Bolschewistenstaat. Freilich würde früher oder später auch innerhalb dieser Diktatur der Minderheit der radikale Flügel die Herrschaft erlangen, aber fürs Erste wären Gewalttätigkeiten wohl ausgeschlossen. Außerdem steht es aber gar nicht so, daß die sozialdemokratische Partei sich in ihrer Mehrheit schon für die Räterepublik entschieden hätte. Ganz im Gegenteil. In einer Artikelserie der „Arbeiterzeitung“ über die Weltrevolution, die von Otto Bauer selbst herrührt, wird mit zwingender Logik nachgewiesen, daß die Räterepublik mitten in Europa das Verderben desjenigen Staates bedeuten würde, der sich auf ein solches Abenteuer einlasse und Otto Bauer ist nach wie vor der leitende Kopf der Partei. Er nennt den Bolschewismus die politische Form des Staatsbankrotts.

Es hängt also lediglich von den Friedensbedingungen ab, ob Deutsch-Oesterreich in den Bolschewismus hineinsürzt. Wenn man den jüngsten Meldungen aus Paris glauben darf, soll dort doch das Verste vermieden worden sein, und es heißt, der § 49 der Friedensbedingungen, der den Nationalstaaten die Konfiskation des deutsch-oesterreichischen Privateigentums gibt, sei schon gestrichen. Hat man also keinen Grund den übertriebenen Befürchtungen für die nächsten Tage Glauben zu schenken, so kann man doch nicht leugnen, daß die Stimmung sich zusehends verschlechtert. Es werden auch unzweifelhaft Fehler gemacht. Es fehlt an der nötigen Energie gegen die ganz offen mit ungeheuren Geldmitteln betriebene Propaganda der Ungarn.

Unzufriedenheit erregt es auch vielfach, daß Wien und Deutsch-Oesterreich, die es doch ablehnen, Nachfolger und Erben der ehemaligen Monarchie zu sein, mit den Flüchtlingen aus allen ihren Ländern belastet werden, von denen namentlich die Galizianer als Zwischenhändler das Leben verteuern, das stabilisiert unerfreulich verändern und einer wüsten Pogromhete der antisemitischen Organe täglich neue Nahrung zuführen. Die Tschechoslowaken haben sich rücksichtslos binnen 24 Stunden ihrer Galizianer entledigt. So einfach liegt nun das Problem nicht; denn angesichts der polnischen Pogrome wäre eine gewaltsame Abschiebung der unglücklichen Leute eine große Härte. Daß aber das Auftreten dieser fremden und in ihrer Mehrzahl unerwünschten Elemente in der ohnehin überfüllten und in Nahrungsmittelnot lebenden Stadt die Mißstimmung steigert, ist leider nicht zu bestreiten.

Die Kommunisten.

Wieder eine Versammlung vor dem Rathause.

Die Kommunistische Partei trifft Vorbereitungen zu einer neuen Kundgebung. In den Straßen Wiens wurden gestern große, rotumranderte Plakate angeschlagen, in denen zur Teilnahme an einer Massenversammlung aufgefordert wird, die Montag, 30. d., um 6 Uhr abends vor dem Rathause stattfindet. In dem Plakat wird darauf verwiesen, daß in den nächsten Tagen die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs zusammentritt, um wichtige Fragen zu erörtern.

Es habe sich — heißt es weiter — gezeigt, daß das Proletariat von der Nationalversammlung nichts zu erwarten habe, daß alle aufgestellten Forderungen

unbefriedigt geblieben. Nun sei Zeit, in einer würdigen und ruhevollen Kundgebung auszusprechen, daß das Proletariat unbeirrt an dem Grundsatz festhalte, alle Macht den Räten zu übertragen. Es möge daher der Anlaß des Zusammentrittes der Reichskonferenz benützt werden, um darzutun, daß die organisierten Massen nach wie vor die Räteregierung fordern. Das Plakat trägt die Unterschrift: „Kommunistische Partei Deutschösterreichs“.

Die Ankündigung der Versammlung erregt lebhaftes Aufsehen, da die Reichskonferenz der Arbeiterräte an dem gleichen Tage im nahen Parlamentsgebäude tagen wird. Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs beginnt ihre Beratung am 30. d. um 9 Uhr vormittags im Sitzungssaale des ehemaligen Abgeordnetenhanfjes.

Der Gesandtschaftsbeamte Ernő Steiner.

Der ehemalige Buchbindergehilfe, ungarische Soldatenrat usw. Ernő Steiner ist vor einigen Wochen im „Hotel Continental“ verhaftet, vor einigen Tagen aber, wie gemeldet, wieder enthaftet worden. Man fand bei ihm bares Geld, Wertpapiere, goldene Tabakeren und andere Schmuckgegenstände im Gesamtwerte von ungefähr drei Millionen, die beschlagnahmt wurden. Es bestand damals der Verdacht, daß er diese Werte im Auftrage der Räteregierung hiehergeschmuggelt hatte, um sie kommunistischen Propagandazwecken zuzuführen. Er selbst bestritt dies aber und erklärte, daß er im Auftrage verschiedener Budapester Bürger diese Werte der Vermögensbeschlagnahme durch die Räteregierung entziehen wollte. Im Landesgerichte wurde gegen den Millionen schmuggler eine mehrwöchige Untersuchung geführt, bis er — wie schon erwähnt — kürzlich unter Einstellung des Verfahrens wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Es ist damals gegen Steiner ein Ausweisungsbefehl erlassen worden, aber gleichzeitig wurde ihm zur Ordnung von Privatangelegenheiten eine kurze Aufenthaltbewilligung erteilt.

Diese Privatangelegenheit hat Ernő Steiner nun noch immer nicht geordnet, denn er befindet sich noch immer in Wien und wohnt hier in einem Hotel im zweiten Bezirk. Der Ausweisungsbefehl ist nicht in Rechtskraft erwachsen, denn der gewesene Buchbindergehilfe, Soldatenrat und Millionenschmuggler gilt jetzt als — Beamter der ungarischen Gesandtschaft in Wien. Tatsächlich amtiert er auch in der Gesandtschaft, fährt viel in Autos und erklärt, daß ihm die seinerzeit abgenommenen Gelder, Wertpapiere und Schmuckgegenstände wieder ausgefolgt worden. Die finanzamtliche Untersuchung wegen Schmuggels sei ebenfalls zu Ende geführt worden und er habe die ihm auferlegte Geldstrafe von 45.000 K. bar erlegt. Als Gesandtschaftsbeamter genießt Ernő Steiner, der sich in Wien offenbar wohl fühlt, natürlich das Recht der Exterritorialität.

Niederösterreichischer Landtag.

Die heutige sechste Sitzung des niederösterreichischen Landtages wurde mit einem Nachruf für den verstorbenen Abgeordneten Anderle eröffnet. Aus den hierauf verlesenen Anträgen und Anfragen fallen zwei besonders ins Auge.

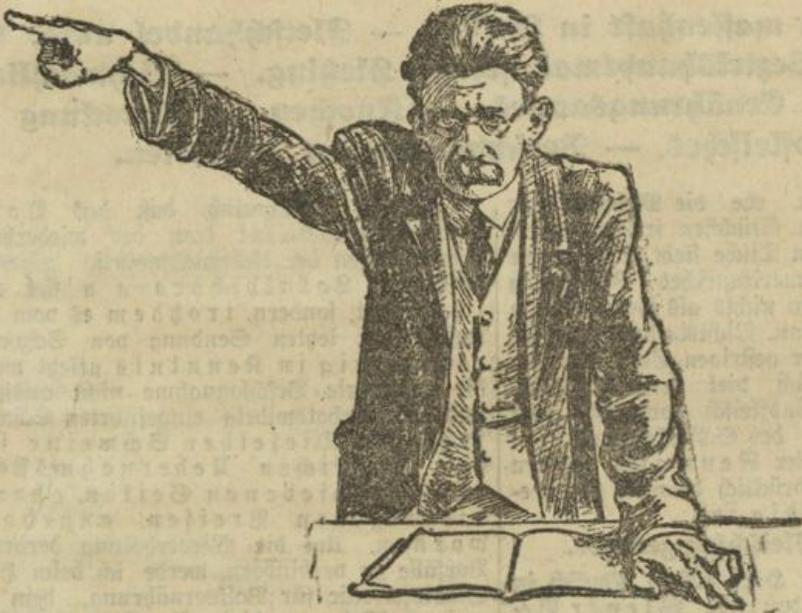
Die Ungarn suchen in Niederösterreich Lebensmittel.

Die Abgeordneten Prof. Mittermann und Genossen fragen an, ob dem Landeshauptmann bekannt ist und was er dagegen zu tun gedenke, daß Sendlinge der Budapester Räteregierung in Niederösterreich die Ernte ganzer Dörfer auf dem Salme aufkaufen und mit Mühlenbesitzern förmliche Verträge zwecks Vermahlung der Ernteträge abschließen.

Eine zweite Anfrage der Abg. List und Genossen hat folgenden Wortlaut: Zeitungsberichten zufolge hat Staatssekretär Eidersch erklärt: „Die Errichtung der Räterepublik ist jetzt nicht möglich, wenn Sie sie aber hier beschließen, so werde ich mich fügen... Fassen Sie einen Beschluß, und es wird die Gewalt, die jetzt gegen die Kommunisten angewendet werden muß, dem Proletariat zur Verfügung stehen.“ Wir fragen daher erstens: Entsprechen die oben erwähnten Zeitungsmeldungen den Tatsachen, wenn ja, ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Staatsregierung gegen diese bedenkliche Äußerung des Staatssekretärs Eidersch Einbruch zu erheben?

Dr. Friedrich Adler.

(Zeichnung von Franz Fisch)



„Jeder, der dem Proletariat sagen wird, es wird besser,
wenn das Proletariat heute die Herrschaft im Staate
ergreift, betrügt sich selbst oder betrügt andere.“

3./VII. 1919

Die kommunistischen Umtriebe.**Anfrage der Großdeutschen Vereinigung.**

Die Abgeordneten der Großdeutschen Vereinigung haben eine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Putschversuche der Kommunisten am 12. November 1918, am Gründonnerstag und am 15. Juni verweisen, die alle von einigen wenigen Leuten veranlaßt wurden und die von der großen Masse der Wiener Bevölkerung entschieden verurteilt werden. In der Anfrage heißt es dann weiter:

Die Regierung ist von einer Passivität, von einer Nachsicht diesen gewissenlosen Menschen gegenüber, die es durchaus begreiflich erscheinen läßt, daß sich die Führer der kommunistischen Partei in ihrer Haltung ermutigt fühlen und überzeugt sind, daß bald die Zeit kommen werde, diese schwächliche Regierung und die schwächlichen sozialdemokratischen Staatsfunktionäre, die von den Kommunisten verachtet werden, zu stürzen und durch eine kommunistische Diktatur zu ersetzen. Durch ihre schwächliche Haltung gelegentlich der beiden ersten Gewalttaten hat die Regierung die neuerliche Gewalttat am 15. Juni heraufbeschworen. Die nunmehrige Passivität der Regierung läßt weitere Gewalttaten erwarten. Wenn die Regierung nicht endlich die Entschiedenheit zeigt, Ruhe und Ordnung im Innern und die Achtung vor dem Gesetz wiederherstellen, muß der ganze Staat mit allen seinen Staatsbürgern ins größte Elend kommen. Die Verhältnisse erfordern eine feste und aufrechte Haltung der Regierung.

Schließlich werden folgende Anfragen gestellt:

1. Ist die Regierung geneigt, ihr Verhalten anlässlich der Gewalttätigkeiten der Kommunisten in Wien zu rechtfertigen?
2. War die Verhaftung der Kommunisten am Vorabend durch die Verhältnisse begründet und notwendig?
3. Hat die Regierung die gerichtliche Verfolgung der Urheber der Gewalttaten, die für die Todesopfer verantwortlich sind, veranlaßt?
4. Wie rechtfertigt der Staatssekretär des Innern seine Stellungnahme im Kreisarbeiterrat und seine Erklärung, daß er Aufträge des Kreisarbeiterrates erwartet?
5. Ist sich die Regierung dessen bewußt, daß durch ihre schwächliche Haltung dem gewalttätigen Vorgehen der Kommunisten gegenüber das Ansehen Deutschösterreichs im In- und Ausland schwer geschädigt wurde und neuerliches Blutvergießen und Gewalttätigkeiten der Kommunisten heraufbeschworen werden?

4. / VII. 1919

25

Niederösterreichischer Landtag.

Im Einlauf der heutigen Sitzung befindet sich eine Anfrage **Beirer** wegen angeblich eigenmächtiger Befehung von zwei Bauerngütern im Sollgraben durch die Volkwehr von **Krautkirchen**. Ferner eine Anfrage **Bi** gegen die Erklärung, die **Eldersch** im Kreisarbeiterrat abgegeben hat, worin er erklärt, daß die Errichtung der Räterepublik jetzt nicht möglich ist, wenn aber der Kreisarbeiterrat sie beschliesse, werde er sich fügen. **Dr. Ellmann** wendet sich in einer Anfrage gegen die Fortführung des **Wienerwaldes** durch planloses Abholzen durch unbefugte Personen. In einer Anfragebeantwortung wegen des Gehaltes der Lehrersubstituten teilt **Landesrat Karl Müller** mit, daß jenen **Beirersubstituten**, die eingerückt waren, die Hälfte ihrer Bezüge gewährt werden soll. Ferner werde der Frage nähergetreten werden, in welchem **Masstab** ihnen die Kriegszeit einzurechnen ist.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das

Darlehen von vier Millionen Kronen an den Krankenanstaltenfonds.

Den Bericht erstattet **Abgeordneter Klein**, der mitteilt, daß der monatliche Betriebsabgang vier Millionen betragen habe, der sich aber immer noch erhöht. Zur Sanierung wird wahrscheinlich eine **Sanitätsgebühr** in der Form der progressiven Einkommensteuer geschaffen werden. Der **Finanzausschuß** beantragt eine Resolution, in der die Regierung dringendst aufgefordert wird, die Finanzierung des Fonds in Angriff zu nehmen, da das Land nicht mehr in der Lage ist, unverzinsliche Darlehen zu gewähren. **Landeshauptmannstellvertreter Widholz** schildert den Ernst der Situation. Es wird demnächst eine Kollegialberatung mit den Staatsämtern für Finanzen und für soziale Verwaltung sowie mit dem **Bürgermeister** stattfinden. Es muß wenigstens jener Teil der Schuld, der durch den Krieg entstand, von der Regierung übernommen werden. Im Juni und Juli beträgt das Defizit schon je acht **Millionen**. In den **Wiener Spitälern** sind etwa 1500 Kranke aus der **Provinz Niederösterreich** und 2000 **Ausländer** **Er** wäre verlockend, wenn unsere Freunde draußen von diesem Gesichtspunkt aus die Versorgung **Wiens** betrachten würden. **Landeshauptmannstellvertreter Steiner** verweist darauf, daß der Abgang jetzt schon mehr als 90 Millionen beträgt. Die Abschneidung der Lebensmittel und der Kohle durch **Tschechoslowaken**, dessen Angehörige in so großer Zahl in **Wiener Spitälern** sind, ist herzlos. **Niehl** (deutschgelb) spricht sich gegen die unentgeltliche ambulatorische Behandlung von Fremden in den **Wiener Spitälern** aus. **Dr. Ellmann** (Sozialdemokrat) ist nicht nur aus humanitären, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dagegen. Wenn wir die Ambulatorien sperren, unterbinden wir die Lebensader der Kliniken; was wir für diese Zwecke ausgeben, rentiert sich hundertfach. Wir müssen die Gründe für den **Ausbau der Kliniken** sicherstellen: die Realität des **Garnisonsspitals**, des **Offiziersspitals** und eventuell des **Bürgererversorgungshauses**. Das müssen wir als **Bedingung** für die **Sanierung** des **Krankenanstaltenfonds** aufstellen. (Beifall.) Der Berichterstatter **Klein** hebt in seinem Schlusswort hervor, daß die **Krankenkassen** die kreditkräftigsten Kunden der **Krankenanstalten** waren. Für den Teil des Defizits, der durch das **Militär** verursacht wurde, kann das Land nicht aufkommen. Die Anträge des Referenten werden hierauf **angenommen**.

Hierauf berichtet **Landesrat Karl Müller** über einen **Aufschaffungsbeitrag** für die **Landesangestellten und Lehrpersonen**.

Die **Lehrer** des **flachen Landes** sind geradezu die **Parias** unter **allen Festbesoldeten**. Der Antrag wird **angenommen**. Dann berichtet **Müller** über die

Gehaltsregulierung der Wiener Lehrer

und die **Entlohnung** des **Religionsunterrichts**. Er bemerkt dazu, er habe nur den Wunsch hinzuzufügen, daß auch die **Lehrer** des **flachen Landes** möglichst rasch ihre Wünsche erfüllt sehen. Als dann **Schluss** der **Debatte** beschlossen wird, protestiert

der **Deutschnationale Bierhanmer** gegen die „**Durchpeitschung**“ und beantragt, daß das **Gesetz** erst mit einem **Gesetz** über das **Dienstinkommen** der **Lehrer** des **Landes** in Kraft treten soll. Als **Hellmer** ihm zuruft, daß die **Landeslehrer** auch ohne diesen demagogischen Antrag zu ihrem **Recht** kommen werden, sagt der **edle Deutschnationale**: Wenn nur die **Wiener** ihre **Regulierung** haben! Auf einen **anderen Zwischenruf** redet er sich damit aus, daß er **vergewaltigt** worden sei! Weil er also nicht zu Wort kam, sollen die **Wiener Lehrer** warten. Und eine solche Erklärung, die klar zeigt, daß der Antrag eine **plumpe Demagogie** war oder eine bewußte **Schädigung** der **Wiener Lehrer**, glaubt er noch öffentlich vorbringen zu können.

Zum **Schluss** kam

noch eine deutschnationale Demagogie.

Der **Deutschgelbe Niehl** stellte einen **Dringlichkeitsantrag** auf **Nichtanerkennung** der **Angelobung** der **töchechischen Abgeordneten**. Bei der **Begründung** der **Dringlichkeit** sprach er aber über alles eher als über die **Dringlichkeit**, so daß ihm der **Landeshauptmann Sever** nach **mehrfachen Ermahnungen** das **Wort entzog**. Die **Dringlichkeit** des **Antrages** wurde **abgelehnt**.

Arbeiterräte bei Dr. Schumpeter.

Gestern erschien eine Abordnung des Reichsarbeiterrates bei Staatssekretär Dr. Schumpeter, der den Erschienenen Aufklärungen über die Finanzlage des Staates gab. Im Kriege ist es gelungen, temporär aus der Industrie viel herauszuholen, aber heute ist unsere Industrie erschöpft. Die finanzpolitische Situation ist dadurch charakterisiert, daß wir eine Volkswirtschaft ohne Produktionsmittel sind. Bis zum Wiederaufleben der Produktion muß aber die Bevölkerung leben, was nur durch Zuschüsse aus dem Auslande geschehen kann. Die größte Schwierigkeit liegt darin, daß wir Austauschprodukte vor allem wegen des Rohstoffmangels nicht erzeugen können und daher die importierten Nahrungsmittel bar bezahlen müssen. Da unsere Volkswirtschaft sozusagen auf Pump lebt, kann sich unsere Situation im nächsten Winter besonders schwer und ernst gestalten.

Der Staatssekretär gibt sodann eine Uebersicht über die auf Grund der bisher von der Entente gewährten Darlehen durchgeführten Lebensmittelimporte, die monatlich 15 Millionen Dollar, das sind 450 bis 500 Millionen Kronen, beanspruchen. Die Lebensmittelimporte belasten aber den Staat nicht nur valutär, sondern auch mit großen Auslagen. Die staatlichen Zuschüsse für die Verbilligung des Mehles allein belaufen sich im Wirtschaftsjahre 1919/20 auf mindestens 250 Millionen Kronen, für die Verbilligung des Fleisches für Wien allein auf 100 Millionen Kronen. Von weiteren bedeutenden Ausgaben des Staates möchte der Staatssekretär nur die Aktion für die Bekleidung der Heimkehrer mit einem Aufwande von rund 120 Millionen Kronen erwähnen, ferner die Maßnahmen zur Binderung der Lage der Staatsangestellten mit einem Aufwande von rund 1300 Millionen Kronen, die sich zusammen mit den Ausgaben für die Stammbezüge der Staatsangestellten auf 1800 Millionen Kronen belaufen. Dagegen betragen die normalen Einnahmen des Staates rund 2200 Millionen Kronen.

Unsere Lage kann sich dadurch verbessern, daß zunächst eine Reihe temporärer Ausgaben schwindet oder sich wenigstens bedeutend ermäßigt; sie kann namentlich dann gebessert werden, wenn die Arbeitslosigkeit aufhört und die Arbeitslosenunterstützungen wegfallen, bei welcher Aktion der Staatssekretär insbesondere große Hoffnung auf die Unterstützung der Arbeiterräte setze. Wir werden weiter die Liquidierungsausgaben abbauen, unseren Apparat verkleinern und dadurch schließlich unsere Ausgaben reduzieren. Solche Ersparungen einerseits, in erster Linie jedoch das Wiedererwachen des Wirtschaftslebens und die Maßregel der Vermögensabgabe sind es, die unsere finanzielle Lage verbessern können. Was insbesondere die Vermögensabgabe betrifft, wird sie im Gefolge haben, daß wir unseren Rinsendienst reduzieren können, daß die Preise sinken oder wenigstens nicht weiter steigen, so daß, wenn wir unsere Einnahmen erhöhen und die Ausgaben reduzieren, das Budget ein ganz anderes Bild bekommen wird als gegenwärtig.

Das eine muß man deutlich heraus sagen: Man kann in seinem politischen Wollen befriedigt werden, wenn man zu einer anderen Organisationsform übergeht; wirtschaftlich würde die Lage der Bevölkerung dadurch nicht besser, sondern nur schlechter werden. Wir müssen in erster Linie trachten, die Werte unserer Volkswirtschaft zu erhalten, um sie für Bezüge aus dem Auslande verwerten zu können.

Arbeiterrat Bruckhölzel (Vins) dankte namens der versammelten Arbeiterräte dem Staatssekretär für seine interessanten Darlegungen.

Deutsch-Oesterreich.

Der Kommunismus und die Entente.

Wien, 4. Juli. (Priv.-Tel.) Die Nationalversammlung hat heute das Budgetprovisorium und die Ermächtigung der Regierung zur Aufnahme einer Anleihe von 2 Milliarden Kronen genehmigt. Die volkswirtschaftlichen Fragen traten aber, abgesehen von dem schwarz in schwarz gehaltenen Vortrag des Finanzministers, fast vollständig in den Hintergrund gegenüber einer aufsehenerregenden Note des Polizeipräsidenten von Wien, die heute in der Presse veröffentlicht worden ist, und die sich mit der Tätigkeit der hiesigen ungarischen Gesandtschaft beschäftigt. Die Einzelheiten, die in diesem Schriftstück aufgezählt werden, sind in der letzten Woche von Fall zu Fall gemeldet worden. Als neu wäre noch hinzuzufügen, daß die hiesige ungarische Gesandtschaft in den Besitz von Plänen gelangt sein soll, die den Weg aus den Kellern der ungarischen Gesandtschaft in die Keller des unmittelbar benachbarten Gebäudes der Oesterreich-Ungarischen Bank weisen. Neu ist auch, daß ein in dieser Sache verhafteter Mann angeblich der vielgesuchte Bettelheim sein soll, dessen Habhaft zu werden sich die Wiener Polizei bisher vergebens bemüht hatte. Bettelheim sei auf Beschluß der Dritten Moskauer Internationale mit Beiseitenschiebung des Direktoriums der Wiener kommunistischen Partei von Lenin zum Parteibildner für Deutsch-Oesterreich bestellt worden.

Die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen schwiegen nach einer Vereinbarung in dieser Debatte; die Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Haltung gegenüber den Versuchen der Budapestter Räteregierung, den Kommunismus auf Wiener Boden mit großen Geldbeiträgen zu stärken, besorgte die Opposition der „großdeutschen Vereinigung“. Ihr Redner verweigerte der Regierung und insbesondere den sozialistischen Staatssekretären das Vertrauen und drohte unverblümt mit „einer höherstehenden Persönlichkeit, die der Vergangenheit angehört“. — Der sozialdemokratische Staatssekretär des Innern wies diese Angriffe gegen die Regierung, ob ihre Mitglieder nun sozialistisch seien oder nicht, entschieden zurück. Der in der Presse veröffentlichte Bericht über die Note des Polizeipräsidenten sei echt. Ob es sich nur um subjektive Anschauungen des Polizeipräsidenten handele oder um objektive Wahrheit, werde die eingeleitete Untersuchung ergeben. Aus dem Staatsamt für Aeußeres wird bereits erklärt, daß anlässlich dieser Note und ihrer Veröffentlichung keine besondere Verfügung gegenüber der hiesigen ungarischen Gesandtschaft nötig sei. Andererseits wird behauptet, daß die Veröffentlichung der Note in der Presse mit Hilfe der hiesigen englischen Mission erfolgt sei, was denn ein eigentümliches Licht auf diese Note werfen und beweisen würde, daß die Entente an der vermuteten oder tatsächlichen Propaganda der ungarischen Sowjetrepublik größeres Interesse nimmt als die Wiener Regierung.

8. VIII. 1919

Tattisches Spiel.

Zeichnung von Theo Fasche.



Dr. Adler: „Hoffentlich sind die Fäden noch „Friedensware und haltbar, denn wenn sie rissen und die drei selbständig würden . . .“

Deutschösterreich.**Mehr als 32 Prozent deutsche Wähler in Böhmen.**

Von der deutschböhmisches Landesregierung wird verlautbart:

Die tschechische Regierung hat nunmehr in den tschechischen Blättern das Ergebnis der Gemeindevahlen in Böhmen veröffentlicht. Nach diesen offiziellen Bekanntmachungen sind in Böhmen abgegeben worden: 1.857.527 tschechische Stimmen und 887.513 deutsche Stimmen. Die abgegebenen deutschen Stimmen betragen daher im Verhältnis zu den tschechischen Stimmen 32,18 Prozent zu 67,82 Prozent.

Die Anzahl der tschechischen Stimmen im deutschen Sprachgebiet beträgt nach der offiziellen Zählung 64.826, das sind 7,4 Prozent der Gesamtbevölkerung im deutschen Sprachgebiet.

Der oberösterreichische Mittelstand gegen die kommunistischen Antriebe.

In Oberösterreich wurde ein Landesmittelstandsrat in Linz gebildet, der in seiner Sitzung vom 1. Juli einstimmig eine Entschliebung gefaßt hat, in der es heißt:

Wir erheben im Namen des oberösterreichischen Bürger- und Mittelstandes, und wissen uns hierbei eines Sinnes mit dem Gewerbe- und Bauernrat, den entschiedensten und nachdrücklichsten Einspruch gegen alle Versuche, die demokratischen Grundlagen unserer Verfassung zugunsten einer einseitigen Parteiherrschaft zu verschieben, die von uns frei gewählten Volksvertretungen beiseite zu setzen und einen entscheidenden Einfluß auf Gesetzgebung, politische und wirtschaftliche Verwaltung Faktoren einzuräumen, die sich offen zu einer einseitigen Parteidiktatur bekennen und mit Uebergehen und Unterdrückung aller bürgerlichen Elemente eine proletarische Klassenherrschaft aufzurichten anstreben. Wir fordern von der Regierung und unseren gewählten Vertretern in der Nationalversammlung, im Landtag und in den Gemeinden endlich mit aller Entschiedenheit dem demagogischen Treiben ein Ende zu machen. Ein weiteres Beharren der Regierungsstellen bei der bisher geübten unsicheren, schwankenden und kraftlosen Taktik müßte das Vertrauen des Bürger- und Mittelstandes in die Befähigung der Regierung, geordnete Zustände herbeizuführen und zu erhalten, schwer erschüttern und den Bürger- und Mittelstand dahinführen, seinerseits zur Selbsthilfe zu schreiten, um sich ausreichende Schutz und Sicherheit seiner Lage zu verschaffen.

Großdeutsche Vereinigung für Niederösterreich.

Die völkischen Kreiswahlausschüsse Niederösterreichs sind Samstag zu einer Einigungs- tagung der Deutschnationalen zusammengetreten. Die Tagung hat eine Entschliebung einstimmig angenommen, in der die Vertreter der vier völkischen Kreiswahlvereinigungen, hinter denen die gesamte völkisch bewußte Wählerschaft des flachen Landes Niederösterreich steht, einmütig den Willen bekunden, eine einheitliche nationale Organisation in Niederösterreich zu bilden, aufgebaut auf den derzeit bestehenden oder künftig zu schaffenden örtlichen politischen Vereinen. Diese Ortsorganisationen sind zu Bezirks- und Kreisverbänden und zuletzt zu einem Landesverband zusammenzuschließen, welcher letzterer dem Einigkeitsgedanken entsprechend den Namen "Großdeutsche Vereinigung für Niederösterreich" führt.

Eine deutsche Hochschule in Dedenburg.

Wie die Parlamentarische Korrespondenz aus Dedenburg meldet, ist seitens des Direktoriums in Dedenburg die Gründung einer deutschen Hochschule ins Auge gefaßt worden. Das Dedeburger Direktorium hat sich an die Räteregierung in Budapest mit dem Gesuche um Bewilligung der Gründung dieser Hochschule gewendet.

Neue Verhandlungen in Klagenfurt.

Aus Laibach, 7. d., wird uns telegraphiert: Nach einer Meldung des "Slovene" werden in dieser Woche unter der Leitung der interalliierten Kommission in Klagenfurt neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschösterreichischen und der S. S. S. Regierung zwecks Festlegung einer neuen Demarkationslinie stattfinden.

Zur Verhaftung des Meraner Bürgermeisters.

Aus Innsbruck wird gemeldet:

Ueber die feinerzeitige Verhaftung des Bürgermeisters von Meran, Gemahner, durch die Italiener wird folgendes berichtet: Durch alle Blätter ging damals die Nachricht, daß der Bürgermeister italienische Lebensmittelieferungen zu seinem privaten Vorteil mitgebracht habe und deshalb von den Italienern verhaftet worden sei. Nach einer genaueren Prüfung der Angelegenheit stellt sich diese Anschuldigung als völlig grundlos dar. Die wahre Ursache der Verhaftung ist politischer Natur und in der nationalen Haltung des Bürgermeisters begründet.

Auch der Meraner Buchdruckerbesitzer E. Ilmenreich und der Bozener Notar Dr. Laube sind von den Italienern verhaftet worden, und gegenwärtig interniert.

9./XII. 1919

Die Nationalversammlung.

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung ist vorläufig für Mittwoch, den 16. d., in Aussicht genommen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß bis dahin der zweite Teil der Friedensbedingungen für Deutschösterreich unseren Delegierten in St.-Germain übergeben wurde und hier im Wortlaute bekannt ist, wie überhaupt die fernere parlamentarische Tätigkeit der Nationalversammlung vom Gange der Ereignisse in St.-Germain abhängig erscheint. Vor der nächsten Haupt Sitzung wird sich der Hauptausschuß versammeln, um nach Anhörung eines Referates des Staatssekretärs Dr. Bauer über den Inhalt und die Bedeutung des neuen Teiles der Friedensbedingungen zu diesen Stellung zu nehmen. In dieser Woche findet jedenfalls keine Haus Sitzung mehr statt. Auch die Ausschüsse tagen nicht, nur das Subkomitee des Ausschusses für soziale Verwaltung wird sich morgen Mittwoch zur Fortsetzung der Beratung des Hausgehilfennengesetzes versammeln. — Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, der neben aktuellen politischen auch wirtschaftliche Fragen erörterte.

Eine Großdeutsche Vereinigung für Niederösterreich.

In einer Versammlung deutschnationaler Kreiswahlausschüsse der einzelnen Viertel des Landes am 6. d. in Wien wurde die Gründung einer „Großdeutschen Vereinigung für Niederösterreich“ als Landesverband der nationalen Parteiorganisation beschlossen. Sie stellt den Versuch einer Zusammenfassung der verschiedenen deutschnationalen Parteipletter des Landes dar. Es wurden gleichzeitig „Richtlinien“ für die politische Haltung dieser Vereinigung beschlossen, die den nationalen und freisinnigen Charakter der Vereinigung betonen, den Anschluß an Deutschland fordern und die Klassendiktatur verwerfen.

10. VIII. 1919

Das Volkspflegestättengesetz.

Das heutige Staatsgesetzblatt verlautbart drei Vollzugsanweisungen zum Volkspflegestättengesetz, und zwar: 1. über die Einrichtung und Führung von öffentlich erklärten Volkspflegestätten (Volkspflegestättenordnung); 2. betreffend die Errichtung, die Zusammensetzung und den Wirkungsbereich des Aufsichtsausschusses für Volkspflegestätten; 3. über die Errichtung, die Zusammensetzung, den Wirkungsbereich und das Verfahren der Landeskommission für Volkspflegestätten.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsausschusses.

Der im Gesetz vorgeordnete Aufsichtsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, mindestens zwölf vom Staatssekretär für soziale Verwaltung, je drei von den Staatssekretären für Inneres und Unterricht sowie für Land- und Forstwirtschaft und je einem von den Staatssekretären für Finanzen sowie für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten bestellten Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Staatssekretär für soziale Verwaltung oder der von ihm hierfür bestellte Vertreter. Mindestens sechs der vom Staatssekretär für soziale Verwaltung ernannten Mitglieder, darunter zur Hälfte Frauen, sind aus den Fürsorgeorganisationen, insbesondere der Invaliden und Kriegerrwitwen, für Mutterschutz- und Säuglingsfürsorge sowie für allgemeine Jugendfürsorge und aus den Interessentenverbänden auf dem Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege zu berufen. Die Ausschussmitglieder müssen das passive Wahlrecht in die deutschösterreichische Nationalversammlung besitzen. Die Mitgliedschaft beim Ausschuss ist ein Ehrenamt.

Die Befugnisse der Landeskommissionen.

Die Landeskommissionen sind berufen, an das Staatsamt für soziale Verwaltung Anträge auf Inanspruchnahme von im Lande gelegenen Gebäuden, Grundstücken und landwirtschaftlichen Betrieben samt Zugehör zur Unterbringung einer bestimmten Volkspflegestätte zu stellen.

Die Landeskommissionen sind daher berechtigt, durch ihre Mitglieder die im Volkspflegestättengesetz angeführten Gebäude und Liegenschaften besichtigen zu lassen, wahrheitsgemäße Auskünfte über die Art der Benützung, den Ertrag, die Belastung und über sonstige Verhältnisse der Gebäude und Liegenschaften zu verlangen sowie die hierfür erforderlich erscheinenden Belege zur Einsicht anzufordern.

Die Volkspflegestättenordnung.

Bestehende oder neu zu gründende Heil- und Pflegestätten sowie Kinder- und Jugendfürsorgestätten können unter folgenden Voraussetzungen als öffentliche Pflegestätten erklärt werden: daß die Anstalt einem Bedürfnis der öffentlichen Wohlfahrtspflege entspricht; daß die Voraussetzungen für einen zweckmäßigen Betrieb gegeben sind; daß die bei der Leitung, Pflege und Erziehung verwendeten Personen die erforderliche Eignung haben; daß die Gewähr für die Beschaffung der

Mittel zur dauernden Erhaltung besteht und die zur allfälligen Errichtung erforderlichen Mittel vorhanden sind; daß gegen die Satzungen der Anstalt keine formellen oder sachlichen Bedenken erhoben werden können; daß sich die Anstalt der staatlichen Aufsicht unterwirft und daß die Anstalt, wenn es sich um eine Heil- und Pflegestätte des öffentlichen Gesundheitswesens handelt, den Vorschriften entspricht, die für die mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Heil- und Pflegestätten gelten.

Die Eignung für die Leitungen.

Die Leiter (Leiterinnen) einer für öffentlich erklärten Volkspflegestätte müssen die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft besitzen, das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben, eigenberechtigt sein sowie eine dem besonderen Zweck der Anstalt angemessene Befähigung und einen Bildungsgrad besitzen, der das volle Verständnis für die Aufgaben einer derartigen Anstalt erwarten läßt.

Aufnahmebedingungen.

In den Bestimmungen über die Aufnahme in die Anstaltspflege ist vorzuschreiben, daß die Aufnahme von der vorherigen Feststellung der Personaldaten nicht abhängig gemacht werden darf, wenn die aufzunehmende Person der Anstaltsfürsorge sichtlich bedarf.

Ostdeutsche = Rundschau

37

10. III. 1919

Politik und Volkstum.

Richtlinien, beschlossen in der gründenden Versammlung der Großdeutschen Vereinigung für Niederösterreich.

1. Die Wohlfahrt unseres deutschen Volkes ist allen anderen Belangen voranzustellen.
2. Trotz des Friedens von St. Germain bleibt das Hauptziel die Vereinigung aller in geschlossenen Sprachgebieten in Mitteleuropa wohnenden Deutschen im deutschen Vaterlande, dem Deutschen Reiche.
3. Wir sind freiheitlich gesinnt und Jüdengegner.
4. Wir anerkennen das Recht jeder ehrlichen Arbeit und verwerfen Klassenkampf und Klassendiktatur. Arbeiter, Bauern und Bürger sind gleichberechtigte Stände unseres Volkes, deren Belangen der Schutz durch den Staat gebührt. Wir bekämpfen geeinigt die ausbeutenden Wirkungen des Kapitalismus.

Diktatur der Instinkte?

Es besteht heute eine Richtung, welche die Bildung des Mehrheitswillens, wie dieser durch freie Wahlen und durch die Abstimmungen in den durch die Wahlen gebildeten verfassungsmäßigen Körperschaften zustandekommt, als arithmetischen Zufall und parlamentarisches Blendwerk verwirft und nur die brutale Gewalt der Fäuste, bloß das eigene selbstsüchtige Interesse unter Unterdrückung des Nebenmenschen, die Diktatur, also die tyrannische Herrschaft der Minderheit, gelten lassen will. Wo bleibt da Freiheit und Recht, wo Gleichheit und Gerechtigkeit? Wir werfen daher naturgemäß jede Diktatur, auch jene des Proletariats, sowohl in ihrer offenen Form als auch in jener versteckten, welche die verfassungsmäßig demokratisch eingerichtete Regierung faktisch unter den ausschließlichen Zwang unverantwortlicher sozialistischer Arbeiterräte bringt. Wir fordern eine streng demokratische Einrichtung aller Gewalten im Staate und in der Gesellschaftsordnung. Wir fordern das hiedurch allein gewährte Recht der freien Entwicklung der Persönlichkeit, welche jedem, innerhalb der durch die Rücksichten auf das in erster Linie stehende allgemeine Wohl gezogenen Schranken, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes sichert.

Mit vorstehenden programmatischen Sätzen, die an den Kern der gegenwärtig die Öffentlichkeit bewegenden Fragen greifen, hat am Donnerstag Landeshaupmannstellvertreter Leopold Steiner die Präsidentschaft des Vollzugsausschusses des Bürger- und Ständerates angetreten. Jeder Nichtblendete, jeder Gerechtfertigte, jeder, der das eigene Gemeinwohl voranstellt, muß diesen Worten zustimmen, gleichgültig, welchem Stande, welcher Klasse einer angehört. Echt christlichsozialer Geist, welcher dem Klassenkampfe die Klassenveröhnung auf dem Boden eines gerechten Interessenausgleichs nach dem Grundsatz „Jedem das Seine“ entgegenstellt, weht aus der Programmrede des Präsidenten Steiner. Und es war gut, einmal wieder solche Worte der Öffentlichkeit zuzurufen, deren Gehör von den tollsten Schlagworten politischer und sozialer Verwerflichkeit bestürmt wird.

Kommunistische und sozialdemokratische Führer empfehlen die Beiseiteschiebung der Volksvertretung und die Aufrichtung einer Klassendiktatur an deren Stelle. Nur über die Frage, ob „sofort“ oder erst später, zu gelegenerer Zeit, konnten sie bisher nicht einig werden, eine kleine Meinungsverschiedenheit, die schon — gleichsam zur Kostprobe der gemeinsam gewollten Diktatur — viele Opfer an Toten und Vermundeten gekostet hat. Wohl erzählen die Diktaturfreunde gelegentlich zur Beschwichtigung des demokratischen Gewissens ihrer Hörer- und Sehererschaft, es handle sich um eine „Diktatur aller Werktätigen“. Aber sind denn nur die Sozialdemokraten und Kommunisten mit ihrem Anhang von unfreiwillig, aber auch von freiwillig Arbeitslosen „werk-tätig“, da sie alle andern vom Wahlrecht in die Räte ausgeschlossen haben? Mit Recht hat Steiner in seiner Programmrede gegen eine solche Auffassung protestiert. Die Diktaturprediger streben nicht eine Diktatur aller Werktätigen, sondern eine Diktatur der roten Führer an. Die Räteorganisationen, die sie sich nach einem Wahlrecht, dessen sich ein Tizza geschämt hätte, schaffen wollen, hätten dann die Aufgabe, auf den Wink der Diktatoren ihre Maßregeln zu treffen und zwar, wie der aus Rußland zurückgelehrte Sachverständige Genossen

Täubler im offiziellen Organ der Soldatenräte („Der freie Soldat“ Nr. 57) aufschlußreich sagt, „nicht nach geschriebenen oder von gesetzgebenden Körperschaften beschlossenen Gesetzen, sondern nach dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes.“

Man könnte sich auch, wenn man die russischen, ungarischen, münchener und sonstigen Beispiele nicht könnte, eine Vorstellung machen, wie es in einer solchen Diktatur zugehen würde, wo nicht mehr die Autorität des Gesetzes, sondern das jeweilige „Rechtsbewußtsein“ einer Rätegruppe für die Exekutive maßgebend wäre. Zumal wenn durch andauernder jüdischer Erziehungsarbeit von der Art des Unterrichts, den das Reichsausschussamt der Volkswehr durch Juden besorgen läßt, der letzte Rest christlichen Fühlens und Denkens aus den „Exekutivorganen“ gelüßt und an seine Stelle die Moral des Talmud und der Ueber- und Unterbrechens getreten wäre.

Nein, eine solche Diktatur, gestützt auf eine so schwankende Unterlage der Gesetz- und Rechtslosigkeit, ist nichts für ein Kulturvolk, das wir doch bleiben wollen. Die Instinkte herrschen im Urwalde, in der Steppe, in der Wüste, in der Menagerie, an den dunklen Orten großstädtischer Moral insanity. Wir aber wollen eine wahre Volksrepublik, eine Demokratie, fußend auf Gesetz und Recht, Freiheit und sozialer Billigkeit.

16./VII. 1919

16

43

Die Hochschüler gegen den Vorwurf der Weißen Garde.

Der Ortsausschuß Wien des Deutschen Burschenbundes nimmt gegen den Vorwurf, daß die deutsche Studentenschaft die Weiße Garde bilde, in nachstehender Erklärung Stellung:

Die deutschnationale Studentenschaft hat es bis jetzt unterlassen, dagegen Stellung zu nehmen, daß sie als Weiße Garde bezeichnet wird. Sie hat es als überflüssig erachtet, derartigen Anschuldigungen entgegenzutreten. Da aber die Angriffe nicht aufhören wollen, möchten wir doch feststellen, daß ein Unfinn kein Geistesbildnis wird, mag er auch noch so oft wiederholt werden. Es dürfte vielleicht doch einigen etwas älteren Herren unter den Kommunisten bekannt sein, daß gerade die deutschnationale Studentenschaft niemals etwas für das verflornte habsburgische Regime übrig hatte, sondern sich jederzeit in bewusstem Gegensatz zu diesem befand. Wir weisen nur, als ein Beispiel unter vielen, auf die Wahrmond-Affäre hin. Daß die deutschvölkische Studentenschaft nach den Erfahrungen des Krieges zu Anhängern der verflornten herrschenden Klassen geworden sein sollte, wird wohl nicht der verbissenste Kommunist zu behaupten wagen. Daß wir deswegen reaktionär genannt werden, weil wir auch heute noch für die Freiheit der Hochschulen eintreten wie einst, ist uns nur ein Beweis dafür, wie sich Auffassungen ändern können, wenn man selbst zur Macht gelangt. Aber feststellen möchten wir doch, daß die Herren einst im Kampf mit uns für die Freiheit der Hochschulen eines Sinnes waren, dieselben Herren, die heute dagegen Sturm laufen. Uns würde es richtiger erscheinen, nicht künstlich Gegensätze zwischen Teilen des werktätigen Volkes zu schaffen, sondern ohne Rücksicht auf Weltanschauungen in gemeinsamer Arbeit aufzubauen im Interesse des ganzen werktätigen Volkes, dessen Wohl und Wehe uns ganz sicher nicht weniger am Herzen liegt als den Kommunisten. Wenn man es schon für notwendig hält, den völkischen Studenten zu bekämpfen, dann auf ehrliche Weise mit den Waffen des Geistes. Durch erlogene Verdächtigungen, für die man keine Beweise hat, wird man uns nicht überzeugen."

16./III. 1919

Ein vereiteltes Gemeindefowiet.

In Böslau.

Aus Böslau wird uns telegraphiert:

Böslau hatte gestern einen bewegten Tag, da die Kommunisten den Versuch machten, einen Gemeindefowiet zu errichten. Anlaß hierzu bot die Konstituierung der neugewählten Gemeindevertretung, in der sowohl die Sozialdemokraten als auch die vereinigten bürgerlichen Parteien je zwölf Mandate erhalten haben. In einer vorgestern abgehaltenen Vorbesprechung über die Bürgermeisterwahl kam es zwischen beiden Parteigruppen zu einem Konflikt. Die Sozialdemokraten stellten sich auf den Standpunkt, daß sie als stärkste Partei Anspruch auf den Bürgermeisterposten hätten, da sie eine reine kompakte Partei seien, während sich die zwölf bürgerlichen Mandate auf zwei Parteien, auf die Christlichsozialen und die Deutschnationalen, verteilen. Aber auch die Bürgerlichen begehrten den Bürgermeisterposten hartnäckig. Da keine Einigung zu erzielen war, beschloß der Böslauer Arbeiterrat, im Gemeindefowiet den Antrag zu stellen, die Geschäfte der Gemeinde dem Arbeiterrat selbst in die Hand zu geben.

Eingreifen der Kommunisten.

Diesen Umstand wollte die kommunistische Partei, die in Böslau ein eigenes Sekretariat mit Frau Pelz als Sekretärin unterhält und eine eifrige Propaganda betreibt, zu ihren Zwecken ausnützen und den Gemeindefowiet ausrufen.

Indessen wurde auch der Wiener-Neustädter Arbeiterrat im Laufe des Nachmittags von der kindischen Aktion verständigt, und es begaben sich Vizebürgermeister Büchler, Landtagsabgeordneter Selmer, Arbeiterrat Wanderer und die Soldatenräte Szabo und Endl sofort hierher, um ihren

Einfluß gegen die Ausrufung des Sowiet geltend zu machen. Auch Nationalrat Smittka war inzwischen aus Wien gekommen und hatte Unterhandlungen mit den Bürgerlichen eingeleitet. Es wurde auch eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Sozialdemokraten den Bürgermeister und die Bürgerlichen den Vizebürgermeister bekommen. In der Sitzung des Arbeiterrates riet der Wiener Kommunist Martelli von dem kommunistischen Vorhaben ab, da dieses in Böslau undurchführbar sei.

Eine bewegte Versammlung unter freiem Himmel.

Die Entscheidung brachte die um 7 Uhr abends vor dem Gasthaus Blaha unter freiem Himmel abgehaltene Versammlung, die einen stürmischen Verlauf nahm. Sekretärin Pelz setzte sich energisch für die Ausrufung der Räterepublik ein, während die Wiener-Neustädter Arbeiterräte ebenso energisch dagegen Stellung nahmen. Vizebürgermeister Büchler, der den Kommunisten arg zusetzte, wurde von der Versammlung niedergebrüllt. Er wußte sich aber später nochmals Gehör zu verschaffen und in einer ausführlichen Rede einen vollen Erfolg zu erzielen. Unter dem Eindruck seiner Ausführungen faßte die Versammlung den Beschluß, sich an die Beschlüsse der Reichskonferenz der Arbeiterräte zu halten und den von den Kommunisten angeregten Sowiet in Böslau abzulehnen.

Die Bevölkerung, die zufolge der Ereignisse von Besorgnis erfüllt war, atmete erleichtert auf, als sie von dem Beschluß der Versammlung Kenntnis erlangte. Bemerkenswert ist, daß das Gerücht verbreitet war, aus Baden seien hundert Gewehre auf heimliche Weise hierher gebracht worden, die angeblich kommunistischen Putzschwecken hätten dienen sollen.

Zwei Tatsachen.

Achtung! Hinter den Kulissen geht einiges vor.

Der Führer der sozialdemokratischen Räte, Abg. Dr. Friedrich Adler, hat gestern eine schwere Niederlage erlitten — oder, was wahrscheinlicher ist, den Rückzug angetreten. Es wird nämlich am kommenden Montag, wie es die Kommunisten verlangt, aber die sozialdemokratischen Wiener Kreisräte in ihrer vorletzten Sitzung auf Adlers Antrag hin abgelehnt hatten, die Arbeit ruhen. Wenige Tage haben genügt, um den Widerstand der sozialdemokratischen Rätemehrheit gegen das Verlangen der kommunistischen Minderheit zu brechen und in willige Gefolgschaft zu verwandeln. Die Arbeitsruhe am kommenden Montag „dient einzig der Befundung internationaler Solidarität“, wie Adlers allerneueste Verlautbarung im heutigen sozialdemokratischen Amtsblatt besagt, oder, wie sich der Vorstand der reichsdeutschen Sozialdemokratie in seinem gestrigen Aufrufe ausdrückt, der Solidarität mit dem Proletariat in England, Frankreich und Italien, das am gleichen Tage gegen den Gewaltfrieden des Ententeimperialismus durch einen Generalstreik demonstrieren werde; was übrigens, nebenbei bemerkt, erst noch abzuwarten bleibt, denn es hat den Anschein, als wären die Genossen in den Entente-Staaten, etwa mit Ausnahme Italiens, wo es wegen der zunehmenden Feuerung drunter und drüber geht und die breiten Massen der ärmeren Bevölkerung zu allen Befundungen der Unzufriedenheit zu haben sind, auf Demonstrationen gegen den Gewaltfrieden durchaus nicht veressen; sie werden vielmehr ob der unerwarteten Solidarität, die ihnen da, ausgerechnet von deutschen Genossen, bezogen und sämtlich als unverschafftes Geschenk in den Schoß fallen wird, nicht wenig erstaunt sein und über den unvertuschlichen deutschen Glauben befriedigt lächeln. Gerade heute kommt aus Prag die Meldung, daß dort morgen der Gewaltfriede gefeiert werden wird, und zwar unter den Auspizien des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Teilnahme der tschechischen Sozialdemokratie, also eines sehr stattlichen Teiles der Entente-sozialisten. Mit der Solidarität schaut es böß aus, wenn unsere Genossen am Montag gegen den Gewaltfrieden streifen, die Verbandsgenossen aber am Samstag den Gewaltfrieden durch Festlichkeiten begrüßen.

Und die Kommunisten, die Sieger von gestern, die eigentlichen Initiatoren des Montagsstreiks, sagen es auch ganz anders: auf ihren plakatierten Aufrufen reden sie wenig von einer „Befundung internationaler Solidarität“ und noch weniger von einer Solidaritätskundgebung mit den Verbandssozialisten, desto lauter von der Solidarität mit den „Proletariern Rußlands und Ungarns“. Das heißt, von den Kommunisten, die in der Streiksache über die Adler-Richtung einen vollständigen Sieg davongetragen haben, ist die montägige Demonstration als Kundgebung für den ungaro-russischen Bolschewismus gedacht.

Was dies unter den gegebenen Verhältnissen politisch zu bedeuten hat, braucht nicht erst gesagt zu werden. Dem beruhigenden Versprechungen und Nebenarten, mit denen die Verlautbarungen beider Gruppen operieren, braucht kein höherer Wert beigelegt zu werden, als ihnen zukommt; der Verlässlichkeit kommunistischer Kundgebungen wurden von sozialdemokratischer Seite erst in der jüngsten Zeit wiederholt sehr abträgliche Zeugnisse ausgestellt und die Haltbarkeit sozialdemokratischer Kundmachungen ist wohl am drastischsten durch die Tatsache illustriert, daß schon am heutigen Freitag das Gegenteil der Verlautbarung vom letzten Sonntag verfügt wird.

Der gleiche Tag, an dem die Wiener Sozialdemokratie ihren kurzen Widerstand gegen das kommunistische Generalstreikprojekt aufgibt und sich der kommunistischen Führung fügt, bringt die amtliche Verurteilung, daß der bisherige Generalissimus der Roten Armee in Ungarn, Genosse Wilhelm Böhm, als Nachfolger jenes Dr. Czobel, dem in amtlichen Schriftstücken die Urheberchaft der wiederholten Putschversuche in Wien zugeschrieben wurde, mit Zustimmung unseres Auswärtigen Amtes als Gesandter der Budapester Judenbiktatur und vermutlich mit den Absichten und Aufträgen seines Vorgängers in die Wiener Bankgasse übersiedelt. Im Herzen Wiens residiert von nun an der Budapester Generalissimus, der Organisator der Armee, auf die sich die Tyrannie der Budapester roten Juden stützt.

Es kann dem Publikum überlassen werden, sich über den Sinn dieser Sägungen, über den inneren

Zusammenhang der angeführten Tatsachen ein Urteil zu bilden.

Darum noch einmal: Achtung!

19. Juli 1919

Die Arbeitsruhe in Wien am Montag.

Die Obmännerkonferenz der Arbeiterräte hat in Ergänzung der Bestimmungen, die der Kreisarbeiterrat getroffen, folgende Beschlüsse über die Arbeitsruhe am 21. Juli gefaßt:

In Theatern, Kinos und allen sonstigen Vergnügungsestablishments werden keine Vorstellungen abgehalten.

Alle Gast- und Kaffeehäuser sowie die Hotelrestaurants und Zuckerbäckereien bleiben geschlossen. Der Zimmerdienst in den Hotels wird wie an Sonntagen durchgeführt. In den Volks-, Kriegs-, Betriebs- und Gemeinschaftsküchen, den Auspeisereien und Auskochereien soll der Betrieb wie am Pfingstmontag durchgeführt werden.

Die Lebensmittelgeschäfte können wie am Pfingstmontag offen halten, müssen jedoch spätestens um 9 Uhr vormittags schließen. Alle anderen Geschäfte, inklusive Tabaktrafiken und Friseurladen, sind vollständig geschlossen zu halten. Auf den Lebensmittelmärkten soll wie am 1. Mai Dienst verrichtet werden.

Die Bäckereibetriebe und Bäckerladen feiern am Montag vollständig, werden jedoch im Interesse der Brotversorgung Wiens Sonntag den 20. d. arbeiten und offen halten.

Der Verkehrsdienst soll bei der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft nach denselben Richtlinien geordnet werden wie bei den Eisenbahnen, also der exekutive Dienst vollständig aufrecht bleiben.

Der Dienst bei Post, Telephon und Telegraph soll wie am Pfingstmontag verrichtet werden.

Die Expedition verderblicher Lebensmittel soll wie am Pfingstmontag durchgeführt werden. Die Lohnfuhrwerker sollen ihre Arbeit wie am 1. Mai einschränken. Die Straßenbahn wird wie am 1. Mai während der Vormittagsstunden nicht verkehren.

Die Staats- und Gemeindeämter, das Gas- und Elektrizitätswerk sowie die Staats- und Gemeindegewerkschaften sollen ihren Dienst wie am 1. Mai regeln.

In den Apotheken und in den Krankenhäusern soll wie am Pfingstmontag Dienst verrichtet werden. Das Personal der Leichenbestattungen soll wie am 1. Mai Dienst tun; am Sonntag den 20. d. können Bestattungen durchgeführt werden.

Die Feuerwehr organisiert den Dienst wie am Pfingstmontag.

Die Hausgehilfinnen sollen Arbeitsruhe halten.

Die Montagmorgenblätter sowie alle Zeitungen am Montag entfallen. Zeitungen erscheinen erst Dienstag Mittag.

Gammelplätze am Montag:

Die Genossen versammeln sich am Montag um 9 Uhr früh in den Bezirken auf folgenden Gammelplätzen:

Innere Stadt, Werbertorgasse Nr. 9.
Leopoldstadt, Kademanns Restauration „Zum goldenen Kreuz“.

Landstraße, Dreher, Hauptstraße Nr. 97.

Wieden, Heindls Lokalitäten, Favoritenstraße Nr. 54.

Margareten, Landwehrkaserne, Siebenbrunnengasse.

Mariahilf, Esterhazyplatz.

Neubau, Urban Vorplatz. (Die Genossen der Typographia versammeln sich um 1/2 9 Uhr früh im Parteikolal, Hermannsgasse Nr. 2.)

Josefstadt, Lerchengasse.

Alsergrund, Nordbergstraße. (Franz Josefs-Bahnhof, Ankunftsseite.)

Favoriten, Arbeiterheim.

Simmering, Ecke der Kaiserebersdorferstraße und Simmeringer Hauptstraße.

Meidling, Trainkaserne.

Pieking, Wiffindorfstraße.

Rudolfsheim, Torgasse Nr. 4.

Günzhaus, Aufmarschplatz, beim Zirkus Schumann.

Ottakring, Arbeiterheim, Klausgasse und Kreitnergasse.

Fernals, Schlachthaus.

Währing, Uumannplatz.

Döbling, Ruzhdorferplatz.

Brigittenau, Sachsenplatz.

Zwischenbrücken, Allerheiligenplatz (um 1/2 9 Uhr).

Floridsdorf, Arbeiterheim, Angererstraße Nr. 14.

Stadlau, Genochplatz.

Im Auftrag der Obmännerkonferenz der Arbeiterräte Wiens
Karl Heinz.

An die Bezirksobmänner der sozialdemokratischen Bezirksorganisationen!

Heute Samstag um 2 Uhr nachmittags findet im Saale des Unterrichtsausschusses, Rechte Wienzeile Nr. 97, eine wichtige Besprechung statt. Erscheinen unbedingt nötig.

Für die Organisation Wien:
Anton Weber, Sekretär.

Bei den Behörden.

Amtlich wird gemeldet: Der Kabinettsrat hat sich in der heutigen Sitzung unter anderem auch mit der Frage der Dienstsührung bei den staatlichen Behörden und Beamten am Montag den 21. d. befaßt und beschlossen, daß an diesem Tage die übliche Feiertagsdienstordnung Platz zu greifen hat. In den Beamten, in denen aus öffentlichen Rücksichten Abweichungen von dieser Richtlinie geboten sind, werden die Amtsvorstände nach Rücksprache mit den Staatsangestelltenorganisationen das Erforderliche festzusetzen haben.

Infolge allgemeiner Arbeitsruhe bleiben die Erste Österreichische Sparkasse, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und sämtliche Wiener Kommunalsparkassen Montag den 21. d. geschlossen.

Deutschösterreichischer Bürger- und Ständerat.

Ein Wort an alle Bürger.

Wir erhalten vom Präsidium des deutschösterreichischen Bürger- und Ständerates folgende Kundgebung zur Veröffentlichung: „Mitbürger und -bürgerinnen! Die furchtbare Verelendung, welche die Menschheit im Gefolge des Krieges heimgesucht hat, hat in einigen Ländern den völligen Zusammenbruch alles Bestehenden nach sich gezogen, Jammer und Not heraufbeschworen, welche alle jemals dagewesenen katastrophalen Weltereignisse in den Schatten zu stellen scheinen. Durch den Niederbruch unserer Volkswirtschaft und unserer Finanzen gewinnen solche Ideen des Umsturzes selbst dort an Boden, wo die ruhige Besonnenheit und der feste Wille des Großteiles der Bevölkerung dem drohenden Unheil standgehalten hat. Der halbige Abschluß eines Friedens, der uns Sicherheit für unser staatliches Dasein, für dessen Entwicklung und gemeinsam organisierte Arbeit aller Gesellschaftsklassen an dem Wiederaufbau der staatlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung bietet, kann allein uns aus dem Elend der Gegenwart heraus einer besseren Zukunft entgegenführen. Solcher Friede, solche Arbeit, das ist's, was wir brauchen! In dieser Erkenntnis müssen alle parteipolitischen Unterschiede, alle beruflichen Sonderungen in den Hintergrund treten. Alle Gesellschaftsklassen müssen zusammenstehen und in festgefügtten Organisationen ihr Teil an der gemeinsamen Arbeit leisten. Und wie die Arbeiter Arbeiterräte bildeten, und die Landwirte sich zu festgefügtten Organisationen vereinigt haben, so muß nun endlich das Bürgertum sich seiner Pflichten und Rechte bewußt werden und entschlossen an der Wiederaufrichtung des Staates mitwirken, Gesetze und Ordnung verteidigen, um unser schwer geprüftes Land einer glücklicheren Zukunft zuzuführen, als jener, die manche jetzt als angeblich einzige verheißungsvolle und glückbringende vermaßen.“

Bürger und Bürgerinnen! so euch das Vaterland am Herzen liegt, vereinigt euch zur gemeinsamen Arbeit an der Wiederaufrichtung seines staatlichen Lebens. Ihr, die ihr den Berufskreisen der Produktion, namentlich des

Gewerbes und des Handels angehört, die ihr Angestellte, Lehrer, Beamte, Offiziere seid, die ihr als Schriftsteller, Gelehrte, Künstler, Ärzte, Anwälte in freien Berufen wirkt, ihr, die ihr als Hausfrauen fürjorglich waltet, ihr alle tretet vollzählig dem Deutschösterreichischen Bürger- und Ständerat bei. Galtet es für eine heilige Pflicht, diesem Rufe Folge zu leisten, der keinen Kampfruf in sich schließen soll, um die Klassengegensätze noch weiter zu verschärfen, sondern um eine Verständigung mit den anderen Klassen herbeizuführen und eine Harmonie der Arbeit und freien Tatkraft anzubahnen, der unter so schwer geprüfter Staat zu seiner Rettung vor den drohenden Gefahren bedarf. Der Bürger- und Ständerat bekennt sich rücksichtslos und aufrichtig zu den demokratischen Grundätzen und zur Verfassung Deutschösterreichs. Er weist jegliche rückschrittliche Absicht, oder auch jegliche Umsturzbestrebung entschieden von sich, von welcher Seite sie immer kommen möge. Wir fordern eine wahrhaft demokratische Einrichtung aller Gewalten im Staate, somit auch das Recht der freien Entwicklung der Persönlichkeit. Die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Reformen, an denen der Bürgerrat mitarbeiten will, sollen nur im Rahmen der Verfassung und durch Mittel des Gesetzes, nicht durch jene der Gewalt, verwirklicht werden.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Vereinigt euch wie die anderen Klassen und Stände, werdet wie diese zu einer Macht, mit der Gesetzgebung und Verwaltung wie mit jenen zu rechnen haben, unterstützt unsere Organisation durch euren Beitritt. Je stärker unsere Organisation, desto kräftiger die Abwehr jeglichen Umsturzes, umso rascher die Wiederkehr sozialer und wirtschaftlicher Ordnung.

Anmeldungen werden schriftlich entgegengenommen: Bei der Zentrale: 3. Bezirk, Untere Weißgerberstraße 17, wohin auch freiwillige Beiträge erbeten werden.“

Antisemitisch ist Trumpf!

Antisemitische Arbeiterräte. — Die Badener Kommunisten.
— Die Stimmung der Volkswehrmannschaft.

Unter der klagenden Ueberschrift „die antisemitischen Arbeiterräte“ bringt die „Wiener Morgenztg.“ (Nr. 184) folgende „Mitteilung aus Leserkreisen“:

„Leute, die nach Tirol einreisen wollen, um sich in einer der vielen Sommerfrischen dieses Landes zu erholen, machen die merkwürdigsten Erfahrungen. Ihre Gesuche um die Einreisebewilligung werden entweder gar nicht beantwortet — obzwar der vorgeschriebene Stempel beigelegt war — oder brüsk abgelehnt. Letzteres dann, und zwar durchgängig und ausnahmslos, wenn der Gesuchsteller einen jüdisch klingenden Namen trägt. Diese Praxis wird aber erst seit dem Zeitpunkt betrieben, wo die sozialdemokratischen Arbeiterräte die Kontrolle der Einreisen an sich genommen haben. Es besteht überhaupt ein sonderbarer Zusammenhang zwischen der modernen Form des Sozialismus, respektive Kommunismus und dem Antisemitismus. In Baden zum Beispiel sind es außer den Deutschradikalen noch die Kommunisten, die eine so arge Pogromhete betreiben, daß es schon zu Paniktagen gekommen ist. Davon scheinen die Wiener jüdischen Kommunisten, die sich jetzt ihren christlichen Genossen aus Leibeskraften anbieten, nichts zu wissen.“

In der Tat ist es so. Der Antisemitismus verbreitet sich in den Reihen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterschaft rapid. Da alles seine Gründe hat, ist natürlich auch diese Erscheinung nicht grundlos. Daß etwa die christlichsoziale oder deutschnationale Presse daran schuld sei, die sonst bekanntlich „an allem schuld“ ist, was den Juden nicht behagt, wird in diesem Falle niemand behaupten können, denn die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterschaft liest fast ausschließlich von Juden geschriebene Blätter. Aber gerade dies dürfte, außer den sonstigen täglichen Erfahrungen der roten „Arbeiterräte“ mit den fremden Parasiten, ein Hauptgrund für die rasche Verbreitung des Antisemitismus in der Arbeiterschaft sein. Wenn das zitierte Blatt feststellt, daß erst die sozialdemokratischen Arbeiterräte in Tirol eine Aera des rücksichtslosen praktischen Antisemitismus begonnen hätten (während offenbar die so verlästerten Christlichsozialen bisher höchst human und unparteiisch vorgegangen sind), und ferner die Kommunisten von Baden der „Pogromhete“ beschuldigt, so geht daraus hervor, daß die Juden mit ihrem wütenden Gefläß gegen die Christlichsozialen ein sehr schlechtes Geschäft — das erste schlechte Geschäft seit Kriegsausbruch! — und einen bösen Tausch gemacht haben. Die Kampfmethoden der durch die sozialdemokratische und kommunistische Parteischule gegangenen Massen unterscheiden sich wesentlich von denen der Christlichsozialen, die wohl eine Politik des Selbstschutzes, aber niemals eine aggressive Gewaltpolitik vertreten haben. Wenn die sozialdemokratischen und kommunistischen Massen Antisemitismus zu betätigen beginnen, dann werden die Juden nichts zu lachen haben, denn jene werden Methoden anwenden, die ihnen von ihren jüdischen Führern gelehrt worden sind. Es ist die eigene üble Saat der jüdischen Heher, die aufgehen wird.

Aus Volkswehrkreisen wird den „Wiener Stimmen“ mitgeteilt:

In der Bevölkerung sind über die Verhältnisse in der Volkswehr vielfach irrige Anschauungen verbreitet, was davon herrühren mag, daß die Sozialdemokratie mit einer gewissen Besessenheit die Volkswehr als ihre Parteigarde und alle Volkswehrleute als Anhänger der Partei oder der Kommunisten hinstellt. Auch hört und liest man immer nur von jüdischen Führern oder sonstigen Parteigrößen, die da reden und deklamieren. In der Tat sind alle wichtigeren Posten mit vom Staatssekretär angefangen bis herab zu den Leuten vom „Bildungsamt“ mit Juden besetzt. Aber gerade dieser Umstand ist nicht ohne Einfluß auf Stimmung der Volkswehrmannschaft geblieben. Es mag schon sein, daß die große Mehrheit der Volkswehrleute sich zur sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei

zählt. Aber Judenhete sind sie deshalb noch lange nicht und werden es nie werden. Im Gegenteil, gerade die Beobachtungen und Studien, die sie während ihrer Nachkriegsdienstzeit zu machen reichlich Gelegenheit fanden, hat in ihren Reihen eine intensivste antisemitische Grundstimmung verbreitet, die bei jeder Gelegenheit, in der man sich unbeobachtet glaubt, geradezu explodiert. Die Hoffnung gewisser jüdischer Kreise, die Volkswehr gelegentlich als Instrument gegen die christliche Bevölkerung gebrauchen zu können, wird gegebenenfalls aufs gründlichste enttäuscht werden. Die Volkswehrleute haben sich übrigens die jüdischen Machedschaften im Mai und Anfangs Juni, als die Volkswehr einige jüdische Bucherer, Schleichhändler- und Kettenhändlerhöhlen in der Leopoldstadt säuberte, wohl gemerkt und wissen sehr gut, wer damals hinter den Kulissen und bei den hiesigen Ententevertretern die Entwaffnung und Entlassung der Volkswehrleute durchsetzen wollte. Es läßt sich auch erraten, auf welche Einflüsterungen die militärischen Bestimmungen im Friedensvertragsentwurf zurückzuführen sind, welche die Volkswehrleute so schwer treffen. Man mag uns Sozi und Kommunisten heißen — obwohl auch dies oft mehr dem Scheine als der Wirklichkeit entspricht — aber nicht „Judenwehr“. Das sind wir nicht und werden es nie sein, was wir beweisen werden, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte. Wir wissen schon, daß unsere Eltern, Brüder und unsere Kinder zum Christenvolk gehören und daß wir nicht irgendwo von Osten her zugereist sind.

Rein Schadenersatz für Plünderungen? Sozialdemokratische Staatsregeln.

In der heutigen Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses kam es gelegentlich der Beratung eines Antrages des Abg. Schönsteiner auf Vergütung des aus Anlaß der Plünderung zweier Waffenläden am Gründonnerstag entstandenen Schadens aus Staatsmitteln zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Gegenüber einem Antrage der Großdeutschen auf Einführung eines Tumultgesetzes das die Haftpflicht des Staates für derartige Schäden festzulegen hätte, erklärten die Sozialdemokraten, daß für kein Geld vorhanden. Mit Recht antworteten ihnen hierauf die christlichsozialen Redner mit dem Hinweis darauf, daß man seinerzeit die einzige Aufgabe des Staates darin gesehen habe, für die Sicherheit der Staatsbürger und ihre Habe zu sorgen; wenn man auch nicht so weit gehen wolle, so müsse man immer noch sagen, daß das seine vornehmste Aufgabe sei. Dafür zahlen ja die Staatsbürger in erster Linie Steuern und nehmen die vollen Pflichten, die der moderne Staat fordere, auf sich, um wenigstens seines Lebens und Eigentums sicher zu sein. Wenn der Staat aber die en Schutz nicht gewähren könne, so sei er eben verpflichtet. Die Sozialdemokraten erwiderten, hier könne keine Rede sein. Man könne vielleicht im Frieden so schöne Theorien aufgestellt haben, aber jetzt leben wir in der Zeit der Revolution. Bei der heutigen Stimmung in der Bevölkerung könne man an Entschädigungen von Ausgeplünderten nicht denken. Im Gegenteil, die Festsetzung einer Ersatzpflicht des Staates würde auf die plünderungslustigen Elemente nur ermutigend wirken, weil sie dann gar keine Rücksicht auf den Schaden der Opfer nehmen müßten. Plünderungen seien eben von den Geschädigten als ein Unglück hinzunehmen.

Diese Auffassung widerlegten die Christlichsozialen, indem sie erklärten, daß Revolution nicht gleichbedeutend sei mit Freiheit des Verbrechertums. Es habe Revolutionen gegeben, die sich lediglich in einem Parlamentsbeschlusse kundtaten. Die gesetzliche Festlegung der Schadenersatzpflicht des Staates bei Plünderungen könne in einem geordneten Staate durchaus nicht die Plünderungen fördern, sondern höchstens den Staat veranlassen, energischer gegen die verbrecherischen Kreise vorzugehen. Hierzu brauche der Staat allerdings eine Exekutive. Die Sozialdemokraten machten hier den Zwischenruf: Die kann man aber nicht schaffen! Ein Staat, der sich eine solche Macht nicht schaffen könne, schloß die Erklärung der Christlichsozialen, der seine Bürger gegen Angriffe verkommener Mitbürger nicht zu schützen imstande sei, mache sich selbst zur Erfüllung seiner gesellschaftlichen Pflichten unfähig, aber auch sozial bankrott; ein solcher Staat könne dann nichts anders tun, als sich an einen Nachbarstaat wenden und zu bitten, daß dieser Nachbar die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehme. Als schließlich die Sozialdemokraten die Plünderungen damit begründen wollten, daß die Leute hungrig sind, wurde ihnen erwidert, daß doch Pistolen- und Revolvermunition dem Hunger nicht abzuhelfen vermögen. Schließlich wurde die Beschlussfassung über den Antrag Schönsteiner vertagt.

Bürgerrat und Wirtschafts- kommission.

Eine Antwort des Landeshauptmannes Sever.

Im Landtage wurde vor einiger Zeit an den Landeshauptmann Sever eine Eingabe wegen Gleichstellung der Bürger mit den Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräten gerichtet und gegen die Ausschaltung der Bäuerndeputierten in den Bezirkswirtschaftskommissionen Einspruch erhoben. Darauf hat der sozialdemokratische Landeshauptmann nun geantwortet: „Die Landeswirtschaftskommission hat den Beschluß gefaßt, daß die Bezirkswirtschaftskommissionen lediglich aus je vier Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates und je vier Vertretern des Bauerrates zu bestehen hätten. Aus diesem Grunde ist es mir nicht möglich, Ihrem Wunsche zu entsprechen und die Aufnahme von Bäuerndeputierten in diese Kommissionen zu veranlassen. Ich weißte jedoch nicht, daß die Bezirkswirtschaftskommissionen sich des Rates der Experten der betreffenden Genossenschaften und Verbände bedienen werden, wenn Angelegenheiten zur Sprache gelangen, die die Interessen des Handels und des Gewerbes berühren.“ — Scheuen etwa die sozialdemokratischen Räte, die sich in der Kommission den Produzenten gegenüber als die Konsumentenvertreter aufspielen, die Kontrolle ihrer Gebahrung bei Verteilung der Lebensmittel durch Vertreter der Bürgerräte, obwohl eine solche Überwachung nach mancherlei Erfahrungen gewiß nicht unnötig ist? Sache der Bauerräte wird es sein, sich darüber klar zu werden, ob sie diese Geheimräte wirklich als die alleinigen Konsumentenvertreter ansehen wollen.

Den Plünderern freie Bahn!

Man kann den Führern der Umsturzpartei eine gewisse Prinzipienstetigkeit in manchen Dingen nicht absprechen. So ist es entschieden nicht zu leugnen, daß sie dem Grundsatz unentwegt anhängen: „Wo es Ausgeplünderte gibt, immer auf Seite der Plünderer“ oder in ihre Kunst- und Amtssprache übersetzt: „Wo es Exproprierte gibt, immer auf Seite der Expropriateure!“ Von der wortreichen Verteidigung der gewalttätigen Enteigner bis zur Ermunterung und geschäftigen Hilfe- und Vorschubleistung gibt es keine Stufe, für die sie nicht ein Beispiel geliefert hätten. Sie waren es, die in Deutschland und Deutschösterreich den Raubzug der Entente gegen diese beiden Länder unterstützten und endlich dem Erfolg, der völligen wirtschaftlichen und finanziellen Ausplünderung des deutschen Reiches und des deutschösterreichischen Staates, zuführten. Sie waren es, die den Blutsfremden aus dem Osten bei der Sachdemobilisierung im großen die mit den patriotischen Geldopfern der christlichen Bevölkerung beschafften Staatsgüter zu einem Anerkennungspreis zuschanzten. Sie waren es, die den Stammesgenossen in Budapest, die die Enteignung des ungarischen Volkes großzügig betreiben, durch Munition- und Waffenlieferungen in ihrem verbrecherischen Treiben Vorschub leisteten. Und sie sind es endlich, die es der Konsequenz ihrer Demagogie schuldig zu sein glauben, die Berufsausübung der einheimischen Plattenbrüder und Nutznießer von Tumulten in Schutz nehmen zu müssen. Die Meinungen, die gestern von den sozialdemokratischen Nationalräten in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses anlässlich einer Auseinandersetzung über die Haftpflicht des Staates für Tumultschäden zum Besten gegeben werden, sind klipp und klar die Erklärung der Vogelfreiheit des Privateigentums. Sie geben einen lehrreichen Ausblick in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, wie sie ihn meinen.

Von Platon und Aristoteles bis auf Rousseau und die deutschen Philosophen gibt es eine lange Reihe von Staatstheorien, die sich im großen und ganzen in der Auffassung treffen, daß die Sorge für die Sicherheit der Staatsbürger, nicht nur der körperlichen, sondern auch der wirtschaftlichen, die vornehmste Pflicht des Staates ist. Erst der Staatsauffassung der Schüler des Propheten Marx, die drei Viertel Demagogie und ein Viertel Angst vor der Uebertrumpfung durch den Ueberrabikalismus ist, war es vorbehalten, die Pflichten des Staates von der Stimmung des Volkes abhängig zu machen und dessen Aufgabe der Rechtswahrung für Revolutionszeiten auszuschalten. Es kann nicht zweifelhaft sein, was für eine Schicht „Volk“ sie dabei meinen, gegen deren „Kampffähigkeit“ sie sich gestern wehrlos erklärt haben. Vor kurzem erst wurde diese noch von Kautsky („Die Diktatur des Proletariates“) als „eine für die Gesellschaft überflüssige, ja lästige Schicht von Schmarozern“ und als „Lumpenproletariat“ bezeichnet. „Sie sind wohl gewillt, wo sie können, Besitzende zu expropriieren, aber weder gewillt, noch imstande, eine neue Wirtschaftsform aufzubauen,“ ist Kautskys weiteres Urteil, das aber nach den Erfahrungen der letzten Zeit und den gestrigen Ausführungen der sozialistischen Führer wohl zu einseitig auf diese Volksschicht beschränkt scheint. Die Zeiten haben sich eben geändert und damit auch die Meinungen und die Rücksichtnahme der Umsturzpartei, die sich ja vor dem Vorwurf, „Bremsen“ zu sein, bewahren will, wenn jene Schicht sich im gegebenen Augenblick wagemutig im Kleinen jene Eingriffe in das Privateigentum gestattet, zu deren Durchführung im großen die Führer sich eine wissenschaftliche Theorie zurecht gestutzt haben.

Die Christlichsozialen fordern die Schaffung einer Exekutivgewalt, die die Mittel zum energischen Vorgehen gegen die verbrecherischen Kreise hat. Aber die Sozialdemokraten erklären: „Die kann man nicht schaffen!“ Ist dieses Eingeständnis der Schwäche von den sozialdemokratischen Führern auch wohl vorzunehmen, so wäre es doch immerhin der Aufrichtigkeit besser gestanden, zu sagen: „Die wollen wir nicht schaffen!“ Es darf eben keine Ordnungsmacht aufkommen, denn trüb muß das Wasser bleiben, sollen die großen und kleinen Fischzüge gelingen. Das ist die Meinung der roten Vorkämpfer der jüdischen Ausbeuter und Enteigner des deutschen Christenvolkes.

In Hütteldorf hat sich, da der Staat keinen ausreichenden Schutz zur Verfügung stellt, aus der Einwohnerschaft eine Schutzwehr gegen die Räuberbanden gebildet. Nach der gestrigen Stellungnahme der Sozialdemokraten zum Tumultgesetz und der sozialen Bankrotterklärung des Staates wird dieses Vorbild Schule machen. Die Sozialdemokraten wollen eben scheinbar die Bevölkerung auf den Weg der Selbsthilfe verweisen, der Selbsthilfe gegen alle materiellen und geistigen Enteignungsgelüste, ob sie sich nun mit Brechzangen und Stemmeisen oder mit Paragraphen und Verfügungen ausleben wollen.

Bezirks-Bürger- und Ständerat für den Gerichtsbezirk Aspang.

Einen ungeahnt zahlreichen Besuch wies die am 20. d. im Saale des Hotels „Schwarzer Adler“ in Aspang abgehaltene Vollversammlung des Bürger- und Ständerates für den Gerichtsbezirk Aspang auf. Die hierzu eingeladenen Bauern waren zahlreich er-

schienen. Angehörige aller Berufsstände und Bauern waren vertreten aus fast allen Orten des Gerichtsbezirks Aspang. Nach Begrüßung durch den Obmann des Bezirksbürger- und Ständerates Michael W a n g o l d erklärte dieser die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Bürger und Bauern und erteilte sodann dem Präsidenten des Landesbürgerrates Doktor Theodor B e r n h a r d aus Piesing das Wort. Doktor Bernhard bedauerte es, daß die Bürgerschaft erst so spät beginnt, sich zu organisieren, er findet es für begreiflich, daß sich Bauernräte und Arbeiterräte gegründet haben, aber Soldatenräte? Wozu? Wenn wir kein Militär mehr haben? Bürgerräte jedoch finden teilweise keine Anerkennung! Wir müssen diese Anerkennung erlangen. Redner fordert zu eifriger Mitarbeit am Organisationswerke auf. Dr. Bernhard streifte in seiner Rede die heute an den Tag gelegte Demokratie der Sozialdemokraten und äußert sich: „Hätte man vor zwei Jahren die Sozialdemokraten gefragt, ob sie sich die Demokratie so vorstellen, wie sie heute gehandhabt wird, man wäre für irrsinnig erklärt worden. Eine Demokratie, die nur alle Macht an sich reißen will und anderen keine Rechte gibt! Eingehend bespricht Doktor Bernhard die Sozialisierung, wie nicht zugunsten der Gesamtheit sozialisiert wird, sondern wie sich nur einige ein gutes Plätzchen sichern wollen. In seiner begeisterten Rede bespricht der Präsident des Landesbürgerrates das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Bauernschaft und sodann zwischen Bürger- und Bauernräten, betont, wie stets Bauern und Gewerbetreibende Hand in Hand gingen und fördernd auf Produktion und Handel wirkten. Der notwendige Zusammenschluß der Bürger und Bauern ergibt sich naturgemäß. Hierauf ergriff der Obmann des Bezirksbauernrates Johann K a d e r aus Mönchkirchen das Wort und erklärte, in welcher Weise die Bauernräte von den Arbeiterräten bei den Sitzungen im Bezirkswirtschaftsamt behandelt werden und gab bekannt, daß sich die Bauernräte in den Arbeiter- und Soldatenräten sehr täuschten. Nach dem Verhalten der Arbeiter- und Soldatenräte gibt es nur einen Zusammenschluß mit den Bürgern. Sehr beifällig wurde es begrüßt, als der Obmann des Bezirksbauernrates rief: „Hier, Bürger, habt ihr meine Hand, ich reiße sie Ihnen im Namen des Bezirksbauernrates zur Vereinigung der Bauern mit den Bürgern.“ Hierauf verlas der Vorsitzende folgende Entschliefung, die von der Versammlung einstimmig genehmigt und deren Absendung an die Nationalversammlung beschlossen wurde:

„Der bei der heutigen Vollversammlung vertretene Bezirks-Bürger- und Ständerat für den Gerichtsbezirk Aspang, der Bürger- und Ständerat für die Gemeinden Markt Aspang, Amt Aspang und Zöbern, der Bürger- und Ständerat für die Gemeinden Kirchberg, Feistritz und Wolzegg, der Bürger- und Ständerat für die Gemeinden Eblitz, Grimmenstein und Thomasberg im Einvernehmen mit den vollzählig anwesenden Bezirksbauernräten des Gerichtsbezirks Aspang protestieren einstimmig auf das nachdrücklichste gegen die Verdrängung der Bürgerräte aus der Bezirkswirtschaftskommission und verlangen ihre Anerkennung mit denselben Rechten, wie selbe den Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräten zuerkannt werden.“

Durch die bisherige Nichtanerkennung der gleichen Rechte der Bürgerräte wird der Weg zur einseitigen Klassenmäßigen Beeinflussung der Verwaltung betreten und die Korruption derselben herbeigeführt. In einer demokratischen Republik aber müssen alle Stände gleichberechtigt vertreten sein!“

Im Anschlusse daran befürworteten noch den Zusammenschluß der Bauern- und Bürgerräte die Herren Balli, Schmolger und Bürgermeister Donhauser aus Kirchberg.

Präsident Dr. Bernhard wurde einstimmig von der ganzen Versammlung ermächtigt, zu erwirken, daß bei den Bezirks-Bürger- und Bauernratsitzungen gegenseitig die Obmänner mit beratender Stimme teilnehmen können, ebenso beim Handelsbürgerrate.

Der Obmann des Bezirksbauernrates, K a d e r, erklärte nun noch, daß, falls die Bürgerräte bei den Be-

zirkswirtschaftskommissionen nicht anerkannt werden, auch die Bauernräte nicht teilnehmen werden.

25. VII. 1919

Die Koppligkeit unseres jetzigen Regierungssystems. Aus Graz, 23. d., wird gemeldet: Gestern fand in Graz eine Massenwählerversammlung statt, in der Abgeordneter Dr. Wutte über die politische Lage Bericht erstattete. Dr. Wutte behandelte zunächst die Ernährungsfrage, wobei er u. a. darauf verwies, daß der Staatssekretär für Finanzen, Dr. Schumpeter, noch nie etwas Positives über unsere Lage gesagt habe. Wir brauchen monatlich um 100 bis 120 Millionen Franken Lebensmittel aus dem Auslande. Wir müssen diesen Betrag auf fremdes Geld umrechnen, weil sich unser Kurs ja stets ändert. Wenn die Krone gleich bleibt, so brauchen wir im Jahr 6 bis 7 Milliarden Kronen für unsere Ernährung. Diese können nur durch Güterausfuhr bezahlt werden, da ja kein Gold vorhanden ist. Hierbei fallen hauptsächlich die Urprodukte: Holz, Reifeisen, Magnesit und Kalk ins Gewicht. Unsere Einfuhr ist aber derzeit um etwa 6 Milliarden größer als die Ausfuhr. Um diesen Abgang zu decken, wurden die Beschlagnahmen vorgenommen. Der dadurch geschaffene Kredit ist am 15. August zu Ende. — Es steht ein Großteil der Bevölkerung vor der Zwangslage, auszuwandern. Wird aber die Bevölkerung durch diese Auswanderung kleiner, so kann sie die ungeheuren Staatsschulden um so weniger tilgen und der Bankrott ist unermesslich. Durch Abwanderung wird es also nur schlechter. Es bleibt nur das eine übrig: Vergrößerung der Ausfuhr. Weil aber zu wenig Werte hierfür verfügbar sind, müssen wir unsere Arbeit verpfänden. Damit die Arbeit aber für die Entente einen Faktor darstelle, muß sie mit dem Ausland konkurrenzfähig sein. Nun beruht unsere Gesetzgebung aber nicht auf Wirtschaftss., sondern auf Sozialpolitik. Das ist in diesem Augenblick ein Selbstbetrug, denn es muß doch die Wirtschaft in Betrieb kommen, bevor an anderes zu denken ist. Statt 8 Stunden sollten wir alle ohne Ausnahme 10 Stunden und mehr arbeiten. Das ist aber bei unserer heutigen Lage unmöglich. Daher ist unsere Arbeit für die Entente wertlos und unsere Betriebe werden stehen. Nur eine gesunde Agrarpolitik könnte uns helfen. Sämtlich bleiben uns nur die Staatspapiere als Ausführungsartikel übrig. Das Ausland wird aber nur dann kaufen, wenn Aussicht besteht, daß wir wieder exportieren. Weil aber niemand Vertrauen zu uns hat, gehen nicht die Schuldpapiere, sondern die Aktien ab. Die Ursache für diese verhängnisvolle Erscheinung ist die Nebenregierung der Arbeiterräte. Es fehlt eine einheitliche Macht im Staate. — In Besprechung der Sozialisierung führte Dr. Wutte aus: Auf die Frage, wie stellt man sich die Wiederaufnahme der Arbeit vor? antwortet die Regierung immer: So lange Kapitalwirtschaft besteht, wird nicht gearbeitet. Es muß zuerst sozialisiert werden. Gerade aber

der qualifizierte tüchtige Arbeiter ist der größte Gegner der Sozialisierung. Die geplante Gewinnbeteiligung ist zu dieser ein Widerspruch. Die Sozialisierung wird die Produktion zweifellos herabsetzen. Aber auch — führt Doktor Wutte aus — zur Sozialisierung ist noch nichts geschehen. Die bisherigen Staatsbetriebe sind alle schwer passiv, man redet sich noch immer auf das Militär aus. Alle Versuche, eine Besserung herbeizuführen, scheitern am Widerstand der Arbeiterräte. Staatssekretär Dr. Schumpeter geht heute wie ein Prophet umher und verkündet das goldene Zeitalter unter tausend „wenn“ und „aber“. Seine bisher einzigen positiven Taten sind die Vollzugsanweisungen zur Vermögensabgabe. Er vereinigt Exekutive und Legislative in seiner Hand und macht, was er will. Er vertritt gleichzeitig die Freiwirtschaft und die Sozialisierung. Die Devisenzentrale wacht nur darüber, daß niemand Schleichhandel treibt, der ihr nicht angehört. Es ist auch kein Zweifel darüber möglich, daß die Quertreibereien gegen die Einfuhrbewilligungen der Länder im Staatsamte für Finanzen ihren Ursprung haben. So erklärt sich auch der Ruf: Los von Wien, der ja kein Ruf: Los vom deutschen Wien ist, sondern der Wunsch: Los von dem kommunistischen Wien! (Langanhaltender Beifall.) Zum Schluß besprach Dr. Wutte die Friedensbedingungen, wobei er sagte, es sei zu hoffen, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und daß die Verluste nicht von langer Dauer sein werden. Man kann nicht annehmen, daß die Slaven eine Politik treiben, die auf Angliederung geschlossener deutscher Gebiete abzielen. Es ist ja überhaupt kein Zweifel, daß dieser Friedensvertrag sich von selbst revidieren werde und daß dieser Vertrag nur ein Fetzen Papier ist. Dann dürfen wir hoffen, daß die Deutschen wieder ihre Rechte gegenüber den Slaven erreichen werden. (Stürmischer Beifall.) Im Laufe der Debatte, die sich an die Ausführungen Doktor Wuttés anschloß, kam der Abgeordnete auch auf Deutschwestungarn zu sprechen und bedauerte es, daß nicht mehr dieses fruchtbaren Landes für uns gewonnen wurde. Der Teil, der uns zugekommen sei, dürfte von den Sozialdemokraten nicht an Niederösterreich angegliedert werden, denn sonst würden sie dort ihre Mehrheit verlieren. Es ist anzunehmen, daß man Deutschwestungarn selbständig machen werde. Die Ausführungen des Abgeordneten Doktor Wutte wurden fort und fort von stürmischen Beifallsäußerungen begleitet und — angeblich kommunistische — Störer der Versammlung, die zum Schluß derselben durch Pfeifen sich bemerkbar machen wollten, wurden von den sie umgebenden Versammlungsbesuchern ziemlich unsanft aus dem Saale befördert.

Eine Antwort auf die „Schleichwege des Kommunismus“.

Aus Wiener-Neustadt wird uns geschrieben:

Das „Deutsche Volksblatt“ hatte am vorigen Samstag in den marktschreierischsten Tönen angekündigt, es werde Sonntag Enthüllungen über die Begünstigung der Kommunisten durch deutschösterreichische Funktionäre bringen. Schon diese Värmacherei war geeignet, über den Wert diese Enthüllungen ausreichend Klarheit zu schaffen.

Der Sonntag kam. Die mit der Aufmachung eines Bräterausrufers angekündigten „Enthüllungen“ reduzierten sich auf Zusammenstellungen der Aussagen im Gerichtsverfahren der seinerzeit verhafteten Flieger. Was in dem Artikel behauptet wird, ist größtenteils der Bevölkerung nicht unbekannt. Was an Lügen über die Genossen Helmer, Püchler und Schönfeld aufgetischt wird, sind Behauptungen einzelner Zeugen im Zuge des gerichtlichen Vorverfahrens, die natürlich, soweit es nicht schon geschehen ist, noch klar gestellt werden. Der Versuch, Genossen Ose n b ö d in den Verdacht eines unkorrekten Handelns zu bringen, widerlegt der Angeber selber in dem Satz: „Ende März kam Bürgermeister Osenböck aus Wien nach Wiener-Neustadt zurück und teilte den Abgeordneten Helmer und Schönfeld mit, daß die Staatssekretäre Dr. Deutsch und Dr. Bauer mit den Waffenlieferungen nicht einverstanden waren, daß es sich hierbei mindestens nicht um eine offizielle Angelegenheit handle.“ Die angeführte Sache hat in Wahrheit folgende Verwandtnis: Ende März versuchten einige Abgesandte der ungarischen Räteregierung die Waren, die Ungarn aus der Demobilisierungsmasse des alten Staates rechtmäßig — noch vor der Ausrufung der Räterepublik — erworben hatte, bei Wiener-Neustadt über die Grenze zu bringen. Mit Rücksicht auf das Verhalten der Entente sollte die Beschlagnahme verhindert werden. Die in Betracht kommenden Stellen erklärten sich gegen den Transport, der auch schließlich unterblieb, obwohl er nicht aus Waffen oder Munition bestand. Das „Deutsche Volksblatt“ erhebt also eine Anklage gegen Osenböck, Deutsch und Bauer und widerlegt sie unbewußt sogleich im nächsten Satz.

Was die „Enthüllungen“ über den Waffentransport in dem angegebenen Zusammenhang betrifft, hat keine der Behauptungen, die das „Deutsche Volksblatt“ aufstellt, Anspruch auf Richtigkeit. Wahr ist, daß in den Märztagen, wo man allgemein einen Vormarsch der Entente gegen Ungarn über Wiener-Neustadt vermutete, die Sympathien auf Seite der Ungarn waren. Ende April wurden tatsächlich drei Autos an der Grenze bei Lichtendörth angehalten, die Automobilmäntel, Gleitschuhvorrichtungen und sonstige Ausrüstungsgegenstände enthielten. Sie wurden sichergestellt. Aus den Ausweisen ging hervor, daß diese Waren aus der Sachdemobilisierungsmasse als Anteil der ungarischen Regierung gekauft waren. Von Massentransporten gesohlener Kriegsmaterialien ist natürlich keine Rede; und die Behauptung, daß die Fliegerkaserne Wiener-Neustadt als Hauptsitz eines großangelegten Waffenschmuggels nach Ungarn und der militärischen Sowjetregierung gilt, ist eine solche Uebertreibung, daß sie bei allen, die die Verhältnisse kennen, nur ein Lächeln hervorgerufen hat.

Das „Deutsche Volksblatt“ zieht weiter aus dem Verkehr zwischen Wiener-Neustadt und Debenburg den Schluß, daß ein „Verrat Deutschösterreichs“ vorliegt. Zwischen Wiener-Neustadt und Ungarn, besonders aber mit dem Grenzgebiet Westungarn bestehen nun seit jeher die innigsten wirtschaftlichen Verbindungen. Die Stadtgemeinde Wiener-Neustadt hat noch während der Karolyi-Regierung Abmachungen über Lebensmittellieferungen getroffen, diese Lebensmittel aber nicht geliefert bekommen, trotzdem die Stadt Kompensationsware und Geld bei der zuständigen Stelle in Debenburg noch vor der Ausrufung der Räterepublik eingezahlt hatte. Der Stadtgemeinde war natürlich darum zu tun, die Waren, die bei der Knappheit dringend benötigt wurden, von Ungarn herauszubringen. Aus diesen „Verbindungen“ in wirtschaftlichen Angelegenheiten baut das „Deutsche Volksblatt“ einen „Verrat“ auf!

Wenn man den Artikel des „Deutschen Volksblattes“ liest, so muß es auf jeden, besonders aber den Uneingeweihten, den Eindruck machen, als würden in Wiener-Neustadt die schrecklichsten Zustände herrschen. Die Wahrheit ist nun, daß man hier über die „sensationalen Enthüllungen“ des „Deutschen Volksblattes“ mehr als erstaunt ist, da man weder von diesen Massentransporten von Kriegsmaterial noch von den anderen Behauptungen etwas wahrgenommen hat, noch wahrnimmt. Die „Enthüllungen“ bestehen aus ebensoviel Dichtung als Uebertreibung. Die vielen Behauptungen sind durch das gerichtliche Verfahren aufgeheilt und haben keinen Grund zur Beruhigung gegeben. Und war sich der Inspirator des „Deutschen Volksblattes“ gar nicht bewußt, daß er mit seinen „sensationalen Enthüllungen“ und mit den unwahren Behauptungen den ganzen Staat in eine schiefe Situation bringen kann?

Der neue Kurs.

Der Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Otto Bauer von der Leitung des Staatsamtes des Neuhörs hat ein Gutes: er hellt das mysteriöse Halbdunkel auf, in das die Politik unseres jungen Staates seit Monaten wie in einen Nebel eingehüllt war. Wir wissen jetzt zwar noch immer nicht, welchen Kurs unser Staatsschiff nun nehmen wird, aber die Entente hat, indem sie uns den Steuermann wegnahm, gezeigt, daß sie mit dem bisher eingehaltenen Kurs nicht einverstanden war.

Otto Bauer brachte eine große, hinreichend schöne Idee in das Auswärtige Amt mit, die Idee des Anschlusses an Deutschland, für die er in Wort und Schrift mit dem heiligen Eifer eines Apostels eintrat. Die Entente ließ ihn eine Zeitlang gewähren, um dann im letzten Moment durch eine Bestimmung in dem Deutschland diktierten Frieden derartigen Bestrebungen für längere Zeit hinaus einen wirksamen Niegel vorzuschieben. Dieser Friedensvertrag bedeutet bis auf weiteres das Grab des Anschlussgedankens. Und noch eine zweite, in ihrem Kern gesunde politische Idee hat Dr. Bauer als Leiter unserer auswärtigen Politik produziert: die Annäherung an Italien, wobei Deutschösterreich die Brücke für eine italienisch-deutsche Verständigung hätte bilden können. Aber hart im Raume stießen sich auch hier die Dinge. Für ein ehrliches Freundschaftsverhältnis zu Italien war Voraussetzung, daß dieses seine räuberische Hand vom deutschen Südtirol zurückziehe. Deutschösterreich wollte entgegenkommen und bot die militärische Neutralisierung an, wenn das Land nur staatsrechtlich und wirtschaftlich bei Deutschösterreich bliebe. Aber Italien blieb hart; es wies die Vorschläge Otto Bauers rundweg ab, und wieder war ein schöner Gedanke betaben.

Jetzt war Dr. Bauer, wie man zu sagen pflegt, mit seinem Latein zu Ende, und so verläßt er nun die Stätte eines weniger kurzen als unfruchtbaren Wirkens. Still auf gerettetem Kahn zieht er sich aus dem Schiffbruch seiner auswärtigen Politik in das bescheidene Refort der Sozialisierung zurück, deren Lebensfaden — beiläufig bemerkt — von der Entente durch den Friedensvertrag so gut wie abgeschnitten ist.

Otto Bauers Unglück und Ende auf dem Ballplatz ist sehr lehrreich. Er hat zwei schöne politische Ideen gehabt, hat sie mit glühendem Eifer und mit dem ganzen Einsatz seiner wahrlich nicht unbedeutenden Persönlichkeit vertreten und — umgebracht. Er hat die große, im Gemütsleben aller Deutschen tief verankerte Idee des Anschlusses durch die ungestüme und wenig diplomatische Art, wie er sie verfolgt, für lange Zeit kompromittiert — er weckte das Mißtrauen der Gegner und bestärkte sie in ihrem Widerstand — und er hat den schönen Traum einer Freundschaft mit Italien rasch ausgeträumt. Es wäre manches anders gekommen, wenn nicht ein durch seine dogmatische Art unfreier und in seiner Beweglichkeit gehemmter Parteimann am Ballplatz geessen wäre, sondern Einer, der mit fester Hand die so fatal veräuslungenen Fäden unserer auswärtigen Politik hätte entwirren können und mit sicherem, durch keine Parteibrille getrübtem Blick das Mögliche von dem Unerreichbaren, das Zeitgemäße von dem Unzeitgemäßen hätte unterscheiden können — kurz: ein diplomatischer Kopf. Unter den vielen und wertvollen Talenten Dr. Bauers ist aber gerade das diplomatische Talent nicht zu finden. Das ist die Lehre, die aus dem staatsmännischen Wirken Otto Bauers sich ergibt, und die Deutschösterreich mit dem Zusammenbruch seiner bisherigen äußeren Politik zu bezahlen hat.

Unser Staatsschiff muß jetzt einen neuen Kurs nehmen. Wird diesmal der richtige Mann am Steuerrad stehen?

Dr. Bauers Abschied.

Wien, am 25. Juli.

Dr. Bauer verläßt das Auswärtige Amt und zieht sich auf seinen Posten als Sozialisierungsminister zurück. Er legte heute die Führung der auswärtigen Geschäfte mit einer Kundgebung zurück, deren freimütige Offenheit auch der politische Gegner schätzen muß. Der bisherige Staatssekretär des Außern gibt unverhohlen zu, daß er mit seiner politischen Kombination schweren Schiffbruch gestiftet hat; in der Anzeige seines Rücktrittes bezeichnet er selbst die Aenderung der Politik mit Rücksicht auf die nun einzuschlagenden Wege als „objektiv notwendig, historisch geboten“. Wenn seine Demission unter dem mächtigen Imperativ so wichtiger Gründe erfolgt, so war auch zuvor schon eine andere Politik, als sie Dr. Bauer führte, „objektiv notwendig, historisch geboten“. An der zu späten Erkenntnis dieser Tatsache scheitert Dr. Bauer, denn was immer man in Frankreich, auf dessen Abneigung gegen seine Person er sich beruft, gegen ihn haben mag — man hätte sich dort, wenn er sachlich eine andere politische Haltung eingenommen hätte, mit ihm abgefunden, so wie man in Paris bereit war, sich mit Trozki und sogar mit Bela Kun abzufinden.

Dr. Bauer hatte seine Hoffnungen auf direkte Verhandlungen mit Italien gesetzt. Ganz richtig hatte er erkannt, daß die Wegnahme Deutschsüdtirols einen unüberbrückbaren Graben zwischen den Alpenländern und Italien ziehen müsse. Sein Versuch einer direkten Verständigung mit Italien war gut. Deutschösterreich hat selbst in seiner Armut für ein Italien, das in eine konfliktreiche politische Isolierung in Europa zu stürzen droht, viel zu bieten. Aber es konnte nicht übersehen werden, daß die italienische Regierung durch eine großartig genährte Agitation das eigene Band zu dem Glauben an die Brennergrenze erzogen hatte und nicht so leicht mehr zurück konnte. Italien konnte nur dann seine Ansprüche gegenüber Deutschösterreich ermäßigen, wenn es dafür bessere Bedingungen an anderen Stellen seines weitgesteckten Friedensprogrammes erzielte. Darüber aber hatten die Bundesgenossen Italiens zu bestimmen. Diesen die Wichtigkeit Deutschsüdtirols für Deutschösterreich, dessen heilige nationale Rechte mit allen Mitteln kluger Diplomatie vor Augen zu führen, war somit die unerläßliche Ergänzung einer direkten Fühlungnahme mit Italien. Und das verschmähte Dr. Bauer. Wohl in dem instinktiven Bewußtsein, daß er mit seinen überstürzten Anschlußpronunzierungen sich und Deutschösterreich den Zugang zu den andern Partnern des künftigen Friedensvertrages verrammelt hatte. So verzichtete er auf die möglichen Vorverhandlungen, ging der Entente aus dem Wege, brüskierte ihre Vertreter sogar, tat nichts, um die Sympathien des für die allgemeine Stimmung wichtigen neutralen Auslandes zu wecken oder gar das in den Ententeländern und in Amerika für Deutschsüdtirol in gewissem Maße vorhandene Verständnis der Sache Deutschösterreichs dienstbar zu machen. Das mußte sich in dreifacher Hinsicht rächen: Man nützte damit die für Deutschsüdtirol in der Entente vorhandenen, zum Bei-

spiel aus der Aktion des Lord Bryce ersichtlichen positiven Kräfte nicht aus, man erweckte durch die einseitigen, mit Ignorierung der übrigen Verbündeten Italiens geführten Verhandlungen deren argwöhnisches Mißtrauen, namentlich da Italien sich in bezug auf die Anschließpolitik im scharfen Widerspruch zu der Entente befand, und verschlechterte die Sache Deutschösterreichs in dem Maße, als sich die Sache Italiens durch seine starken Reibungen mit Frankreich und England wegen seiner jugoslawischen und ungarischen Politik und seiner kolonialen Forderungen verschlechterte.

Dennoch wäre die Lage nicht aussichtslos gewesen, wenn Dr. Bauer aus ihr mit der nötigen Raschheit die Konsequenzen gezogen hätte, zu denen er heute gelangt ist. Denn die Aufdeckung, daß die italienische Einstellung unserer Friedenspolitik falsch ist, stammt nicht von heute, sondern ist Wochen alt und hätte den Verhandlungen in St.-Germain noch reichlich Raum gelassen. Am 7. Juni berichtete Dr. Bauer in der Nationalversammlung über seine Absicht direkter Verhandlungen mit Italien und teilte mit, daß jedoch bisher sein Vorschlag von der italienischen Regierung „unbeantwortet geblieben ist“. Das mußte schon stutzig machen. Am 8. Juli traf dann die vollständige Ablehnung Italiens ein, die die Kombination Dr. Bauers von Grund aus zerstörte. Trotzdem wartete der Staatssekretär des Außern bis zum 13. Juli und demissioniert tatsächlich erst heute.

Schon bevor noch unsere Friedensdelegation für St.-Germain gewählt war, hatte die Entente nichtamtlich die hiesigen maßgebenden Kreise wissen lassen, daß Dr. Bauer als Staatssekretär des Außern durch seine bisher von ihm verfolgte politische Richtung ein Hindernis vorläufiger Friedensverhandlungen sei. Es bestand die Aussicht, daß Deutschösterreich an Stelle des schwierigen schriftlichen Verfahrens in den Friedensverhandlungen zu mündlichen Auseinandersetzungen zugelassen würde, die eine erheblich wirksamere Aufklärung der Gegner ermöglicht hätten. Doch Dr. Bauer blieb und er blieb auch dann noch, als seine Hoffnungen und Berechnungen, die sich auf Italien gründeten, sich als irrig erwiesen hatten. Das ist das große Verhängnis, das wir alle zu büßen haben.

Wir stehen dem Ereignisse noch zu nahe, um die persönliche Verantwortung Dr. Bauers in ihrer ganzen Größe abzuschätzen. Es ist ein tragisches Unglück des jungen Staates, daß in seinen schwersten Schicksalstagen seiner auswärtigen Führung Fehler unterliefen, deren erdrückende Ergebnisse kaum mehr gut zu machen sind.

Arbeitsrecht und Budgetrecht.

Von

Oswald Niebel,

Mitglied der preussischen Landesversammlung.

Der preussische Eisenbahnminister hat in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit genommen, eine Demokratisierung des Staatseisenbahnbetriebes unter Einräumung eines größeren Einflusses an die in diesem Betriebe beschäftigten Beamten und Arbeiter in Aussicht zu stellen. Er hat dabei vor allem Wert darauf gelegt, daß innerhalb dieses wichtigen Staatsbetriebes sich nach und nach der Geist der Demokratie durchsetzen solle. Aber er hat recht wenig über die äußeren Formen gesagt, innerhalb deren jenes Durchsetzen sich vollziehen soll. Das konnte er auch kaum; denn hinsichtlich der Staatsbetriebe schlechthin besteht in der arbeitsrechtlichen Entwicklung ein Hindernis, vor dem vorläufig noch alle Beteiligten ziemlich ratlos stehen.

Die Drahtzieher der letzten Streiks in den staatlichen Verkehrsanstalten machen es sich allerdings sehr leicht. Mit einer eleganten Handbewegung ziehen sie die Forderung des Mitbestimmungsrechtes (alias Räte-system) aus dem Ärmel. Sie verkennen absichtlich die Eigenart des Staatsbetriebes. Aber gerade dadurch verhindern sie es, daß dem Personal solcher Betriebe ein mitbestimmender Einfluß eingeräumt wird. Denn Leute, die grundsätzlich die Augen vor Tatsachen verschließen und ständig aneinander vorbeireden, werden nachtrade verhandlungsunfähig. Andererseits wird aber auch die Regierung aus ihrer Zurückhaltung heraustreten müssen. Trotz wiederholter Aufforderungen hat sie sich bislang zu der strittigen Frage des Streikrechtes der Beamten und Staatsarbeiter noch nicht geäußert — indessen diese lustig darauf losstreifen. Ebensowenig aber kommt sie der Aufforderung nach, den Widerspruch zwischen Budgetrecht des Parlaments und Mitbestimmungsrecht der Staatsbediensteten aufzuklären. Man darf doch annehmen, daß innerhalb einer Regierung sich jemand findet, der dazu in der Lage ist?

So ergibt sich denn ein Zustand wie derjenige, dem die preussische Landesversammlung am Tage vor ihrer Vertagung ein Verlegenheitsende bereitet hat. In Ostpreußen hatte sich die Staatsregierung zur Anerkennung eines Schiedsgerichts bereitgefunden, das Schlichtungsstellen der Eisenbahner sächlich sollte. Der Schiedsspruch hätte eine Belastung des Staatsfiskus von etwa 3 Millionen zur Folge gehabt. Die Regierung war jedoch der Meinung, daß die Erfüllung des Schiedsspruches Verurteilungen in anderen Landesteilen und Beamtengruppen zur Folge haben könnte, deren finanzielle Wirkung sich bis auf 400 Millionen Mark belaufen könnte. Sie erfüllte daher den Schiedsspruch nicht, sondern verwies ihn an die Landesversammlung, diese ausdrücklich an ihr Statutrecht erinnernd, zur endgültigen Entscheidung. Das Parlament hat sich aber auch weder zu einem Ja noch zu einem Nein aufgeschwungen, hat vielmehr den Schiedsspruch an das Schiedsgericht zurückverwiesen.

Für die Regierung mag dieser Weg außerordentlich bequem sein. Für das Parlament ist die Rolle, die es dabei spielt, nicht allzu wirksam. Aber vor allem darf man die Wirkung auf das in Frage kommende Dienstpersonal nicht unterschätzen: es ist nicht in einem Streik eingetreten, hat sich vielmehr mit einem Schiedsspruch einverstanden erklärt; nun sieht es, wie auf dem Umwege über das Parlament auch der Schiedsspruch unwirksam gemacht wird; es verliert das Vertrauen zum Schlichtungswesen, und williges Gehör finden in Zukunft bei ihm die Prebiger die Gewalt. Dieser Eindruck darf sich nicht festsetzen, denn er würde Eisenbahn- und Poststreik ohne Ende bedeuten. Andererseits aber steht es auch außer Zweifel, daß das Statutrecht der Volksvertretung nicht angetastet werden darf. Dieses Statutrecht erstreckt sich ja nicht nur auf reine Geldebewilligungen, sondern auch auf die Zustände in den Staatsbetrieben. Beamte und Arbeiter haben selbst kein Interesse an der Schwächung dieses Budgetrechtes, denn es kann sehr wohl auch einmal zu ihren Gunsten ausgenutzt werden.

Wie soll man aus diesem Dilemma herauskommen? Etwa dadurch, daß man das Mitbestimmungsrecht der Staatsbediensteten zugunsten jenes Statutrechtes einschränkt, daß man sie also arbeitsrechtlich unter die Privatbediensteten stellt? Das wäre ein ebenso ungerechtfertigtes wie gefährliches Experiment. Gefährlich, weil es zur Explosion führen würde, — ungerecht und unklug, weil allein auf dem Wege der Einräumung größeren Mitbestimmungs einflusses durch Schieds- und Tarifwesen sich die Streitfrage der Streikbefugnis oder des Streikverzichtes in den Staatsbetrieben lösen läßt. Mitbestimmungsrecht oder Streik, soweit hat sich dort die Entscheidung zugespitzt.

Man muß deshalb Statutrecht und Schiedswesen miteinander in Einklang bringen. Um so sonderbarer berührt es, daß man in Regierungskreisen einem schon vor Jahren geborenen und jetzt wieder aufgetauchten Vermittlungsvorschlag sehr kühl gegenübersteht. Dieser geht dahin, daß die zentrale Schlichtungsstelle in einem Gesamtstaatsbetriebe nicht nur aus Arbeitnehmern und Betriebsverwaltung zusammengesetzt sein soll. Vielmehr will der Vorschlag auch Parlament und Regierung paritätisch daran beteiligen, und zwar sah er folgendes Verhältnis in der Zusammensetzung vor: Ein Drittel Arbeitnehmer, ein Drittel Betriebsverwaltung, ein Sechstel Parlament und ein Sechstel Regierung, neutraler Vorsitz. Man kann über dies Verhältnis geteilter Meinung sein, jedoch liegt in dem Vorschlag der einzig mögliche Ausweg vorhanden. Man beteiligt Regierung und Parlament am Schlichtungswesen.

Der Staatsbetriebe, nur dadurch beseitigt man den Gegensatz zwischen Statutrecht und Arbeitsrecht, beschwört man unheilvolle Streitigkeiten. Die Regierung hat das Parlament schon einige Male an Schlichtungsverhandlungen beteiligt, aber nur, wenn es ihr paßt, d. h. wenn sie ihre ablehnende Haltung durch die Volksvertreter verdecken ließ. Das darf nicht sein, denn dadurch schwindet das Vertrauen zu Regierung und Volksvertretung. Letztere muß eben an zentralen Einigungsverhandlungen in Staatsbetrieben immer beteiligt werden. Das führt zugleich zu größerem Sachverständnis bei der Ausübung des Statutrechtes, kommt mithin allen Teilen und nicht zuletzt dem Volke.

Eine staatsrechtliche Unmöglichkeit.

Der Herr Landeshauptmann Sever hat verfügt, daß bis zum 5. August bei Arr eststraße und zwangsweiser Außerlandung alle ungarischen Staatsangehörigen, die seit dem Budapester Bolschewikenumsturz nach Wien geflüchtet sind, Deutschösterreich zu verlassen haben. Die Gewalttätigkeit dieser Bestimmung ist dadurch gekennzeichnet, daß es bei den heutigen Verkehrsverhältnissen den Wenigsten innerhalb fünf Tagen möglich sein wird, sich für einen andern Staat die Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen, so daß viele der unglücklichen Flüchtlinge zur Heimkehr nach Ungarn genötigt und den bluttrüben Revolutionstribunalen Bela Kuns ausgeliefert sind. Aber nicht von dieser Unmenschlichkeit wollen wir reden, sondern von der politischen Tragweite des Severerlasses. Der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich verfügt die Ausweisung aus ganz Deutschösterreich. Er kann für Niederösterreich verordnen, aber über Deutschösterreich hat er nicht zu gebieten. Der Versuch dazu ist eine Kompetenzüberschreitung, die alle anderen deutschösterreichischen Länder verletzt. Wenn morgen irgend ein anderer Landeshauptmann fände, daß es gar nicht so übel sei, das Fremden in das Land strömen zu lassen und damit Steuerquellen aus den sehr ansehnlichen Kapitalien vieler dieser Flüchtlinge zu gewinnen, so könnte die traurige Sache noch lustig werden. Ebenso gut wie der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich aus ganz Deutschösterreich ausweisen kann, ebenso gut kann ein anderer Landeshauptmann diese Ausweisung aufheben, mindestens für das eigene Gebiet. Aber wo kommen wir hin, wenn ein sozialdemokratischer Landeshauptmann über die Köpfe aller seiner Amtsgenossen der anderen Länder hinweg regieren und ihnen im Verordnungswege vorschreiben will, was sie zu tun und zu lassen haben! Diese Kompetenzüberschreitung des Landeshauptmannes von Niederösterreich, der sich die Befugnis eines Staatssekretärs des Innern zulegt, ist ein neuer Beitrag zur Zerstörung unserer staatlichen Ordnung, von der bald kein Stein auf dem anderen sein wird. So wird Land gegen Land aufgehetzt und der Staat in seine Partikel aufgelöst. Deutschösterreich wird, dank dieser Regierungskunst, bald nur mehr der Sammelname für ein Halbduzend sich feindselig befehdender, getrennter Kantone sein, deren Grenzen gegeneinander mit Stacheldrahtverhauen und Postenfetten besetzt sind.

Die Verordnung des Landeshauptmannes Sever hat aber auch noch eine andere Seite. Der Unwille der Wiener Bevölkerung hat sich von jeher naturgemäß nicht gegen jene Fremden gewendet, die hier der einheimischen Bevölkerung zu verdienen geben, sondern gegen jene, die ihr das Brot wegnehmen und das Leben wucherisch verteuern. Die galizischen Juden loszuberkommen, die hier Wucher und Schleichhandel treiben und das ganze Land mit Korruption und östlichen Unsitten verpesten — das ist der Wille der Wiener Bevölkerung. Hundertmal ist dies öffentlich erklärt worden und es gibt heute ohne Unterschied der Partei keinen Wiener mehr, der nicht einstimmen würde in das Verlangen: Weg mit den galizischen Juden, die uns austraben und aushungern!

Gestern hieß es noch, die niederösterreichische Landesregierung bereite einen zweiten Erlass vor, nach dem auch die galizischen Juden, die seit 1. August 1914 sich in Wien niedergelassen haben, bis zum 15. August l. J. das Land zu verlassen hätten.

Hierzu teilt die jüdisch-nationale „Wiener Morgenzeitung“ in ihrer heutigen Nummer mit:

Wir wollen unterstreichen, daß eine solche Maßregel in solchem Umfang zwar geplant war, jedoch nach Verhandlungen zwischen der Regierung, dem Abg. Stricker und den jüdisch-nationalen Gemeinderäten und gemäß einer strikten Erklärung, die der Staatssekretär Ederich am Montag den 28. Juli dem Abg. Stricker gab, unterbleibt.

Die fremden Wucherjuden bleiben dem hungernden Wien erhalten, die ungarischen Christen aber, die in Wien ein Asyl gesucht haben, werden ihren jüdisch-bolschewistischen Peinigern ans Messer geliefert.

Die gestrige Ausweisungsverfügung bekommt damit ein neues Gesicht. Fremde, wenn sie Christen sind, werden ausgewiesen, die Juden dürfen dableiben.

Die Verjudung Wiens wird durch die sozialdemokratische Regierung mit Gewalt und Protektion amtlich gefördert. Die Wiener sozialdemokratischen Arbeiter, die in den Fabriken bald nur mehr für jüdische Unternehmer und östliche Kriegsgewinner fronden werden wissen nun, wozu sie eine jüdische Führung haben.

2/8. 1919

Abgrenzung der Zuständigkeit der Staatsämter.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht drei Vollzugsanweisungen, durch die die Zuständigkeit der Staatsämter für Verkehrswesen und für Handel und Gewerbe neu geordnet wird. Das Post-, Telegraphen- und Telephonwesen, ferner die Schifffahrt, werden aus dem Staatsamt für Handel und Gewerbe ausgeschieden und dem für Verkehrswesen zugeteilt. Das Kraftfahrwesen kommt ebenfalls an dieses Staatsamt; das militärische Kraftfahrwesen hat das Staatsamt für Heerwesen im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Verkehr zu regeln, der übrige staatliche Kraftfahrbetrieb wird bei der Generaldirektion für Post-, Telegraphen- und Telephonwesen zusammengefaßt. Das Vermessungswesen wird dem Staatsamt für Handel und Gewerbe unterstellt und deshalb werden Erd- und Grabmessung aus dem Staatsamt für Inneres, die

Generaldirektion des Grundsteuertastlers aus dem Staatsamt für Finanzen ausgeschieden; auch die staatliche Herstellung und Vervielfältigung von topographischen Plänen und Karten wird dem Staatsamt für Handel und Gewerbe zugeteilt.

Die Revision der Gebahrung der Betriebsräte.

Die heutige „Wiener Zeitung“ verlautbart eine sofort in Kraft tretende Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 27. Juli über die Revision der Gebahrung der Betriebsräte.

Danach wird die Revision den verschiedenen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sowie den Unfallversicherungsanstalten übertragen. Jedem Betriebsrat bleibt die Wahl der revidierenden Körperschaft vorzuziehen, wenn er keine Wahl trifft, steht die Revision der zuständigen Unfallversicherungsanstalt zu. Die Revision hat zu erfolgen bei Einhebung einer Umlage auf den Arbeiterverdienst, bei größeren Einnahmen oder Vermögenserwerbungen des Betriebsrates und bei alleiniger Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen, mit größerer Geldgebarung. Die Revision führen unbefangene Sachbeamte durch, u. zw. jährlich wenigstens einmal in jedem Betriebsrat und tunlichst ohne Störung des Betriebes. Der Revisor kann bei Ueberprüfung der Bücher, der Belege, des Kassenstandes und allenfalls des Warenlagers auf Mängel hinweisen, Auskünfte verlangen, ist zur Verschwiegenheit verpflichtet und berech-

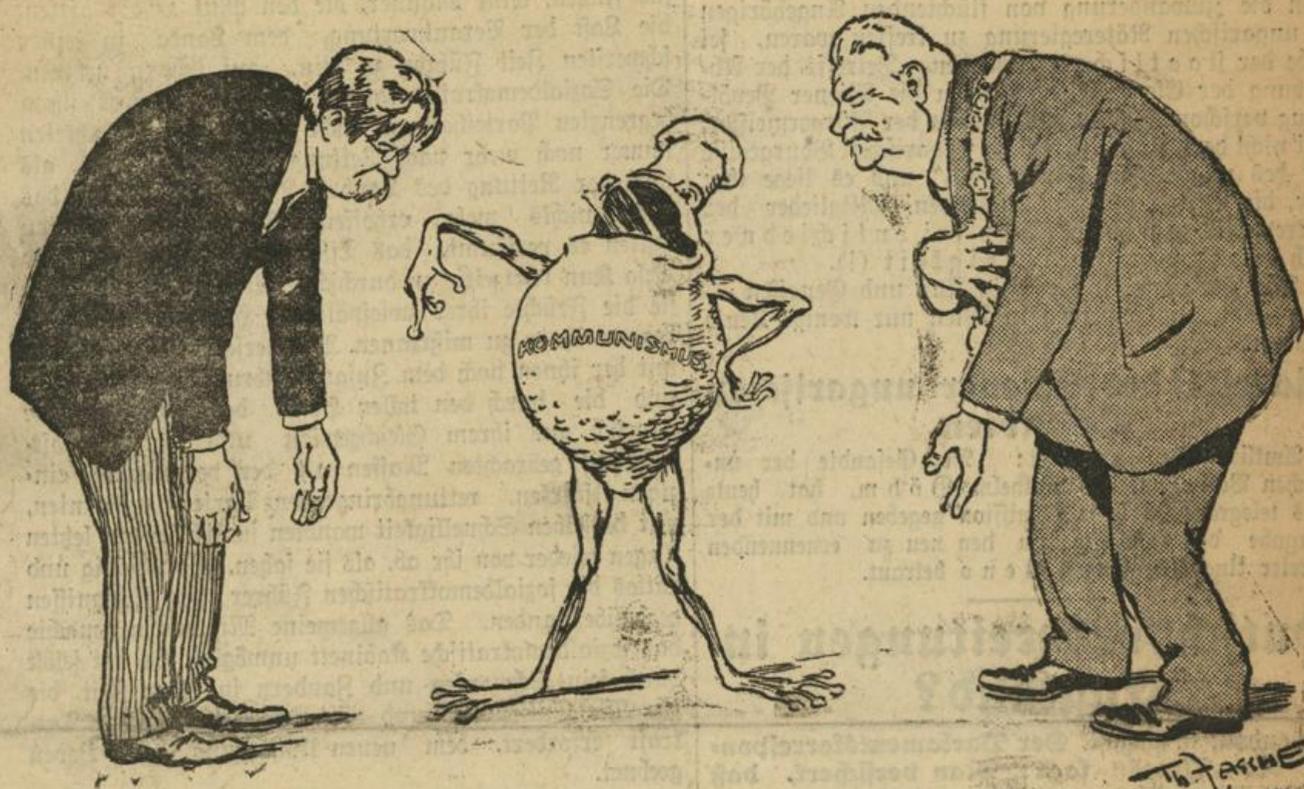
tigt, Vorschläge zur Verbesserung der Betriebsräte dem Staatsamt für soziale Verwaltung zu erstatten. Unfälle Kosten trägt, soweit die Auslagen nicht von der betrauenden Stelle bestritten werden, der Betriebsrat.

7. VIII. 1919

Sie fressen die Krot.

Bgm. Neumann hat sich für den Aufenthalt der ungarischen Bolschewikenführer in Deutschösterreich ausgesprochen.

Zeichnung von Theo S. e.



Bgm. Neumann: „Wir tun ja eh, was wir können, Sie sollen sich bei uns ganz wie zu Hause fühlen!“

9. / VIII.

1919.

70

Das christlichsoziale Bezirkswahlkomitee für den 21. Bezirk hat sich auf Grund des neuen Parteistatutes wie folgt konstituiert: Obmann Joh. Knoll, Obmannstellvertreter Admin., Sekretär Dr. Josef Pultar und Bezirksvorsteherstellvertreter Emil Scholz. Schriftführer Lehrerin Anna Fallmann und Adjunkt Josef Fürst, Sädelwart Marie Hezdek und Direktor Johann Schulteis, Beiräte Beamter Franz Billelta, W. Franz Hof, Privatbeamter J. Lerch und Abg. Otto Volker. In den Parteirat wurden entsendet: Fallmann, Hof, Knoll, Dr. Pultar und Scholz und als Ersahmänner Aruberger, Fürst, Lerch, Sarne und Frau Steinleitner.

Gegen den Mißbrauch des Asylrechtes.

Eine Rundgebung der Wiener Christlichsozialen
Parteileitung.

Die Leitung der Wiener Christlichsozialen Partei hat in ihrer gestrigen Beratung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Wiener Christlichsoziale Partei anerkennt in der freien Republik Deutschösterreich das Asylrecht für politische Flüchtlinge, protestiert aber gegen jeden Mißbrauch dieses Asylrechtes und verwahrt sich gegen die Ausdehnung desselben auf gemeine Verbrecher.

Sie stellt mit Bedauern fest, daß in derselben Zeit, in der die sozialdemokratischen Machthaber der n.-ö. Landesregierung nichtsozialistische ungarische Flüchtlinge mit einem bestimmten Termin aus Deutschösterreich ausgewiesen haben, neue politische Flüchtlinge, die, wie immer ihr Verhalten beurteilt werden mag, zweifellos für die Verbrechen, die in Ungarn begangen wurden, mitverantwortlich sind, aufgenommen werden.

Die Wiener Christlichsoziale Parteileitung billigt die Interpellation der Stadträte Müller, Schmid und Körber und verwahrt sich gegen die Antwort, in welcher Bürgermeister Neumann in voller Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und der Stimmung der Wiener Bevölkerung offen für das bolschewistische Blutregime Partei ergriffen hatte.“

Das Asyl der Mitglieder der ungarischen Räteregierung.

Eine Erklärung der Regierung.

Amlich wird mitgeteilt:

Die Gewährung des Asyls an die kommunistischen Mitglieder der abgetretenen Räteregierung hat in bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungskreisen Widerspruch gefunden, der nur einer mißverständlichen Beurteilung der Absichten der Staatsregierung seine Entstehung verdankt. Es erscheint deshalb notwendig, die Gründe darzulegen, die die Staatsregierung veranlaßt haben, den Personen unter bestimmten Voraussetzungen das Asyl zu gewähren.

Vor allem wird festgestellt, daß die Beförderung der Flüchtlinge von der Grenze nach dem für sie bestimmten Domizil, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt, auf durchaus einfache Weise erfolgt ist. Die Behauptung, daß die Beförderung mit Extrazug oder Salonwagen erfolgt, ist unzutreffend, ebenso ist unrichtig, daß die Volkskommisäre große Vermittel oder Wertgegenstände mitgeführt haben. Eine Ausnahme war nur bei dem Volkskommisär Tibor Szamuely zu konstatieren, der kürzlich widerrechtlich über die Grenze gelangt ist. Von den Flüchtlingen sind

neun gewesene Volkskommisäre

und deren Hilfsorgane, der Rest ausschließlich deren Angehörige, also Frauen und Kinder. Den Frauen und Kindern ist das Spital des Flüchtlingslagers in Drosendorf zum Aufenthalt zugewiesen. Die Volkskommisäre Kun, Bor und Bandler befinden sich in einer Mühle im Kolmigraben, die anderen Volkskommisäre in Karlstain. Die Volkskommisäre werden von deutschösterreichischen Sicherheitsorganen überwacht, so daß nicht nur ihre persönliche Sicherheit garantiert, sondern auch der Regierung absolute Gewähr geboten ist, daß sie in keiner Weise in der Lage sind, sich in unsere innerpolitischen Verhältnisse einzumengen. Maßgebend für den Entschluß der Regierung, den kommunistischen Mitgliedern der abgetretenen ungarischen Räteregierung das Asyl zu gewähren, waren Gründe der politischen Nützlichkeit und des demokratischen Prinzips.

Es erscheint vor allem notwendig, die Situation in Ungarn vor dem Zusammenbruch der Räteregierung darzustellen. Die sozialdemokratische Gruppe Weidl hat den Versuch unternommen, eine friedliche Lösung der Lage unter Vermeidung jeden Blutvergießens durch freiwilligen Austritt der Kommunistenführer aus der Regierung herbeizuführen. Es bestand aber die Gefahr, daß, wenn die Kommunistenführer im Lande blieben, dieser Versuch mißlingen und es in Budapest zu furchterlichem Blutvergießen komme, wie dies unter ähnlichen historischen Verhältnissen der Fall war. Es hätte der rote Terror eine Steigerung erfahren können, dann hätte der Weiße Terror der Rumänen eingesetzt. Die Ueberzeugung der Gruppe Weidl, die sich bemühte, diese Katastrophe zu verhindern, war die, daß eine friedliche Entwicklung nur dann gesichert werden könne, wenn die Kommunistenführer nicht nur aus der Regierung austreten, sondern auch das Band gleich verlassen, da ihre Anwesenheit in Budapest ein Gefahrenzentrum darstellt haben würde, das einen blutigen Bürgerkrieg hätte herbeiführen können. Aus diesen Erwägungen wendete sich gerade die Gruppe, die den Sturz der Regierung Kun herbeiführen wollte

mit der Bitte an die deutschösterreichische Regierung,

sie möge den Kommunistenführern das Verlassen des Landes ermöglichen, indem sie ihnen ein Asyl gewährt. Die Regierung konnte sich der Kraft dieser Gründe nicht verschließen und glaubte nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit zu erfüllen, sondern sie hielt es für Deutschösterreich politisch nützlich, wenn in der Hauptstadt des benachbarten Landes ein Blutvergießen verhindert werde. Die deutschösterreichische Regierung hat also der Bitte der Herren, die die Regierung Kun dann tatsächlich gestürzt haben, entsprochen und den kommunistischen Mitgliedern der Regierung Kun ein Asyl in Deutschösterreich gewährt. Die Motive der politischen Zweckmäßigkeit wurden verstärkt durch

das demokratische Prinzip,

politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Alle demokratischen Länder haben an diesem Prinzip festgehalten — England, die Schweiz und die Vereinigten Staaten seit den vierziger Jahren. Daß die Asylsuchenden in der Regel politische Gegner der Regierung sind, die für die Gewährung des Asyls in Betracht kommt, ist selbstverständlich. Die Gewährung des Asyls auf die politischen Gesinnungsgenossen zu beschränken, würde dem Prinzip jede Bedeutung nehmen. Auch die deutschösterreichische Republik hat seit ihrer Gründung politischen Flüchtlingen ein Asyl gewährt, ohne Rücksicht auf deren politische Gesinnung. Gerade unter der Herrschaft der Regierung Kun hat Deutschösterreich

vielen Tausenden ungarischer Aristokraten und Bourgeois,

die vor der Regierung Kun aus dem Lande flohen, ein Asyl gewährt. Auch diese Flüchtlinge waren für uns keine angenehmen Gäste; ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Belastung, die ihre Anwesenheit bedeutet hat, haben sich viele gegen die deutschösterreichische Besetzung vergangen. Sie haben versucht, für eine fremde Armee Truppen anzuwerben, sie haben von unserem Boden aus den Einsaß in ein Nachbarland zu arrangieren versucht, haben den besagten Anschlag auf das ungarische Gesandtschaftsgebäude unternommen und den Gesandten sowie einen seiner Mitarbeiter gefangen gesetzt und einen Tag lang gefangen gehalten. Trotzdem hat die deutschösterreichische Regierung auch diesen politischen Flüchtlingen das Asylrecht nicht verweigert und sich auf die bloße Abwehr gesetzwidriger Mißbräuche des Asyls beschränkt. Daselbe Asyl, das die deutschösterreichische Regierung einer Partei gewährt hat, als sie verfolgt war, kann sie jetzt der anderen Partei, da sich die Machtverhältnisse geändert haben, nicht verweigern. Nun wird allerdings gesagt, daß es sich um Personen handelt, die sich nicht allein politische, sondern

auch gemeine Verbrechen

hätten zu Schulden kommen lassen. Man mag es gewiß auf das schärfste verurteilen, daß die Regierung Kun durch die Revolutionstribunale ihre Gegner zum Tode verurteilen und hinrichten ließ. Ganz so wie man es ebenfalls verurteilen muß, daß die Regierung Tisza während des Krieges durch ihre Slandredite, ja selbst ohne jede gerichtliche Form durch ihre Gendarmen viele Tausende harmloser Bauern und Seelsorger im Banat, in Serbien und in der Slowakei hängen ließ. Aber so sehr man dieses politische Verbrechen verurteilen muß, so wenig wird man die Einziehung der Revolutionstribunale durch Kun oder die Einziehung des Ständerechts durch Tisza als Mord im Sinne des Strafgesetzes qualifizieren können. Anders sieht es nur dort, wo sich einzelne Personen Handlungen zu Schulden kommen ließen, die in der zur Zeit der Tat geltenden gesetzlichen Ordnung ihres Landes keine Rechtfertigung fanden. Dies scheint von Tibor Szamuely zu gelten und deshalb hätte die deutschösterreichische Regierung ihm das Asyl schwerlich gewähren können. Beschuldigungen gleicher Art gegen die

übrigen kommunistischen Volkskommisäre liegen jedoch bisher nicht vor. Sollte die Anwesenheit eines von ihnen wegen eines gemeinen Verbrechens verlangt werden, so hätten unsere Gerichte nach den Vorschriften der Strafprozessordnung zu entscheiden, ob nach unseren Gesetzen und den Grundsätzen des internationalen Rechtes dem Auslieferungsgesuchen stattzugeben sei oder nicht. Solange aber die Auslieferung nicht bewilligt ist, muß sich die Verwaltung darauf beschränken, zu verhindern, daß der Aufenthalt in Deutschösterreich von den Volkskommisären zu ungesetzlichen Handlungen oder zur Einmischung in unsere innerpolitischen Verhältnisse mißbraucht wird. Diese Pflicht hat die Regierung dadurch erfüllt, daß sie die Volkskommisäre interniert, unter strenge Bewachung gestellt und ihnen jede Möglichkeit der Verwendung von Geldmitteln für Agitationszwecke entzogen hat. Die Kosten der Bewachung werden aus den den Volkskommisären abgenommenen Vermitteln bestritten. Wenn weite Kreise der Bevölkerung das Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit nicht billigen, so ist dies dadurch zu erklären, daß diese Bevölkerungskreise über die Gründe, die vorstehend dargelegt worden sind,

nicht näher informiert waren.

Die Regierung muß aber an den Grundsätzen der Demokratie festhalten, auf die unser Staatswesen gegründet ist. Sie hat unsere demokratische Institution gegen die Anschläge der ungarischen Kommunisten verteidigt, so lange der ungarische Kommunismus noch mächtig und gefährlich war, und für die Methode, der sie sich dabei bedient hat, zeugt der Erfolg. Sie muß an den demokratischen Grundsätzen auch jetzt festhalten, da der ungarische Kommunismus zusammengebrochen ist und seine führenden Männer jetzt selbst des Schutzes der von ihnen bekämpften Demokratie bedürfen. Das demokratische Prinzip muß in seiner Gänze betätigt werden; es kann auf keine seiner Konsequenzen verzichtet werden, ohne das Prinzip selbst preiszugeben.

„Los von Wien!“

Eine Aktion der Semmeringer sozialdemokratischen Gemeindevertretung.

Das Staatsgefüge Deutschösterreichs beginnt sich bedenklich zu lockern. Zu den Abfallbestrebungen der Länder gesellen sich nun auch schon solche niederösterreichischer Gemeinden. So wird uns vom Semmering berichtet, daß dort in der ersten Sitzung des neugewählten Gemeinderates (der bekanntlich fast ausschließlich aus Sozialdemokraten besteht) ein Antrag auf Loslösung von Niederösterreich und Anschluß an Steiermark zur Verhandlung kam. Der Antragsteller begründete unter wiederholtem Beifalle seinen Antrag damit, daß von den Wiener Behörden in unverantwortlicher Weise gegen die Existenz und die Zukunft des Semmerings vorgegangen und der Semmering als „Melkkuh“ für die Steuerbehörden mißbraucht werde, während alle Wünsche und Beschwerden taube Ohren fänden. Für den Semmering gebe es keine Kohle, keine Lebensmittel, weder werde er durch normale Zuweisungen versorgt, noch werde ihm der Schleichhandel erlaubt, da er mit einem Kordon von Schutzleuten umgeben sei, obwohl er auf der andern Seite als landschaftliches Juwel Niederösterreichs bezeichnet werde. Es bleibe also nichts anderes übrig als der Anschluß an ein anderes Kronland, welches sich berechtigten Wünschen willfähriger erweisen werde. Steiermark habe bereits erklärt, den Semmering mit offenen Armen aufzunehmen und mit allen Bedarfsartikeln zu unterstützen. Es wäre nicht einmal eine historische Sünde, sich an die Steiermark anzuschließen, da deren geographische Grenzen schon früher einmal bis zu den Adlitzgräben reichten.

Der Antrag fand Beifall und es entspann sich darüber eine lebhafte Wechselrede. Bürgermeister Dietrich (Sozialdemokrat) beantragte schließlich, noch einige Zeit zuzuwarten und nochmals zu versuchen, die Wiener Behörden zur Aenderung ihrer Praxis zu bewegen. Wenn dies neuerlich vergeblich sein sollte, dann solle der Anschluß an Steiermark in Angriff genommen werden. Dieser Antrag wurde angenommen.

Was der Verlust des Semmering für Wien und Niederösterreich bedeuten würde, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Bemerkenswert ist, daß die Bestrebungen, von Wien loszutrennen nicht etwa von den „Schlemmern und Prassern“ des Semmering ausgeht, sondern von der sozialdemokratischen Gemeindevertretung.

13./VIII. 1919

75

Die heutige Kundgebung für die Republik.

Heute um 1/2 11 Uhr vormittags wird die gesamte bewaffnete Macht von Wien eine Kundgebung für die Republik veranstalten. Die ganze Volkswehr garnison Wiens (mit Ausnahme der Mannschaft, die Dienst hat), die Polizei, die Stadtschutzwache, die Berufsunteroffiziere und die Land- und Bahngendarmerie werden vor dem Parlament defilieren. Insgesamt werden ungefähr 10.000 Mann zusammenkommen. Es werden die Vertreter der beteiligten Formationen und der Präsident der Nationalversammlung sprechen.

Auch in Graz eine Kundgebung.

Graz, 12. August. Heute vormittag fand eine Sitzung des Soldatenrates statt, in der beschlossen wurde, gegen die Angriffe auf die republikanische Staatsform eine Kundgebung zu veranstalten. Der Aufzug wird sich morgen um 4 Uhr nachmittags vom Hofe der Dominikanerkaserne zur Burg begeben, wo eine Abordnung dem Landeshauptmann Dr. Rintelen eine Entschliebung überreichen wird, in der gegen alle Angriffe auf die bestehende Staatsform sowohl von monarchistisch gesinnter als auch von kommunistischer Seite protestiert werden soll. An der Kundgebung werden sich die Volkswehr, das Arbeiterhilfskorps, die Gendarmerie, die Sicherheitswache und alle anderen bewaffneten Körperschaften beteiligen.

13./VIII. 1919

Eine Kundgebung der Bauernschaft Deutschösterreichs.

Die Körperschaften des öffentlichen Sicherheitsdienstes in Wien, Volkswehr, Polizei, Stadtschutz und Gendarmerie veranstalten morgen Mittwoch, $\frac{1}{2}$ 11 Uhr vormittags, wie berichtet, eine Kundgebung für die Republik vor dem Parlamente, der für die künftige Entwicklung unserer inneren Zustände große Bedeutung beigelegt wird. Darauf hat bereits der Artikel des Unterstaatssekretärs Abg. Dr. E. W a i s in der „Reichspost“ verwiesen, dessen Ausführungen durch nachfolgende Kundgebung bekräftigt werden.

Der Landesbauernrat von Niederösterreich im Verein mit der Exekutive des Reichsbauerndrates hat in seiner außerordentlichen Sitzung heute Dienstag folgende Kundgebung beschlossen:

Der Landesbauernrat vom 29. Juni l. J. hat in nicht mißzudeutenden Worten sein Bekenntnis zur freien demokratischen Republik abgelegt. In selbstloser Arbeit für die notleidende Heimat hat der Bauernstand ein Stück volksverführender Arbeit geleistet. Er ersieht in der Durchführung der wahren demokratischen Freiheit den einzig richtigen Weg zur Wiedergesundung der zerrütteten Verhältnisse. Alle Stände sind auf den Plan gerufen. Wie die deutsche Heimat von ihnen die resolute und gewissenhafte Pflichterfüllung verlangt, ebenso muß sie allen arbeitswilligen Staatsbürgern ihre Rechte gewährleisten. Darum bekämpft der deutschösterreichische Bauernstand jede Diktatur, ob sie von oben oder von unten kommt. Jeder Uebergriff, jede unberechtigte Annäherung einer Klasse ist eine gewaltige Gefahr für den Bestand der jungen Republik und fordert unsern leidenschaftlichen Kampf heraus.

Diese Warnung möge in den Kreisen jener Arbeiter- und Soldatenräte, die sich noch immer, besonders auf dem Lande, ganz unverantwortliche Eigenmächtigkeiten erlauben, nicht ungehört verhallen.

Die Arbeiterführer mögen sich darüber klar sein, daß solche Gewalttaten unser Volk kopfschlagen machen, daß sie der reaktionären Bewegung Vorschub leisten und daß darum dann nur sie allein die volle Verantwortung für unliebsame Ereignisse tragen müßten. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Dieses Lösungswort muß in einer freien demokratischen Republik allen gleich heilig sein!

**Enteignung der Wiener
Kommunistenburg?**

Wie uns mitgeteilt wird, stehen einzelne in Wien sich aufhaltende ungarische Politiker einvernehmlich mit der jetzigen ungarischen Regierung auf dem Standpunkt, daß das von der Räteregierung den Wiener Kommunisten in so reichlichem Maße überwiesene Geld der ungarischen Nation weggenommen wurde. Da auf gestohlenen Gut der Beschenkte keinen rechtlich zu begründenden Eigentumsanspruch habe, beabsichtigen die ungarischen Politiker, die Zurückstellung des den Kommunisten angewiesenen Geldes im Klagewege, allenfalls unter gleichzeitiger Forderung nach Sicherstellung des von den Kommunisten mit ungarischem Geld seinerzeit angekauften Parteihauses in der Alserstraße Nr. 69, genannt die Kommunistenburg, zu begehren.

Offiziell hat sich, wie wir entnehmen, die hiesige ungarische Vertretung mit dieser Sache derzeit noch nicht beschäftigt.

Ernstste Mahnungen an die Sozialdemokraten.

Eine aufsehenerregende Rede des Staatssekretärs Zerdil.

Gestern fand in den Ausstellungshallen des Vergnügungsparkes im Prater die Eröffnung der „Moderausstellung Wien 1919“ statt.

Staatssekretär für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, Ing. Johann Zerdil hielt eine Rede, in der er die Veranstaltung freudig begrüßt, weil sie einen Baustein bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschösterreichs vorstellt. Dann fuhr er fort:

Der harte Friede, den unser Staatskanzler aus St. Germain im Laufe der kommenden Woche uns bringen wird und der trotz aller lautmännischen Geschicklichkeit des Kanzlers und trotz eventueller Erleichterungen ein harter Friede bleiben wird, läßt die Zukunft Deutschösterreichs im trübsten Lichte erscheinen.

Das kleine Deutschösterreich, dem alles aufgebürdet werden soll, was den anderen Sukzessionsstaaten als unerträglich erscheint, und das infolge dessen eine Last auf sich türmen sieht, die nicht erträglich ist, verfügt auf lange Zeit hinaus, ich möchte sagen, über keine anderen Aktiva als unsere Arbeitskraft und unsere Arbeitsfähigkeit, und wenn wir überhaupt mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbau rechnen, so erschein mir nur möglich, wenn unsere Arbeitskraft bis zum äußersten angespannt und ausgenützt wird und die Möglichkeiten ihrer Verwertung, vor allem aber das hohe Maß der Arbeitsfähigkeit der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt wird.

Mehr denn je ist es jetzt nötig zu zeigen, was wir können. Wir brauchen Kredit im Auslande und die Kreditwürdigkeit jedes Kreditnehmers wird in erster Linie beurteilt nach der Tüchtigkeit des Kreditwerbers. Die Kreditfrage ist wohl eine der schwersten, die wir jetzt zu lösen haben. Unsere Industrie und das Gewerbe bedürfen dringend des Importes von Rohstoffen, für welche die Exporteure nicht gewohnt sind, langfristige Kredite zu gewähren und für die bei Einfuhr bei uns glatte Bezahlung in nur fremden Valuten oder die Lieferung von Kompensationsartikeln begehrt wird. Wir sollen nicht in deutschösterreichischen Kronen, sondern wir sollen mit Waren zahlen.

Ich brauche nicht des näheren auszuführen, daß wir über derartige Kompensationsartikel im Inlande nur in geringem Maß verfügen und daß in keinem Fall von einer Parität zwischen Export und Import zurzeit gesprochen werden kann. Jede Ausstellungveranstaltung, mag sie bei uns im Inlande, mag sie im Auslande von Oesterreichern arrangiert werden, zeigt dem Auslande, was wir können, reizt die Kaufkraft des Auslandes an und ermöglicht uns durch die Lieferung hinaus entweder den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel oder im Tauschwege die Einfuhr von Rohstoffen für unsere Industrie und unser Gewerbe.

So erwarte ich mir, daß die derzeit in Zürich veranstaltete Mustermesse von bestem Erfolge begleitet sein wird, ich habe aber auch die feste Ueberzeugung, daß die Veranstaltung, der wir heute hier gegenüberstehen, ihr Ziel erreichen und durch das zur Schau Gebotene den Nachweis erbringen wird, daß durch äußerste Anspannung unseres altbewährten Gewerbes, durch die Verbindung des Wiener Geschmacks mit dem Stoffe wirklich erstklassige Ware bei uns erzeugt wird, Qualitätsware, die vom Auslande gesucht wird und solcherart geeignet ist, guten Einfluß auf unsere trostlose wirtschaftliche Lage zu nehmen. Je mehr wir dafür sorgen, daß die Leistungsfähigkeit unseres Handwerkes und unserer Industrie bekannt wird, noch viel bekannter, als es bisher der Fall war, je mehr Propaganda für unsere guten Erzeugnisse gemacht wird, desto leichter wird unser Kredit zu erreichen sein.

Wenn ich vorhin von der Ausnützung unserer Arbeitskraft und von der Verwendung unserer Arbeitsfähigkeit gesprochen habe, so habe ich dabei auch ins Auge gefaßt, daß trotz aller sozialen Maßnahmen, die manches des modernen Staates Unwürdiges beseitigt haben, doch das Maß derartigen Verfügungen nicht so weit gehen darf, daß die Arbeitszeit bei Inanspruchnahme hoher Löhne auf ein Minimum heruntersinkt.

Allerdings stehen diese beiden Momente in unmittelbarem Zusammenhang. Weite Schichten der Arbeitenden fühlen sich der intensiven Arbeitsfähigkeit überhoben, wenn bei geringerer Tätigkeit ein Lohn erzielt werden kann, der geeignet erscheint, die Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Ich hoffe, daß in dem Augenblick, wo sich die breiten Massen über die Wirkung des Friedensvertrages klar werden, auch das Bewußtsein erwachen wird, daß unser armer Staat nur durch Anspannung aller Arbeitskraft in die Lage versetzt werden kann, über den toten Punkt hinwegzukommen. Unternehmer und Arbeiter sollen sich nicht als feindliche Elemente gegenüberstehen, sie sollen die Ueberzeugung gewinnen, daß nur durch ein Auswerten aller dem Unternehmer wie dem Arbeiter eigenen Fähigkeiten wirklich aufbauende Arbeit geleistet werden kann.

Zu diesem Behufe darf man den Unternehmer, neune er sich Gewerbetreibender oder Industrieller, nicht durch Institutionen in einem Maß in seiner Geschäftsführung beeinträchtigen, die das Blühen des Geschäftes verhindert und die Gütererzeugung stört. (Lebhafter Beifall.) Die momentane Konjunktur für soziale Maßnahmen ist, wie es eben bei jeder Konjunktur geschieht, in einem Maß ausgenützt worden, das ein Fortschreiten auf diesem Wege nicht mehr zuläßt.

Es ist eine ungesunde Entwicklung, wenn in einem demokratischen Staate — dem Begriff der Demokratie entgegen — eine einzelne Gruppe, die organisierte Arbeiterschaft, das Streben an den Tag legt, alle anderen Berufsschichten zu beherrschen, und ich kann hier wohl konstatieren, daß die Führer der sozialen Demokraten, denen staatsmännische Klugheit nicht abzusprechen ist, maßlos übertriebenen Forderungen auf diesem Gebiete nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten sind. (Heftiger lebhafter und anhaltender Beifall.)

Daß sich die Dinge so entwickelt haben, ist zunächst zu begreifen, denn bis vor kurzem war unmittelbar vor den Toren Wiens im benachbarten Ungarn eine Regierung am Werk, die nicht aufbauend, sondern zerstörend wirkte, und es lag die Gefahr nahe, wenn die inneren Verhältnisse bei uns nicht mit äußerster Vorsicht behandelt werden, daß ähnliche Verhältnisse sich auch bei uns herausbilden. Mit kurzen Worten gesagt, die freie demokratische Republik mußte gegen links gehalten werden, manchmal mußten die bürgerlichen Kabinettsmitglieder dabei Belastungen aushalten, die fast zu schwer schienen, um sie zu übernehmen.

Die geänderten Verhältnisse verlangen nunmehr eine Umkehr dieser Politik. Es erscheint nun nötig geworden zu sein, die Republik nach rechts zu ziehen. Eine weitere Entwicklung des Terrors der Arbeitermassen im Inneren mußte eine Entwicklung zeitigen, die jeder überzeugte Republikaner ablehnt — und wenn wir dieser Entwicklung vorbeugen sollen, dann müssen die Führer der Sozialdemokratie das Einsehen haben, nunmehr uns Bürgerliche im Kampf nach rechts zu ziehen.

Es muß der Bürger, der Bauer und der Arbeiter in der freien, demokratischen Republik das gleiche Recht haben und es muß jede Annäherung einer einzelnen Gruppe naturgemäß bei den anderen Gruppen die schärfste Ablehnung hervorrufen. Nur dann wird das Ausland, das uns Kredit geben soll, das Vertrauen in unsere innerpolitischen Verhältnisse gewinnen.

(Eine Kundgebung für die Republik.)
 In der Volkshalle des Rathhauses fand gestern abends eine massenhaft besuchte Protestversammlung der herrschaftslosen Sozialisten gegen die monarchistischen Umtriebe statt. In leidenschaftlicher Rede brandmarkte Peter Großmann (Pierre Namus) die Schandtaten der Habsburger, die durch einen Federstrich unsagbares Unheil über die Welt gebracht haben. Nun seien die Monarchisten an der Arbeit, um das Volk wieder unter das Joch dieses glorreichen Geschlechtes zu heugen. In Ungarn sei die Restauration so gut wie vollzogen, und auch in Deutschösterreich sei der ehemalige Erzherzog Eugen dazu ausersehen, den gestürzten Thron der Habsburger wieder aufzurichten. Aber nicht die einzelnen Personen, die Karl, Eugen und Josef seien zu fürchten, sondern die Urteilslosigkeit der Menge, die der Republik die Schuld an dem gegenwärtigen Elend zuschieben, dessen Urheber in Wahrheit die Machthaber der Monarchie waren. Das Volk müsse zur Ueberzeugung gelangen, daß, wenn es auch augenblicklich hungere, die Republik doch imstande sei, es zu sättigen, während unter der Monarchie der Hunger und die Knechtschaft kein Ende nehmen würden. Denn aller Monarchismus gelange zum Cäsarismus, der seine Macht auf die Knute stützt. Wenn die Habsburger es wagen sollten, wieder ins Land zu kommen, dürfe keine Hand sich zur Arbeit rühren und wie ein Mann müsse das ganze Volk zur einzig wirksamen Waffe des Generalstreiks greifen. Von einer Reihe folgender Redner wurde auch das Vorgehen der Regierung in der westungarischen Frage einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Spielhöhlen außerhalb Wiens.

Die Badener „Kaiservilla“ der Nuttersheim.

Da es den Spielhöhlenbesitzern und ihren Gästen in Wien nicht mehr geheuer scheint, weil die Arbeiterräte hinter ihnen her sind, haben manche ihren Sitz in Orte außerhalb Wiens verlegt, und man hört, daß es in Baden zwanzig, in Mödling sechs Spielhöhlen gebe. Den größten Betrieb in Baden hat die als Spielhöhlenbesitzerin berüchtigte ehemalige Schauspielerin Nuttersheim. Sie betreibt das angenehme Geschäft in Gemeinschaft mit der vom Mariahilfer Arbeitererrat aus ihrer mißbrauchten großen Wohnung vertriebenen Mimi Marlow. Da die lokalen Stellen in Baden der aufreizenden Senche bisher nicht beigekommen sind und sich anscheinend gar keine Mühe geben, die Pest auszutüfeln, hat man sich in Wien mit dem Gedanken beschäftigt, von hier aus das Uebel auszurotten. Leicht ist das nicht, denn man hörte, daß man bei den Badener Stellen auf Widerstand stoßen werde, denn die Badener Spielhöhlen seien vertraut und ein Hauptzweck der Verurteilung sei, die Leute, die es in der Hand hätten, das Uebel leicht zu beseitigen — weil es doch den mit Ortskenntnissen Ausgestatteten und am Orte die Gewalt ausübenden gelingen müßte, die Nester nach und nach auszuheben —, durch bekannte Mittel von der Erfüllung einer gesetzlichen und sittlichen Pflicht abzuhalten.

Mittwoch fuhr deshalb eine Wiener Kommission mitten in der Nacht mit einem Organ der Wiener Polizei nach Baden. Das, worauf es ankam, um eine Spielhöhle auszutreiben, die Ueberraschung, gelang nicht. Die Kommission fand die Villa der Nuttersheim nicht sofort und da sich auch die Wiener von den Schiebern und Schwindlern äußerlich unterscheiden, die sonst bei Nacht Baden in Automobilen durchfahren, fielen sie auf. Ferner hat die Kommission aus jenem Grunde nicht einmal die schwache Unterstützung gefunden, die sie von Badener Polizeiorganen erwartet hätte. Der erste Wächmann, den sie nach der Adresse der Nuttersheim und nach dem Wege fragte, gab eine irreführende Antwort, und als sie nach längerem Suchen vom zweiten die richtige Auskunft bekam, konnte sie sich in der fremden Stadt bei Nacht auch nicht sofort zurechtfinden. So traf sie schon auf dem Wege ein Rudel von als Schiebern und sonstigen Schmarozern erkennbaren Leuten, die schon aus der Spielhöhle herausgekommen waren, weil sie und die Besitzerinnen Lunte gerochen hatten. Schließlich wurde die Kommission von einem Badener Detektiv (mit grauem Schnurrbart) angehalten. Man fragte, nachdem man ihm gesagt hatte, wer man sei und welchen Zweck man verfolge, nach der Villa der Nuttersheim, fragte ausdrücklich nach der Kaiservilla — der Palast, in dem die Nuttersheim den feineren Betrieb aufgeschlagen hat, ist nämlich einmal vom Kaiser Franz erbaut und bewohnt worden —, aber der Herr Detektiv erwiderte einigemal, er wisse nicht, wo diese Villa sei. Es bedurfte ernstlicher Vorstellungen, daß der Herr endlich auf das Haus wies.

Die Kommission war sich darüber klar, daß sie Spieler und Hazardwerkzeuge nicht mehr antreffen werde. Ihre Reise war aber trotzdem nicht zwecklos.

Erst sehr ernste Aufforderungen bewogen den Portier, das Tor zu öffnen, das, wie bei hochherrschaftlichen Häusern üblich, in ein Gitter eingelassen ist, von dem der eigentliche Bau noch ein beträchtliches Stück entfernt ist. Die Villa war ganz finster, aber durchaus nicht in einem solchen Zustand, als ob seit Beginn der Schlafenszeit Leute der Ruhe pflegten. In dem Salon, der vermöge seiner Ausstattung und besonders des Umfanges, das dort zwei Dugend Mollaschalen standen, als das eigentliche „Arbeitsfeld“ erkennbar war, lag angelehnt auf einem Sofa eine gewisse Straka, die sofort als die Person erkannt wurde, die bei der Aushebung der Spielhöhle Marlow als Betriebsleiterin und Zutreiberin

der Marlow dingfest gemacht worden ist, ferner ein Mann, der Mandolli gerufen wurde und die Rolle eines „Kessners“ spielen soll. Die Nuttersheim lag wohl im Bett; sie hat aber gewiß in derselben Nacht ihre Tätigkeit ausgeübt gehabt; es war gespielt worden. Anwesend muß sie während des ganzen Betriebes sein, denn ihre „Arbeit“ ist folgende: Sie verligitiert die Bank, das heißt sie fragt, wer Bankhalter werden und wie viel er für dieses Recht geben will. Der Spieler, der nun das Hauptgeschäft machen will, bietet in einer Versteigerung gewöhnlich 10.000 bis 15.000 Kronen. Die Bank wird nun vom Spieler ziemlich halb abgegeben, entweder weil er schon genug gewonnen hat, so daß er sich des Geldes erfreuen und kein weiteres mehr riskieren möchte, oder weil ihm die Bank Verlust gebracht hat. Es erhebt nun ein anderer die Bank für teures Geld, und so kann die Nuttersheim bei zehn bis fünfzehnmaligem Bankwechsel, der sich im Laufe der Nacht ergibt, Hunderttausende in einer Nacht einnehmen und auch eine splendide Hand haben, besonders wenn sie mit den übrigen Berufsgenossen verurteilt ist. Untrügliche Beweise dafür, daß am Abend eine Spielhöhle im Betrieb war, fanden sich auch in der Küche, in der zwei große Gefäße mit sehr warmem Kaffee bereitstanden, der sicher nicht bloß für die Familie Nuttersheim gekocht worden sein konnte, ferner Schweinsbraten, Mollaroni, Spinat, rote Rüben und Torten, die sicher nicht für eine einzige Familie vorgekaut wurden.

Die Nuttersheim leugnete gar nicht, daß die riesige Villa, die sie bewohnt — es sind herrliche Räume —, eine Spielhöhle sei; die Straka gab es offen zu. Die Nuttersheim erzählte sogar, daß kurz vorher die Mimi Marlow anwesend gewesen war, und zwar in Begleitung ihres Advokaten Dr. Schnepf aus Wien. Stundenlang nach Mitternacht und die Badener Spielhöhle sind wohl die richtige Zeit und der gut gewählte Ort für absolutistische Raidschlüge! Die Nuttersheim erzählte weiter, daß die Marlow am selben Tage in Wien beim Wohnungsamt eine Verhandlung darüber gehabt hätte, ob von ihr gemäß dem Verlangen des Arbeiterrates, der ihre Hölle ausgehoben hatte, die Wiener Wohnung zur Milderung der Wohnungsnot angefordert werden soll. Das Wohnungsamt wird sich jetzt sehr leicht entschließen können, der Marlow die Wiener Wohnung endgültig wegzunehmen, denn Obdachlosigkeit brängt sie nicht zu befürchten, da in der Badener Villa ihrer Freundin Nuttersheim viel, ja sogar sehr viel Platz ist und es dort weder an Schlafstellen noch an sonstiger behaglicher Wohnungseinrichtung fehlt.

Die Landesregierung wird wohl nicht unterlassen, alles zu tun, um die Senche, die immer weiter um sich greift, auch in den Orten außerhalb Wiens auszurotten. Die Arbeiter und die Polizeiwärter von Baden haben von dem abscheulichen Treiben bisher vielleicht nichts gewußt und deshalb das Eingreifen unterlassen.

27. VIII. 1919

Anfrage der StM. Josef Müller, Schmid und Körber:
 „Durch den politischen Umsturz in Ungarn ist die Gefahr vorhanden, daß die jüdischen Führer, Volkskommissäre und sonstigen Flüchtigen der ehemaligen Räterepublik Ungarn nach Wien kommen, hier Unterkunft finden und die Stadt unsicher machen. Die Wiener Bevölkerung will von diesen Elementen verschont bleiben und von ihnen nichts wissen. Die Befertigten erlauben sich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sofort das Nötige zu veranlassen, daß die Führer, Volkskommissäre und sonstigen Flüchtigen der vormaligen Räterepublik Ungarn, die nach Wien kommen, verhaftet, über die ungarische Grenze abgeschoben und den dortigen Behörden übergeben werden?“

Im Auftrage des Bürgermeisters beantwortet der Vorsitzende diese Anfrage wie folgt:

Bisher waren für die rechtliche Stellung der Ausländer im österreichischen Staate in erster Linie die internationalen Verträge maßgebend, welche singulares Recht begründeten. Für den Aufenthalt ungarischer Staatsbürger in Oesterreich bedurfte es solcher Verträge nicht, da der österreichisch-ungarische Ausgleich die rechtliche Stellung ungarischer Staatsbürger, die sich im österreichischen Staatsgebiete aufhielten, vollständig klarstellte und im Heimatsrecht selbst das Aufenthaltsrecht der ungarischen Staatsbürger begründet erscheint. Ob staatspolizeiliche Maßnahmen gegen die Zuwanderung von flüchtenden Angehörigen der ungarischen Räterepublik zutreffend sind, ist Sache der staatlichen Behörden, die auch von ihrem Recht vollen Gebrauch machten und die Internierung der Flüchtlinge anordneten. Was den zweiten Teil der Anfrage anbelangt, so bedaure ich, daß sich Mitglieder im Stadtrate fanden, die an den Bürgermeister der Stadt Wien eine solche Zumutung stellen. Ich bin wahrlich nicht der Polizeibüttel der ungarischen Bourgeoisie oder des ungarischen Feudaladels und es liegt mir ferne, auf die flüchtenden Mitglieder der Räterepublik die Polizei zu hehen. Es liegt mir ferne, ihre Abschiebung zu begehren, da ich ein entschiedener Anhänger der Freizügigkeit bin. Ich halte es für eine unabweißbare Pflicht, offen zu erklären, daß die Ereignisse in Ungarn nichts anderes als eine Frucht dessen sind, was die ungarische Bourgeoisie und der Feudaladel an dem ungarischen Proletariat trotz aller Warnungen verbrochen haben.

Ob die Herren Anfrager die Beauftragten der Wiener Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sind, erlaube ich mir zu bezweifeln und ich glaube, daß sie selbst einsehen, daß sie in dieser ihrer Behauptung viel zu weit gegangen sind.

27. VII. 1919

85

An das Proletariat Wiens!

Der am 26. August 1919 tagende Vollzugsausschuß der Wiener Volkswehr faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Der Grundgedanke, der den Vollzugsausschuß, als die Vertretung der Volkswehr Wiens, bei allen seinen Handlungen leitete, war

die Erhaltung der proletarischen Einheitsfront der Volkswehr.

Denn nur eine unzersplitterte, straff organisierte, von dem Bewußtsein ihrer revolutionären Pflichten erfüllte Volkswehr vermag ihre Aufgabe zu erfüllen. Der Vollzugsausschuß versuchte deshalb durch viele Monate die Konflikte mit den Kommunisten in einer Art auszutragen, daß das Gefüge der Volkswehr unerschüttert blieb. Die Bemühungen des Vollzugsausschusses blieben jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die kommunistischen Soldatenräte im Bataillon 41 verfolgten ohne Rücksicht auf die revolutionären Notwendigkeiten des Proletariats im geheimen eine Politik, die den Bau der Volkswehr zersetzte und seine Zerspaltung unvermeidlich machte.

Der Sturz der Käterregierung in Ungarn, die Usurpierung der ungarischen Staatsgewalt durch den habsburgischen Kronenscheiter Erzherzog Josef, das Emporreden der Reaktion haben wie dräben ließ einen innigeren Zusammenschluß aller proletarisch-revolutionären Elemente innerhalb der Volkswehr, die ja dazu berufen ist, die revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen, erwarten. Aber die Kommunisten im Bataillon 41, geführt von einigen fanatisierten Soldatenräten, blieben unbeeindruckt. Trotz des Beschlusses der letzten Vollversammlung, dem revolutionären Soldatencomité und der kommunistischen Fraktion die Anerkennung zu versagen, und trotz des in dieser Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Verbots für alle Volkswehrmänner, Soldatenräte, Bataillonssoldatenräte und Kreisoldatenräte, mit dem revolutionären Soldatencomité oder der Fraktion kommunistischer Soldatenräte in wie immer geartete Verhandlungen zu treten, berief das revolutionäre Soldatencomité am 23. d. um 1/23 Uhr nachmittags neuerlich eine Sitzung der kommunistischen Fraktion der Soldatenräte zusammen. Volkswehrleute im Bataillon 41, die ihren Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt hatten, wurden mit dem Ausschluß aus dem Bataillon bedroht und einer dieser Volkswehrmänner sogar entlassen. Das Volkswehrebataillon 41 beherbergte und verpflegte in seiner Kaserne kommunistische Agitatoren, deren Vorleben in vielsagendes Dunkel gehüllt ist, die nie Soldaten und nie in der Volkswehr aufgenommen waren. Unter anderen verbarg es den stechbriefflich verfolgten Mehgergehilfen Alois Lindner, der bei der Polizei protokollarisch gestand, daß er das Attentat auf den Genossen Uer im Landtagsgebäude in München verübt hatte.

Bis zum heutigen Tage war somit das Volkswehrebataillon 41

der Herd des Putschismus,

die Hoffnung jener dunklen Elemente, die seit Wochen und Monaten die Arbeiterklasse zu vergewaltigen sich erdreisteten.

Der Vollzugsausschuß, der sich seiner vollen Verantwortung gegenüber dem Proletariat bewußt ist, vermag nun im Augenblick der höchsten Bedrängung des Proletariats durch die Reaktion dieser schweren Gefahr, die dem Klassenkampf der Arbeiterschaft droht, nicht mehr teilnahmslos gegenüberzusehen. Da der Vollzugsausschuß nun erkannt hat, daß auf dem Wege der offenen Verhandlung eine Verständigung mit den Kommunisten im Bataillon 41 nicht zu erzielen ist, so mußte er sich zu dem schmerzlichen Entschluß durchringen, das Bataillon 41 aufzulösen und die Angehörigen des Bataillons 41 auf die übrigen Bataillone Wiens aufzuteilen. Die Bataillonsversammlung des Volkswehrebataillons 41 erklärte sich in ihrer großen Mehrheit bereit, dem Beschluß des Vollzugsausschusses Folge zu leisten.

Mit diesem Beschluß ist die revolutionäre Schlagkraft der Volkswehr nicht geschwächt, sondern gestärkt. Die Auflösung des Bataillons 41 ist keine Konzession an die Reaktion, sondern ein Gebot des proletarischen Klassenkampfes, der nur erfolgreich geführt werden kann, wenn die Volkswehr, wie die Arbeiterklasse, einig und geschlossen erhalten bleibt.

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

* * *

Der Vollzugsausschuß richtete an den Staatssekretär für Heerwesen folgende Zuschrift:

Auf Beschluß der am 26. d. tagenden Vollzugsausschusssitzung wird der Staatssekretär für Heerwesen ersucht, das Volkswehrebataillon 41 wegen seiner die Einheit der Volkswehr gefährdenden Haltung aufzulösen und die dort eingeteilte Mannschaft auf die übrigen Volkswehrebataillone Wiens aufzuteilen.

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

27. VIII. 1919

86

Große antisemitische Kundgebungen am Neubau.

Heute abend fand im Saale „Zum grünen Baum“ auf der Mariahilferstraße eine von der Ortsgruppe Neubau des Antisemitenbundes und der Vereinigung „Deutsch-Wien“ veranstaltete antisemitische Versammlung statt, die derart massenhaft besucht war, daß viele Hunderte keinen Einlaß finden konnten. In der Versammlung sprachen Landesrat Dr. Reputsil, der Obmann der Hauptleitung des Antisemitenbundes Dr. Rader, der frühere Abg. Dr. Ferzabek, GR. Zimmerl, Oberleutnant Remptner, Herr Ulrich vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, Sekretär Rakonitsch und Herr Steinhach. Die Versammlung gab ihren Unwillen über die Judenwirtschaft in Deutschösterreich stürmischen Ausdruck. Nach Schluß der Versammlung bewegte sich ein Demonstrationzug, an dem ungefähr 1000 Personen teilnahmen, durch die Mariahilferstraße in die Neubaugasse, wo vor dem Kaffee „Filmhof“, dem Treffpunkt der Filmjuden, die Menge in drohende Rufe ausbrach. Weiterleit erweckte es, als ein Jude, der aus dem Kaffeehause auf die Straße geholt wurde, schwor, er sei kein Jude. Vor dem Café „Lurion“, wohin sich dann der Zug begab, zog ein nervöser Wachinspektor den Säbel, wurde jedoch von besonnenen Männern bewogen, ihn, bevor Anheil angerichtet war, wieder zu versorgen. Gemeindecath Zimmerl hielt hier eine kurze Ansprache, in welcher er das Treiben der Stammgäste des Café „Lurion“ brandmarkte und die Versammlung schließlich riichte, sich zu zerstreuen. Die Demonstranten leisteten dieser Aufforderung Folge.

Die antisemitischen Kundgebungen am Neubau.

Die Stimmung der Wiener Bürgerschaft.

Der Verlauf der gestrigen Massenversammlung, über die wir bereits kurz berichtet haben, war folgender:

Bildhauer Gons eröffnete als Vorsitzender die Versammlung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit großer antisemitischer Kundgebungen, wozuf Landesrat Dr. Repustil ausführte, der Massenbesuch bei hochsommerlicher Temperatur sei notwendig und richtig das Zurückholen der alten Fahne des Antisemitismus, die besser nie in den Winkel gestellt worden wäre (stürmische Zustimmung), sei die im Saale anwesenden Spindel der Regierung — auch eine der Ervingenschaften der Republik; in der Monarchie wurden wenigstens uniformierte Beamte in die Versammlungen geschickt — möchten ihren Auftragsgeboten ja getreulich berichten, in welcher Stimmung sich die Bevölkerung des Bezirkes Neubau und sicher auch ganz Wiens befinde. Viel an der Verfassung des christlichen Volkes sei allerdings auch dieses selbst schuld, das zwar den Rednern, die auf die Gefahren aufmerksam machten, immer viel Beifall spendete, die Warnungen aber nie beachtete. Namentlich auf dem Gebiete der Presse wurde so viel geschündigt; die Arier hatten an ihrer Presse immer etwas auszusetzen, z. B. war die eine Zeitung immer zu „neutral“ und er meinte, das vertrage sein schwaches Magen oder sein schwaches Hirn nicht. (Geisterheit.) Die Folge ist, daß gerade jetzt, da des christlichen Volkes Not am größten ist, ein freches Judenblatt sich vom Wochen- zum Tagesblatt aufschwimmt, ein altes antisemitisches Tagesblatt aber sich zum Wochenblatt umstrukturieren muß.

Dr. Dr. Rader begrüßte als Obmann der Hauptleitung des Antisemitischen Bundes den Massenbesuch und die entschlossene Stimmung der Versammlung und berichtete über den in der Vereinsgeschichte beispiellosen Aufschwung des jungen Antisemitischen Bundes. Dr. Rader dankte auch der arischen Presse, besonders der „Reichspost“ und dem „Deutschen Volksblatt“ für ihre mannhafte Haltung.

Der gewesene Abg. Dr. Zerabel, lebhaft begrüßt, zählte eine Reihe von Enttäuschungen auf, welche die Republik dem arischen Volke gebracht habe. Es war höchste Zeit, daß die Antisemiten daran gedacht haben, sich zu vereinigen, sonst wären uns die — Juden zuborgelommen, denn auch bei unserer einheimischen Juden macht sich bereits eine antisemitische Stimmung bemerkte. (Geisterheit.) Obwohl die arische Bevölkerung immer noch die jüdische weitaus übertrifft, läßt sie sich doch so vieles gefallen. Sie duldet es ruhig, daß in den „Arbeiterpalast“ Leute aufgenommen werden, nach deren Verurteilung gar nicht gefragt wird, die dann die Gewalt eines staatlichen Funktionärs erhalten. Man ist wirklich versucht, nicht mehr den Stefans-turm mit seinem Kreuz und Doppeladler als das Wahrzeichen Wiens anzusehen, denn Kreuz und Doppeladler haben bei uns nichts mehr zu suchen, sondern den „Stad-im-Eisen“, denn so vernagelt müßte schon eine Bevölkerung sein, die sich solche Zustände gefallen läßt. Die jetzige Verfassung wird ängstlich vor einem Umsturz zu bewahren gesucht, aber ungarische Umstürzler werden zu Tausenden importiert und sorgfältiger behütet als unsere Kronjuwelen. Man ist zwar gegen die Religion, aber die „Volkswehr“ wird bei Paraden zur Absingung von Litaneien kommandiert. (Geisterheit.) 880 Millionen sind für die Volkswehr eingestellt, die selbst erklärt hat, sie habe nur die Anordnungen des Preisarbeitsrates zu gehorchen, und wenn dieser tiert, bedarf keiner Erklärung. 1180 Millionen sind vorgesehen für die Kriegsgüter-Liquidierungsarbeiten, welchen Einnahmen von 60 Millionen gegenüberstehen; also ein brillantes Geschäft für den Staat, wobei die 1120 Millionen der Nebenberdienst der Herrschaften sind, welche die Liquidierungsarbeiten besorgen, und sie gehören doch alle zum Ergänzungsbezirke Jerusalem. Und so fort dient Post für Post zu Auswendungen für Juden. Wie man sieht, teuer genug kommen uns die Juden zu stehen und noch immer haben sie nicht genug. Jetzt wird immer mit der Bankrotterklärung gedroht. Bevor die aber eintritt, werden Devisenspekulationen gemacht, daß die Valuta auf ein möglichst hohes Niveau gedrückt wird. Wenn dann der Bankrott eingetreten ist, gelangen die Banknoten zu dem äußerst niedrigen Preise in den Besitz einiger Finanzgrößen, die sie als Wechsel benutzen und bis auf den letzten Heller einlösen wenn der Staat wider zahlungsunfähig geworden ist. Geht es aber mit dieser Waffe nicht, dann muß der Bolschewismus herhalten. Solchen Gefahren also ist das arische Volk ausgesetzt, wenn es noch lange unätig dem Treiben dieser Ungeheuer zusieht. Wir müssen nun einmal hinaus auf die Straße und unsere Stimmen laut vernahmen lassen. Und wenn sie nicht gehört wird, dann muß unsere Wut auch die Tat folgen. (Wimmernlanges, stürmischer Beifall.)

Dr. Zimmerl sagte u. a.: Als ein Liberaler den Antisemitismus als die größte Schande des 19. Jahrhunderts bezeichnete, entognete ihm anser waderer Schottenselder Priester, Sebastian Brunner, der tschudistische Antichristianismus sei die Schande von zwei Jahrtausenden und der Antisemitismus sei nur die Notwehr gegen die unerträglich gewordene Juden-herrschaft. Unter Sebastian Brunner, wenn du erst die heutige Zeit erlebt hättest! Redner übte dann scharfe Kritik an der Regierung, die unfähig sei und die Folgenungen zu ziehen habe. Das Wort vom Schäferhunde und der Schäferherde ist zur Wahrheit geworden. Die bürgerlichen Abgeordneten sollen sich nicht an ihr Mandat klammern. Die bürgerlichen Parteien hätten Neuwahlen nicht zu fürchten. Die Ausführungen des Dr. Zimmerl wurden wiederholt durch tosenden Beifall unterbrochen.

Vielen Beifall fand auch der mahlige Redner der Jungmannschaft, Oberleutnant Kempner, der u. a. sagte, heute sei das Christentum in Ghettos eingesperrt und der Jude wohne in Palästen.

Gewerkschaftsbeamter Ulrich sagte, wenn uns unsere gewählten Führer im Stich lassen, werden wir uns selbst verteidigen. Das Barometer steht auf Sturm! (Lob, stürmische Zustimmung.)

Gelehrter Kozonitsch forderte zu würdigen Straßendemonstrationen für die Forderung „Wir Christen wollen von Christen regiert sein!“ auf.

Ingenieur Steinbach begründete eine Entschädigung, welche die in der Versammlung vorgebrachten Forderungen zusammenfasste. Sie wurde einstimmig angenommen und wird der Staatsregierung vorgelegt werden.

Ueber die Vorgänge, die sich bei der sich an die Versammlung anschließenden Straßenkundgebung abgespielt, haben wir bereits berichtet.

„[Das „andre“ Wien.] Neben dem noch immer hungernden und von schweren Ängsten heimgesuchten Wien, das trotz aller Not der Zeit sich wacker hält und nichts sehnlicher wünscht, als die Rückkehr in geordnete Zustände, gibt es seit der Revolution noch ein andres, gewissermaßen unterirdisches Wien, in dem die von Budapest beeinflussten Kommunisten ihr dunkles Dasein führen. Von diesem seltsamen andern Wien berichten die Blätter jetzt täglich die tollsten Dinge, und oft glaubt man sich in die Zeit der Räuberromane und Spinnstubengeschichten versetzt, wenn man des Morgens beim Kaffee-Ertrag das Schauerliche und Gruselige zu lesen bekommt. Einer der ersten Berichte begann wie ein Scottscher Roman. Aus der ungarischen Gesandtschaft, die bei diesen Erzählungen überhaupt die Rolle des gespenstigen Raubritterschlosses spielt, wurden in dunkler Nacht zwei Ungarn samt einigen Koffern mit Gold und Juwelen entführt und in die Stille eines Wiener Klosters verschleppt. Die Gefangenen kamen am andern Tag zwar frei, die Schätze aber waren und blieben verschwunden. Und ähnliche Geschichten gibt es in Hülle und Fülle. Fast immer sind es ungarische Kommunisten, die bald da, bald dort geheime Sitzungen halten, um den Sturz der gegenwärtigen Regierung zum soundsovielsten Male zu beschließen. Ein Kellerloch im ältesten Wien, matt erleuchtet vom Flackerlicht qualmender Kerzen und wohlbehütet von kommunistischen Wächtern, dient als Versammlungsort, oder man steigt in die Dachwohnung eines Photographen und schmiedet hier, vier, fünf Stod hoch, bei abgedeckten Fenstern blutige Pläne. Dann wieder rasselt ein Kraftwagen durch das nachtsille Wien und hält beim Opernring an. Vier dichtvermummte Gestalten, die mit dem Wagen gekommen, bemächtigen sich eines das Kaffeehaus verlassenden Ungarn und schaffen ihn nach dem fernen Vorort Wiebling, bis der Bedrohte Lärm schlägt und die Polizei dem Spud ein Ende macht. Ein andermal entdeckt die Behörde bei einem Verhafteten die Pläne des Wiener Kanalnetzes, und sofort wird erzählt, die Kommunisten planten einen Anschlag auf die Banken und öffentlichen Gebäude der Stadt, wobei sie ihren Weg durch die unterirdischen Kanäle zu den Schatzkammern und Archiven der bedrohten Bauten nehmen wollten. Oder der Fernsprecher stellt sich in den Dienst des andern Wiens und plaudert nach Budapest hinüber: „Die Gurken gehen nicht, das Geschäft kann daher nicht abgeschlossen werden.“ Die „Gurken“ sind selbstverständlich die kommunistischen Verhältnisse in Wien, die in der Entwicklung zurückgeblieben sind und das „Geschäft“ den letzten Putschversuch, mißlingen ließen. Und immer spielen unermessliche Schätze, Millionen und aber Millionen eine bedeutsame Rolle. Sie kommen in Flugzeugen durch die Luft, sie packen sich heimlich über die Grenze bei Bruck, sie werden in eisenbeschlagenen Kisten mit der Bahn nach Wien verfrachtet, um den geschäftigen Kommunisten neue Kampfmittel, d. h. Bestechungsgelder, zuzuführen. Die Leiter dieser geheimnisvollen Vorgänge sind zum Teil bekannt und wiederholt verhaftet gewesen. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär der Silber- und Goldschmiede Karl Loman, ein Freund Venkus, ist unter ihnen. Auch von Dr. Paul Friedländer und seiner Gattin Elfriede, von dem Ehepaar Wertheim weiß man, daß sie die „Intellektuellen“ der Wiener Bolschewiken sind und mancherlei auf dem Kerbholz haben. Nur über das eigentliche Haupt der Verschwörung, über den „Diktator von Wien“, ist man sich nicht im klaren. Conan Doyle erzählt in seinem Sherlock Holmes einmal von einem unauffindbaren Menschen,

der alle Fäden der furchtbarsten Verbrechen in seiner Hand hielt und doch nie ergriffen werden konnte. Ein solcher Mann scheint der Wiener Kommunist zu sein, der bald als Bettelheim oder Bernstein, bald als Regner, Benedikt oder Andor Kovacs in den Zeitungen auftaucht und gleich wieder verschwindet. Unlängst glaubte man, seiner habhaft geworden zu sein. Beim Verlassen der ungarischen Gesandtschaft wurde er von Geheimpolizisten bis in die Schottengasse verfolgt, wo er vor einem Ladenspiegel seinen Bart in Ordnung brachte. Man drängte sich an ihn, riß ihm die schwarze Brille und den falschen, angestrichelten Bart herunter und brachte ihn in Gewahrsam. Seitdem Verhör auf Verhör. Der Mann gesteht und leugnet; man weiß nicht, woran man ist. Auch Geld und Briefe werden bei ihm gefunden, die ihn und die Wiener Kommunisten schwer belasten. Doch der Schleier über dem „andern“ Wien will sich nicht lüften. Und dennoch wäre es an der Zeit, daß er zerrisse. Das Volk will Ruhe vor diesen unterirdischen Wühlern, die den Ruf seiner einst so lichterhellen Stadt verdunkeln und in die Tage der Not und Sorge auch noch den Schrecken bringen.

Dritter Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Heute Samstag früh wurden unter dem Vorsitze Fischer (Graz) die Verhandlungen des Dritten Kongresses der christlichen Gewerkschaften fortgesetzt.

Präsident Haarer entschuldigte sein Fernbleiben wegen der Sitzungen im Parlament. Begrüßungstelegramme langten ein vom Bürgermeister Preis (Salzburg), Kanonikus Schinzel (Olmütz), Sekretär Köttig (Reichenberg) und Sekretär Priller (Würzburg) vom Verband deutscher christlicher Landarbeiter. Als Vertreter der Landesverbände der Arbeitervereine nahmen an den Beratungen teil: für Niederösterreich G. Untermaier (Wien); für Oberösterreich G. Engelsberger (Wels); für Salzburg G. Wächinger (Salzburg); für Steiermark Abg. Herzog (Graz); für Kärnten Abg. Paulitsch (Klagenfurt); für Tirol Abgeordneter Steinegger (Innsbruck) und für Vorarlberg W. Kennerknecht (Bregenz); ferner Sekretär Tobler (Bregenz). Die Großdeutsche Vereinigung bedauerte in einem Begrüßungstelegramm des Präsidenten Dinghofer, wegen der Beratungen über den Friedensvertrag am Kongress nicht teilnehmen zu können.

In der heutigen Sitzung kamen Organisationsfragen zur Beratung und Beschlussfassung. Als erster berichtete Ulrich über die Vorschläge der Zentralkommission auf Sicherstellung der Einheitlichkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschösterreich, um die Einhaltung ihrer Grundsätze und den Ausbau der Bewegung zu gewährleisten. Außer der Zentralkommission soll eine Kontrollkommission mit besonderem Wirkungsbereich auf dem Kongress gewählt werden. Ueberdies sollen vierteljährlich Vorstandskonferenzen abgehalten werden. Auch sei ein Zentralwiderstandsfonds zu schaffen. Als Beitrag der Verbände an die Zentralkommission wurden sechs Heller per Mitglied und Woche vorgeschlagen.

Sekretär Mllinger betonte als zweiter Redner zunächst die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Zentralverbände zu Industrieverbänden. Er forderte die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und den Abschluss von Gegenseitigkeitsverträgen mit den christlichen Gewerkschaften der anderen Staaten. Die christliche Gewerkschaftspressesoll derart ausgestaltet werden, daß jeder Zentralverband ein eigenes Verbandsblatt besitzt und „Der christliche Gewerkschafter“ als Organ der Zentralkommission herausgegeben und dementsprechend ausgestaltet wird. Ferner machte Redner Vorschläge für ein Gegenseitigkeitsverhältnis der Zentralverbände der christlichen Gewerkschaften Deutschösterreichs, besonders bezüglich Ueberweisung von Mitgliedern. Schließlich forderte er zwecks Verbilligung des Ausbaues der christlichen Gewerkschaften die Gründung von Orts-, Bezirks- und Landesstellen; der Beitrag für die Landesstelle soll mit zehn Hellern per Mitglied und Woche einheitlich für ganz Deutschösterreich festgesetzt werden.

An die beiden Berichte schloß sich eine rege Aussprache an, der sich die Hälfte der Delegierten beteiligte. Besonders anziehend waren die Ausführungen des reichsbauischen Vertreters

Funke (München), die den Kongreßteilnehmern lehrreiche Einsichten in die Einrichtungen und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gewährten. In später Abendstunden wurden nach ganztägiger Beratung die Referentenanträge mit einigen Abänderungen und Zusätzen angenommen, und zwar die auf Erhöhung der Beiträge der Verbände an die Zentralkommission ab 1. Oktober 1919 einstimmig.

Morgen, am dritten Verhandlungstag, kommt als letzter Bericht der des Vorsitzenden Spalowsky über „Gewerkschaften und Demokratie“ zur Verhandlung.

Zwangsorganisation oder Koalitionsfreiheit? Große Versammlung des Ortsausschusses der christlichen Gewerkschaften Wiens.

Anlässlich des dritten Kongresses der christlichen Gewerkschaften veranstaltete der Ortsausschuß der christlichen Gewerkschaften Wiens heute abend im Saale des katholischen Gesellenvereines in der Gumpendorferstraße eine von christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen massenhaft besuchte Versammlung, die vom Vorsitzenden des Ortsausschusses, Rechner, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde. G. Untermaier forderte nach einem kurzen Ueberblick über die durch den sozialdemokratischen Terror hervorgerufene Abwehrbewegung der christlichen Arbeiterschaft zum Ausbau unserer Gewerkschaftsorganisation auf. (Beifall.)

Abg. Linus Funke (München), Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, sprach über die Enttäuschungen der Revolutionszeit und sagte: Bei uns in Deutschland ist in der schambesetzten Weise mit dem Worte Freiheit Schindluder getrieben worden, man hat einen schamlosen Gewissenszwang gegen Andersdenkende ausgeübt, wie er im alten Sizilien niemals, auch nicht gegen Sozialdemokraten, ausgeübt worden ist. Die bairische Sozialdemokratie hat offiziell den Terror verurteilt, aber geduldet, so lange man sich noch Früchte von ihm erhoffte. Mit vorgehaltenen Revolvern und Messern wurden den Mitgliedern der Zahlstelle Weihenberg des christlichen Bergarbeiterverbandes die Mitgliedsbücher abgenommen und sie mußten in einer Minute zur sozialdemokratischen Organisation übertreten. Sozialdemokratische Gewerkschaftsangehörige, sozialdemokratische Vorsitzende von Verbänden und Funktionäre haben nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich die Entlassung unserer Kollegen gefordert und erzwungen. Es wird ihnen sehr unangenehm sein, daß in den Akten des bairischen Landtages diese Dokumente bereinigt sind. Wir haben durch Aufwendung des öffentlichen Geldes erreicht, daß der anständige Teil der sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften sich von diesem Treiben abgewendet habe. Die sozialdemokratischen Organisationen haben im Landtag erklären müssen, daß sie die Mitgliedsbücher unserer Kollegen wieder zurückgeben wollen. Dieselben Leute, die sich nicht genug über Vergewaltigung äußern konnten, die sich immer als die Unterdrückten dargestellt haben, waren in dem Augenblick, wo sie das Heft in der Hand zu haben glaubten, viel brutaler gegen ihre eigenen Klassenangehörigen, als der brutale Arbeitgeber. Und dieser Terror wurde nicht geübt in Fragen des Lohnes, sondern in Herzens- und Gefühmsfragen. Der Redner erörterte die kulturellen, wirtschaftspolitischen und bökischen Gründe, welche die christlichen Arbeiter von der sozialdemokratischen Bewegung trennen, und schloß: Mehr Monate Revolution haben uns den klaren Beweis geliefert, daß die Sozialdemokratie wohl Revolution machen, niederreißen, vom Alten zehren kann, daß sie aber nicht imstande ist, aufzubauen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir in Deutschland und Sie werden nicht so ungeschickt sein, und den Sozialdemokraten die Bürde des Regierens, zu dem sie sich so gedrängt hat, abzunehmen. Die Sozialdemokraten sollen regieren, bis sie ihre vollständige Unfähigkeit bewiesen haben. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Arbeitersekretär Tobler (Bregenz) überbrachte die Grüße der deutsch-christlichen Bevölkerung Bregenzs. (Beifall.)

Abg. Spalowsky erörterte einleitend die schwere Bürde des Friedensvertrages, der das gesamte arme Volk Deutschösterreichs zu einiger Arbeit aufruft, und sagte: Wir richten an dem Tage, an dem wir uns abscheiden, uns eine neue Zukunft zu eröffnen, die Warnung und Mahnung an die sozialdemokratischen Gewerkschaften, sie mögen einsehen, daß es auch der sozialdemokratischen Grundzüge selber unwürdig ist, wenn man christliche Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu ihrer Organisation bedrängt, uns Brot bringt und in der unerhörtesten Weise verfolgt. Wenn die Sozialdemokratie nicht die Zukunft unseres jungen Staates in Frage stellen will, muß sie ihre Agitatoren zur Besinnung bringen können. Wir werden uns berechnen müssen, daß wir nur dann mit der Sozialdemokratie den Aufbau des Staates gemeinsam durchführen, wenn wir als gleichwertige und gleichberechtigte Faktoren, ohne jede Ausnahme, an dieser Arbeit mitwirken können. Wir werden gegen die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie die christliche Arbeiterschaft bisher behandelt hat, mit allen Mitteln Stellung nehmen, und wenn wir zur äußersten Konsequenz kommen müßten, so werden wir auch davor nicht zurückschrecken. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen für alle das gleiche Recht schaffen, wir wollen durch unser Streben die wirkliche Demokratie herbeiführen, unserem Staate den inneren Frieden bringen, damit jene Volksgemeinschaft sich entwickeln kann, um all das zu leisten, was wir brauchen, um die Schäden des Krieges und die Nachteile des Friedensvertrages wieder gutmachen zu können. Erfüllen Sie alle Ihre Pflicht, die Zukunft unseres Volkes wird dadurch sichergestellt sein! (Stürmischer Beifall.)

Mit herzlichen Dankesworten und der Aufforderung zu starrer gewerkschaftlicher Arbeit, schloß Vorsitzender Rechner die glänzende Versammlung, der Unterstaatssekretär Dr. Reisch, die Nationalräte Kunschak, Fischer (Graz), Klehmayer (Steir) und Steinegger (Innsbruck), die Landtagsabgeordneten Dr. Gemala, Aloisia Schirmer, Kott, Heisinger und Herzog (Steiermark) u. v. a. beiwohnten.

Wiener - Stimmen
13. / IX. 1919

W^H
13

93

Der Zug der Zeit in der Wienzeile.

Zeichnung von Fritz Schönplug.



Fritz Schönplug

„Genossen, hiaztn wiar i aber aa a Antisemit!“
„Reich' nicht aus, Genosse, wir sennn doch ach Antisemiten!“

Die Mitarbeit des Bürgertums beim Aufbau unseres Freistaates.

Landeshauptmannstellvertreter Steiner über die nächsten Aufgaben der Gesellschaft.

Der Wiener Bürger- und Ständerat (des 19. Bezirkes) veranstaltete im Café „Rudolphshof“ in Grinzing eine zahlreich besuchte Versammlung, in der Präsident Landeshauptmannstellvertreter Steiner über jene Aufgaben sprach, die nun nach Friedensschluß zur Sicherung der Existenzmöglichkeit und des Bestandes unseres Freistaates durchgeführt werden müssen.

Landeshauptmannstellvertreter Steiner verwies einleitend auf die eindrucksvolle Massenfundgebung der Bürgerschaft, die sich nur eine mächtige, zielbewußte Organisation geschaffen, und führte u. a. aus: Unserer Verfassung muß nunmehr eine endgültige Gestalt gegeben werden, welche sich den durch die endlich festgelegten Friedensbestimmungen geschaffenen Tatsachen anpaßt. Das Verhältnis der Länder zu dem sie umfassenden gemeinsamen Staate muß verfassungsmäßig hergestellt, die Machtbefugnis hierbei gegenseitig abgegrenzt, den berechtigten autonomen Anforderungen, wie den notwendigen gesamtstaatlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Die öffentliche Verwaltung sowohl in Staat und Ländern bedarf einer einschneidenden Vereinfachung. Die staatlichen Instanzen müssen die ihnen verfassungsmäßig zukommenden Machtbefugnisse tatsächlich und wirksam ausüben können. Auch beim wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau ist ohne die Mitarbeit des Bürgertums die Erzielung einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung unerreichtbar.

Ferner gilt es jetzt, die bösen Folgen einer so wenig gewissenhaften Kriegswirtschaft zu beseitigen und dem Gewerbe, der Industrie und dem Handel wieder die Möglichkeit zu eröffnen, sich in den Friedensgeschäften zu betätigen und durch diese wieder einen bürgerlichen Gewinn zu erzielen. Der Jagd nach den auf Preistreiberereien, Schleichhandel, Wertspeditionen, Ausnutzung der Zentrifen und derartigen Ausbeutungen beruhenden Konjunkturgewinnen muß ein Ende gemacht und der ehrlichen Arbeit ihr Lohn und Verdienst gesichert werden. Die Bürgerschaft muß mit allem Nachdrucke darauf dringen, daß die Finanzverwaltung einen Wirtschaftsplän aufstellt und einen umfassenden Finanzplan entwerfe. Die Bürgerschaft ist sich bewußt, daß es hierbei ohne schwere Opfer der Bevölkerung nicht abgehen wird, sie muß aber fordern, daß hierbei gerecht und der Leistungsfähigkeit der Einzelwirtschaft entsprechend vorgegangen und das Maß des Notwendigen und Möglichen nicht überschritten wird. Die Unsicherheit auf dem Gebiete der Steuerverwaltung muß beseitigt werden. Der Bevölkerung muß die Möglichkeit gegeben werden, alle Gesetze von großer Tragweite beraten und beurteilen zu können, bevor sie der Beschlußfassung in den gesetzgebenden Körperschaften unterzogen werden. Es sollen sich in jedem Bezirke Gruppen mit Leitungen bilden, welche die erforderliche Meinarbeit von Mann zu Mann, von Frau zu Frau, durchführen. Wir rufen auch die Frauen zur Mitarbeit auf; es wird deshalb in der nächsten Zeit eine große Frauenversammlung vom Wiener Bürger- und Ständerat einberufen werden. Es gilt die Parole: „An die Arbeit!“ Diese Ausführungen wurden von der Versammlung, in der sich eine antegende Wechselrede entwickelte, mit stürmischem Beifalle aufgenommen.

Deutschösterreichischer Bürger- und Ständerat.

Der Deutschösterreichische Bürger- und Ständerat ersucht um die Aufnahme folgender Zeilen: „Die machtvolle Kundgebung, deren Schauplatz am 10. d. die Prachträume des Konzerthauses waren, hat in eindrucksvollster Weise den unerschütterlichen Willen des Bürgertums dargetan, sich nun nicht mehr an die Wand drücken zu lassen, sondern durch eine festgefügte Organisation sich maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung seines eigenen Geschickes zu sichern. Freilich darf es nicht nur bei den markigen Worten bleiben. Es gilt energisch zu handeln und in erster Linie unsere Organisation auszubauen und auszugestalten. Beitreten, werden und unterstützen! Dies sind die Imperative, die jeden, der unserem Werke Hilfe leisten will, zum Handeln anspornen mögen. Jeder Bürger kann und soll sein Teil beitragen zum Bau der ihm selbst und seinen Mitbürgern Schutz bieten wird in den Stürmen der Zukunft. Schriftliche Anmeldungen zum Beitritt als Mitglied, sowie Spenden wollen an das Präsidium des Wiener Bürger- und Ständerates, I. Freyung Nr. 4 gerichtet werden.“

Große Kundgebung der Bauernräte in Wiener-Neustadt.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Wiener-Neustadt, 13. September.

Im hiesigen Brauhofsalle fand heute eine glänzend besuchte Versammlung der Bauernräte der Wiener-Neustädter und Neunkirchner Bezirkes statt. Die zahllosen Uebergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte im Viertel unter dem Wiener Walde erzeugten unter den Versammelten eine überaus erbitterte Stimmung, die in dem entschlossenen Willen zum Ausdruck kam, die Bauernräte aus allen Wirtschaftskommissionen zurückzuziehen und damit die gemeinschaftliche Arbeit mit den Arbeiterräten auszugeben. Die Versammlung gestaltete sich schließlich zu einer und mächtigen Sympathiekundgebung für die deutschen Brüder in Westungarn. Aus dem Munde des Abg. Rudolf Gruber, der als Vertrauensmann der christlichsozialen Partei in der Verwaltungsstelle für Westungarn fungiert, wurde den Deutschen Westungarns die Zusicherung ihrer berechtigten Wünsche nach einer selbständigen Landesverwaltung gegeben.

Abg. Rudolf Gruber erörterte die Folgen der schweren Friedensbedingungen für die Landwirte, die deswegen nicht den Kopf hängen lassen dürfen, sondern in der produktiven Arbeit beispielgebend vorangehen müssen. Es muß aber der ernsteste und dringendste Mahnruf an die Regierung gerichtet werden, alles zu unternehmen, um

die Arbeitslust zu fördern

und mit den schärfsten Mitteln diejenigen, die nicht arbeiten wollen, zur Arbeit zu zwingen. Es ist unmöglich, daß die Landwirtschaft eines 6-Millionen-Staates eine Großstadt mit 2½ Millionen Einwohnern ernähren kann. Wir müssen die nötige Einfuhr mit den Produkten unserer Arbeit bezahlen. Deshalb muß alles, was Hände hat, an die Arbeit gehen. Was sehen wir indessen? Die Dreschmaschinen sind zum Stillstande gekommen, weil wir keinen Benzin bekommen. Auf den Straßen jagt aber ein Luxusautomobil das andere. Der Redner besprach sodann die Saatgutzuweisung, worauf Abg. Hans Söfer über die Getreideaufbringung und die Getreidepreise einen längeren Bericht erstattete. Er führte aus: Die Notwendigkeit einer Preiserhöhung infolge der sprunghaft gestiegenen Löhne sei auch bereits von allen Staatsämtern anerkannt worden. Die Lage ist derzeit so, daß wir am 20. September ohne Getreide und Mehl da stehen werden. Redner beschwört die Landwirte in eindringlichen Worten, durch intensive Arbeit und rascheste Ablieferung diese furchtbare Lage abzuwenden, besprach sodann die Viehrequisitionen, die ohne jedes Recht von den Arbeiter- und Soldatenräten vorgenommen werden. Die sozialdemokratischen Nachhaber der Pulverfabrik Blumau geben zu, 68 Waggons Benzin gehabt zu haben, beteuern jedoch, den Benzin rechtlich verteilt zu haben. Redner werde sich von der Verteilung überzeugen. Er könne aber mitteilen, daß ihm als Obmann des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften vor einigen Tagen im Schleichhandel eine ganze Zisterne zum Kauf angeboten worden sei, während er bei der Regierung um das Benzin für jede Dreschmaschine erst bitten und betteln müsse. (Entrüstungsrufe.)

Der sozialdemokratische Vorstoß gegen die Regierungskoalition.

Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes Sturm erklärte zunächst unter Hinweis auf die unausgesetzten Uebergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte: „Diese zwingen uns, in aller kürzester Zeit unsere Bauernräte überall zurückzuziehen. Wir tun bei dieser Wirtschaft nicht länger mit! (Großer Beifall.) Wir können es auch nicht länger dulden, daß die Mörder des deutschen Bauerntums in Westungarn Bela Kun und Genossen noch immer in unserem Lande weilen. Zur innerpolitischen Lage sagte der Redner: „Gegen die Koalition, die in unseren Kreisen vielfach nicht gebilligt und nicht verstanden wird und die wir nur unter ganz bedeutenden taktischen und wirtschaftlichen Opfern aufrechterhalten können, scheinen die Kreise der Linksradikalen, jüdisch-bolschewistischen Richtung in der sozialdemokratischen Partei einen neuen Vorstoß zu wagen. Anders kann der rüde Ton der „A. Z.“ vom 12. d., in der die christlichsozialen Staatssekretäre des Doppelspiels geziehen werden, nicht verstanden werden. Es ist ein völlig unwahrer Vorwurf, daß wir Bauern eine hinterhältige Politik oder passive Resistenz betrieben hätten. Freilich, dem Diktat jüdisch-kommunistischer Fremdlinge werden wir uns nie beugen. (Beifall.) Uns scheint, als ob den roten Verwaltungskünstlern aus parteipolitischen Gründen das Regieren nicht mehr passen würden. Sie befinden sich in der Rolle des Zauberlehrlings. Wir Bauern warnen alle politischen Mäntelschmiede, unsere Arbeitswilligkeit zu stark auf die Probe zu stellen. Arbeitsscheue und Volksschmeichele dürfen nicht länger die Baumeister unserer Zukunft sein. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Es sprachen sodann Sekretär Schönthaler vom Vereine „Währungsschutz“, die Landtagsabgeordneten Pfarrer, Dr. Peirer und StR. Bierbaumer, dieser über die christliche Landarbeiterorganisation. Dabei machte Abgeordneter Gruber die Mitteilung, daß ihm ein von der sozialdemokratischen Organisation ausgearbeiteter Arbeitsvertragsentwurf angekommen sei, der u. a. den Landwirten das Recht zugehe, 11 Kilogramm Frucht für den landwirtschaftlichen Arbeiter zu behalten, dafür aber die Verpflichtung auferlegen möchte, dem Arbeiter 20 Kilogramm Mehl monatlich zu geben. (Stürmische Heiterkeit.)

17./IX. 1919

97

Äußerungen des Staatskanzlers.

Der Staatskanzler sah heute eine Reihe von Vertretern der Presse bei sich, denen er verschiedene politische Mitteilungen machte. Wir heben daraus hervor

Die eigentliche politische Saison wird erst in etwa drei Wochen ihren Anfang nehmen. Sie wird mit der Einberufung des Hauptausschusses eingeleitet werden. Der Staatskanzler habe mit den drei Parteien des Hauses Fühlung genommen und Wonne auf Grund dieser Rücksprache mitteilen, daß nach den Dispositionen der Parteien eine eigentliche Regierungs- oder Parlamentskrise nicht bevorstehe. Es entspreche jedoch den Voraussetzungen, unter denen das gegenwärtige Kabinett eingesetzt wurde, die Entscheidung über das Kabinett wieder in die Hand des Hauptausschusses zurückzuliegen. Voransichtlich dürfte in dem einen oder anderen Ressort eine Veränderung eintreten, eine wesentliche Änderung im Kabinett dürfte jedoch nicht Platz greifen. Die beiden großen Parteien halten an dem Gedanken der Koalition fest, während die Großdeutsche Vereinigung an einen Eintritt in die Koalition nicht denkt, vor allem deshalb, weil sie nicht für den Friedensvertrag die Verantwortung übernehmen zu können erklärt.

Auf eine Anfrage über die künftige verfassungsrechtliche Regelung der Präsidentschaft erwidert der Staatskanzler, daß nach der derzeitigen Stimmung der Parteien bei uns kaum eine Präsidentschaft errichtet werden dürfte, wie sie in großen Republiken üblich ist. Es dürfte an dem jetzigen Zustand nichts geändert werden.

Auf eine Anfrage über den Termin für das Zusammentreten der Reparationskommission in Wien erwidert der Staatskanzler, daß nach den ursprünglichen Dispositionen die Ratifikation des Friedens etwa in der zweiten Hälfte Oktober zu gewärtigen war. Nun aber stellen sich der Ratifikation des Friedensvertrages, insbesondere in den Vereinigten Staaten, Hindernisse entgegen, und es ist möglich, daß sich deshalb die Ratifikation und damit die Einschung der Reparationskommission etwas verzögern wird, was vom Standpunkt unseres Staates sehr zu bedauern wäre, weil wir das größte Interesse daran haben, daß die durch den Friedensvertrag vorgesehenen Auseinandersetzungen möglichst bald beginnen. Das Fehlen der Unterschriften der Rumänen und der Südslaven steht der Gültigkeit des Vertrages nicht im Wege. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den Mächten sind eigentlich schon jetzt hergestellt und wir werden voraussichtlich in kürzester Zeit an die Mächte mit der Anfrage herantreten, wann wir den Verkehr durch Gesandte wieder aufnehmen können. Zu der Frage, ob mit Rücksicht auf den bisherigen Gang der Verhandlungen im amerikanischen Senat zu gewärtigen sei, daß der Völkerbund als das vom Friedensvertrag vorgesehene Instrument bald in Erscheinung treten wird, bemerkte der Staatskanzler, daß der Völkerbund heute eigentlich schon durch die alliierten und assoziierten Mächte vorgebildet sei und in der Friedenskonferenz in Paris seinen Ausdruck finde; die im Friedensvertrag vorgesehene Form bilde nur eine Modifikation der bisherigen Gepflogenheit. Mit der Möglichkeit, daß der amerikanische Senat den Völkerbund ablehnen könnte, sei kaum zu rechnen, es sei vielmehr als sicher anzunehmen, daß Amerika mit gewissen Vorbehalten, die in Form von Abdonalverträgen in Geltung treten würden, dem Völkerbund beitreten und ihn stützen werde.

Der Staatskanzler kam weiter auf den jüngsten Artikel der „Wiener Abendpost“ zu sprechen und erklärte in Erläuterung der Stelle vom „Blick nach dem Westen“: Da unsere Mission im Osten beendet ist, müssen wir diese kolonialisatorische Funktion, bei der wir nie eine ruhige Stunde und nie einen rechten Vorteil hatten, aufgeben. Wären wir unsere eigenen Interessen, vergessen wir nicht, daß wir sechs Millionen Menschen mit einer durchschnittlich hohen Schulbildung, mit einer geordneten Staatlichkeit und mit hohen wirtschaftlichen Fähigkeiten sind. Wir können es allein versuchen, natürlich in enger Freundschaft mit Deutschland. Daß wir uns nach dem Westen ausrichten, heißt, es wird notwendig sein, daß wir uns um die Probleme des Westens mehr kümmern, daß unsere Jugend mehr Weltsprachen lernt, daß unsere Intelligenz mehr in die große Welt hinauskommt. Dabei ist durchaus nicht gemeint, daß wir uns allein auf Frankreich einstellen, wir stellen uns ein auf den Völkerbund in seiner Gesamtheit.

Der Staatskanzler erklärte schließlich, daß die Nichtunterzeichnung des Friedens durch Rumänien und Jugoslawien eine Verzögerung der Heimkehr der Kriegsgefangenen aus diesen Ländern nicht zur Folge haben werde.

18./IX. 1919

Eine Abordnung der Bürgerräte beim Staatskanzler.

Amlich wird gemeldet: Mittwoch erschien eine Abordnung des Wiener Bürger- und Ständerates (bestehend aus seinem Präsidenten Landeshauptmannstellvertreter Steiner, dem Präsidenten des Gewerberates Abgeordneten Feinl und den Mitgliedern Dr. Wilmel, Professor Kobatsch, Gemeinderat Ellend, Obermagistratsrat Dr. Formanek, dem Präsidenten des niederösterreichischen Landesbürgerrates Dr. Bernhard und dem Landtagsabgeordneten Segur) in der Staatskanzlei, wo sie vom Staatskanzler Dr. Renner und den Staatssekretären Lederersch, Jerdik und Hanusch empfangen wurde. Die Abordnung überreichte dem Staatskanzler die am 10. d. in der Versammlung im Konzerthausaal gefasste Entschließung über „Uebergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte“.

Herr Steiner richtete dabei an den Staatskanzler eine Ansprache, in der er verlangte, daß die Regierung „den Ausschreitungen der Arbeiter- und Soldatenräte so rasch als möglich ein Ende bereite“. Die bürgerlichen Parteien und Stände sind der Ansicht, daß die Regierung, die durch das Vertrauen des ganzen Volkes eingesetzt ist, die Arbeiter- und Soldatenräte nicht benötigt, daß daher das ganze System der Räte ein ungesundes und die Verwaltung hemmendes, verwirkendes ist. Sie halten es jedoch für notwendig, daß, insofern sich die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte zu Amtshandlungen bedient, auch die Bürger-, Stände- und Gewerberäte mit den gleichen Rechten ausgestattet werden. Der Staatskanzler möge die überreichte Entschließung einer ersten Würdigung unterziehen und zur Rettung der schwerbedrohten Freiheit sofort die notwendigen Maßnahmen ergreifen. An die Behörden, die sich der Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte bei ihren Amtshandlungen bedienen, möge die Weisung ergehen, daß überall, wo bereits die bürgerlichen Räte konstituiert sind, diese sofort paritätisch mit den Arbeiter- und Soldatenräten den Amtshandlungen zugezogen werden. Insbesondere wird die Aufnahme der Bürger- und Gewerberäte in alle Kommissionen und Comités verlangt, in denen die Arbeiter- und Soldatenräte als stimmberechtigte oder beratende Mitglieder bereits Aufnahme gefunden haben.

Staatskanzler Dr. Renner erörterte analog seinen jüngsten Ausführungen die Entstehungsgeschichte des Rätegedankens und die Mission der Räte nach der Revolution und bemerkte, gerade durch die Institution der Räte sei das Eindringen des Bolschewismus in Oesterreich verhindert worden. Während sich in anderen Ländern die Revolution blutig abgespielt hatte, hat sie hier dank den Räten einen friedlichen Verlauf genommen. Es sind unseugbar vereinzelt Ausschreitungen und Ungehörlichkeiten vorgekommen. Aber solche kommen in allen Kreisen vor und wurden sogar durch Behörden begangen. Es war eben in einem Zustand der Erschütterung unseres sozialen Körpers und diese Erschütterung hat derlei Ungehörlichkeiten bewirkt. Die Regierung will die Gesehlichkeit auf allen Gebieten und will die Wiederherstellung der Gesehlichkeit unter Mithilfe aller Teile der Bevölkerung. Die Bürgerräte sollen daher nicht zum Kampfe gegen andere Organisationen rufen, sondern das Einverständnis mit ihnen anstreben und für die Wiederkehr gesehmähiger Zustände Sorge tragen. Räteorganisationen können entweder das Mittel zum Bürgerkrieg oder zu dessen Vermeidung sein. Bisher waren unsere Arbeiterräte trotz mancher Ausschreitungen ein Instrument zur Vermeidung des Bürgerkrieges. Die endgültige Sanierung der zweifellos bestehenden schweren Schäden in unserer Verwaltung können nur durch eine durchgreifende Verbesserung der Verwaltung erfolgen. Zur Mitarbeit an der Verwaltung müssen aus allen sozialen Gruppen beratende Droame berufen werden.

An die Ausführungen des Staatskanzlers schloß sich eine Ansprache, in der unter anderem auch geltend gemacht wurde, daß die Uebergriffe, namentlich der Soldatenräte, keineswegs vereinzelt Erscheinungen seien. Sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande seien politische und sogar Gerichtsbehörden unter die Vormundschaft dieser Organisationen gelangt. Durch die bürgerliche und die bäuerliche Bevölkerung gehe eine tiefgehende Beunruhigung. Die Mitglieder der Abordnung brachten dann einzelne Fälle zur Sprache und wiederholten ihre Forderungen, die ehestens zu verwirklichen seien, da man nicht so lang warten könne, bis die Verwaltungsreform durchgeführt sei. Es müsse der Regierung und allen Behörden erwünscht sein, wenn sie im Bürger- und Ständerat eine Unterstützung fänden, was auch im Interesse einer geordneten Verwaltung liege.

Staatskanzler Dr. Renner und die anwesenden Staatssekretäre traten schließlich mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß alles vorgekehrt werden müsse, um den allgemeinen Bürgerfrieden zu sichern und zu erhalten. Der Staatskanzler betonte, die Staatsregierung werde pflichtgemäß dafür Sorge tragen, daß Recht und Geseh herrschen. Sie könne nicht zwischen Staatsbürgern und Staatsbürgern unterscheiden. Nur so können gewisse soziale Schäden gemildert werden.

Bezu wir nur kurz, aber bestimmt sagen wollen, daß sich die Arbeiter darum, was die Herren Steiner und Bernhard über die Arbeiterräte denken, einen Schmarren kümmern werden. Die Arbeiterräte sind und bleiben, und ihr Wirken ist an die Wohlmeinung des Herrn Leopold Steiner absolut nicht angewesen.

Wirtschaftsdiktatur.

Von Professor Wittschewsky.

Im Westbuch des Sozialismus kann eine neue Seite aufgeschlagen werden. Eine „Errungenschaft“ der deutschen Revolution. Noch nie hat ein Kulturstaat seine fortschrittliche Entwicklung auf einen Sozialismus eingestellt, zu dessen Grundforderungen gehören: Bergesellschaftung (Verstaatlichung) aller Produktionsmittel, gesellschaftliche (planmäßige) Regelung der gesamten Gütererzeugung und als notwendige Folgerungen aus einer solchen unwälzenden Neuordnung im Wirtschaftssystem: Verteilung des Gesamtproduktes nach irgendeinem einheitlichen Maßstabe an die Verbraucher sowie die Zuteilung der Arbeit und die Verwendung der Arbeitskräfte nach den Bedürfnissen der Gesamtheit. Das alles sind Kernpunkte des Sozialismus, die auch im Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie enthalten sind. Das Programm besteht bis auf den heutigen Tag zu Recht, und die Sozialdemokratie ist nun einmal — ohne Kränkung des mitregierenden Zentrums sei's gesagt — die herrschende Partei. Den geistigen Niederschlag aber der sozialistischen Zielpunkte finden wir in der Verfassung und in Gesetzgebungsakten der neuesten Zeit. Eine ungeheure Wandlung ist damit eingeleitet, vielleicht ein Verhängnis für die deutsche Wirtschaft heraufbeschworen. Denn daß eine Wirtschaftsweise nach den angedeuteten Richtlinien zu dem kapitalistischen Wirtschaftszuschnitt in den anderen Staaten im schwersten Gegensatz geraten muß, bedarf keiner Erläuterung. Die Gebundenheit hier und die Wirtschaftsfreiheit dort verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Zwar wird uns versichert, daß die Thronbesteigung des deutschen Sozialismus das Proletariat des Auslandes, auf dessen wirtschaftliche Beziehungen wir angewiesen sind, zur Nachfolge anreizen werde, bisher ist aber von solchen Wirkungen des deutschen Beispiels so gut wie nichts erkennbar. Trotzdem haben wir für uns allein den Mut, den revolutionären Sozialismus in die Wirtschaftsverfassung hineinzutragen. Wir betreten Neuland, für das, nach einer Aeußerung des Ministers Dr. David, in den westlichen Ländern und noch weniger in den östlichen ein Vorbild sich nicht darbietet, es sei denn das Schreckensurgetüm des Sozialismus asiaticus.

Daß der politischen Unwälzung das Drängen nach grundlegenden wirtschaftlichen Umgestaltungen auf dem Fuße folgen müsse, war durch die ganze gesellschaftliche Entwicklung bedingt. Der Kriegsozialismus hatte für den Vormarsch gemeinwirtschaftlicher Tendenzen bereits erfolgreich vorgearbeitet. Die äußeren Bedrängnisse veranlaßten die einzelnen Gewerbegruppen, zur kräftigeren Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen sich enger zusammenzuschließen. Diese Bestrebungen waren der Ausbreitung des Gemeinheitsgeistes förderlich, stößten aber auch dem Widerstande der Verbrauchermassen gegen die diktatorischen Ansprüche der versippten Betriebe neue Schwungkraft ein. Noch andere Momente gaben der Abneigung gegen die privatwirtschaftliche Produktion ein kritisches Gepräge. Dazu kam der große Einbruch des Sozialismus in das kapitalistische Wirtschaftssystem. Die revolutionäre Atmosphäre, in die die Massen infolge der Unwälzung vom 9. November hineinversetzt wurden, durchdrang mit ihrem Bluthauch die Geister, deren Sinnen und Trachten Jahrzehnte hindurch auf das Kommen des sozialistischen Zukunftsstaates hingelenkt worden war. Ungestümes Aufbegehren heischte vom Sozialismus baldigste Befriedigung der aufs höchste gespannten Lebensansprüche. Dinge es nach dem Kopfe des sozialistischen Radikalismus, so mußte mit der bisherigen, sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsweise nunmehr ehestens aufgeräumt und dem Sozialismus durch Uebertragung des Privateigentums auf die Allgemeinheit die Alleinherrschaft zugesichert werden. Das ergäbe ein unbeschreibliches Chaos, den gänzlichen Zusammenbruch der noch aufrechtstehenden Wirtschaft.

Der Reichner der Deutschen glaubte der Wirtschaftsdiktatur des Sozialismus die nötigen Grundlagen zu schaffen und Reformen der neuen Wirtschaft zu betreiben. Die Durchführung des Sozialismus habe er in der zur Zeit bestehenden Verfassung gesehen. Der Reichner der Deutschen glaubte der Wirtschaftsdiktatur des Sozialismus die nötigen Grundlagen zu schaffen und Reformen der neuen Wirtschaft zu betreiben. Die Durchführung des Sozialismus habe er in der zur Zeit bestehenden Verfassung gesehen.

24. IX. 1919

102

Das Versagen der sozialdemokratischen Verwaltung.

Wählerversammlung in Fünshaus.

Der Fünshäuser Volkswahlverein „Dr. Karl Rieger“ veranstaltete gestern abend in Windbrechtingers Gastwirtschaft „Zum Würdnertshof“ am Mariahilfergürtel eine zahlreich besuchte Versammlung.

Obmann Labg. Marounek sagte in seiner Eröffnungsansprache u. a.: Im Namen der Freiheit sündigt täglich jene Partei, die immer noch der Freiheit gerufen hat und die jetzt, da sie der berufene Hüter der Freiheit sein sollte, diese mit Füßen tritt.

Abg. Dr. Mataja, stürmisch begrüßt, besprach hierauf das Versagen der Sozialdemokraten auf allen Gebieten der Verwaltung. Man hätte es nicht für denkbar halten sollen, daß die gängliche Unfähigkeit der Sozialdemokraten sich in so kurzer Zeit erweisen würde. Leider tragen die Kosten für diese Lehre wir selbst, die gesamte Bevölkerung, denn die sozialdemokratische Mißwirtschaft ruiniert das letzte Bißchen, das uns noch geblieben ist. Das Unerhörte an der augenblicklichen Kohlenmisere ist, daß die Gemeinde bis zum letzten Augenblick mit ihren Sparmaßnahmen gewartet hat und nun geradezu von einem Tag auf den andern die Straßenbahn einstellen mußte. Wenn dies in der christlichsozialen Vera passiert wäre! Was hätten wir da alles gehört und gelesen! (Zustimmung.) Und wie milde wird der Verwaltungsskandal der Sozialdemokraten beurteilt! (Rufe: Sehr richtig!)

Solange in diesem Staate nicht wieder Ordnung und Gesetz eingebracht sind, solange nicht die von Gesetz wegen eingesetzten Behörden, die vom Gesetz bestimmten Körperschaften die Verwaltung ausüben, solange ist auch eine Besserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu erhoffen. Solange an Stelle der Regierung die Arbeiterräte regieren, solange die Soldatenräte in diesem Staate zu entscheiden haben, solange Dr. Renner scherzwengelt und Dr. Bauer das Heft in der Hand hat, solange kriegen wir weder die Ordnung und Ruhe im Inneren, noch das Vertrauen und den Kredit des Auslandes. (Zustimmung.)

Wir alle stehen unter dem Eindrucke, daß wir nicht mehr in einem Rechtsstaate leben, daß ein verhäßlicher, schleicher Bolschewismus sich bei uns breit macht und daß wir bei alldem zugrunde gehen. (Zustimmung.) Wir haben nur die eine Hoffnung, daß das sozialdemokratische Regime ein Ende nimmt, bevor die Stadt Wien bis auf den letzten Heller zugrunde gerichtet ist. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Labg. Dr. Gemala sagte u. a.: Mit dem Abschlusse des Friedens von St. Germain ist jener Moment eingetreten, wo über die Neubildung der Regierung verhandelt und zu entscheiden sein wird, wie die Koalitionsregierung weiter bestehen soll. Eine Partei, die auf ihre Ehre hält, kann einen solchen Terror, wie er von den Sozialdemokraten gegen andersgesinnte Arbeiter geübt wird, nicht dulden. Daher wird bei der Erneuerung der Koalition klipp und klar die Frage gestellt werden müssen: Wollt ihr unsere Leute weiter terrorisieren, dann bleibt allein in der Regierung und führt euch die Geschichte weiter! (Beifall.) Die Sozialdemokratie wird sich auch eine klare Aktionsbasis zurechtlegen müssen. Bei uns gibt es eine Linke und eine rechte Sozialdemokratie, und da kommt es oft vor, daß die Linke nicht weiß, was die Rechte tut, und umgekehrt. Wenn die Frage der Rechtfertigung erledigt wird, dann erst wird es möglich sein, daß beide Parteien wieder die Regierung führen. Landesrat Dr. Neustil führte u. a. aus: Wir stehen vor einer harten Zeit. Haben wir vor einem Jahre das Hungern gekannt, so werden wir im heurigen Winter noch das Frieren dazu lernen. In dieser Zeit haben alle diejenigen, die das Volk mit Ernst vertreten, die Pflicht, treu und ehrlich an der Gestaltung dieses neuen Reiches mitzuarbeiten, aber an das Geld lassen wir uns nicht drücken. Wir lassen uns nicht von Elementen diktiert, die sich zwischen Regierung und Volk hineingeschoben haben. Mit demselben Rechte, mit dem wir die ehemalige Kamarilla verflucht haben, verfluchen wir diese Elemente. (Zustimmung.)

Nachdem noch Herr Humüller namens der Jungmannschaft und Herr Fritsch über Schulfragen gesprochen hatten, schloß Labg. Marounek die Versammlung.

24/X. 1919

Die Bedingungen einer künftigen Arbeitsgemeinschaft.

Abg. Dr. Weiskirchner über die Unterzeichnung des Friedensvertrages. — Abg. Dr. Seipel über die Organisation des Staates und die Gruppierung der Parteien.

Im SitzungsSaale des Alten Rathhauses fand am 24. d. unter dem Voritze des BB. Wieninger eine große Versammlung des Wählervereines der vereinigten Christen des 1. Bezirkes statt, in welcher zunächst Abg. Dr. Weiskirchner über den Friedensvertrag von St. Germain berichtete und hiebei u. a. folgendes ausführte:

Trotzdem dieser „Vertrag“ keinen Frieden darstellt, sondern ein hagerfülltes Gewaltdiktat, erteilten wir doch dem Kanzler die Vollmacht zur Unterfertigung, weil Hunderttausende unserer Söhne und Brüder auch nicht eine Minute länger in Kriegsgefangenschaft schmachten dürfen, und weil die Verantwortung nicht übernommen werden kann, daß die Feindseligkeiten fortgesetzt werden und unser Volk dem Hungertode überliefert werde. Nun müssen wir zum Wiederaufbau schreiten und müssen auch die Autorität der Staatsgewalt wiederherstellen, um den heutigen chaotischen, ja geradezu anarchischen Zuständen ein Ende zu bereiten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen an der Zukunft nicht verzweifeln. Aber eines ist notwendig: Ordnung müssen wir in diesem Staate machen! (Beifall.) Es wird Pflicht unserer Partei in der Nationalversammlung sein, jene Forderungen zu erheben, die uns notwendig erscheinen, damit wieder Ordnung und Ruhe herrscht und die eingefetzten Gewalten ihres Amtes walten können. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf ergriff Abg. Dr. Seipel das Wort und sagte u. a.:

Die Kohlenzufuhr über den Stand der Kohlenzufuhr. Im Gemeinderate gab heute Abg. Seipel eine eingehende Erklärung über den Stand der Kohlenzufuhr. Er betonte, daß die Kohlenzufuhr in Wien durch den Krieg in einem Maße beeinträchtigt wurde, wie es in keinem anderen großen Industrielande der Welt der Fall war. Die Kohlenzufuhr sei heute nur noch ein Bruchteil der Zufuhr vor dem Kriege. Dies habe zu einer erheblichen Erhöhung der Kohlenpreise geführt, die wiederum zu einer Erhöhung der Energiepreise und schließlich zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten geführt habe. Er forderte, daß die Regierung Maßnahmen ergreife, um die Kohlenzufuhr zu erhöhen und die Kohlenpreise zu senken. (Beifall.)

... bald wieder derartig werde, daß kein Grund zu einem solchen Mißtrauen vorhanden sei (Beifall), und dann werden alle diese Räteformationen von selber wieder verschwinden können. Die eigentümliche sozialdemokratische Auffassung des Rätegedankens ist die, daß die Sozialdemokraten eigentlich diese Räte nicht wollen, aber andererseits sind sie ihnen doch willkommen, als ein Mittel, um die anderen Schichten der Bevölkerung einzuschüchtern und zu schrecken, und so, wenn schon nicht hinüberzuleiten zur Räte-diktatur, so doch ihre Parteidiktatur zu festigen. Bei manchen mag der Hintergedanke vorhanden sein, wenn doch die Entwicklung zur Räte-diktatur führen sollte, es sich auch mit dieser nicht zu verderben. (Rufe: Sehr gut!) Diese zwiespältige Auffassung muß auf beiden Seiten Mißtrauen erzeugen. Unter den Bedingungen, die wir für eine Mitarbeit in einer Parteigruppierung stellen, wird die sein, daß gegenüber dieser Frage Klarheit geschaffen wird. (Lauter Beifall.) Es wird ferner dringend notwendig sein, daß die konstituierende Nationalversammlung möglichst rasch und energisch daran geht, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen und uns eine

neue Verfassung

zu geben. Diese wird nicht von irgendeiner Zentrale aus diktiert werden dürfen, es muß vielmehr schon im Vorhinein die Gewähr dafür geschaffen sein, daß auch die Länder außerhalb Wiens mit der neuen Verfassung einverstanden sind und sich der Zentralgewalt, welche die neue Verfassung einsetzt, unterwerfen. Dann wird das Mißtrauen zwischen Wien und den Ländern am ehesten gelöst sein. Dieses muß aber verschwinden, sonst gehen wir zugrunde. (Zustimmung.) Sehr wichtig ist die Einrichtung unseres Wirtschaftslebens.

Es wäre eine verkehrte Finanzpolitik

die ihr Um und Auf im Wege stehen sieht. Das Ziel aller unserer Finanzpläne muß die Förderung der Produktion sein. Die Bevölkerung wird nicht dazu bereit sein, die großen Opfer, die der Staat verlangt, zu bringen, nur um jeden Preis zu sozialisieren, sondern sie wird verlangen, daß beim Sozialisieren immer darauf Rücksicht genommen wird, ob unsere Gesamtwirtschaft gefördert wird oder nicht. Schließlich muß in diesem Staate die Autorität wieder hergestellt werden. Diese Autorität ist durch nichts so schwer gefährdet, als wenn die Wehrmacht eine Parteitruppe ist. Deshalb wird in die Bedingungen der neuen Regierungskoalition ganz bestimmt der Punkt aufgenommen sein, daß unsere Wehrmacht wirklich zu einer parteilosen wird, daß wir eine Staatswehr,

eine Volkswehr im wirklichen Sinne des Wortes

haben. (Beifall.) Jemandem Programm aufzustellen, ist nicht so schwer; aber außerordentlich notwendig wird es sein,

daß wir auch Garantien bekommen

für die Durchführung jener Abmachungen, die wir mit anderen Parteien eingehen werden. Deshalb ist für uns die Frage, welche Personen künftig in der Regierung sitzen werden, vom allergrößten Belang. Aber auf diese Persönlichkeiten allein können wir uns nicht verlassen. Es besteht die Gefahr, daß andere, die nicht formell die Verantwortung tragen, im Hintergrund tätig sind und auf Wege drängen, die sie selbst, wenn sie die Verantwortung trügen, nicht einzuschlagen wagten. Wir müssen uns darum auch nach Abschluß der neuen Koalition die Freiheit der Entschliebung vorbehalten, daß wir in jedem Falle, in dem am guten Willen des anderen Kompagnanten oder an seiner Fähigkeit, den mit uns geschlossenen Pakt zu halten, zweifeln sollten, von diesem Pakt zurücktreten. Wenn uns die Zeitumstände dazu zwingen sollten, wird man nicht uns vorwerfen können, daß wir daran schuld sind, wenn die kommende Regierung nicht jenen langen Bestand hat, den sie sich etwa wünscht, sondern jene werden dafür die Verantwortung haben, die nicht mit jener Treue und Gewissenhaftigkeit, wie wir es gewohnt sind, den Pakt, den sie mit uns geschlossen, einhalten. (Stürmischer Beifall.)

Diese Grundgedanken über die Vorbedingungen einer künftigen Arbeitsgemeinschaft sind heute Gemeingut aller christlichen Kreise und aller christlichen Abgeordneten und vergeblich bemüht sich heute das sozialdemokratische Organ, dieser notwendigen Erkenntnis sich dadurch zu entziehen, daß es unter wüsten Schimpfereien diese Forderungen nur als die der Wiener Christlichsozialen darstellen möchte. Die Spekulation auf eine Meinungsverschiedenheit unter den Christlichsozialen in diesen Fragen könnte den Sozialdemokraten nur Unannehmlichkeiten bereiten.

Ernährungs- und Simmzorgen.

Ein fünftündiger Rabinetsrat.

Amlich wird verlaublich:

In fünftündiger Sitzung hat der Rabinetsrat sich heute zunächst mit den Ernährungsvorsorgen und den damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Maßnahmen beschäftigt. Weiter wurden die Forderungen der Staatsbahnen, bedientesten sowie der übrigen Staatsangestellten und endlich eine Reihe von gesetzgeberischen und administrativen Aufgaben erörtert.

Die Beschaffung der Lebensmittel im Wege des Ankaufes in den Ententeländern gestaltet sich in zweifacher Beziehung immer schwieriger. Einerseits sind die Geschungskosten beträchtlich höher als die Abgabepreise im Inland, und andererseits wird die Beschaffung der not-

wendigen Kredite täglich schwieriger. Der Rabinetsrat hat insbesondere in bezug auf die Kreditbeschaffung weitgehende Beschlüsse gefaßt. Angehts der finanziellen Bedrängnis konnte der Rabinetsrat hinsichtlich der Forderungen der Staatsangehörigen trotz langwieriger Debatten heute noch zu keinem endgültigen Beschluß gelangen, weil die Bedeckungsfrage noch nicht gelöst ist.

Die Zuwendungen an die Länder.

In betreff der Zuwendungen an die Länder wurde beschlossen, mangels einer gesetzlichen Grundlage für weitere Zuwendungen den Staatssekretär für Finanzen zu ermächtigen, gegen nachträgliche Genehmigung der Nationalversammlung zunächst Vorläufe in der Höhe des unerläßlichsten Bedarfs an die Länder zu geben und die Frage

wendigen Länderdotation einer eigenen Länderkonferenz vorzubehalten.

Das Pressegesetz.

Weiter beschloß der Rabinetsrat, der Nationalversammlung einen vom Staatssekretär für Justiz vorgelegten Entwurf eines neuen Pressegesetzes sowie einen Entwurf eines Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der Journalisten (Journalistengesetz) zu unterbreiten.

Unterhaltsbeiträge für die Kriegsgefangenenfamilien.

Schließlich wurde eine vom Staatsamt für Heerwesen vorgelegte Vollzugsanweisung betreffend die weitere Gewährung von Zuschüssen für Unterhaltsbeiträge an Angehörige von Kriegsgefangenen genehmigt.

Der Morgen
27./IX. 1919

27/IX. 1919

Gegen die Reaktion.**Massenversammlungen in der Volkshalle und beim Dreher.**

Das Exekutivkomitee der im Staatsamt für Heerwesen und bei den liquidierenden Stellen eingeteilten Beamten und Mannschafspersonen hatte für gestern nachmittags eine Volksversammlung in die Volkshalle des Rathhauses einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Gegen die Reaktion.“

Als erster Redner sprach Arbeiterrat Müller vom Kriegsarhiv. Er wendet sich in leidenschaftlichen Worten gegen die Machthaber des alten Regimes, insbesondere gegen Berchtold und Stürgkh. Die Anhänger der Monarchie, sagt Redner, sind in der letzten Zeit wieder mit größtem Eifer bestrebt, den alten Herrschaften zur Regierung zu verhelfen. Es gibt sichtbare Zeichen der Gegenrevolution. Vor kurzem sind 300 Offiziere nach Borarlberg beordert worden, um dort gegen den Grenzschmuggel zu wachen. Ist es nun nicht auffällig, daß der Ex-Kaiser Karl indirekt diesen Leuten 18.000 Kilogramm Schokolade gesendet hat? Auch hier in Wien wird sehr stark monarchistische Propaganda getrieben. Der Wirtschaftsverband der aktiven Gaaristen und jener der nichtaktiven stellen die Zentrale dieser Bewegung dar. In den liquidierenden Ämtern und im Staatsamt für Heerwesen sind noch immer sehr viele Herren aus dem Generalstabskorps, die durch ihre frühere Tätigkeit korbromittiert, im republikanischen Staatsamt ihr Unwesen treiben. Wenn wir auch überzeugt sind, daß wir selbst diesen Herrschaften das Handwerk legen können, so müssen wir doch von der republikanischen Regierung eine stärkere Unterstützung verlangen, als uns bisher zuteil wurde. Die vor einigen Tagen in diesem Saale stattgefundenen Kundgebung antisemitischen Charakters, war nur ein verlogener Vorwand, um monarchistische Arbeit zu leisten und allenfalls jüdische Proletarier niederzumachen.

Der nächste Redner, Kreisarbeiterrat Arbeitel, führte aus, daß die heutige Versammlung den Monarchisten zu denken geben werde. Hier sähen sie nämlich, daß in ihrer nächsten Nähe genügend Leute sind, die allenfalls ihren staatsfeindlichen Bestrebungen entgegenarbeiten werden. Der Pogrom, für den dieser Tage Stimmung gemacht wurde, ist nur der Schrittmacher der Reaktion. Wir sind sehr für eine Abrechnung mit den jüdischen Preistreibern und Schiebern, ich bin aber überzeugt, wenn wir alle jüdischen Wucherer und Schieber verlustrieren wollten, so fänden wir sie in einer vornehmen Gesellschaft, von Erzherzogen und Bischöfen. Die Herren, die jetzt Judenhetze betreiben, wollen die in unserer Stadt herrschende Not als Vorwand für den Einzug der Reaktion benutzen.

Als nächster Redner sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Friedjung.

Hierauf formierte sich die Versammlung zu einem Zug, der sich vom Rathaus über den Franzensring, am Parlament vorbei, zum Schwarzenbergplatz bewegte. Dort hatten sich etwa 300 Teilnehmer der zweiten Versammlung beim Dreher eingefunden. Am Schwarzenbergplatz wurden von mehr als zwanzig Rednern, meist Arbeitern und Soldatenräten, Ansprachen gehalten. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen, und um 7 Uhr fand die Kundgebung ihr Ende.

Die Versammlung beim Dreher.

In Lembachers großem Saal auf der Landstraße fand gleichzeitig mit der Versammlung in der Volkshalle eine zweite, von den Vertragsangestellten und jenen der liquidierten Stellen einberufene, sehr zahlreich besuchte Protestversammlung gegen die in letzter Zeit auftauchenden und mit Pogromdrohungen verbrämten reaktionären und monarchistischen Bestrebungen statt.

In der sehr erregten Versammlung wurden scharfe Angriffe gegen die jetzige Koalitionsregierung erhoben, die Abg. Niegler zu entfräften versuchte, insbesondere der Vorwurf, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft noch immer mit den verkappten Monarchisten, den Christlichsozialen, am Regierungstisch sitzen. Abg. Niegler erklärte: Wir werden die Christlichsozialen, wenn sie aus der Koalition austreten wollen, nicht zurückhalten. Mögen sie aber die Verantwortung dafür übernehmen, was dann geschieht.

Arbeiterrat Kernbichler wendete sich gegen die Machinationen des Offizierskorps, die bis in die nächste Nähe des sozialdemokratischen Staatssekretärs im Heeresamt gehen. Redner bemerkte, daß wahrscheinlich eine Zeit kommen werde, wo wir ohne Nationalversammlung dastehen werden. Das Proletariat wird es dann beargwöhnen, die Macht zu übernehmen.

Nachdem noch Dr. Stern und ein kommunistischer Arbeiterrat gesprochen hatten, formierten sich die Versammlungsteilnehmer unter Führung der Arbeiterräte zu einem Zug, der mit den Teilnehmern der Rathhausversammlung auf dem Schwarzenbergplatz sich vereinigte.

Ober Morgen
28. IX. 1919

109

Tiroler Extratouren.

Innsbruck, 27. September. In der heutigen Nachmittagsitzung des Tiroler Landtages erstattete namens des Verfassungsausschusses Präsident Schumacher den Bericht über den Antrag betreffend die staatsrechtliche Stellung Tirols in seinen Beziehungen zur Republik Oesterreich.

Nach längerer Debatte, in der namens der Sozialdemokraten Abg. Rappoldi erklärte, daß eine derartige Stellungnahme zwecklos sei, seine Partei sich daher von der Beratung fernhalten werde, und Abg. Straffner (deutschfreiheitlich) sich dahin geäußert hatte, daß er für den Antrag mit den Zusätzen, die Dr. Schöpfer beantragt hatte, stimmen werde, verließen die Sozialdemokraten den Saal.

Ein Antrag des Abg. Peer auf namentliche Abstimmung über den ersten und wesentlichsten Punkt des Antrages wurde angenommen, worauf dieser erste Punkt von den anwesenden 37 Abgeordneten der Tiroler Volkspartei und der Deutschfreiheitlichen Partei einstimmig zum Beschluß erhoben wurde.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

1. Der Tiroler Landtag stellt fest, daß die Staatsverfassung der Republik Oesterreich (Republik der deutschen Alpenlande) nur auf föderativer Grundlage und damit nicht ohne Zustimmung der Länder und der hierfür erforderlichen Einigung auf das Verfassungsstatut aufgerichtet werden kann und begrüßt daher die Bestrebungen der gegenwärtigen Staatsregierung, die auf die Schaffung eines dem Muster der Schweiz nachgebildeten Bundesstaates abzielen, wahrt aber dem Lande das Recht der endgültigen Entscheidung über die Annahme des Verfassungsentwurfes.

2. Da diese Einigung am sichersten dadurch erzielt wird, daß die Länder von Anfang an an den Vorarbeiten teilnehmen und ihre eigene Auffassung kundgeben, wird der Landesrat beauftragt, die anderen Landesräte der österreichischen Republik zur gemeinsamen Mitarbeit und hierfür zur Einsetzung eines eigenen Länderkomitees einzuladen. Der Verfassungsausschuß wird beauftragt, mit tunlichster Beschleunigung die Grundsätze einer Bundesverfassung auszuarbeiten, die vom Landesrat den anderen Landesräten und dem Länderkomitee sowie der Regierung als Beitrag zu den Vorarbeiten zu überreichen sind.

Der Landtag nahm sodann das Statut und die Anträge des Finanzausschusses betreffend die Errichtung einer Tiroler Landesbank an.

29. IX. 1919

Das christliche Wien in Fesseln.**Die Volkskundgebung am 5. Oktober von der Entente verboten.**

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt:

Staatssekretär E l d e r i c h erklärte einem Vertreter des Deutschen Volkstages gegenüber, daß die für den 5. Oktober festgesetzte Kundgebung für die endliche Ausweisung der ausländischen Juden vor dem Rathaus nicht erlaubt werden könne, weil die Ententevertreter gegen die Abhaltung der Versammlung Stellung nehmen und infolgedessen für die außenpolitische Stellung der Republik unangenehme Folgen erwachsen könnten.

Man ist versucht zu fragen, wer wohl dieses Verbot der Ententemissionen veranlaßt haben mag? Die Entente will doch, wie immer versichert wird, unser „Bestes“, und sollte uns nun, statt uns Nahrungsmittel zu geben, zwingen wollen, daß wir Hunderttausende ihrer Juden hier weiter beherbergen und ernähren und uns nicht einmal dagegen wehren! Erwähnt sei noch, daß schon vor der Mitteilung des Staatssekretärs E l d e r i c h in den Blättern zu lesen war, es sei geplant, am gleichen Tage und zur gleichen Stunde auf dem RotirKirchenplatz eine sozialistisch-kommunistische Massenversammlung abzuhalten.

Der Neue Tag
27. VII. 1919

MT 28
3

Die kommunistische Festung in der Alserstraße.

Die Partei will Maschinengewehre in den Wohnungen aufstellen. —
„Wir müssen unser Haus in Verteidigungszustand setzen.“

In Ungarn steht die Herrschaft der Kommunisten vor dem Zusammenbruch und was sich in den letzten Tagen in der ungarischen Hauptstadt abspielt, ist als der letzte verzweifelte Versuch Bela Kuns anzusehen, die Oberhand zu behalten, in Strömen von Blut alles zu erstickend, was politisch anders denkt und fühlt, als die gegenwärtigen Machthaber in der unglücklichen Stadt. Man sollte meinen, daß das bevorstehende Debakel in Budapest auf die Haltung der kommunistischen Partei in Wien nicht ohne bestimmenden Einfluß bleiben werde, wurde doch die Bewegung in Wien von Ungarn aus ins Werk gesetzt, von dort aus mit allen Mitteln der Agitation betrieben und durch reiche Mittel unterstützt. Alle Anzeichen aber deuten darauf hin, daß die Wiener Kommunisten sich nun stark genug fühlen, um auch allein, ohne die Unterstützung des mächtigen Nachbarn bestehen zu können. Ihre Agitation arbeitet in der letzten Zeit allerdings geräuschloser, aber nicht weniger intensiv als vor dem 15. Juni und daß die Partei den Gedanken an Kampf noch lange nicht aufgegeben hat, beweist ein Vorfall, der sich gestern mittags im Hause der Partei zugetragen hat. Um für kommende Kämpfe gerüstet zu sein, wollte oder will die Partei in den Wohnungen ihrer Mieter, durchwegs Familien, die mit den Zielen und Zwecken des Kommunismus nicht das Geringste zu tun haben wollen, Maschinengewehre zur Aufstellung bringen. Hat es je eine frivoleren Verletzung des Hausrechtes gegeben, als dieses ungeheuerliche Verbrechen an der Ruhe und persönlichen Sicherheit stiller, harmloser Menschen, die zu ihrem Unglück gezwungen sind, Mieter in der Kommunistenburg zu bleiben, da sie nirgends in der Zweimillionenstadt eine andere Wohnung finden können! Wenn es die verantwortlichen Staatsgewalten schon nicht zu verhindern vermögen, daß zum Vereinsinventar einer Partei Maschinengewehre gehören, so müßte sie doch Mittel in der Hand haben, es unmöglich zu machen, daß der Hausherr seine Macht dazu mißbraucht, um die Wohnungen seiner Mieter wider deren Willen in Arsenale zu verwandeln.

In dem der kommunistischen Partei gehörigen Hause Alserstraße Nr. 69 wohnt im ersten Stock, Tür 9, die Private Marie Franz, eine ältere Dame. Die Wohnung Nr. 12 im gleichen Stockwerk hat ihr Sohn, der Ministerialbeamte D. Fritz Seefranz inne. Die dritte in diesem Stockwerk gelegene Wohnung wird ebenfalls von einer Partei bewohnt. Gestern mittags um 12 Uhr erschien nun ein Organ des in Mezzanin dieses Hauses untergeordneten Sekretariats der kommunistischen Partei in Begleitung eines Volkswehrmanns in der Wohnung der Frau Marie Franz. Er begehrte Einlaß und, da er als Angehöriger des Sekretariats der Partei gemissermaßen Vertreter des Hausherrn war, konnte ihm der Eintritt in die Wohnung nicht verwehrt werden. Der Sekretär und der Volkswehrmann schritten, ohne für ihre Anwesenheit eine Erklärung zu geben, durch die Zimmer und blieben schließlich im Speisezimmer stehen, dessen Fenster nach der Alsergasse gehen. Die beiden Abgesandten aus dem Mezzanin sprachen kurze Zeit mit einander und dann erklärte der Sekretär, auf ein Fenster zeigend:

„Also hier wird das Maschinengewehr aufgestellt.“

Frau Franz erschrock, als sie diese Worte hörte, und in lautem Ton erwiderte sie: „Was fällt Ihnen denn ein, Sie können doch in meiner Wohnung keine Maschinengewehre aufstellen! Ich bin doch die Wohnungseigentümerin!“

„Das geht uns gar nichts an,“ wurde ihr von dem Sekretär erwidert, „Sie haben hier gar nichts zu bestimmen. Wir müssen unser Haus in Verteidigungszustand setzen, denn wir

wissen, daß auf uns ein Angriff geplant ist.“

Vergebens suchte Frau Franz die beiden Vertreter der kommunistischen Partei von ihrem Plane abzubringen. Es entspann sich ein erregter Wortwechsel, in dem Frau Franz immer wieder darauf hinwies, daß niemand das Recht habe, in der von ihr bezahlten Wohnung Maschinengewehre oder andere Waffen anzubringen und daß dadurch die Sicherheit der Bewohner gefährdet werde.

„Das ist uns ganz egal, was mit den Leuten geschieht,“ wurde ihr in brüskem Ton geantwortet. „Sie sollen in den Keller hinuntergehen, wenn geschossen wird. Das Haus gehört uns und wir können damit machen, was wir wollen.“

Von diesem Standpunkt waren Sekretär und Volkswehrmann nicht abzubringen und damit verließen sie nach einer sehr erregten Auseinandersetzung die Wohnung.

Sie versuchten hierauf in die nebenan gelegene Wohnung einzutreten, vermutlich, um auch dort einen Lokalausgesehnen zu ähnlichem Zwecke vorzunehmen. Das Dienstmädchen erklärte aber, seine Herrschaft sei nicht zu Hause und es habe nicht das Recht, irgend jemand den Eintritt in die Wohnung zu gestatten. Damit mußten sich die beiden Leute zufriedengeben und sie wandten sich nun der vis-a-vis gelegenen Wohnung Nr. 12 zu, die, wie erwähnt, Eigentum des Sohnes der Frau Franz, des Herrn Fritz Seefranz ist. Der Wohnungsinhaber war nicht zu Hause und seine Mutter erklärte, „mein Sohn ist verreist, wir können nicht öffnen, wir haben keine Schlüssel.“

„Da müssen eben die Schlüssel her, sonst sprengen wir auf,“ wurde ihr entgegnet. Trotzdem zogen aber die beiden Abgesandten der Partei dann ab und lehrten in die Räume des Sekretariats zurück.

Frau Franz war durch die geschilderte Szene in derartige Aufregung versetzt worden, daß der im selben Hause wohnhafte Medizinalrat Dr. Frey zu ihr gebeten werden mußte.

Bald darauf wurde die Erstattung der Anzeige bei der Polizeidirektion

veranlaßt und im Laufe des Nachmittags erhielten eine polizeiliche Kommission sowohl im Sekretariate der kommunistischen Partei, als auch in der Wohnung der Frau Marie Franz, um über die geschilderten Vorgänge Erhebungen anzustellen. Dabei wurde nun von dem Sekretär, der mittags in der Wohnung der Frau Franz „amtierte“ der Versuch gemacht, die ganze Angelegenheit als einen „Schmerz“ darzustellen, der nur zu dem Zwecke gemacht worden sei, um die Mieterin zum Ausziehen zu veranlassen.

Während die Kommission nach im Sekretariate weilte, stürzte ein Angehöriger der Partei in den ersten Stock hinauf zu Frau Franz und machte ihr in einem nichts weniger als verbindlichen Tone Vorwürfe darüber, daß sie die Erstattung der polizeilichen Anzeige veranlaßt habe.

„Sie können ja nicht wissen,“ erwiderte er sich dabei, „ob wir die Sache überhaupt im Ernste gemeint haben oder ob das von uns nur ein Mittel gewesen ist, um sie zum Ausziehen zu bewegen.“ Dabei machte er gar kein Hehl daraus, daß es der Partei als Hausherr am liebsten wäre, wenn alle Inhaber der Wohnungen aussziehen würden. Und er stellte der Frau Franz das Anerbieten, daß die Partei die Ueberziehungskosten tragen wolle, wenn sie sich dazu verstehen könnte, die Wohnung zu räumen, ein Anbieten, das selbstverständlich abgelehnt werden mußte, da bekanntlich in ganz Wien stehende Wohnungen nicht zu finden sind.

Ob die beabsichtigte Aufstellung von Maschinengewehren infolge der polizeilichen Intervention unterblieb oder auch ohne die Erstattung der Anzeige nicht zur Ausführung gebracht worden wäre, läßt sich natürlich nicht feststellen. Tatsache ist, daß das sonderbare Projekt, eine Privatwohnung in ein Arsenal zu verwandeln, während des gestrigen Tages nicht zur Ausführung gelangt ist.

Österr. Volkszeitung

28

Gemeinde	b	f	chr	d	Bb	N	W	F
Gänserndorf	10	8	—	—	—	—	—	—
Geras	—	—	6	6 ¹⁾	—	—	—	—
Greifenstein	—	7	3	—	—	—	—	—
Gainfarn	—	10	5	—	—	—	1	—
Großau	—	6	—	—	6	—	—	—
Geras (Stift)	—	6	6	—	—	—	—	—
Gaming	7	15	—	—	—	—	—	—
Gerasdorf	—	2	12	—	—	—	—	—
Grund	—	—	10	—	—	—	—	—
Groß-Poppen	—	—	6	4	—	—	—	—
Gschaid b. Br.	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt	—	—	10	—	—	—	—	—
Seidenreichstein 4 ²⁾	5	—	—	—	—	—	7	—
Hollern bei Rohrau	—	—	5	5	—	—	—	—
Hadersfeld	—	5	5	—	—	—	—	—
Höflein a. d. Donau	—	6	6	—	—	—	—	—
Herzogenburg	—	9	—	—	—	—	7 ³⁾	—
Hadersdorf am Kamp	—	2	5	9	—	—	—	—
Höbersbrunn	—	—	—	—	—	—	10	—
Kirchschlag	—	2	9	3	—	—	—	—
Königstetten	—	28	13	1	—	—	—	—
Kalladorf	—	—	10	—	—	—	—	—
Kirchstetten 4 ⁴⁾	—	—	6	—	—	—	—	—
Limberg	—	6	4	—	—	—	—	—
Lafsee 5 ¹⁾	—	3	3	7	—	—	—	—
Langensfeld	—	—	—	—	4	—	10	—
Lunz a. See	—	3	9	2	—	—	—	—
Matzen	—	6	6	—	—	—	—	—
Mitterbach bei Lilienfeld	—	4	8	—	—	—	—	—
Marbach a. d. Donau	1	2	9	2	—	—	—	—
Mudendorf	—	7	7	—	—	—	—	—
Margarethen im Moos	—	6	—	2	4	—	—	—
Neustift	—	5	9	—	—	—	—	—
Neudorf bei Staas	—	3	11	—	—	—	—	—
Neustift-Zinner-Manzing	—	4	8	—	—	—	—	—
Neumarkt a. d. Ybbs	3	5	6	—	—	—	—	—
Ober-Waltersdorf	—	9	—	—	—	—	5	—
Ober-Hollabrunn	—	6	7	7	—	—	4 ⁶⁾	—
Obritz 5 ²⁾	2	7	—	—	—	—	—	—
Ober-Siebenbrunn	9	5	—	—	—	—	—	—
Blattl b. Reh	—	6	8	—	—	—	—	—
Böchlarn 9 ³⁾	5	—	—	—	—	—	—	—
Prottes	—	8	6 ⁴⁾	—	—	—	—	—
Pöbring	—	—	4	—	6	—	—	—
Reh	—	—	12	—	—	—	—	—
Röggendorf	—	—	10	—	—	—	—	—

Die Gemeindevahlen in Nieder-österreich.

Weitere Wahlergebnisse.

In der folgenden Tabelle werden Abkürzungen für die Wahlwerbergruppen gebraucht, und zwar: b = bürgerlich, f = sozialdemokratisch, chr = christlichsozial, d = deutschnational, Bb = Bauernbund, N = nationalsozial, W = Wirtschaftspartei, F = Festbesoldete.

Gemeinde	b	f	chr	d	Bb	N	W	F
Altenburg	—	6	4	—	—	—	—	—
Drosendorf	—	4	4	4	—	—	—	—
Deutsch-Brodendorf	6	—	—	—	6	—	—	—

- 1) Im Vereine mit den Sozialdemokraten.
- 2) Volkspartei, darunter 1 Frau.
- 3) Christlichsoziale.
- 4) Im Verein mit den Sozialdemokraten.
- 5) 1 Mandat strittig.
- 6) Gewerbeverein.
- 7) Christlichsoziale Mittelstandspartei.
- 8) Mittelstands- und Arbeiterpartei.
- 9) Bauernbund.

Räterepublik — der Tod Wiens.

Montag wird in Wien die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs zusammentreten, jene Organisation, die in den Tagen des Umsturzes, nach dem Beispiel Sowjet-Russlands und Deutschlands, auch in Wien und den Alpenländern gebildet wurde. Heute üben die Arbeiterräte nicht nur in Wien eine wirkliche Nebenregierung aus, sie herrschen auch in den Städten der Provinz, wo sie sich mit den Funktionären der eigentlichen Regierung in die Macht teilen; die gesetzgebende Gewalt der Landesvertretungen ist ihnen wohl noch entzogen, sie können weder Gesetze, noch Verordnungen erlassen, aber auf die ausübende Gewalt haben sie einen gewissen Einfluß. Arbeiter- und Soldatenräte überwachen die Verpflegungspolitik der Länder, sie haben die Kontrolle des Grenzverkehrs in der Hand; sie bestimmen die Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen — kurz, die Exekutive der Länder ist zum großen Teil vom Willen der Arbeiter- und Soldatenräte abhängig. Daß ihre Macht auch in die soziale Ordnung eingreift, bei Lohnkämpfen und den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern eine große Rolle spielt, ist selbstverständlich. Politisch gehörte der weitaus größte Teil der Arbeiterräte zur Zeit seiner Gründung der sozialdemokratischen Partei an; wie weit dies heute noch der Fall ist, ob darin Veränderungen eingetreten sind, wird der Reichskongreß zeigen. Die Agitation der Kommunisten beschränkt sich nicht allein auf Wien, sie hat im niederösterreichischen Industriegebiet, in Wiener-Neustadt, dann aber auch in Linz und Salzburg heftig um Anhänger geworben und wahrlich keine Kosten gescheut, um auch in der Provinz in die geschlossene Masse der Sozialdemokraten einen Keil zu treiben. Welche Erfolge sie bisher erzielt hat, läßt sich schwer feststellen; in Oberösterreich, Salzburg und Steiermark hat es nicht den Anschein, als ob die Arbeiterräte einen selbständigen Kurs steuern würden; den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft liegen die Sorgen des Tages näher als die Probleme ihrer theoretisierenden Führer. Sie unterstützen vielfach die Absperrungsmaßnahmen der Länder und sind gelegentlich auch Anwälte der Los-von-Wien-Parole, also einer Politik, die weder im Sinne der Sozialdemokraten noch der Kommunisten gelegen ist.

Man darf deshalb immerhin darauf gespannt sein, welches Bild die Reichsrätekonferenz bieten, zu welchen Zielen sie sich bekennen wird. Die Richtung selbst freilich werden auf der Konferenz nicht die Männer aus Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Steiermark, sondern die Wiener Führer angeben, und da dieser engere Kreis selbst wieder dreifach gespalten ist, dürfte es zu einer Auseinandersetzung sowohl innerhalb der sozialdemokratischen Räte wie zwischen diesen und den Kommunisten kommen. Im Prinzip sind die Linkssozialisten und die Kommunisten einig; beide wollen die Beseitigung der parlamentarischen Gebilde und der Nationalversammlung zugunsten der neueren Willensorganisation, des Räteystems; beide wollen an Stelle der auf dem bürgerlich-sozialistischen Kompromiß aufgebauten demokratischen Republik die Alleinherrschaft des Proletariats, die Republik der Räte. Es ist viel über diese neue Form geschrieben und gestritten worden, die auf die Massen einen magischen Zauber zu üben scheint; ihre Befürworter meinen, daß die alte Dreiteilung der Gewalten überholt, daß die Vereinnahmung aller werktätigen und schöpferischen Mitglieder der Gesellschaft zu einer direkt in das Leben eingreifenden Macht ein besseres, höheres Prinzip darstelle. In der Praxis freilich ist das Räteystem bisher überall, wo es versucht wurde, auf die terroristische Diktatur einer Minderheit hinausgelaufen, die notwendig zum Bürgerkrieg führen muß. Daß ein solcher Versuch in Deutschösterreich katastrophale Folgen zeitigen müßte, darauf macht auch die „Arbeiter-Zeitung“ in einer längeren Abhandlung aufmerksam. Sie weist zunächst auf Rußland hin, wo sich die Alleinherrschaft des Proletariats nur in ständigem blutigem Kampf behaupten kann; in Mitteleuropa, wo eine zahlreichere, widerstandsfähigere Bourgeoisie und eine besser organisierte Bauernschaft existiert, würde dieser Krieg noch gewaltiger, noch blutiger werden. Der Bürgerkrieg zerstört die Produktivkräfte des Landes, er macht die Wiederauf-

9
1919

Kredaktion: Wien, I., Grünangergasse 2. — Telegramm-Adresse: „Der Neue Tag“, Wien. — Fernsprecher: 389 und 6832.
Hauptverwaltung: Wien, I., Schulerstrasse 14. — Fernsprecher: 3668 und 1624. — Der Inseratentarif liegt in
der Hauptverwaltung an. — „Der Neue Tag“ erscheint täglich zweimal, an Montagen sowie an Sonn- und
Feiertagen einmal. — Einzelne Nummern: Morgen-Ausgabe 30 Heller, Abend-Ausgabe 10 Heller, Montag-Abendblatt
30 Heller. — Bezugspreise für Wien: Ins Haus zugestellt monatlich K 7.—, vierteljährlich K 21.—, jährlich
K 67.—. Bezugspreise bei Postversendung in Deutschösterreich einmal wöchentlich K 7.—, viertel-
jährlich K 21.—, jährlich K 67.—, zweimal täglich monatlich K 7.—, vierteljährlich K 21.—, jährlich K 67.—.
Bezugspreise bei Postversendung nach dem Gebiete des Deutschen Reiches (bei den Postämtern) vierteljährlich K 17.—.

WIEN, SONNTAG, 29. JUNI 1919.

Der kommunistische Ueberfall Wiens.

Enttüllungen aus dem Kommunistenlager. — Ungarische
Banden zur Ausplünderung Wiens. — Ein ausgearbeiteter
Kriegsplan.

Die kommunistische Partei in Deutschösterreich fordert abermals zu einer großen Kundgebung auf, die morgen abends vor dem Rathaus abgehalten werden wird. Mächtige Plakate laden zur Teilnahme an der Massenversammlung ein, und dank der reichen Mittel, über die die Partei verfügt, ist es ihr möglich, eine Agitation zu entfalten, deren Größe im festsamen Gegensatz zu der Zahl ihrer Mitglieder steht. Die kommunistische Partei in Deutschösterreich verfügt über einen sehr umfangreichen Apparat, über weitreichende Verbindungen und große Geldmittel. Es wäre vollkommen verfehlt, diese Hilfsquellen zu unterschätzen und die Gefahr zu verkennen, die in ihrer zielbewußten Anwendung liegt. Allerdings tritt dieser Apparat in den letzten 14 Tagen, seit dem unglücklichen Freitag weniger aufdringlich hervor, er arbeitet nicht mehr im vollen Lichte der Öffentlichkeit, sondern im stillen und geheimen, deshalb aber nicht weniger intensiv.

Hinter den Kulissen herrscht die gleiche emsige Rührigkeit wie vor dem blutigen Sonntag; die Ziele sind die gleichen geblieben, nur die Methoden wurden geändert. Niemand wird sich von dieser Aenderung in der Arbeitsmethode täuschen lassen, und die kommunistischen Führer haben ja auch wiederholt, zuletzt in den Sitzungen des Arbeiterrates und bei der Trauerfeier in der Volkshalle erklärt, daß sie nach wie vor mit allen Kräften bestrebt sein werden, das politische Ziel, das sich die Partei gesteckt habe, zu erreichen.

Die ungarischen Agitatoren.

Der Zuzug ungarischer Agitatoren dauert fort. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht Abgesandte der ungarischen Räteregierung nach Wien kommen, um hier im Interesse des Umsturzes tätig zu sein. Es besteht in Budapest ein eigenes Bureau für internationale kommunistische Propaganda, das unter Leitung von Merö und Bor steht. Alle Agitatoren, mögen sie nun aus Ungarn über die Grenze gehen oder im Lande selbst arbeiten, werden von dieser Stelle mit einer Legitimation ausgestattet, in der alle Genossen aufgefordert werden, dem Inhaber dieser Beglaubigung jede

Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Legitimation hat folgenden Wortlaut:

Ungarische Räteregierung.
Bureau für Internationale Kommunisten-Propaganda.

Für Alle.

Dem Genossen Varga Rezsö ist auf seiner Reise und Grenzüberschreitung durch alle Revolutions-Behörden jede Unterstützung zu gewähren.

Die Revolutions-Behörden haben Obengenannten in allem behilflich zu sein; die Untersuchung des Gepäcks und die Leibosvisitation hat zu unterbleiben.

Budapest, Mai 1919.

Internationale Kommunisten-Propaganda.

Unterschrift:

Merö, Bor.

Die Wege der Bela Kun-Agenten.

Mit diesen Dokumenten ausgestattet und mit reichlichen Geldmitteln versehen, traten die Abgesandten der kommunistischen Regierung in Budapest nunmehr die Fahrt nach Deutschösterreich an und versuchten, über die Grenze zu kommen. Selbstverständlich gibt es dafür weber Vorschriften, noch Normen und da sie auch nicht mit vorgezeichneten Reisepässen und Ausweisdokumenten versehen, mußten sie auf gut Glück den Versuch unternehmen, dort über die Grenze zu kommen, wo es eben möglich ist.

Bis in die letzte Zeit ging der Hauptweg über Pirakhyda-Brud. Die Grenze ist nur an jenen Orten stark bewacht, durch die die Straßen laufen, längs der Leitha aber, im freien Feld, weist sie nur eine sehr schwache Besetzung auf und dort fanden die Agitatoren Bela Kuns beim Grenzübertritt kaum ein Hindernis. In den letzten Wochen aber konzentrierte sich diese unerwünschte Einwanderung mehr auf die Route Sauerbrunn-Wiener-Neustadt, und zwar aus dem Grunde, weil in dem industriereichen Wiener-Neustädter und Neunkirchner Gebiet die kommunistische Partei einen gewissen Anhang hat und die Abgesandten der Räteregierung sofort nach Ueberschreiten der Grenze darauf rechnen können, in diesen Fabriksorten Unterstützung und Förderung durch ihre Partei zu finden. Die Budapest Propagandaabteilung Bor versteht ihre Abgesandten aber nicht nur mit Legitimationen, sondern gibt ihnen auch sehr genau abgefaßte Instruktionen mit auf den Weg. Jeder Einzelne weiß, was er zu tun hat, wo er mit seiner Tätigkeit einzusetzen hat, wo er Unterstützung findet und an wen er sich bei vorkommenden Zwischenfällen zu wenden hat. Es wird ihnen auch eingeschärft, was sie in ihren Reden zu sagen haben, und da man in Ungarn selbstverständlich sehr genau darüber unterrichtet ist, daß die Frage der Lebensmittelversorgung für Deutschösterreich und speziell für Wien jetzt die allerwichtigste und bedeutsamste Angelegenheit ist. Da diese Lebensmittelversorgung durch die Entente aber in dem Momente aussetzen wird, in dem der Umsturz in Wien herbeige-

Im Innern des Blattes:

Eine neue Note der
Entente an Kun.

Authentisches aus
Budapest.

Moissi — Minister-
kandidat.

Auffenberg gegen
Conrad.

che Wurstel



Clemenceau, ruhest du auch,

Dann kommt dein gotreuer Mandel daran.

(Aus „L'Oeuvre“)

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses trat heute die Reichskonferenz der Arbeiterräte zusammen, womit symbolisch die große Umwandlung zum Ausdruck gebracht ist, die durch die Revolution vollbracht wurde. Es sind 250 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches angemeldet, von denen allerdings ein großer Teil bei Beginn der Sitzung noch nicht anwesend ist. Der große Saal weist nach den Ländern. Die Delegierten sitzen meist nach den Ländern, aus denen sie delegiert sind, gruppiert; auf der linken Seite haben allerdings die Kommunisten ihre Sitze gewählt. Auf den Galerien sind zahlreiche Gäste.

Die Tagesordnung der Konferenz lautet:

1. Berichte.
2. Organisationsstatut.
3. Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterräte.

Da die Tage aus der Provinz erst spät in Wien ankamen, verzögerte sich die Eröffnung der Sitzung, die auf 9 Uhr anberaumt war. Es war beinahe 1/11 Uhr, als Friedrich Adler im Namen des Vollzugsausschusses die Konferenz für eröffnet erklärt.

Adler führte aus: Wir kommen zusammen in einem Zeitpunkt, da das Schicksal, das uns fünf Jahre in der schrecklichsten Weise belastet hat, noch nicht ganz erfüllt ist. Wir wissen noch nicht einmal, welches Reich diese Reichskonferenz zu vertreten haben wird, das heißt, wie der Umfang dieses Staates sein wird, für den wir die Repräsentation sein sollen. Wir wissen heute noch nicht, wie der Friede in seinen wichtigsten Bestimmungen, namentlich auch in den ökonomischen und finanziellen Fragen, beschaffen sein wird. Wir stehen also vor der schwierigen Aufgabe, vorläufige Organe zu schaffen, die es der Arbeiterräte ermöglichen sollen, allen Aufgaben, die an uns herangetragen, gewachsen zu sein. Wir können unsere Verhandlungen nicht anders beginnen als mit einem Gruß an die Arbeiter aller Länder, die mit uns auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und in der sozialistischen Gesellschaftsordnung das Ziel ihrer Arbeit erkennen. Wenn wir getrennt gewesen sind und während dieser fünf Jahre Differenzen bestanden, so hoffen wir, daß von den Proletariaten überall die Lehren dieses schrecklichen Krieges gezogen werden, daß es dem imperialistischen Kapitalismus niemals mehr gelingen soll, die Herrschaft dauernd zu besetzen und die Arbeiterräte weiter zu unterjochen. Bei uns schwankt die Bourgeoisie fortwährend zwischen panischem Schrecken und frecher Anmaßung gegenüber der Arbeiterräte. Wir haben erlebt, daß in den letzten Tagen die Bourgeoisie wieder Angstzustände hatte, weil wir diesen für unsere Versammlung zweckentsprechenden Saal gewählt haben. Wir können dem Bürgertum versichern, daß wir nicht glauben, daß der Saal maßgebend ist, in dem wir beraten, sondern der Wille und der Verstand, die in uns sind; sie werden bestimmen, was wir tun werden und tun müssen.

Dr. Adler begrüßte hierauf die Vertreter des Zentralrates des sozialistischen Deutschlands, Knoblauch und Schimmel. Er schlug nun vor, nicht ein Präsidium zu wählen, sondern den Reichsvollzugsausschuß mit der Leitung der Verhandlungen zu betrauen. Der Vorschlag wird angenommen.

Knoblauch, Vertreter der Arbeiterräte Deutschlands, hält eine Begrüßungsrede.

Die Kommunisten stellen folgende Anträge: Die Punkte 2 und 3 umzustellen und ferner auf die Tagesordnung den Punkt zu setzen: „Die nächsten Aufgaben in der ersten Zeit der Räteregierung in Deutschland.“ Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann wurde in die Tagesordnung eingegangen und Adler erstattete den Bericht.

selben Tage hätten wir mit der ungarischen Räterepublik ein Bündnis geschlossen, schließen müssen... und am gleichen Tage hätten wir

Krieg erklärt:

der Entente und ihrem Schöckind, der Tschecho-Slowakei. Am nächsten Tage hätten wir Truppen gegen die mährische Grenze werfen müssen, um Wien zu schützen gegen den Vormarsch der tschecho-slowakischen Soldateska. Ich weiß nicht, ob die Genossen des 41. Bataillons, die am 15. Juni so stürmisch verlangten, auszumarschieren, um der Diktatur zum Durchbruch zu verhelfen — ich weiß nicht, ob sich diese Genossen überhaupt bewußt waren, daß sie Tags darauf hätten gegen die mährische Grenze marschieren müssen, um Krieg, wirklichen Krieg zu führen. Wir alle wissen, daß wir als revolutionäre Proletarier davon nicht zurückzureden dürfen, gegen den Imperialismus nötigenfalls mit den Waffen zu kämpfen. Aber so sehr wir unzufrieden sind mit den heutigen Verhältnissen in Stadt, Land und Staat, so sind wir nie und nimmer geneigt, uns nach einem viereinhalb-jährigen Kriege, der so furchtbares Leid über uns gebracht hat, den Entschluß zu einem neuen Kriege, diesen Entschluß, der über unser Leben, über Tod und Leben von Hunderttausenden Proletariaten entscheidet,

aus aufzwingen zu lassen

von einem kleinen Häuflein von Menschen, und wären sie die größten, die revolutionärsten Idealkisten der ganzen Welt. Das ist die Kernfrage des 15. Juni: die Vergewaltigung. Soll Krieg sein, dann muß ihn die proletarische Masse selbst als unabweisliche Notwendigkeit des proletarischen Befreiungskampfes empfinden und wollen. Wir alle sind dafür, daß das Proletariat in einem wirklich geeigneten Zeitpunkt die volle Macht an sich reißt. Aber wer will es auch nur zu fragen, ja gegen den klar ausgesprochenen Willen der Arbeiterräte, uns mit der Diktatur beglücken will, uns, ohne zu fragen, bewußt oder unbewußt in einen Krieg stürzen will, dem sagen wir ernst und entschieden:

Wir lassen uns nicht vergewaltigen.

Wir lassen uns das Recht, über unser Leben, unser Schicksal mitzubestimmen, von niemandem nehmen. Die höchsten Lebensfragen entscheidet nur das ganze Proletariat. Wenn wir die Dinge unter dem Gesichtspunkt betrachten, zu welchen Resultaten der 15. Juni hätte führen können, so erkennen wir, wie richtig wir gehandelt haben, uns gegen das, was geplant war, zu wehren. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen die Putzaktion wenden, die nichts anderes ist als die Vergewaltigung der ganzen Arbeiterschaft durch einen kleinen Teil. Bedarf es überhaupt eines Rutes? Wenn die Arbeiterschaft als Gesamtheit will, so ist die Diktatur gemacht, wir brauchen keinen Rutes, es genügt der geschlossene proletarische Wille, der unter der ständigen Agitation aller revolutionären Geister in gleichem Maße reißt, als mit dem Fortschreiten der Weltumwälzung auch für uns in Deutschland. Die für die Diktatur wirklich geeigneten, günstigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen heranzureifen, die die Diktatur für uns möglich und nützlich machen. Für eine Diktatur unter allen Umständen sind wir nicht. Ich habe die Überzeugung, daß sie unter den jetzigen Umständen unsere Lage bedeutend verschlechtern würde. Es ist allerdings auch möglich, daß über uns eine Diktatur der reinen Vergewaltigung kommt; dann ist sie aber nichts anderes als die

politische Form des Bankrotts.

Wir republikanischen Sozialdemokraten wollen aber nicht eine Diktatur des Bankrotts, wir wollen die Diktatur nicht um ihrer selbst willen, wir wollen sie als Diktatur der Erlösung, wir wollen sie dann, wenn wir die innerste Überzeugung haben. Die Verhältnisse sind so reif, daß wir das Proletariat mit straffer Hand wirklich aufwärts führen können aus seiner Not. Wir werden uns entschieden

gegen die Initiatoren.

Ich weiß nicht, ob die Genossen, die die Aufgabe von dem Initiativkomitee übernommen haben, wissen, was sie da übernommen haben. Sie haben den geheimen Auftrag, durch Alarmnachrichten die Mannschaft zu verwerren, zu erregen und dann in kritischer Situation, wenn die Aufregung aufs höchste gestiegen ist, wenn die Volkswehrleute nicht so leicht im Lande sind, sich ein klares Urteil zu bilden über die Tragweite ihrer Entschlüsse, sie zu Handlungen hinzureißen, die die Volkswehrleute, solange sie vernünftig überlegen konnten, gar nicht vollzogen. Mögen die kommunistischen Vertrauensmänner offen auftreten und im offenen Streit mit den Kameraden sozialdemokratischer Richtung wirken, mit Argumenten der Wahrheit, wie es Pflicht ist unter Genossen, unter Brüdern derselben Klasse. Geheime Initiatoren, die uns mit Alarmnachrichten hetzen und uns dann in passenden Momenten der höchsten Aufregung

hinterhältig das Reich über die Köpfe werfen sollen.

die können und werden wir uns nicht gefallen lassen. Die Initiatoren veruchen die Einheit der Volkswehr zu sprengen. Wir müssen uns gegen diese Veruche, die Volkswehr zu zerreißen, wenden. Es wurde schon sehr viel über diesen Punkt gesprochen; ich will aber sagen, daß auch vom Standpunkt der Kommunisten die Einheit der Volkswehr außerordentlich wichtig ist. Denn die proletarische Diktatur braucht zu ihrem Erfolg vom ersten Augenblick an eine geschlossene, verlässliche, schlagfertige Wehrmacht. Den Kämpfer aber möchte ich sehen, der aus einer zerfallenen Volkswehr eine derartige Wehrmacht rasch genug zu schaffen vermöchte. Wir Volkswehrleute wünschen, daß blutige Konflikte innerhalb des Proletariats unterbleiben. Sie können unterbleiben, wenn sich alle proletarischen Richtungen auf den Boden der Arbeiterräte stellen. Das tun auch wir, die Volkswehr. Denn wir sind wohl Soldaten, aber wir sind vor allem Proletarier, sehr radikale Proletarier; aber wir radikalen Arbeiter im Soldatenrock wollen niemals anders wirken als im Einklang mit der ganzen Arbeiterschaft, die sich repräsentiert in den Arbeiterräten. Dies in unserer Volksversammlung beraten und entscheiden wir über die rein soldatischen Angelegenheiten. Ueber die großen politischen Fragen aber, die das Wohl und Wehe aller Arbeiter betreffen — Krieg, Diktatur, Frage der Wehrorganisation u. s. w. — dürfen wir uns nicht anmahen, allein entscheiden zu wollen. Wir, die Volkswehrleute, sind nur ein winziger Teil der großen Arbeiterräte, aber die großen politischen Fragen des Proletariats kann letzten Endes nur dort entschieden werden, wo das ganze Proletariat vertreten ist und wo auch wir Volkswehrleute unserer Zahl gemäß mitberaten, mitbestimmen, mitentscheiden: im Arbeiterrat. Das befragt nicht, daß wir über die großen politischen Fragen nicht verhandeln und nicht beschließen sollen, sondern besagt nur: die Beschlüsse unserer Volksversammlung in den großen politischen Fragen geben unseren Vertretern die Richtlinien, nach welchen sie im Arbeiterrat zu wirken haben. Die wirkliche Entscheidung fällt erst der Arbeiterrat. Dieses sind die Lehren des 15. Juni: Weg mit der Putzaktion, weg mit den Initiatoren! Weichen wir einig untereinander und einig mit dem ganzen Proletariat. In allen Fragen, die das Interesse der ganzen Arbeiterbewegung betreffen, unterordnen wir uns der Entscheidung der gesamten proletarischen Vertretung, dem Arbeiterrat, in dem wir selbst mitberaten, mitbestimmen, mitentscheiden.

Ich bitte Sie, folgende Entschlüsse anzunehmen: Die Volksversammlung der Soldatenräte der Wiener Volkswehr erklärt:

Der Wiener Kreisarbeiterrat ist die Vertretung des gesamten Wiener Proletariats. Alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sind darin vertreten. In jedem Bezirks- und im Kreisarbeiterrat hat die Wiener Volkswehr den ihr gebührenden Einfluß.

Gegen den Grundsatz: keine Soldatenpolitik, keine Volkswehrpolitik, sondern proletarische Politik — unterstellen sich daher die Wiener Volkswehrleute und deren Soldatenräte in politischer Richtung den Beschlüssen des Wiener Kreisarbeiterrates.

Die Debatte.

Soldatenrat Kalischer (Volkswehr-Bataillon 41) erklärt die Ausführungen des Referenten als annehmbar auch vom Standpunkt der Kommunisten. Nur dürfe man sich nicht der Meinung hingeben, alles werde entschieden durch die Reden zwischen den vier Wänden des Arbeiterrates. Nein, es gilt, die Massen, die wirklichen Massen zu revolutionisieren, es gilt, im Arbeiterrat zu wirken und in den Massen, und wenn der Arbeiterrat wirkliche revolutionäre Arbeit leistet, wird er die Massen führen. Was die Diktatur betrifft, so sei es gewiß, daß die Soldaten den schwersten Teil zu leisten haben werden. Auch er sei gegen die Putzaktion und sogar gegen die Taktik jener, die da meinen, man müsse nur erst Hunderttausend Menschen auf die Straße bringen, um die sozialdemokratische Partei zu zwingen, die Leitung der Sache zu übernehmen. Auch diese Taktik sei unrichtig, denn die kommunistische Partei sei nicht dazu da, ihre Ideen dann von der sozialdemokratischen Partei ausgreifen und weiterführen zu lassen. Was die Initiatoren betrifft, so war es notwendig, in jeder Abteilung Vertrauensleute zu haben, die geheim arbeiten mußten, da ja bis jetzt die Kommunisten in der Volkswehr direkten Verfolgungen ausgesetzt waren. Ihre Aufgabe war nur, aufklärend im kommunistischen Sinne zu wirken. Beobachtern müsse er, daß sie tabulabes Wort über die Haltung der Polizei und der Stadtschulwache gefallen sei. Auch er sei der Ansicht, daß ein gemeinsames Arbeiten gut wäre; aber solange die Stimmung auf beiden Seiten so ist, wie sie eben ist, sei ein gemeinsames Arbeiten nicht gut möglich.

Soldatenrat Hofmann führt aus, daß es wesentlich sei, die Masse so zu nehmen, wie sie ist, und nicht, wie sie sein soll. Das Recht, die Massen zu einem Umsturz auf die Straße zu rufen, hat nur der Arbeiterrat. Gegen die Art der propagandistischen Tätigkeit der Kommunisten müsse er sich unbedingt wenden; man habe den Soldaten den dreifachen Lohn und den Arbeitern die sofortige Erlösung vom Hunger versprochen und ähnliches mehr.

Bleichmann (Wahngendbarmerie) führt aus, daß er sich im Namen seiner Kameraden gegen den Bericht wehren müsse, daß dieser Sicherheitskörper als Teil der Weihen Garde zu betrachten sei. Es gehe nicht an, daß man sie von der einen Seite als Weihen Garde, von der anderen als Bolschewiki bezeichne. Die Wahngendbarmen sind nicht gegen das Proletariat, sondern sie sind selbst Proletarier. Er bittet, in diesem Sinne aufklärend zu wirken.

Schneider (Kommunist) findet es traurig, daß die Vertreter des Proletariats am 15. Juni hinter den Koskos nicht zurückstehen wollten. Es sei verdächtig, daß die bürgerliche Presse die Volkswehr so lobte.

Gruber (Volkswehr-Bataillon 41) behauptet, daß man die Ausschreitungen am 15. Juni hier so widerspruchslos hingenommen habe. Die Initiatoren wurden geschaffen, um in die Bataillone kommunistischen Geist einzubringen zu lassen. Sie mußten geheim arbeiten, da man die Kommunisten offiziell nicht arbeiten ließ, sie vielmehr direkt schikanierte.

Soldatenrat Hauptmann Marek gibt eine klare Darstellung über die Dienstbestimmung seines Bataillons am 15. Juni. Für ihn seien maßgebend die Beschlüsse der Mehrheit des Proletariats. Er könne sich des Gefühls nicht erwehren, daß die kommunistische Politik in ihrer heutigen Form nur der Befriedigung der Eitelkeit und des Machtglaubens diene.

Soldatenrat Schreiber spricht gegen die Initiatoren und die ganze Propaganda, wie sie am 15. Juni vor den Kommunisten entwickelt wurde. Ueber die Haltung der Arbeiterräte haben sie nicht das Recht zu reden, die zu der Haltung der „Sozialen Revolution“ schweigen. Er beweist an Beispielen, daß die Behauptungen der Kommunisten, sie würden in Bataillonen unterdrückt, den Tatsachen nicht entsprechen.

Krp (Stadtschuh) rechtfertigt die Haltung seiner Kameraden am 15. Juni und erklärt dezidiert, daß sie in solcher Form angegriffen wurden, daß sie sich nicht anders helfen konnten.

Milde (Stadtschuh) weist die Beschimpfung „Weihgardisten“ zurück. Die Stadtschuhleute sind Proletarier, Feldsoldaten, 90 Prozent sind organisiert. Jene Stadtschuhleute, die am Sonntag geschossen haben, wurden vom Vollzugsausschuß der Stadtschuhwache zur Rechtfertigung gezogen. Die Stadtschuhwache könne es sich nicht gefallen lassen, daß Leute vom 41. Bataillon drohen, sie würden die Stadtschuhleute niederschlagen. Sollte diese Drohung verwirklicht werden, so würde die ganze Stadtschuhwache vom 41. Bataillon verlangen, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Mate (Sicherheitswache) rechtfertigt das Vorgehen der Sicherheitswache an dem kritischen Sonntag. Man müsse die Sicherheitswachleute untercheiden vom System. Die Sicherheitswachleute sind Proletarier und heute bereits zu 80 Prozent organisiert. Um die Wiederholung solcher Vorfälle zu vermeiden, müsse an solchen kritischen Tagen die große Masse repräsentiert und daher das Vertrauen der Masse habe.

Soldatenrat Hecht (Volkswehr-Bataillon 41) spricht in kommunistischem Sinne zu den Ausführungen Freys und meint, das Mittrauen zu den Einundvierzigern am 15. Juni sei nicht gerechtfertigt gewesen.

Ziegler (Kreisarbeiterrat) begrüßt die Volkswehr als Proletarier im Waffenrock und wendet sich dann scharf gegen die Initiatoren, die dem Willen der Mehrheit des Proletariats entgegengehandelt haben. Er führt des weiteren aus, daß die Entwicklung des Sozialismus einen historischen Prozeß darstelle, der mit Naturnotwendigkeit vor sich gehe und keine künstliche Beschleunigung ertrage. Wer dies außer acht lasse, treibe Demagogie. Gegen eine Diktatur der Minderheit, bei der als Führer meist nur reine Theoretiker zu finden seien, junge Leute, die gerade ein paar Bücher und Broschüren gelesen haben, aber vom wirklichen Leben und Kampf der Arbeiter sehr wenig wissen, wird sich die Arbeiterschaft immer mit aller Kraft wehren. Der Arbeiterrat wird so viel Macht haben, als er sich nimmt.

Arbeiter (Arbeiterrat) findet die Gefährlichkeiten gegen die Polizei nicht für richtig, das heiße nur, sie mit Gewalt der Reaktion in die Arme treiben. Die Zeit ist nicht so, daß wir Zwispaltigkeiten ertragen können; denn in der Provinz betreibt man förmliche Rüstungen, deren wir nur mit

geschlossener Einheitsfront werden Herr werden können. Er wendet sich dann in scharfen Worten gegen die Kommunisten, die durchwegs auf dem Standpunkt stehen, daß die Beschlüsse der proletarischen Majorität sie nichts angehen. Welche Gefahr darin liegt, zeigen die Witzjahre des vergangenen Jahres hundert. Jeder Handlung müsse das Prinzip zugrunde liegen: nicht sie oder Schadet sie? Selbst wenn die Majorität unrecht hat, müsse man ihre Beschlüsse befolgen; denn es habe sich bewiesen, daß sie von selber den richtigen Weg wiederfindet. Verfolgt man das Vorgehen der Arbeiterschaft, so fährt der Weg immer in die gleiche Linie. Wir wollen keine Desperatopolitik, die alles auf eine Karte setzt. Die Arbeiterschaft wird sich dem Diktator einer Minderheit niemals beugen.

In seinem Schlusswort weist Frey die Behauptung, die Kommunisten würden in den Bataillonen ihrer Gefinnung wegen verfolgt zurück. Wohl haben wir „Kommunisten“ aus geschlossen, Plünderproprietäre, Leute, die sich ganz andere Höchstunpolitische Dinge haben zu Schulden kommen lassen. Oder wollen sie etwa solche Leute, wie diesen Weh, der gestern vor dem Schurengericht stand und, wie wir es so oft bei der roten Garde erlebt haben, seine verbrecherische Tat als „Kommunismus“ hinstellte, wollen sie über solche Leute schützend ihre Hände halten? Ich glaube nicht. Sie müssen es uns schon erlauben, daß wir nach den vielen Erfahrungen, die wir und Sie gemacht haben, die Leute, die wirklich Kommunisten sind, unterscheiden von solchen, die sich als Kommunisten nur ausgeben und ihren Kommunismus in der Regel erst entdecken, bis man ihren Uebelthaten auf die Spur gekommen ist. Fallen Sie diesen Initiatoren waren nicht für die „Aufklärung“ bestimmt; ihre Aufgaben gehen nur zu deutlich hervor aus den „Direktiven“, die sie für den 15. Juni erhalten haben. Lassen Sie sich auch nicht betören durch die bürgerliche Presse, die schreibt einmal so, das anderemal so, immer mit einer einzigen Absicht, uns so gegeneinander zu hetzen, daß wir uns zum Wohl der Bourgeoisie die Köpfe zerbrechen und schwächen. Wir haben nichts dagegen, daß die Kommunisten die Massen revolutionisieren, das tun wir selber, wir haben uns dagegen nichts, daß sie von den Gewählten an die Wähler appellieren, vom Arbeiterrat an die Arbeiter. Aber dagegen stellen wir uns entschieden, daß sie gegen den Arbeiterrat und gegen die große Mehrheit der Arbeiter an die Gewalt der Waffen appellieren. Und hier muß ich Ihnen ein erstes Wort sagen. Sie werden mir vielleicht einmal daraus einen Strich drehen, aber ich fühle mich verpflichtet als oberster Vertrauensmann der Wiener Volkswehrleute, das, was die Sicherheit des Lebens der Volkswehrleute unumbedingt fordert, klar und unumwunden auszusprechen, ohne Rücksicht darauf, ob es mir für meine „Carriere“ nützt oder schadet. Wir sind gewillt, zu ertragen, aber schließen lassen wir in unsere Volkswehrleute nicht. Wer auf uns schießt, der muß damit rechnen, daß wir antworten. Das Leben unserer Volkswehrleute ist heilig und unantastbar und wir Kameraden schämen es nach dem Grundgesetz: Einer für alle, alle für einen. (Stürmischer anhaltender Beifall).

Die Resolution, die Frey vorgeschlagen hatte, wurde einstimmig angenommen. Ebenso eine zweite von Frey eingebrachte, die die innere politische Parteilordnung der Volkswehr regelt. Dann erstattete noch Winterer den Tätigkeitsbericht und Frey berichtete über die Kinderhilfsaktion.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Das Organisationsstatut.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte nahm heute 2 Uhr nachmittags die Verhandlungen wieder auf. brachte den ersten Punkt der Tagesordnung: „Berichte“ zum Abschluß und trat in die Behandlung des zweiten Punktes: „Organisationsstatut“ ein.

Der erste Tag der Verhandlungen zeigte bereits offen die tiefe Kluft, die die beiden sozialistischen Parteien trennt. Schon die Vormittagsitzung schloß mit einem bösen Zwischenfall, in dem die Gegner hart aneinanderstießen. Der Grazer Delegierte Leischin hielt den Kommunisten in scharfen Worten ihr Verhalten in Steiermark vor, in der kein Boden für den Kommunismus sei, und warf ihnen vor, daß sie sich mit dem Janhagel verbunden, die Genossen Refel, Schacherl und Fongraz mit Gewalt nach Ungarn bringen hätten wollen und auf den Kopf Refels sogar eine Prämie von 3000 Mark angesetzt hätten. Die Kommunisten erwiderten in erregten Zwischenrufen, der Vorsitzende griff umsonst in den Lärm ein, der Redner konnte sich nicht mehr verständlich machen, die Galerie mischte sich ein und die Kommunisten verließen endlich empört den Sitzungssaal. Auch die übrigen Ländervertreter erklärten sich sozusagen geschlossen gegen die Kommunisten und deren Taktik. Den schärfsten Ausdruck aber erhielt der Widerstand, den die organisationstreuen Sozialdemokraten den kommunistischen Umtrieben entgegenzusetzen entschlossen sind, in dem Zwischenruf, der denselben gegen Ende der Nachmittagsitzung mit entschiedener Stimme von der rechten Seite des Saales entgegenhallte: „Wir Arbeiter werden aufträumen mit euch!“ Zu solcher Erbitterung flammte der Wortstreit auf. Nach diesen Proben darf man besonders gespannt sein, was sich die beiden Parteien bei der Behandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung: „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterräte“, zu sagen haben werden.

Nachstehend der Bericht:

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Arbeiterräte nahm heute um 2 Uhr nachmittags die Verhandlungen wieder auf. Zu Beginn der Sitzung erstatten die Vertreter von Kärnten, Salzburg und Vorarlberg die Berichte über die Tätigkeit der Arbeiterräte dieser Länder und wenden sich gegen die „Rosen- von-Wien“-Bewegung. Nach der Verlesung eines von Delegierten unterzeichneten Protestes gegen die Verichterstattung des Genossen Leischin (Steiermark) in der Vormittagsitzung durch den Vorsitzenden Janecel wird zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen, der

Die Beratung über das Organisationsstatut

bildet. Berichterstatter Dr. Fritz Adler führt uns:

Im Statut ist der Kreis der Arbeiterräte über die sozialdemokratische Partei hinaus ausgedehnt worden, dagegen wurde die allgemeine Formulierung, sozialistische Gesellschaftsordnung als Ziel, Klassenkampf als Mittel, dahin geändert, daß die Mitgliedschaft bei einer sozialistischen Partei wieder verlangt wird. An der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft wird festgehalten. Die Arbeiterräte sollen eine Klassenorganisation des Proletariats sein. Die Delegierten sollen direkt aus den Betrieben gewählt oder kooptiert werden, und zwar solche Mitglieder, die durch besondere Fachkenntnisse die Verhandlungen des Arbeiterrates fördern können. Gewerkschafts- und Parteisekretäre sowie Redakteure müssen jedoch das passive Wahlrecht auch behalten, wenn sie endgültig aus den Betrieben ausscheiden.

Es wurde ein ganz neues Wahlverfahren zur Anwendung gebracht, welches es ermöglichen soll, daß auch die Vertreter, die schon Gewerkschafts- oder Parteisekretäre oder Parteijournalisten sind, in den Arbeiterräten Eingang finden können, um hier mitzuberaten und mitzuarbeiten. In den Betrieben wird nur derjenige gewählt werden, der in dem Betriebe beschäftigt ist. Der auf diese Weise zustandegelommene Arbeiterrat kann nun andere Parteigenossen kooptieren (Ohne allgemeine Wahl! D. N.), und zwar geschieht dies auch wieder auf Grund von Proportionalwahlen und von Listen. Es besteht keinerlei Verpflichtung zur Kooptierung. Wenn ein Orts- oder Bezirksarbeiterrat findet, daß er alle Kräfte in sich hat, um seine Arbeiten zu bewältigen, braucht er nicht die Kooptierung vorzunehmen.

Die Bauern- und Soldatenräte werden als den Arbeiterräten vollkommen gleichberechtigt behandelt und haben, ebenso wie die Arbeiterräte, die diese Räte ein Delegationsrecht. Ein Antrag wünscht, daß heute schon die Soldatenräte in den Bereich der Arbeiterräte eingegliedert werden sollen. Wir halten dies für das wünschenswerte Endziel, glauben aber, daß es zweckmäßig ist, daß die alte Gliederung vorläufig noch bestehen bleibt. Gegen die Forderung der Kommunisten, die Mandatare, die das parlamentarische System trennt, also Gemeinderäte, Landtagsabgeordnete und Nationalräte, von den Arbeiterräten auszuschließen, nimmt Dr. Adler Stellung, denn die Mandatare müßten beehrt werden. Wir dürfen uns den

Einfluß auf die gesetzgebenden Gewalten

nicht entziehen lassen und es wäre eine vollständig falsche Taktik, mit dem Hinweis auf ein Machtinstrument, das vielleicht später einmal sein wird, die gegenwärtigen Machtinstrumente aus der Hand zu geben. Dr. Adler schließt seine Rede mit dem Vorschlag des Reichsvollzugsausschusses, der für die Wahlen zu den Ortsarbeiterräten für Wien für 25 bis 250 Arbeiterwähler und für Betriebe außerhalb Wiens für 10 bis 50 Wähler einen Vertreter beantragt. Der von den Kommunisten vorgeschlagene Wahlschlüssel könne nicht akzeptiert werden, weil dadurch die Arbeiterräte namentlich in Wien zu groß würden. Die Arbeiterräte müssen auf einen Umfang von 300 bis 400 Mitgliedern gebracht werden, Arbeiterräte von 600 und mehr Mitgliedern wären nicht arbeitsfähig.

Dr. Friedländer vermißt im vorgelegten Statut den Schutz der Minorität, was zwar begreiflich wäre bei einer reaktionären Minderheit, aber durchaus nicht bei einer so revolutionären wie der der Kommunisten. „Es genügt ferner nicht, daß wir erklären, die Arbeiterräte seien eine Klassenorganisation des Proletariats, wir müssen auch sagen zu welchem Zwecke. Wenn wir der Ueberzeugung sind, daß das Räteystem die Bestimmung hat, die bürgerlich-demokratische Gesellschaftsordnung zu verdrängen, müssen wir es klipp und klar zum Ausdruck bringen, daß der Gesetzgebung von oben durch die Gesetzgebung von unten entgegengewirkt werden muß. Das gerade ist das Notwendige, das Propagandistische an den Arbeiterräten, das sowohl im Statut wie in der Betätigung der Arbeiterräte zum Ausdruck kommen muß. Friedländer verlangt, daß Kapitalisten jeder Art, sowie auch Mandatare, die in Staat, Land oder Gemeinde gewählt sind, das Wahlrecht entzogen werde, denn es bestehe eine Inkompatibilität der Verfassungen insofern, als derjenige, der für die eine Verfassung ist, gegen die andere ist. Es sind zwei prinzipiell gegensätzliche Körperschaften, die einander gegenüberstehen, die Adressat des Klassenkampfes und die Körperschaft des Klassenkampfes. Wir wollen wir die parlamentarischen Körperschaften beeinflussen. Aber dazu ist nicht nötig hineingehen und mitzureden, der Wille, sie zu beeinflussen besteht darin,

daß wir das Parlament von ihnen räumen.

Nach der Rede Dr. Friedländer wird in die Generaldebatte über die ersten sechs Punkte des Organisationsstatutes, das sind die allgemeinen Bestimmungen, eingegangen. Schreyer (Oberösterreich) beantragt zunächst, daß überall im Statut, wo von Bauernräten gesprochen wird, das Wortchen „sozialistisch“ hinzuzufügen ist, da es jetzt größtenteils nur konservative, reaktionäre Bauernräte gebe, die selbstverständlich kein Delegationsrecht haben dürfen.

Säubler (Wien) beantragt die Ausgestaltung des Arbeiterrates nach russischem Vorbild durch Einbeziehung des Kleinbauern und Proletariats in Uniform. Gisinger (Wien I) erklärt, daß die Kommunisten beharrlich die Augen vor der Tatsache verschließen, daß Deutschösterreich durch die sofortige Ausrückung der Räte diktatorisch nur in tieferes Elend hineingeführt würde.

Arbeitl (Wien) führt aus, daß die Kommunisten planmäßig darauf hinarbeiten, die sozialdemokratischen Vertrauensmänner der Arbeiter beiseite zu schieben, indem sie von ihnen behaupteten, daß sie nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Zwischenrufe bei den Kommunisten!) Man muß nur wissen, mit welcher Überlegenheit Dr. Friedländer über die Gewerkschaftler gesprochen hat. (Neuerliche Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Sie müssen erst in einer Gewerkschaft arbeiten, dann werden sie verstehen, was die Gewerkschaft für den Arbeiter bedeutet. (Lebhafter Beifall. — Widerspruch und Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ein Delegierter ruft den Kommunisten mit lauter Stimme zu: „Wir werden aufträumen mit euch!“

Rothe (Wien) protestiert im Namen der geistigen Arbeiter gegen die zurückgehende Behandlung dieser Arbeiterkategorie. Die geistigen Proletarier seien heute viel schlechter daran als die manuellen Arbeiter.

Kiedler (Matrosenrat) fordert von den Arbeiterräten, daß sie namentlich die Funktion des Unternehmers übernehmen sollten, Betriebe zu gründen, die sich in den sozialistischen Wirtschaftskörper einfügen lassen.

Die Sitzung wird morgen fortgesetzt.

Eine Kommunistenversammlung vor dem Rathaus.

Die Tagung der Arbeiterräte benutzten heute die Kommunisten zu einer Kundgebung für die sofortige Errichtung der deutschösterreichischen Räterepublik. Die Versammlung, die um 6 Uhr auf dem Platz vor dem Wiener Rathaus stattfand, war von etwa 1500 Personen besucht, zum Großteil von Jugendlichen und Neugierigen. Auffallend war auch die Anwesenheit mehrerer ungarischer Juden, die namentlich vor Beginn der Versammlung eine lebhafteste Tätigkeit entfalteten. Der erste und Hauptredner, Kommunist Melcher, griff in scharfen Worten die sozialdemokratische Regierung an, die dem österreichischen Proletariat einen Frieden heimbringen werde, der es auch nach der Knechtschaft des fremden Kapitalismus ausliefere. Die Unfähigkeit dieser Regierung sowie des gegenwärtig tagenden Arbeiterrates (1) zwinge das Proletariat, endlich sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, weshalb sofort die Räterepublik ausgerufen werden müsse. In dem gleichen Sinn sprach auch der jüdische Kommunist Koritschoner, der den Leuten vormachte, daß die Eulentsozialisten nur auf die Ausrufung der Räterepublik warten, um dann den österreichischen Proletariern zu helfen, aber nichts tue, solange diese immer feige zurückweichen. Es müsse sofort der Bund mit Rußland und Ungarn hergestellt werden. Sodann verlas ein jüdischer Kommunist unter einigen Worten der Ermunterung eine Entschlüsselung, welche die Forderung nach sofortiger Errichtung der Räterepublik ausdrückt. Melcher forderte schließlich die Menge auf, ruhig auseinander zu gehen und sagte: Es wird schon der Tag kommen, wo wir mit den Herrschaften, die uns heute unterdrücken, ein fürchterliches Volksgericht abhalten werden. Um 7 Uhr war die Versammlung beendet. Eine Abordnung begab sich sodann ins Parlament, um den dort versammelten Arbeiterräten die Entschlüsselung zu überreichen, die infolge der inzwischen erfolgten Entschlüsselung der Sitzung erst morgen beantwortet werden soll.

Die Beratungen der Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Zweiter Verhandlungstag.

Das Organisationsstatut.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte setzte Dienstag vormittag ihre Beratungen fort.

Dr. Adler teilte die von einer Deputation der Kommunisten gestern dem Präsidium der Reichskonferenz überreichte Resolution und die von ihm erteilte Antwort der Versammlung mit.

Dann wurde die Beratung über das Organisationsstatut fortgesetzt.

Dr. Friedländer (Kommunist):

Die sechsmonatige Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation wurde von uns deshalb nicht ausgenommen, weil sie nicht wesentlich ist. Jedoch sind wir bereit, dieser Bestimmung zuzustimmen, unter der Voraussetzung, daß für die Heimkehrer eine dreimonatige Parteizugehörigkeit einräumt und daß für die Fälle des Uebertritts von einer Organisation in die andere die Zugehörigkeit zur ersten Partei mitgerechnet wird. Was die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation betrifft, stelle ich noch einmal ausdrücklich fest, daß ich mit keinem Worte gegen die Gewerkschaften polemisiert und nur gesagt habe, daß die gewerkschaftliche Mitgliedschaft keine Gewähr für die revolutionäre Gesinnung ist, ebensowenig wie die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, auch zur kommunistischen, noch keine Gewähr dafür ist. Was unsere Ergänzung zu Punkt 1 betrifft, hat schon Frau Schlesinger an den Beschluß des Wiener Kreisarbeiterrates erinnert, wonach die Arbeiterräte dazu dienen, die Diktatur des Proletariats zur Aufhebung der wirtschaftlichen Klassenverhältnisse zu verwirklichen. Dasselbe besagt die zweite Hälfte unseres Antrages. Es steht kein Wort darin, daß wir, etwa verpflichtet wären, heute oder morgen die Diktatur des Proletariats auszurufen. Wenn das auch die Gesinnung der Kommunisten ist, haben wir diese Forderung nicht in das Organisationsstatut übernommen, weil sie nicht hineingehört, sondern eine politische Gegenwartsforderung ist. Ich muß es daher als vollkommene Verdrehung bezeichnen, wenn uns das aufgetragt wird. Die Arbeiterräte sollen eine Kampfsorganisation sein, die systematisch alles unternehmen muß, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung langsam zu zunichte zu machen. Wenn zum Beispiel von oben ein Gesetz wie das berühmte Sozialisierungsgesetz beschlossen wird, wird der Reichsarbeitererrat mit seinem Sozialisierungsgeiz von unten kommen müssen und er wird sich dabei in Gegensatz zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stellen müssen, sonst ist er kein Reichsarbeitererrat. Das Wesentliche ist, daß wir uns in die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht einfügen, sondern daß wir uns in sie einkeilen, um sie zu sprengen. Es kann ja sein, daß der Konflikt von oben vermieden wird, indem die demokratischen Körperschaften den Willen der Arbeiterschaft tun. Dann um so besser. Dann hat der Arbeiterrat seine revolutionäre Pflicht getan und im Erkenntnis seiner politischen Bedeutung gehandelt.

Auch gegen den Antrag, daß die Wähler Klassenbewußte Sozialisten sein müssen, wurde nichts erwidert, eine Forderung, die das Grundgesetz des neuen Staates sein wird und daher schon in den vorläufigen Staatsgrundgesetzen zum Ausdruck gebracht werden muß. Auch die Wählbaren müssen selbstverständlich Klassenbewußte Kämpfer sein. Hinsichtlich der Teilnahme von Mandatären bürgerlicher Körperschaften an dem Arbeiterrat haben die Kommunisten den prinzipiellen Standpunkt der Unvereinbarkeit beider Funktionen eingenommen; denn es gibt wohl eine körperliche, nicht aber eine geistige Vereinbarung zwischen zwei vollkommen entgegengesetzten Körperschaften. An Stelle der den Arbeiterrat entziehenden verfallenden Kooptation mit Stimmrecht schlagen die Kommunisten bloß eine Kooptation der Berater vor. Solange wir nicht an der Macht sind, sondern sie erst erobern wollen, müssen wir alle revolutionären Möglichkeiten ausnützen. Die praktischen Bedenken zur Machteroberung oder zur Eroberung der Arbeiterräte werden hier fallen gelassen, um das revolutionäre Prinzip nicht zur Geltung bringen zu lassen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wir sind jedoch der Ansicht, vor allem dieses revolutionäre Prinzip gelten zu lassen, und darum verlangen wir als Maßstab für die Aufteilung der Mandate nicht die Wahlberechtigung, sondern die Wahlberechtigung. Im Klassenkampf muß sich die Vertreterschaft auf das gesamte Proletariat stützen können und nicht bloß auf jenen Abschnitt, der gewählt hat. Unsere Anträge sind nur geeignet, den Arbeiterrat arbeitsfähig, arbeitswillig und arbeitsmächtig zu machen. Wenn Sie wirklich die Macht der Arbeiterräte wollen, müssen Sie das klipp und klare Bekenntnis zur Macht der Arbeiterräte ablegen.

Referent Dr. Friedrich Adler (Schlußwort):

Ich will nicht auf alles, was in dieser Debatte vorgebracht wurde, eingehen. Wir haben die verschiedene prinzipiellen Gesichtspunkte in ausführlicher Darlegung gehört

und ich glaube, daß sich die Genossen inzwischen über diese Frage ihr Urteil gebildet haben werden. Ich will gegen die einzelnen Redner keine Polemik führen, um die Dinge nicht aufzuhalten, sondern ich meine, daß wir uns vor allem klar zu sein haben darüber, daß nicht innerhalb irgend eines Paragraphen des Organisationsstatuts in einem eingeschalteten Nebenatz die prinzipiellen und tatsächlichen Fragen entschieden werden können. Es hat keinen Sinn, bei dieser Gelegenheit, wo die Hauptsache das Organisationsstatut ist und nur eine allgemeine Umschreibung darüber nötig erscheint, um die berechtigten und unberechtigten Mitglieder voneinander zu trennen, eine prinzipielle Definierung zu geben, der wir notwendigerweise eine andere prinzipielle Definierung entgegenzusetzen müßten. Ich bin auch überzeugt, daß sich die große Mehrheit dieser Konferenz nicht auf den Boden des Abänderungsentwurfes der Kommunisten, sondern auf den Boden des Entwurfes des Reichsvollzugsausschusses stellen wird. Ich beantrage, daß wir uns zunächst darüber schlüssig werden, welcher von den beiden Entwürfen die Grundlage für unsere weiteren Beratungen zu bilden habe.

Es wird beschlossen, den Entwurf des Reichsvollzugsausschusses als Grundlage der Beratungen zu nehmen.

Die Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird Punkt 1 des Organisationsstatuts mit überwiegender Mehrheit unverändert angenommen. Er lautet:

1. Die Arbeiterräte sind eine Klassenorganisation des Proletariats. Sie sollen den Willen und die Macht der Klassenbewußten Arbeiterschaft, die in der Beilegung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel ihrer Emanzipation erkennt, verkörpern. Die Arbeiterräte sind daher ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats aller Richtungen innerhalb des Sozialismus.

Ein Ergänzungsantrag der Kommunisten, in dem es heißt, daß die Arbeiterräte die Bestimmung haben, die gesamte wirtschaftliche und politische Macht des Staates in ihrer Hand zu vereinigen, wird abgelehnt. Ebenso wird ein Antrag Kleinl auf Streichung des Passus, daß die Arbeiterräte Klassenorgane des Proletariats sind, abgelehnt.

Abatz 2 des Punktes 1, wonach die Betriebe die Grundlage des Aufbaues der Arbeiterräte sind, wird in der vom Vollzugsausschuß beantragten Fassung mit der von den Kommunisten beantragten Ergänzung angenommen, daß, wo die Formation der Arbeiterklasse in Betrieben nicht gegeben ist, ihre Ordnung nach Verufen die Grundlage des Aufbaues der Organisation des Arbeiterrates bilde.

Ein Antrag Tübler auf Streichung der Bestimmung über das Delegationsrecht der Soldaten- und Bauernräte wird abgelehnt.

Friedländer protestiert gegen die Abstimmung und verlangt bei strittiger Abstimmung Konstatierung des Stimmverhältnisses.

Abatz 1 des Punktes 2, daß das aktive Wahlrecht die manuellen und geistigen Arbeiter beiderlei Geschlechts, insbesondere die Jugendlichen, haben, wird in der Fassung des Vollzugsausschusses angenommen. Ein Abänderungsantrag der Kommunisten wird abgelehnt. Ein Antrag Kleinl, wonach auch von staatlichen und privaten Pensions Lebende das aktive Wahlrecht haben sollen, wird der Redaktionskommission zugewiesen. Ein Antrag Rothl auf Zuerkennung des Wahlrechtes an die Polizei, Finanz- und Stadtschuhwache dem Kreisarbeiterrat. Alle übrigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Abatz 2 des Punktes 2, daß wählbar alle diejenigen sind, die mindestens ein halbes Jahr einer sozialistischen Partei und ihrer Berufsorganisation angehören und das achtzehnte Lebensjahr überschritten haben, wird in der Fassung des Vollzugsausschusses angenommen. Ein Zusatzantrag der Kommunisten, das Wahlrecht auf jene einzuschränken, die für die revolutionäre Befreiung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Interesse des Klassenkampfes eintreten, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Eichhaber (Donawitz), das passive Wahlrecht an das vierundzwanzigste Lebensjahr zu knüpfen. Dagegen wird ein Zusatzantrag angenommen, daß die Heimkehrer das passive Wahlrecht haben, wenn sie erst drei Monate ihrer sozialistischen Organisation angehören.

Bei Punkt 3, der auch die Kooptierung abgehandelt, wird zunächst grundsätzlich darüber abgestimmt, ob Kooptierungen von außerhalb von Betrieben stehenden möglich sein sollen. Die Konferenz entscheidet mit 89 gegen 27 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen für die Kooptierung. Punkt 4 (daß alle Mitglieder des Arbeiterrates gleiche Rechte haben) wird unverändert angenommen. Bei Punkt 5, daß die sozialistischen Mandatäre Gäste des Arbeiterrates sind, wird zunächst über den kommunistischen Gegen-

antrag abgestimmt, daß Mandatäre zu „bürgerlich-demokratischen Körperschaften“ in den Arbeiterrat nicht gewählt werden können und jeder, der in eine solche Körperschaft kandidiert oder gewählt wird, sein Mandat im Arbeiterrat verliert. Der Antrag wird mit 89 gegen 28 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Fassung des Vollzugsausschusses wird mit der von Rudolfshelm beantragten Änderung angenommen, daß es statt Wiener Bezirksvorsteher „Mitglieder der Wiener Bezirksvertretung“ heißt.

Die Punkte 6 (Zuziehung von Fachmännern und Experten) und 7 (Wählergruppen nach der Art der Betriebe) werden unter Ablehnung der kommunistischen Anträge in der Fassung des Vollzugsausschusses angenommen.

Eine Debatte während der Abstimmung.

Es soll nun über den Punkt 8 abgestimmt werden. Er handelt davon, daß die Zahl der Gewählten abhängig ist von der Zahl derer, die an der Wahl teilnehmen.

Dr. Adler: Wir müssen uns also über die prinzipielle Frage schlüssig werden: ob wie bisher die Zahl der Mandate von der Zahl der in den Betrieben Beschäftigten abhängig sein soll oder von der Zahl derjenigen, die sich an der Wahl beteiligen.

Rothl: Gestern wurde erklärt, daß bloß über den Abschnitt 1 (Allgemeine Bestimmungen), aber nicht auch über die folgenden Abschnitte verhandelt werden soll. Der Abschnitt 1 umfaßt nur die Punkte 1 bis 6. Vom Bezirksarbeiterrat Mariahilf liegen nun Anträge vor, über die nicht gesprochen werden kann. Ich beantrage daher, daß entweder eine prinzipielle Debatte geführt werden oder eine Abstimmung nicht erfolgen soll. Wenn der Absatz 1 des Punktes 8 aufrecht erhalten wird, dann hat die Institution der Räte keinen Sinn, da es dann nur Sachreferenten und Kooptierte gibt. (Beifall auf der Galerie.)

Vorsitzender Janetschek: Ich muß es rügen, daß sich die Galerie in die Verhandlungen einmischte.

Dr. Adler: Friedländer hat gestern als Korreferent ausdrücklich die Frage gestellt, ob dieser Punkt in der Debatte auch berücksichtigt werden soll, und auf meine bejahende Antwort haben die späteren Redner auch zu diesem Punkt Stellung genommen. Rothl ist den Verhandlungen daher nicht aufmerksam gefolgt. Wenn gefunden wird, daß auch andere Mitglieder den Verhandlungen nicht gefolgt sind, und eine neuerliche Debatte gewünscht wird, beantrage ich, daß über Absatz 1 des Punktes 8 eine Debatte eröffnet wird, weil er einer prinzipiellen Klärung bedarf.

Tübler:

Ich habe die Auffassung, daß wir in ein Statut für das ganze Reich geltende Bestimmungen darüber, nach welcher Zahl die einzelnen Arbeiterräte gewählt werden sollen, gar nicht aufnehmen können. Die Frage, wieviel Mitglieder der Orts-, Bezirks- und Kreisarbeiterrat zu wählen hat und wie der Wahlmodus eingerichtet werden soll, muß der Entscheidung der betreffenden Arbeiterräte selbst überlassen bleiben. Das ist wahre Demokratie. Hier haben wir nur das Wahlrecht für den Reichsarbeitererrat aufzustellen. Ich stelle den Antrag, anstatt des zweiten Absatzes des § 7 folgenden zu fügen:

Die Zahl der zu wählenden Arbeiterräte und den Wahlmodus regelt sich jeder Ortsarbeiterrat nach seinen Bedürfnissen autonom, wobei die allgemeinen Bestimmungen der Punkte 1 bis 6 eingehalten sind. Der Rest des Punktes 7 sowie die Punkte 8 bis 11 wären zu streichen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Verhandlungen abzubrechen.

Zazarowicz: Die Galerie soll für alle diejenigen geöffnet werden, welche Interesse an den Verhandlungen haben. Es geht nicht an, daß die Galerie für Nationalräte und Abgeordnete reserviert wird, die kein Interesse an den Verhandlungen haben.

Stein: Es ist unrichtig, daß die Galerie nur für Nationalräte geöffnet wird, da ich selbst die Karten ausgeben habe. Die Genossen stehen aber jetzt noch in den Betrieben und kommen erst nachmittags zu unseren Verhandlungen herein. Wir müssen ihnen die Sitze unbedingt reservieren.

Vorsitzender: Alle Karten für die erste und zweite Galerie sind bereits ausgegeben worden und es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß sie nur bestimmten Personen vorbehalten wurden.

Die Verhandlungen werden um 12 Uhr mittags abgebrochen.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Die Reichskonferenz beriet heute vormittag das Organisationsstatut. Bei der Abstimmung, die im allgemeinen die Annahme der Vorschläge des Vollzugs-

Wir berichten nun über die Nachmittagsführung. (Den Bericht über die Vormittagsführung finden Sie bei der Beilage Seite 9).

Nothe (Wien):

Die Reorganisation soll der gemeinsame Boden für alle Proletarier sein und muß engste Fühlung mit allen Betrieben haben. Daher ist der Arbeiterrat Mariahilf mit der vorgeschlagenen Berechnung der Mandatszahl nicht einverstanden.

Ziegler:

Das Wahlrecht soll nur derjenige ansüßen, der den revolutionären Tendenzen treu ist, und die Mandatszahl soll nur auf Grund der Zahl der Teilnehmer an der Wahl berechnet werden.

Gruber:

Nach der vom Reichsvollzugsausschuß vorgeschlagenen Fassung des § 8 würde die Zahl der Mandate in den großen Betrieben herabgesetzt werden. Dadurch würde sich eine Schwierigkeit nach der Richtung ergeben, auch den Angestellten, also den geistigen Arbeitern, eine Vertretung zu sichern.

Nach der vom Reichsvollzugsausschuß vorgeschlagenen Fassung des § 8 würde die Zahl der Mandate in den großen Betrieben herabgesetzt werden. Dadurch würde sich eine Schwierigkeit nach der Richtung ergeben, auch den Angestellten, also den geistigen Arbeitern, eine Vertretung zu sichern.

Der Unterschied in der Grundanschauung der historischen Situation ist aber der, daß die Kommunisten fest überzeugt sind, wie es in Rußland und Ungarn der Fall ist, daß es keine Erholung des Kapitalismus geben könne und der große Zusammenbruch unvermeidlich sei.

Wir müssen in diesen sieben Monaten seit dem Zusammenbruch immer wieder die ganze Situation durchdenken, mußten immer wieder die ganze internationale Lage erfassen, um zu sehen,

in erster Linie die Bedürfnisse der proletarischen Bezirke zu befriedigen.

Der ursprüngliche Organisationsentwurf, der ja von mir stammt, hat Wählergruppen nach der Zahl der Beschäftigten und Wählergruppen vorgeschlagen, die in Verammlungen nach der Zahl der Anwesenden wählen. Damals haben die Kommunisten erklärt, durch diese Bestimmung werde die Kluft zwischen den Arbeitern in den Betrieben und den Arbeitslosen aufgerissen.

Wir haben uns gesagt, es müsse ein einheitliches Prinzip festgestellt werden. Dieses kann nun nach der einen oder der anderen Richtung gemacht werden und es fragt sich, wo es weniger Ungerechtigkeiten enthält.

Wir müssen sich ganz klar darüber sein, daß der Modus, wonach alle Wahlen nach der Zahl der Beschäftigten durchgeführt werden, tatsächlich Ungerechtigkeiten mit sich bringt. Denken Sie zum Beispiel an einen Beamtenstatus wie den Wiener Magistrat mit seinen zehntausend Angestellten, von denen ein Teil ja immer im Stillen unsere Parteigenossen gewesen sein mögen, von denen aber ein Teil die Wendung zum Sozialismus erst recht spät gemacht hat, wenn er sie schon gemacht hat.

Wir müssen sich ganz klar darüber sein, daß der Modus, wonach alle Wahlen nach der Zahl der Beschäftigten durchgeführt werden, tatsächlich Ungerechtigkeiten mit sich bringt. Denken Sie zum Beispiel an einen Beamtenstatus wie den Wiener Magistrat mit seinen zehntausend Angestellten, von denen ein Teil ja immer im Stillen unsere Parteigenossen gewesen sein mögen, von denen aber ein Teil die Wendung zum Sozialismus erst recht spät gemacht hat, wenn er sie schon gemacht hat.

Wir müssen sich ganz klar darüber sein, daß der Modus, wonach alle Wahlen nach der Zahl der Beschäftigten durchgeführt werden, tatsächlich Ungerechtigkeiten mit sich bringt. Denken Sie zum Beispiel an einen Beamtenstatus wie den Wiener Magistrat mit seinen zehntausend Angestellten, von denen ein Teil ja immer im Stillen unsere Parteigenossen gewesen sein mögen, von denen aber ein Teil die Wendung zum Sozialismus erst recht spät gemacht hat, wenn er sie schon gemacht hat.

gewesen sind (Zustimmung), woraus sich ergeben hat, daß bei nahe ebensoviel gewählt werden mußten, als sozialdemokratische Wähler vorhanden waren, die anderen aber über Bergewaltshymna geschrien haben, weil man Bürgerlichen zumite, sozialdemokratisch zu wählen, dann würden Sie die Schwierigkeiten ermessen. Deshalb haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, es hat die Berechnung der Zahl der zu besetzenden Mandate bei allen drei Wählergruppen auf Grund der Zahl der Arbeiterratswähler zu erfolgen, die sich an der Abstimmung beteiligen. Von jedem, der im Arbeiterrat vertreten sein will, kann man doch verlangen, daß er wenigstens die Ueberzeugungsbekundung ausbringt, einmal zu einer Wahl zu gehen.

(Lebhafte Zustimmung.) Wir sagen uns, daß derjenige, der es nicht der Mühe wert findet, zu einer Wahl für den Arbeiterrat zu gehen, nicht das Interesse und nicht die Verantwortlichkeit hat, im Arbeiterrat vertreten zu sein und seinen Einfluß gegenüber den anderen Arbeiterkategorien geltend zu machen. Es handelt sich auch um verschiedene Branchen. Bei den Metallarbeitern zum Beispiel wird es mit gar keinen Schwierigkeiten verbunden sein, daß die Wahl in den Betrieben ordentlich durchgeführt wird. Es wird hingegen in anderen Betrieben, wo der Indifferentismus noch vorherrscht, nicht so gut gehen. Es ist nicht unauffällig, daß es insbesondere geistige Arbeiter sind, die hier mit solcher Behemung dafür eintreten, daß man das alte Verfahren beibehält und die Zahl der Mandate nach den Beschäftigten berechnet. Bei der Einzelberatung über den Wahlschlüssel werden wir den Bedürfnissen der kleineren Bezirke entgegenkommen, aber vorläufig muß die Sache einheitlich gemacht werden: entweder nach der Zahl der Wahlteilnehmer oder nach der Zahl der im Betrieb Beschäftigten.

Bei der Abstimmung wird Punkt 8 in der Fassung des Reichsvollzugsausschusses mit 68 gegen 64 Stimmen abgelehnt. (Beifall bei den Kommunisten und einem Teile der Sozialdemokraten.)

Ein Antrag, diesen Beschluß zu revidieren, bleibt in der Minorität. (Erneuter lebhafter Beifall bei den Kommunisten; Zwischenrufe.) Es wird nun auf Antrag von Krons (Floridsdorf) einstimmig beschlossen, eine Statutenkommission einzusetzen.

Nun wird in den nächsten Punkt der Tagesordnung eingegangen:

Die Aufgaben der Arbeiterräte und die politische Lage.

Berichtersteller Dr. Friedrich Adler:

Das eine Hauptproblem, das uns fortwährend beschäftigt hat, und das auch in dieser Konferenz zum Ausdruck gekommen ist, ist der Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten, also die Frage der

Einschätzung der historischen Situation.

Der Stuttgarter Internationale Kongreß vom Jahre 1907 hat bekanntlich zur Kriegesfrage Stellung genommen und seine Stellungnahme in der bekannten Resolution dargelegt, in der schon damals die zwei Seiten, die unter diesem Namen, zur Geltung gekommen sind. Der erste Teil dieser Resolution spricht aus, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern alles aufbieten muß, um gegen die Kriegshege zu demonstrieren; der zweite Teil handelt davon, was zu geschehen hat, wenn die Verhütung eines Krieges nicht gelingt und der Krieg dennoch ausbricht. Dann sind uns zwei Aufgaben gestellt: einerseits für die rasche Beendigung des Krieges zu sorgen, andererseits den Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen dazu zu benützen, um die Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beschleunigen. Die Politik jener Genossen, die auf dem Boden der Internationalen auch während des Krieges stehen geblieben sind, war nun vertrieben, je nachdem, auf welche dieser Aufgaben das Hauptgewicht gelegt worden ist. Während die Bestrebungen der im wesentlichen heute als sozialdemokratisch bezeichneten Richtung darauf abzielten, auf eine rasche Beendigung des Krieges hinzuwirken, haben die anderen Gruppen vor allem die Konsequenzen aus dem Krieg zu ziehen gesucht. Diese Anschauung bildet gegenwärtig die Erkenntnisgrundlage der Kommunisten.

Wir dieser Stuttgarter Fassung sind wir alle einverstanden und wir glauben, die Konsequenzen ziehen zu können. Der Unterschied in der Grundanschauung der historischen Situation ist aber der, daß die Kommunisten fest überzeugt sind, wie es in Rußland und Ungarn der Fall ist, daß es keine Erholung des Kapitalismus geben könne und der große Zusammenbruch unvermeidlich sei. Aber wir Sozialdemokraten sind gewohnt, die Dinge in ihrer ökonomischen Bedingtheit zu unteruchen. Wir waren der Meinung, daß unbedingt und unmittelbar der Kapitalismus sich nicht mehr werde erholen können, daß es aber von den politischen und ökonomischen Umständen in den verschiedenen Ländern abhängt, wie sich die Welt gegenwärtig gestalten wird. Die Kommunisten glauben, es komme nur auf den Willen an. Der Mechanismus dieser ökonomischen Struktur, dieses Schiedes der ökonomischen Kräfte gegeneinander ist aber keineswegs so, daß man ein und die selbe sagen kann: Nun kommt es zu dem und dem Resultat.

Wir mußten in diesen sieben Monaten seit dem Zusammenbruch immer wieder die ganze Situation durchdenken, mußten immer wieder die ganze internationale Lage erfassen, um zu sehen,

welche Entwicklungstendenzen

vorhanden sind und welche Möglichkeiten sich für das Proletariat eröffnen. Da ist es nun sehr wesentlich und entscheidend, wie man die Dinge ökonomisch beurteilt. Wir können uns nicht festlegen auf einen Glaubenssatz, weil wir alle wünschen, daß es heute so sein muß, daß der Kapitalismus nie mehr in die Lage komme, die Herrschaft über die Welt anzutreten. Wir Sozialdemokraten sagen: Trotzdem es unser Wunsch wäre, können wir doch nicht über die Tatsachen hinweggehen.

Wenn gestern in der Kommunistenversammlung vor dem Klatsche gesagt worden ist, die Sozialisten der Entente-Länder warten nur darauf, daß sie von Wien das Signal zu ihrer Erhebung bekommen, so können wir denn doch nicht sagen, daß sich die Dinge in so primitiver Form vollziehen. Wir sind schon der Meinung, daß in den Entente-Ländern der Sieg ein Erfrachten der sozialistischen Bewegung zur Folge haben wird, aber es kommt immer darauf an, welcher Zeitspanne es bedarf, wann diese Erhebung stattfindet, und es ist sehr gut möglich, daß sich in den siegreichen Ländern eine Entwicklung vollzieht, die viel mehr der Entwicklung in Deutschland nach dem Siege vom Jahre 1871 gleichen wird, ein mächtiger, schrittweiser Aufstieg der sozialistischen Arbeiterklasse, als daß er ähnlich sein würde der Bergewaltshymnen, dem plötzlichen Aufmarsch der proletarischen Macht in den besiegten Ländern. Wenn wir vom proletarischen Standpunkt aus gewissenhafte Politik machen wollen, müssen wir die verschiedenen Möglichkeiten ins Auge fassen. Unter diesen Möglichkeiten ist das, was die Kommunisten annehmen.

nur eine der Möglichkeiten und nicht die ökonomische Notwendigkeit.

Das ist die Grundlage der Schwierigkeiten, in denen wir uns insbesondere in Deutschösterreich befinden, das ist der Angelpunkt in der verschiedenen Beurteilung der politischen Lage. Nun ist man gewohnt, den Sozialdemokraten einfach zu sagen: Ihr seid Vertreter an den Prinzipien, weil ihr nicht den Wunderglauben habt, den wir haben. Nun habe ich wenigstens oft gesagt: Es hat tatsächlich in Deutschösterreich seit dem Umsturz im Oktober keinen Moment gegeben, wo es dem Proletariat nicht möglich gewesen wäre, die Macht zu ergreifen. An der Möglichkeit der Errichtung einer sozialistischen Herrschaft habe ich niemals gezweifelt und es haben dies auch nicht jene Genossen, die man als die rechtsstehenden in der Partei bezeichnet, getan. Aber die Frage, die für den ernsthaften und gewissenhaften Vertreter proletarischer Interessen aufgetaucht ist, war nicht nur die, ob die Möglichkeit besteht, die Macht zu ergreifen, sondern vor allem, ob es im Interesse des Proletariats gelegen ist, unter diesen bestimmten historischen Bedingungen die Macht tatsächlich zu ergreifen. Denn es kommt nicht nur darauf an, daß man die Macht ergreift, sondern vor allem auch darauf, wie lange man die Macht zu behaupten in der Lage ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man kann dies machen, wie man es in München gemacht hat; man kann es auch vernünftiger machen und trotzdem kann es scheitern. Wenn wir also einen derartigen Schritt einmal machen müssen und wir als sozialistisches Proletariat, durch die Umstände gebrängt, in Deutschösterreich die Macht in die Hand nehmen müßten, dann werden wir es nicht tun in dem Bewußtsein,

eine Episode sozialistischer Herrschaft

herbeizuführen, sondern wir werden es tun, wenn wir wissen, daß es historisch möglich und für das Proletariat in Deutschösterreich zweckentsprechend ist (Zustimmung.)

Deshalb sind wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt geblieben, daß es uns viel lieber gewesen wäre, wenn wir während dieser ganzen Zeit und auch noch in diesem schönen Monat Juli, wo der Friede geschlossen wird, an der Regierung überhaupt nicht beteiligt wären, sondern wenn jene die Verantwortung während dieser ganzen Periode, die der Niederlage gefolgt ist, übernommen hätten, die die Schuld an der Lage gehabt haben, wenn jene das auch ausgestellt hätten, was sie dem Volke in Deutschösterreich eingebracht haben. (Lebhafte Beifall.) Wir waren der Meinung, daß wir unter diesen Umständen nichts fehnlicher zu wünschen hätten, als daß eine bürgerliche Regierung diese Verantwortung allein trägt. Aber das Bürgertum war im November und auch noch früher in einer derartigen Lage, daß es sich vor der Macht gefürchtet hat und alles lieber getan hätte, als in diesem Staat die Verantwortung allein zu übernehmen. So ist wir dies zu erkennen gegeben haben, entstand die Herrschaft im Bürgertum.

Das Bürgertum wollte nicht herrschen.

Das heißt es, daß es in Österreich so weit heruntergekommen ist, daß es in der gegenwärtigen Zeit nicht herrschen kann. (Zustimmung.) Nur behindern wir uns in der schwierigen Lage, daß das Bürgertum nicht herrschen will und nicht herrschen kann, das Proletariat aber, wenn es die Herrschaft übernehmen würde, auch nicht auf die Dauer herrschen könnte oder wenigstens während dieser Zeit des Ueberganges unbedingt eine politische Niederlage erleiden würde.

Wenn das gegenwärtige Regime insbesondere von den Kommunisten einer so strengen Kritik unterzogen wurde, so ist daran zum größten Teil schuld, daß wir fünf Jahre im Kriege gelebt haben und daß dieser Staat eine Niederlage erlitten hat wie kein anderer, die ihn ökonomisch unmöglich gemacht hat. Die Schuld liegt nicht an dem politischen Regierungssystem in Deutschösterreich, es wird sich daran nichts reformieren lassen, ob wir eine Rätereignung, eine Koalitionsregierung oder eine bürgerliche Regierung haben. Nicht um Verfassungsfragen handelt es sich, nicht einmal um Herrschaftsfragen, sondern um die rein ökonomische Not, die der Krieg und die Niederlage hervorgerufen haben. Und ich erkläre offen, jeder, der dem Proletariat sagen wird, es wird besser sein, wenn das Proletariat heute die Herrschaft im Staate ergreift, der

betriegt, sich selbst oder betriegt andere.

(Zustimmung.) Im Gegenteil, wenn wir heute, durch irgend welche Umstände gezwungen, in die Lage kämen, die Herrschaft zu ergreifen zu müssen, dann müßte es in der ersten Rundgebung, die das Proletariat erlassen müßte, heißen: Glaub nicht, daß es besser wird, wenn wir jetzt zur Herrschaft kommen. Glaub nicht, daß in einem Moment des wirtschaftlichen Debacles es möglich ist, wirkliche entscheidende Veränderungen in der Not des Volkes herbeizuführen. Diejenigen, die die Geschichte verfolgt und gesehen haben, was in Rußland, was in Ungarn ist, wissen, daß es nicht besser werden konnte, weil die wirtschaftlichen Bedingungen nicht vorhanden waren. Es kann sein, daß man eine Herrschaft übernehmen muß, aber man muß sie in dem Bewußtsein übernehmen, daß von dem Proletariat weitere Opfer werden gefordert werden müssen, daß nicht nur die Not länger werden kann, sondern daß auch die Schrecken des Krieges wieder kommen können. (Zustimmung.)

Deshalb läßt sich das Problem nicht in dieser Primitivität, wie es gewöhnlich von den Kommunisten dargeboten wird, behandeln, sondern es muß in allen seinen Konsequenzen durchgearbeitet und durchgedacht werden. Die Schwierigkeiten bei der Uebernahme der Herrschaft durch das Proletariat sind zweierlei Art, Schwierigkeiten, die wir in allen Ländern gesehen haben, wo es zur Rätediktatur gekommen ist. Die eine liegt in der Ernährungsfrage. Man kann uns leichter aushungern als jedes andere Land. Ich gehe auf dieses Argument nicht näher ein, weil es Gemeingut aller ist, die sich mit Politik befassen. Wir wissen, daß in Budapest heute die Ernährungsverhältnisse bereits schlechter sind als in Wien. (Aufse bei den Kommunisten: Für die Bourgeoisie! Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur für die Bourgeoisie, sondern ebenso auch für das Proletariat. Die Genossen von der anderen Seite werden uns ja ihren Standpunkt darlegen, daß dort das Eldorado ist. Ich verlasse mich dabei auf die Informationen, die ich für richtig halte, und verlasse mich nicht auf die Informationen, die von denen kommen, die uns vor ein paar Monaten eingeredet haben, sie können auch Deutschösterreich miternähren, wenn wir uns ihnen anschließen. (Lebhafte Beifall und Händelachen bei den Sozialdemokraten.) Diegen kommen die Kriegsgefahr, die bezüglich der Tscheden sofort besteht, und die Schwierigkeiten unserer Verteidigung, die viel größer sind als in Ungarn.

Auf ein Problem müssen wir deutlich eingehen. In allen Ländern, wo das Proletariat die Herrschaft an sich gerissen hat, war eine

Berrüttung des Staatsgefüges die nächste Folge.

weil die Klaffungeliederung in verschiedenen Landesanteilen verschieden ist. Als die Bolschewiki in Rußland zur Herrschaft gekommen sind, traten die Bespaltungstendenzen in den verschiedenen Landesanteile hervor; es ist Terrain in Rußland, es ist auch Terrain in Ungarn verlorengegangen. Es ist ja selbstverständlich, wenn das Proletariat zur Herrschaft kommt, wendet sich der Landesteil, wo das Bürger-

tum oder Bürgertum entscheidenden Einfluß haben, naturgemäß gegen diejenigen Landesteile, wo das Proletariat herrscht. Wir brauchen nur nach Deutschland zu blicken. In dem Moment, wo in den großen Industriezentren die Proletarierherrschaft erklärt worden ist, traten sofort zentrifugale Tendenzen hervor. Diese Gefahr ist also in allen Ländern vorhanden. In Deutschösterreich bedeutet diese Tendenz aber viel mehr als in allen anderen Ländern. Wir sind ein ganz kleiner Staat und diese Tendenzen treten auch heute schon, wo wir hier nur den Kongreß halten, so stark hervor, daß die Länder erklären, wir

wollen von Wien nichts wissen.

Wenn wir heute nach dem Wunsche der Kommunisten eine Rätereignis errichten würden, wäre die Folge, daß sie tatsächlich in Wien und in einer Reihe von Industriebezirken Niederösterreichs proklamiert werden könnte, daß aber nicht ein sozialistisch-proletarisches Deutschösterreich, sondern eine etwas vergrößerte kommunistische Republik wäre herauskäme. Die Grenze dieser sozialistischen Republik wäre nicht sehr weit von Hütteldorf nach Wien. Das ist das Entscheidende und darüber müssen wir uns klar sein.

Andererseits dürfen wir darüber nicht im unklaren sein, daß die Landespolitik, die das Bürgertum und Bauerntum macht, zum Teile auch in den Ländern von den proletarischen Vertretern etwas begünstigt wird. (Zustimmung.) Diese Seite des Problems wollen wir nicht außeracht lassen. Die Reichskonferenz der Arbeiterräte ist wohl der Ort, wo man deutlich erklären muß: Die Politik, die auf eine Separation der Länder ausgeht, ist keine Politik, die im Interesse des Proletariats gelegen ist. Es ist ja Tatsache, daß durch die Absperrung der Länder von Wien, zum Beispiel Oberösterreich, auch für das dortige Proletariat etwas besser geforgt werden kann und daß die Arbeiterräte eine gewisse Popularität auch in anderen Schichten der Gesellschaft erlangen können. Wenn es ein Land zustande gebracht hat, bereits einen Ausbruch auf Holz gegenüber dem übrigen Deutschösterreich einzuführen (Hört! Hört!), so sind das Separationsbestrebungen, die gewiß nicht im Interesse des Proletariats liegen. (Zustimmung.) Wir müssen fordern, daß die Genossen von den Arbeiterräten eine Politik im Interesse des gesamten Proletariats machen. Sozialistische Politik kann nicht damit anfangen, daß man für irgend einen kleinen Kreis sorgt, sondern

erst kommt der Blick auf das Ganze.

(Zustimmung.) Da ist es notwendig, auch ein Wort über die Sozialisierung zu sagen. Die Schwierigkeiten, die sich bei der praktischen Durchführung der Sozialisierungsaktion ergeben haben, beruhen zum guten Teil auf den Interessen der Länder. Auch hier haben wir das Interesse auszuführen, daß sozialisiert wird für das Proletariat des ganzen Staates und nicht für einzelne Gruppen. Der einzige Bezirk Deutschösterreichs an Naturrischen zum Beispiel ist der Erzberg in Steiermark. Die Alpine Montanogesellschaft, der der Erzberg gehört, ist das naturgegebene Objekt für die Sozialisierungsaktion und es ist auch an der Spitze des Sozialisierungsprogramms. Wenn nun diese Sozialisierung in Angriff genommen werden soll, hören wir aus Steiermark sagen: Ja, sozialisiert werden, aber für Steiermark wird das sozialisiert. (Hört! Hört!) Das sind Gesichtspunkte, die nicht mehr sozialistisch sind. Da wollen wir auch ganz klar aussprechen: Der proletarische Kernpunkt des Staates ist die Stadt Wien, die eine proletarische Mehrheit hat, sind die Industriezentren. Und wenn die Genossen in den Ländern nicht eine gemeinsame Politik machen wollen mit den Industriezentren, sondern eine Politik gemeinsam mit den Ländern, so ist das eine Politik, die vielleicht für den Moment keine Vorteile schaffen mag, es ist aber eine Politik, die nicht sozialistisch ist und die der sozialistischen Entwicklung und dem Proletariat in Deutschösterreich schadet.

Nun ein paar Worte zu den Aufgaben der Arbeiterräte. Wir befinden uns in einer fortgeschrittenen revolutionären Entwicklung und müssen uns ganz darüber sein, daß einem jeden Entwicklungsstadium ganz besondere Formen und Möglichkeiten eigen sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, den Genosse Zambler, der den Kommunisten sonst ziemlich nahesteht, in einem Artikel im "Kampf" entwickelt hat, indem er auseinandersetzt, daß eine sogenannte

Verankerung der Arbeiterräte

in der Verfassung, wie man es in Deutschland genannt hat, für uns nicht erwünscht sein kann. Es wäre unpraktisch, die Arbeiterräte jetzt als eine Art zweite Kammer anzuerkennen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir uns von niemandem unsere Rechte als Arbeiterräte beschließen lassen können und bestätigen lassen sollen, sondern daß wir auf dem Boden unserer Autonomie als Arbeiterräte verharren sollen, daß wir jeweils nach der historischen Lage die Möglichkeiten haben sollen, auch die Rechte zu nehmen, die wir im entscheidenden Moment für zweckmäßig halten. Wir legen uns vorläufig weder positiv noch negativ fest. Das ist unter den gegenwärtigen Umständen die einzig zweckentsprechende Politik.

Wenn die Kommunisten das Parlament und den Senat, den Arbeiterrat, einander gegenüberstellen, vermissen sie die Hauptsache, um die es sich handelt, daß nämlich alle diese Institutionen, die sie als bürgerlich-demokratisch bezeichnen, in Klassen gespalten sind. Die Kommunisten können die Regierung des Klassenkampfes, das Ueberleben des Klassenkampfes immer wieder in den Vordergrund stellen, weil sie die Schwierigkeit der Situation ihren Zuhörern nicht zum Bewußtsein bringen. Sie operieren mit dem Begriff der

Koalition

und sagen nun einfach: Im Parlament gibt es ja keinen Klassenkampf, sondern eine Klassenkoalition, eine Verbrüderung der Klassen. Das ist eine bössartige Entstellung der Tatsachen und ich scheue nicht, zu sagen, daß es ein Mittel der Demagogie ist, das zu behaupten. Die Koalition bedingt es keineswegs, daß der Klassenkampf nicht besteht, sondern nur, daß er sich in anderer Form abspielt als vielleicht früher in einem Parlament. Die Sozialdemokraten wünschen nicht eine Koalition aus Vorliebe für die Klassenverbrüderung, sondern um eine Möglichkeit zu schaffen, über gewisse Schwierigkeiten der Situation in irgend einer Form hinwegzukommen. Das Bürgertum wollte mit den Bauern gemeinsam absolut nicht eine bürgerliche Regierung bilden und es war daher nötig, eine Form zu schaffen, in der das Maximum proletarischer Forderungen zum Durchbruch kommen kann. Dieses Maximum ist nicht alles, was wir wünschen, es ist nicht sehr erheblich, auch darüber täuschen wir uns nicht, aber wir müssen doch sagen, daß es durch sieben Monate gelungen ist, die Gefahr einer Konterrevolution in Deutschösterreich auf ein Minimum zu reduzieren. Jedes andere System wäre ohne jeden Erfolg für das Proletariat längst zusammengebrochen, sowohl ein rein bürgerliches wie ein rein proletarisches. Es ist eine Rinderei, wenn man den Sozialdemokraten nachsagt, daß sie an der Koalition mit einer bürgerlichen Gruppe ein besonderes Vergnügen hätten. Es ist nur eine

bittere Notwendigkeit.

ber die Sozialdemokraten folgen. Lenin hat in den letzten Monaten einmal gesagt: Wenn es sich um die Sache des

3./VII. 1919

22

3

Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs.

Eine Rede des Staatssekretärs Dr. Otto Bauer.

Budapest, 2. Juli.

Heute, am dritten Tage der Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs, griff der Staatssekretär für Äußeres Dr. Otto Bauer mit einer längeren Rede in die Debatte ein. Er versuchte, die zahlreichen berechtigten Angriffe zu widerlegen, die durch die kommunistischen Mitglieder der Reichskonferenz gegen die schwankende, von allem eher als vom sozialistischen Geist geleitete auswärtige Politik der deutschösterreichischen Republik gerichtet worden waren. Otto Bauer gehörte lange Zeit hindurch dem revolutionärsten Flügel der österreichischen Sozialdemokraten an. Er genoss auch die Gastfreundschaft der russischen Käteregierung und kehrte in zweifellos revolutionärer Stimmung in seine Heimat zurück. Es scheint nun, daß er mit dem Himmelsgewölbe auch seinen revolutionären Sinn verändert hat, denn er ließ sich bei dem Novemberumsturz von den Sozialpatrioten seized und Menner vollständig ins Schlepptau nehmen und willig, ja hastig stimmte er zu, die Leitung der auswärtigen Politik in einem Kabinett zu übernehmen, in dem nicht nur Bürgerlich-Freiwirtschaftler, sondern die reaktionärsten Elemente Oesterreichs saßen. In kürzester Zeit eignete er sich alle diplomatischen Finten und Bisten seiner Vorgänger in den alten Sälen des Ballhausplatzes an. Ungarn

DYD

Bureau: J. Blockner, H. Laksmann, W. P. Hagg, Julius & Co., Gen. Leopold, Ant. Rozzi, Rudolf Wasse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegg, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: H. Dukas Nachfolger A.-B. Wien, Wollzeile 3. — Auch alle anderen renommirten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd.
Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 30 Heller, Abendblatt 20 Heller.
Morgenblatt auf den Bahnhöfen 30 Heller. Redaktion und Administration: V. Maria Valerius-stra. 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

9

Nr. 153

gegenüber nahm er stets eine reservierte Stellung ein, die sogar um einen Grad kühler wurde, als das ungarische Proletariat die Herrschaft an sich riß und die Räterepublik proklamierte. Die Magenfrage wurde zur obersten Staatsräson und die Frage der Lebensmittelfzufuhr drängte alle, auch die heiligsten Prinzipien des Sozialismus in den Hintergrund. Der sozialdemokratische Minister des Äußeren drückte so beide Augen gegenüber der in allen Hotels, Straßen und Plätzen der Inneren Stadt offen betriebenen ungarischen Gegenrevolution zu, da er wohl wußte, daß die Entente diese gegenrevolutionären Elemente mit Geld und guten Worten unterstützte. Der menschliche Ueberfall auf die ungarische Gesandtschaft, der versuchte bewaffnete Einbruch auf westungarisches Gebiet, die Auslieferung Axelrods an die Münchener Ordnungsbestien, die Entsendung eines Herrn Dr. Beer als Experten der österreichischen Delegation für Bestungarn sind Ereignisse, die alle rechtzeitig zu verhindern gewesen wären, wenn der gute Wille nicht gefehlt hätte. Nach außen spielt Deutschösterreich den Kranken und Konvaleszenten. Und für Konvaleszenten bleibt's, wie Grillparzer sagt: „bei der Regel, der alten, sie müssen sich recht ruhig verhalten“. Otto Bauer ist unschuldig an allen diesen Dingen, so behauptet er es wenigstens in seiner heutigen Rede. Er hat telegraphisch den Tiroler Behörden verboten, Axelrod an Bayern auszuliefern. Das Telegramm kam aber zu spät. Wertwürdigerweise kommen alle derartigen Telegramme zu spät. Auch das Telegramm Scheidemanns traf erst in München ein, nachdem der Kommunistenführer Lewienn hingerichtet worden war.

Auf noch schwächeren Füßen stehen die Argumente des Staatssekretärs für Auswärtiges, die sich auf die ungarischen Fragen beziehen. Dr. Beer, so sagte Bauer, sei kein Delegierter, sondern nur ein von den Delegierten nach Paris mitgenommener Experte für Deutschösterreich. Die Entsendung Dr. Beers sei kein Kapitalverbrechen gewesen, zumal er schon wieder in Wien eingetroffen sei. Das ist wohllich argumentatio ad hominem, würdig Otto Bauers, der zweifellos zu den scharfsinnigsten Köpfen des doktrinären Sozialismus in Oesterreich gehört. Er stellt selbstverständlich auch jede Annexionsabsicht auf ungarisches Gebiet entschieden in Abrede, gibt aber zu, daß eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs entscheiden möge. Diese sophistische Beweisführung setzt er auch im weiteren Verlaufe seiner Rede fort, wo er vom Kommunismus und den Kommunisten spricht. Er, der Jahrzehnte lang als krasser Theoretiker und reiner Idealist verschrien war, entpuppt sich nun plötzlich als Realpolitiker erster Güte. Mit Emphase ruft er aus, man müsse mit den Machtverhältnissen rechnen, man müsse prüfen, ob man stark genug sei, dem Willen der Entente sich entgegenzustellen. Da nun von Oesterreich beim besten Willen nicht gesagt werden kann, daß es stark sei, müsse man klein nachgeben. Mit dem Hinweis auf dieses Argument gibt er das Lösungswort, das einige Zeitlang zur Beruhigung der deutschösterreichischen Gemüter in die Welt geworfen wurde, den Anschluß an Deutschland, ebenso preis wie den fundamentalen Satz des Marxismus von der

imperialistische Zwecke zur Verdrängung von proletarischen Republiken geführt werden, ferner dagegen, daß Gegenrevolutionäre auf die Murinsel geschmuggelt werden, und zwar mit Passierscheinen, die von der Wiener Polizeidirektion — ich weiß es nicht, ob sie gefälscht sind — ausgegeben wurden.

Zum Schluß seiner Ausführungen bringt Redner eine Erklärung seiner Partei zur Verlesung, in der die Errichtung der Räterepublik in Deutsch-Österreich gefordert und begründet wird. (Beifall bei den Kommunisten, Zustimmungsfundgebungen von der Galerie. (U. L. A. B.)

Wir haben hier zunächst wenig zu suchen, wir müssen mit den Massen selbst reden, nicht um sie Ihnen abtrünnig zu machen. Denn wir wissen sehr wohl, daß die Leute, auch wenn sie nicht ganz mit Ihnen einverstanden sind, Ihnen die Treue halten. Aber wir müssen ihnen klarlegen, daß das, was jetzt gemacht wird, eine falsche Politik ist. Der Arbeiterrat Innere Stadt hat einen Protest gegen die Arbeiter-Zeitung und gegen die Tätigkeit des Kreisarbeiterrates ausgesprochen und beschlossen, daß dieser Protest veröffentlicht werden soll. Bis heute ist dieser Protest tatsächlich nicht erschienen. (Der Bericht ist im Abendblatt der Arbeiter-Zeitung, das bekanntlich zu diesen Berichten beruhen ist, am Mittwoch erschienen! Red.) Der „Abend“, der wirklich kein bürgerliches und kein kapitalistisches Blatt ist, ist das einzige Blatt, das sich für uns eingesetzt hat. Das, was namentlich von Ihren Blättern an falschen Nachrichten über die Verhältnisse in Ungarn und in Rußland verbreitet wird, übersteigt beinahe das Maß der Verheerung in den bürgerlichen Zeitungen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Redner beantragt schließlich eine Solidaritätsresolution mit allen Märtyrern des Proletariats (Mosa Luzemburg, Karl Liebknecht und Eugen Levine), den zahllosen Unbelannten, die von verketteten Kasse-Banden in allen Ecken Deutschlands niedergemetzelt wurden, und mit den revolutionären deutschen Arbeitern. Dann wird „den an der Seite des tschechischen revolutionären Proletariats im Kampfe gegen den Fremden wie den heimischen Imperialismus verharrenden deutschen Arbeitern im tschechisch-slovakischen Staate“ die herzlichste Sympathie ausgesprochen.

Arbeiter (Wien):

Wenn wir jetzt die Räterepublik ausriefen, so würde unsere Macht nicht über Wiener-Neustadt und St. Pölten hinausreichen. (Zustimmung.) Eine Minorität behauptet nun, sie beurteile die Situation besser als die Majorität, und verlangt, die Mehrheit solle sich ihrer Ansicht unterwerfen. Aber gerade von den führenden Männern der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ist nicht ein einziger bei den Kommunisten zu finden. Die alten Parteigenossen, die wissen, mit wieviel Mühe und Arbeit, Opferwilligkeit und Blage die Deutung des Proletariats zu seiner heutigen Bedeutung und Stellung zumege gebracht wurde, fragen sich heute, ob es illog, ob es im Interesse der Partei und ob es vor allem sozialistisch ist, heute wegen eines Schlagwortes alles auf Spiel zu setzen, was schon erreicht wurde. Die kommunistische Partei besteht erst seit kurzem, hat keine Vergangenheit und hatte keine Gelegenheit, politische Arbeit zu leisten. Ihre Arbeit besteht heute in der Kritik in der Regierung. Wir haben schon dreißig Jahre positiver und erspriechlicher Arbeit hinter uns, wir haben machtvolle Gewerkschaften, eine konsumgenossenschaftliche und eine starke politische Organisation. Das ist allerdings keine revolutionäre Arbeit im Sinne der Kommunisten, denn man hat keinen Putsch vorbereitet, aber man hat Tausenden von Arbeitern und Angestelltenfamilien ermöglicht, bei einem höheren Einkommen weniger zu hungern, und das ist schon etwas wert. (Lebhafter Beifall.) Wir können uns eben nicht auf eine Desperatopolitik einlassen. Wir lassen uns durch eine Minorität nicht in eine revolutionäre Romantik hineindrängen, die für das Proletariat verderblich sein kann. Wenn die Kommunisten meinen, daß sie uns mit ihrer Kampfesweise zu ihrer Taktik bewegen werden, so täuschen sie sich.

Sie sagen immer, wir „schimpfen“ über die Kommunisten. Ich lade die Kommunisten ein, welche Nummer der „Sozialen Revolution“ immer zur Hand zu nehmen und zu studieren. Sie werden gegen den Kapitalismus schon sehr wenig finden. (Rufe: Sehr gut!) Dafür unter allen möglichen Titeln so viele Beschimpfungen gegen die sozialdemokratische Partei, daß man, wenn man den Kopf des Blattes nicht vorher liest und nicht weiß, woher das kommt, sich sagen möchte: das ist ein Blatt der Reaktion und nicht einer Partei, die sich auch sozialistisch nennt. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit einer solchen Kampfmethode leistet man nur der Reaktion einen Dienst. Im Hase gegen das Proletariat, gegen seine jetzigen Bestrebungen und gegen die von ihm nach der Revolution erzielten Errungenschaften

treffen sich die Kommunisten mit den Reaktionen und ich weiß nicht, wie viele Elemente heute schon unter dem Titel „Kommunisten“ über die sozialdemokratische Partei schimpfen, weil sie wissen, daß sie nur als Kommunisten schimpfen dürfen. In Wirklichkeit aber sind es Erzkommunisten. (Stürmischer Beifall.) Wir haben ja hier im Saale einen Fall erlebt. Da hat Dr. Frey einem Zwischenrufer von der Galerie geantwortet. Der Zwischenrufer ist von der Volkswehr hinausgeschmissen worden, weil er ein Polizeispitzel war, und heute macht er kommunistische Zwischenrufe. (Lebhafte Rufe: Hört-Rufe!) Sie geben selbst jedem minderwertigen Subjekt den Deckmantel für seine Beschimpfungen der Republik und des Proletariats! Wir haben innerhalb der Partei immer Kritik gehabt, wir sind bei dieser Kritik groß geworden. Aber Absperrungen und Anfeindungen, wie wir sie jetzt erleben, hat es nie gegeben, weil das Proletariat instinktiv fühlt, es dient, wenn es uneinig ist, nur dem Kapitalismus und der Reaktion. Wem sollen denn die Arbeiter vertrauen, wenn nicht dem, der dreißig Jahre mit ihnen arbeitet? Sollen sie vielleicht einem Gehörshörten, der vor einem Jahre noch geblüht hat, daß er zur Partei gehört? (Lebhafte Zustimmung.) Die Kommunisten mögen mit dem Sprengen der Einheit aufhören und lieber mitarbeiten an dem Aufbau der Zukunft. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Sedlitzschek (St. Pölten):

Es ist falsch, zu glauben, daß alles von Wien aus gemacht werden kann. Der Bauer, der bei der vollen Schüssel sitzt, läßt sich vom städtischen Proletariat nicht diktiert. Aber nicht nur der konservative Bauer steht gegen uns, sondern auch die Bourgeoisie, die auf den Womm-lauert, uns in den Rücken fallen zu können. Da wären wohl bei der Taktik und Politik der Kommunisten eigentlich diejenigen die Opfer, für die wir seit Jahrzehnten kämpfen. Das wollen wir aber nicht und das werden wir mit allen Mitteln zu verhindern tragen. Wir haben während des Krieges und nach dem Kriege immer ehrliche Arbeiterpolitik gemacht. Wir in der Provinz fragen uns aber, wo waren denn die Kommunisten während des Krieges? Jetzt machen sie große Worte, aber mit ihren Taten schaut es schlecht aus. Durch ihre Putschtätigkeit haben die Kommunisten dem Proletariat nur Schaden zugefügt. Deshalb können wir sie nicht als diejenigen ansehen, die es mit dem Proletariat ehrlich meinen. Das Proletariat hat Vertrauen zu denen, die es bisher, auch in den schlechtesten Zeiten, geführt haben. Wir Sozialdemokraten werden um keines Daarcs Weisheit von dem Wege abzugehen brauchen, den wir bisher gegangen sind. Wir sind auf dem richtigen Wege. Die Kommunisten mögen erst lernen und Erfahrungen sammeln, dann müssen sie aus Erfahrung sprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mehr (Binz):

Wir wünschen aus tiefster Seele, es möge uns möglich sein, das Proletariat mit parlamentarischen Mitteln zu befreien, wir dürfen aber auch die andere Aufgabe nicht aus dem Auge lassen und müssen uns auch für die Stunde vorbereiten, wo das Proletariat gezwungen sein könnte, alle Macht in seine Hand zu nehmen. Das wirklich

revolutionäre Proletariat Oberösterreichs hat deshalb auch Vertrauen zu uns, zum Arbeiterrat und zur sozialdemokratischen Partei. Die Kommunisten stellen in Oberösterreich nur ein winziges Häuflein dar und trotz aller Agitation und aller Verleumdung der Sozialdemokratie, trotz aller Demagogie gelingt es ihnen nicht, ihre Reihen wesentlich zu stärken. Wir verurteilen die Taktik der feilschen Genossen, weil damit dem Proletariat nicht geholfen werden kann und weil es notwendig ist, mit den Kommunisten in ruhiger, sachlicher Weise als Proletariat gegen Proletariat den Kampf auszufechten, nicht aber als Proletariat in Gemeinschaft mit der Bourgeoisie gegen Proletariat vorzugehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die oberösterreichischen Sozialdemokraten würdigen den ungeheuren Wert der Parteiorganisation und sind bereit, jederzeit für die Interessen der Partei einzutreten. Wir können aber nie und nimmer mehr wirklich die große geschichtliche Stunde schlägt, wenn das Proletariat die gesamte Macht an sich reißen muß, das Interesse der Partei dem Interesse des Gesamtproletariats voranzustellen. Heilig ist uns die Parteiorganisation, aber ebenso heilig in der entscheidenden Stunde das Schicksal des gesamten arbeitenden Volkes. Kommt diese Stunde, müssen wir zum raschen Handeln greifen.

dann gibt es kein links und kein rechts,

dann gibt es nur eines: Mit aller Kraft, mit allem Willen einzutreten für die Befreiung des Proletariats! (Lebhafte allgemeiner Beifall.)

Die Oberösterreicher sind bei den Wienern einigermassen verpönt, weil diese der Meinung sind, wir unterstehen die separatistischen Bestrebungen und die Absperrrmaßnahmen der oberösterreichischen Bourgeoisie. Das ist eine arge Täuschung. Oberösterreich ist nicht mehr jenes gesegnete Land, wo Milch und Honig fließt. Auch wir haben in der letzten Zeit schon fleischlose Wochen und es gibt viele Industriebezirke, wo der nackte Hunger wütet und wo es genau so unterernährte Menschen gibt wie in Wien und den Industriebezirken Niederösterreichs. Der oberösterreichische Arbeiterrat und die Partei treten immer wieder dafür ein, daß aus Oberösterreich so viel als möglich nach Wien geschickt wird, und treten

mit den schärfsten Mitteln gegen die Absperrrabsichten

der Bourgeoisie auf, die ja zum großen Teil agitatorischen Gründen entpringen. Wir waren außerlande, schon zu einer Zeit, als wir noch etwas hatten, nach Wien zu liefern, weil unsere gesamten Ueberflüsse im Wege des Schleichhandels nach Wien gegangen sind. In Wiener Hotels und Vergnügungstätten war Fleisch und Fett aus Oberösterreich in Mengen vorhanden, während bei uns das Volk hungerte und wir nicht instande waren, Wien legal zu beliefern. Deshalb sind wir mit aller Schärfe gegen den Schleichhandel zu Felde gezogen. In dieser Hinsicht lebt in der Brust der oberösterreichischen Sozialdemokraten auch ein bißchen das Gefühl: „Los von Wien!“ Wir sind absolut für den Zentralschlus und würden uns mit der Abtrennung einzelner Länder nie einverstanden erklären. Aber wir müssen konstatieren, daß bei den Wiener Zentralschlüssen noch Korruption herrscht, die nicht nur der früheren Korruption gleichkommt, sondern zum Teil noch größer ist. Ich erwähne nur die Döles, an deren Spitze der frühere Leiter der Degez Leiberger, steht und das Warenverkehrsbiro. Wir in Oberösterreich mühten ihnen Holz als Kompensationsware zur Verfügung stellen, wir bekommen aber von den Kompensationsartikeln nichts und sehen außerdem, daß das wertvollste Kompensationsgut in einer Weise verwendet wird, die wohl einzelnen etwas bringt, der großen Masse des hungernden Volkes nichts. Wir haben eine Vertragsabschrift in Händen, aus der klar und deutlich hervorgeht, daß diese Zentralschlüsse nicht im Interesse des gesamten deutschösterreichischen Volkes arbeitet. Deshalb sichern wir Oberösterreicher uns auf diesem Gebiet eine gewisse Selbständigkeit. Wir sind weit entfernt davon, das Proletariat Wiens aushungern zu lassen; wir erklären nachdrücklich, daß wir mit aller Kraft dafür eintreten werden, daß Oberösterreich das Beste, was es geben könnte, dem hungernden Volke von Wien bringt. (Stürmischer Beifall.) Die Oberösterreicher sind dagegen, daß die Revolution von einer kleinen Minderheit dekretiert wird. Wir lassen uns eine Revolution nicht aufzwingen, die zum großen Teil nur gemacht wird, um dem Machtkrieg einzeln zu fröhnen, nicht aber deshalb, um das Proletariat zu befreien. Wenn die Stunde kommt, werden die Oberösterreicher auf dem Plane sein. Dann wird das gesamte Proletariat Oberösterreichs in einer einzigen Front bestehen und für die Freiheit kämpfen. (Lebhafte Beifall.)

Cerpow (Poale Zion):

Die Nationalversammlung ist nicht das geeignete Instrument, um die Revolution weiterzutreiben. Der Fluch jeder Koalition mit Bürgerlichen ist es, daß man die eigene Politik nicht streng verfolgen kann. Ich beantrage nicht die sofortige Proklamierung der Räterepublik, sondern will als höchstes Ziel die Uebernahme der gesamten wirtschaftlichen und politischen Macht. Darauf muß alles eingestellt werden und wir müssen schon heute so viel Macht an uns nehmen, als wir sofort übernehmen können.

Die Verhandlungen werden um 1 Uhr mittags unterbrochen und um 6 Uhr abends fortgesetzt. Nach 6 Uhr abends wird die Sitzung wieder aufgenommen und die Debatte fortgesetzt.

Dr. Frey:

Welche tatsächliche Voraussetzungen müssen unbedingt gegeben sein, damit wir mit Aussicht auf Erfolg eine Räterepublik in Deutschösterreich ausrufen können? Wenn wir Deutschösterreich mit seinen sechs Millionen Einwohnern, mit seiner Klassengliederung, mit seiner Verteilung der Bevölkerung ansehen, so mühen wir zu folgendem Schluß kommen: das Maximum an militärischer Kraft, das wir aus dem proletarischen Deutschösterreich unter den gegebenen Bedingungen schöpfen könnten, wäre zu schwach, um gleichzeitig einen Krieg nach außen und einen Bürgerkrieg zu führen. Daraus ergibt sich weiter die Folgerung: wir können an eine Ausrufung der Räterepublik nur dann schreiten, wenn die Gefahr eines äußeren Krieges absolet ausgeschlossen ist (Zustimmung), denn wenn wir keinen äußeren Krieg zu führen haben, dann brauchen wir auch keinen Bürgerkrieg zu fürchten, denn die militärische Kraft, die dem deutschösterreichischen Proletariat heute zur Verfügung steht, wird von allem Anfang an so stark sein, daß sie die Gegenrevolution auch schon im Aufstadium niederhalten kann. Aber selbst wenn diese Voraussetzung gegeben wäre, daß wir keinen Krieg zu fürchten haben, auch dann noch wäre der Entschluß, die Räterepublik auszurufen, sehr schwer zu fassen. Wir würden natürlich sofort eine rote Armee in einer entsprechenden Stärke mobilisieren. Diese könnten wir im Lande diskordieren und zur Aufrechterhaltung der proletarischen Ordnung denken. Das brächte gewisse Vorteile mit sich. Wir hätten mit einem Schlage die „Los von Wien!“-Geschichte erledigt. Auch in der Arbeitslosen- und in der Wohnungsfrage könnte so eine gewisse Erleichterung geschaffen werden. Der entscheidende Vorteil aber liegt auf dem Gebiet der Lebensmittelfürsorge. Wenn die Lebensmittel nicht in die Stadt zu den Menschen kommen, müssen die Menschen hinaus zu den

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte hielt heute vormittag und abend Sitzung. Nachmittags wurde wegen der Nationalversammlung, die auch die technischen Hilfsmittel der Konferenz benötigte, ausgekehrt. Die politische Debatte wurde heute zu Ende geführt und schloß mit der Annahme der von Max Adler und vom Referenten Friedrich Adler beantragten Resolutionen. Die eine ist ein Vertrauensvotum für die bisherige Politik des Vollzugsausschusses, dessen politische Richtlinien sie auch in Zukunft einzuhalten wünscht. Zugleich bestätigt sie auch die vom Wiener Kreisarbeiterrat gefassten Beschlüsse und erklärt sich mit der von ihm eingehaltenen Taktik einverstanden. Ausdrücklich erklärt sie auch, sich gegen jeden Versuch der Vergewaltigung des Proletariats durch kleine Minderheiten zur Wehr zu setzen.

Die andere Resolution befaßt sich mit der auswärtigen Politik und geht über die von den Kommunisten im Uebermaß eingebrachten Anträge zur Tagesordnung über. Die Kommunisten ließen alle Register ihrer Demagogie spielen, aber die vor Indifferenten so wirksamen Mittel versagten vor den altbewährten Vertretern des Proletariats ihre Wirkung und vermochten ihre Anträge auf Einführung der Räterepublik nicht zu retten. Die Abend Sitzung dauerte bis nach zehn Uhr.

Den Bericht über die Vormittagsitzung finden die Leser zum großen Teil in der Beilage. Wir setzen ihn nun hier fort. Nach Otto Bauer kam zu Wort

Wett (Wien):

Eine Annahme des Antrages der Kommunisten könnte nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß er von einer Volksschicht ausgeht, die mit den politischen Traditionen des Proletariats so eng verbunden ist, daß sie all das, was im Volke an proletarischem Empfinden ruht, richtig einschätzen weiß. Diese Fähigkeit fehlt den Kommunisten, weil ihre Stimmwachen in die proletarische Bewegung noch zu jung ist, weil sie die Feuerprobe noch nicht bestanden haben. Sie haben das proletarische Empfinden wohl in sich, sie haben es als proletarisches Empfinden ausleben zu können. In Wirklichkeit aber ist es nur ein instinktives Aufklappen dessen, was längst in ihnen gelebt hat, was sie aber aus politischer Untertanis bis jetzt nicht zu deuten mühten. Es war die politische Unzufriedenheit, die in ihnen steckte. Als die Revolution und damit die Möglichkeit kam, sich öffentlich politisch zu betätigen, glaubten sie auf einmal das Richtige in sich entdeckt zu haben und sie schnappten — um ein paar Zentimeter — über. Sie glauben nun ihr Werk nicht besser bezimmeln zu können, als daß sie uns ein System empfehlen, von dessen Gelingen sie selbst nicht abersagen können. Und bei all dem kann ich den Gedanken nicht loswerden, daß die Besungen zur Errichtung der Räterepublik von einer höheren Stelle aus kommen, die sagt:

Wenn ihr euch nicht bald rührt, dann werden wir die Geldsendungen einstellen.

(Zustimmung.) Wir Sozialdemokraten, die gewohnt sind, mit Zurückstellung eigener persönlicher Vorurteile zu arbeiten, wir lassen uns nicht zu einem Umsturz drängen, der von Leuten ausgehen soll, die dafür bezahlte Direktiven empfangen. Wir lehnen es ab, uns von kräftig hinausgeschleuderten Argumenten zu einer Tat verleiten zu lassen, die nicht nur dem deutschösterreichischen Proletariat, sondern dem Proletariat der ganzen Welt schwere Nachteile bereiten würde. Auch unser Tag wird kommen, aber den Tag werden wir selbst nach unseren Verhältnissen erkennen und nicht nach den Direktiven der kommunistischen Diktatur. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Frank (Wien, Kommunist):

Dr. Bauer hat erklärt, daß zwischen der Politik der Sozialdemokraten und der der Kommunisten eine gewisse Ähnlichkeit besteht. Ich habe den Mut, zu sagen, daß dies richtig ist. Die Ähnlichkeit liegt sowohl bei den Abenteurern als auch bei uns in der unbedingten Treue und unbedingten Hingebung an eine Sache. Dr. Bauer stellt sich auf den Standpunkt, daß derzeit die Errichtung einer Räterepublik nicht möglich ist, da wir zu schwach sind. Das geben wir zu. Aber wir sind zu schwach, nicht weil die Verhältnisse es nicht wollen, sondern weil sie es nicht wollen. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie wirklich die Masse anrufen wollten, dann wäre es schon jetzt möglich, alles durchzuführen. Die Arbeiter würden Ihnen sofort folgen. Gewiß folgen Ihnen die Arbeiter mehr als uns. Es war ausgeschlossen, daß bei uns sofort alle richtigen Leute an die richtigen Plätze kommen. Auch wir bedauern die Fehler, die bei uns geschehen sind. Wir verlangen aber auch, daß bei Ihnen mehr Verständnis Platz greife. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) In der Provinz scheinen „ei uns gewiß Fehler vorgekommen zu sein; aber wenn man anständig vorgeht, wird es niemals dazu kommen, daß Blut vergossen wird. Die Verhandlungen, wie sie bis jetzt hier geführt wurden, haben eine solche flau Stimmung und eine solche Temperamentslosigkeit gezeigt, daß wir, wenn die politische Debatte zuerst abgeführt worden wäre, uns hätten sagen müssen:

gefühl der Produzenten: Möge ihnen die Not des Volkes nicht gleichgültig bleiben, mögen sie dazu beitragen, unsere schwere Lage zu lindern und unseren Volksgenossen zu helfen! Hoffentlich wird es in Zukunft gelingen, das bisher fehlende Vertrauen zwischen Konsumenten und Produzenten zu stärken. Wir werden zu diesem Zwecke unsere Produzentenorganisationen ausbauen und mit den Konsumentenorganisationen in Geschäftsverbindung treten. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen und Sozialdemokraten.) Die Parasiten, die von der ehrlichen Arbeit anderer leben, müssen ausgegaltet werden. Das Lösungswort für die nächste Zeit muß sein:

Arbeit und Organisation!

Die Bauern sind bereit, in dieser Richtung alles zu tun, was möglich ist. Wir bitten aber die Sozialdemokraten, in ihren Reihen dahin zu wirken, daß keine Hege gegen die Landwirtschaft betrieben und daß nicht unvernünftige Forderungen an die Landwirtschaft gestellt werden. Die Sozialdemokraten mögen ihren Vertrauensmännern sagen, daß die Bauern gewillt sind, mit dem Abbau der Preise zu beginnen, sie mögen aber auch durch Aufklärung in ihren Reihen dazu beitragen, daß den Bauern die Maßnahmen ermöglicht werden, die zur Linderung der Not erforderlich sind. Der erste Schritt zur Freiheit ist durch das Gesetz gemacht, möge es zum Wohle und Heile unserer Volksgenossen dienen. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen und Sozialdemokraten.)

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Rug betont, daß der Gesetzentwurf, der nach wochenlangen Beratungen mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen und den Landesregierungen ausgearbeitet wurde, demnach das Ergebnis eines vollkommenen Einverständnisses mit sämtlichen Landesregierungen darstellt. Der Staatssekretär wendet sich gegen die Freigabe des Ueberkontingentes an Getreide für den freien Handel, da hiedurch eine Kontrolle des Schleichhandels mit Getreide unmöglich gemacht würde. Redner macht auf den Ernst der Situation aufmerksam, da infolge der nahezu gänzlichen Erschöpfung unserer Lebensmittelkredite bereits in den letzten Wochen nur mehr Getreide und Mehl von der Entente geliefert wurden und es noch nicht feststeht, ob und in welchem Umfang uns neue Kredite bewilligt werden, weshalb unsere Ernährungslage von Anfang August an neuerlich als kritisch bezeichnet werden müsse. (Beifall.)

Abg. Dr. Gimpl (Christlichsozial) beantragt, in § 5, Abs. 2, nach dem Worte „Veräußerung“ die Worte „von Roggen und Weizen“ einzusetzen.

Abg. Dösl (Sozialdemokrat) spricht sich für die Hebung der Leistungsfähigkeit der Produktion und gegen den Schleichhandel aus und beantragt in § 5, Absatz 2, eine Abänderung, wonach eine Veräußerung des Ueberkontingentes an Weizen, Roggen und Gerste an die landwirtschaftlichen Genossenschaften nach Abstellung der Bezirkskontingente zu erfolgen hat.

Generalsekretär pro Abg. Eisenhut (Christlichsozial) verweist darauf, daß die bäuerlichen Vertreter wohl der Anschauung waren, daß nach Aufhebung der Blockade die staatliche Bewirtschaftung aufhören solle. Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen dies jedoch noch nicht zu. Doch stellt die Kontingentierung eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem alten System dar. Soll aber das vorliegende Gesetz nach allen Richtungen hin seine gute Wirkung haben, dann ist in erster Linie auch eine richtige Preisfestsetzung geboten. Denn es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß Preise erzielt werden, die dem Landwirt neben der Herbeibringung der Gesehungslosten auch einen bürgerlichen Gewinn bieten. Aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß der Landwirt die notwendigen Bedarfsartikel zugeführt erhält, wodurch die Hauptursache des Schleichhandels mit einem Schlag beseitigt werden könnte. (Beifall.)

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird das Gesetz unter Annahme der Anträge Gimpl zu § 5 und unter Ablehnung aller übrigen gestellten Abänderungsanträge in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Die Entschädigung des Ausschusses, sowie die im Laufe der Debatte gestellten Resolutionen werden angenommen.

Das Militärpensionsgesetz.

Berichterstatter Schlegl (Sozialdemokrat) referiert namens des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, mit der die Versorgung der Personen des militärischen Berufsstandes und ihrer Hinterbliebenen mit der Versorgung der Zivilstaatsangehörigen und ihrer Hinterbliebenen in Uebereinstimmung gebracht wird (Militärpensionsgesetz).

Abg. Schönsteiner: Die Christlichsoziale Vereinigung wird für das Ermächtigungsgesetz stimmen. Die vom Gesetz angestrebte Gleichstellung der Militärpersonen mit den Zivilstaatsbeamten wird aber nicht tatsächlich erreicht, weil im § 8, Abs. 2, auf den Umstand nicht Rücksicht genommen wird, daß bei den Militärpersonen die Versorgungsverhältnisse in den einzelnen Rangklassen weitestgehend verschieden sind, als bei den Zivilstaatsbeamten. Wenn dieser in der Fassung der Regierungsvorlage bleibt, so bedeutet das eine offenkundige Schädigung der Invaliden und jener Militärpersonen, die infolge des Umsturzes in Pension gehen müßten oder später in Pension geschickt werden, und hebt zum Teil die Wohlthaten des § 4 wieder auf. Redner bittet daher, seinem im Ausschuss in der Minderheit gebliebenen Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Das Gesetz wird nach einem Schlußworte des Berichterstatters in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die im Ausschuss in der Minderheit gebliebenen Resolutionsanträge Schönsteiner und Dr. Waber werden mit 60 gegen 55 Stimmen angenommen.

Berichterstatter Smilka (Sozialdemokrat) referiert namens des Heeresausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend das Gesetz über die Anwendung des Invalidenentschädigungsgesetzes auf Personen des militärischen Berufsstandes und ihre Hinterbliebenen.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, desgleichen die Ausschussresolution.

Nächste Sitzung morgen, Freitag, 1/12 Uhr vormittags, mit der Tagesordnung: Budgetprovisorium und eventuelle Berichte des Budgetausschusses über die Gesetze, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite. Ferner: Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über den Antrag Gröger, betreffend die Ausdehnung der Mieterschutzverordnung auf Pachterverhältnisse auf dem Lande zum Schutze der Kleinbauern und Kleinbäuer; Bericht des Ausschusses für Heerwesen über den Antrag Rud. Gruber, betreffend die Auszahlung der Explosionschäden vom Jahre 1917; Bericht des Finanzausschusses über die Anträge Frankenberg und Grahamer, betreffend die Förderung, bezw. zeitweilige Freigabe des Tabakbaues; Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Reichsbundes deutscher Postler und über die Anträge Steinegger und Kittinger, betreffend die Einreihung der Postmeister in die Gruppe C der Staatsbediensteten.

Anträge werden überreicht von den Abgeordneten Gimpl, betreffend die Namensänderung deutschösterreichischer Staatsbürger; Unterkircher, betreffend die Herausgabe einer Statistik über die Wahlen zur Nationalversammlung und in die Landtage; Klehmayer, betreffend die Uebernahme ehemaliger Staatsangestellter deutscher Nation in den deutschösterreichischen Staatsdienst; Klehmayer, betreffend staatliche Subventionierung des Baues des Kinderheimes in Garmen; Wiesmaier, betreffend den Bau der Lokalbahn Lambach-Pögg; Unterkircher, betreffend den Mangel an Hartgestein in Nordtirol.

Die Nationalversammlung.

Die Versorgung der Militärpensionisten.

Die Nationalversammlung führte heute nachmittags zunächst die Debatte über das Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten für das Jahr 1919 zu Ende. Abg. Barrer vertrat hierbei in wirkungsvoller Weise den Standpunkt der christlichsozialen Bauernvertreter, vor allem Nieder- und Oberösterreichs, gegenüber den demagogischen Abänderungsanträgen der freisinnigen Bauernbündler auf Freigabe des Ueberkontingents für den freien Handel, deren Führer, Abg. Stoder, er unter lebhaftem Beifalle der Christlichsozialen und Sozialdemokraten zurief, eine wahrhaft nationale Tat bedeute es, die Not des Volkes lindern und seinen Hunger stillen zu helfen, den Hunger, den die niederösterreichischen Bauern in den Straßen Wiens kennen zu lernen Gelegenheit hatten. Er trat dann für eine Annäherung von Stadt und Land durch die gemeinsame Zusammenarbeit der Organisationen der Konsumenten und Produzenten ein. Das Gesetz wurde unter lebhafter Zustimmung des ganzen Hauses mit einigen Abänderungsanträgen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Hierauf wurde das von den Angehörigen der Berufsmilitärs längst verlangte Gesetz über die Versorgung der Personen des militärischen Berufsstandes und ihrer Hinterbliebenen in Verhandlung gezogen. Seinerzeit vom Unterstaatssekretär für Heerwesen Waiss im Hause eingebracht und wärmstens befürwortet, gelang es der christlichsozialen Partei, die sich der Gesetzesvorlage nachdrücklich annahm, die beschleunigte Behandlung im Hause und dessen Aufnahme in die heutige Tagesordnung durchzusetzen. Das Gleiche gilt von der Vorlage, betreffend das Gesetz über die Anwendung des Invaliden-Entschädigungsgesetzes auf Personen des militärischen Berufsstandes und ihrer Hinterbliebenen. Auch hier gelang es den Christlichsozialen, die Verhandlung und Erledigung der Vorlage noch in der heutigen Sitzung zu betreiben. Der Verhandlung wohnten auf den Galerien zahlreiche Vertreter der beteiligten militärischen Vertreter, auf der Regierungsbank Unterstaatssekretär Dr. Waiss, der tatkräftige Förderer dieser Vorlagen, bei.

Wir berichten im folgenden über den Verlauf der Sitzung:

Abg. Barrer (Christlichsozial) hebt die Notwendigkeit einer genauen Flächenaufnahme hervor, damit der Kontingentierung nicht falsche Zahlen zugrundegelegt werden. Er bebauert die Stellungnahme eines Teiles der Wiener Presse gegen die Bauernschaft und die in der Großstadt weitverbreitete Unkenntnis der Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft, der es an Acker, Bergen, Petroleum, Kohle und Benzin mangelt, zu kämpfen habe, während beispielsweise für die Luxusautomobile Benzin zur Verfügung steht. Redner verweist auf die Voraussetzungen des niederösterreichischen Landtages, der schon 1907 das große Elektrizitätswerk errichtete, das 2400 Waggons Kohle der Wirtschaft zuzuführen machte. Redner fährt fort: Das im Gesetz vorgesehene Kontingentierungssystem hat große Vorteile und jeder anständige Bauernvertreter muß seinen Wählern sagen: Wir haben erreicht, was zu erreichen möglich war. Dem Appell des Abg. Stoder, das Ueberkontingent dem freien Handel zu überlassen, können wir nicht nachkommen, weil dadurch das ganze System der Kontingentierung gefährdet und bewiesen würde, daß wir Bucherpreise wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Bauer soll dem freien Handel nichts abgeben, denn diese Mengen würden in die Hände weniger geraten, die Bevölkerung hätte nichts davon. Der Bauer soll, statt sich durch Banknoten zu bereichern, lieber sein Vieh aufzüttern, und ich wäre ein schlechter Bauer und gewissenloser Agitator, wenn ich den Mut hätte, die Not des Volkes zur eigenen Bereicherung zu benutzen. (Lebhafte Beifall.) Jeder, der sich an diese Not erinnert, muß sagen: Es wäre eine Lumperei und Gewissenlosigkeit, wenn wir nicht alles dazu beitragen wollten, um die Not des Volkes zu lindern.

Abg. Stoder: Aber nicht durch das System der Zentralen!

Abg. Barrer: Dieses System wird in dem Momente fallen, in welchem wir Ware genug haben. Es ist ein freibühlerischer Wahnsinn, den freien Handel zu unterstützen, so lange wir keine Ware haben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Stoder: So spricht ein Direktor des Ernährungsamtes, aber nicht ein freier Bauer! (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Barrer: Ich spreche als vernünftiger, erfahrener Landwirt und bin mehr Bauer als Sie, weil ich in der Landwirtschaft gearbeitet habe. Wenn ich persönlich sein wollte, dann könnte ich sagen: Ich schäme mich als freier Bauer, mit demagogischen Mitteln in so ernster Zeit die Köpfe der Bauern zu verdrehen. Und ich sage dem Abg. Stoder ins Gesicht, den Hunger stillen, ist eine größere nationale Tat, als „Weill“ schreien. (Lebhafte Beifall.) Ich appelliere an das Ehr-

4./VII. 1919

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte.

Die Reichskonferenz hat heute mittag ihre Beratungen beendet. Nach der gestrigen politischen Debatte war die heutige Sitzung der sachlichen Arbeit gewidmet. Zuerst wurde nach dem von Janetschel erstatteten Bericht des Ernährungsausschusses die Errichtung von Wirtschaftskommissionen beschlossen, die den staatlichen Beamten in den drei Instanzen beigegeben und die schwerfällige Bürokratie bei der Regelung des Ernährungsdienstes und bei der Bekämpfung des Schleichhandels unterstützen sollen. Es ist ein großzügiges Programm, das die Kraft des Arbeiterrates für die Ausrottung des Schleichhandels einsetzen soll. Dann erstattete Friedrich Adler die Vorschläge der in der zweiten Sitzung eingesetzten Statutenprüfungskommission. Die Abstimmung ergab auch hier die Schwäche der Kommunisten, deren Anträge abgelehnt wurden. Bei der Wahl des Reichsvollzungsausschusses und des Reichswirtschaftsausschusses gaben die Kommunisten die Erklärung ab, daß sie Stellen nicht annehmen würden, und sie gebrauchten dabei die Begründung, daß sie nach dem gestrigen „reaktionären“ Antrag Max Adlers nicht weiter mitwirken könnten. Der von der Konferenz angenommene Antrag wies nämlich den Vollzungsausschuß an, nach den gleichen Richtlinien vorzugehen wie der bisherige, und lehnte überdies noch ausdrücklich die kommunistische Taktik ab. Sich danach zu richten, wäre den Kommunisten allerdings schwer gefallen.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte beendigte Donnerstag ihre Beratungen. Zuerst wurde der

Bericht des Ernährungsausschusses

verhandelt. Berichterstatter Janetschel:

Es handelt sich um praktische Fragen, die von der Bevölkerung sicherlich werden lebhafter begrüßt werden als die theoretischen Erörterungen. Wenn die Arbeiterräte in der Ernährungswirtschaft Anerkennung gefunden haben und zum erstenmal wirklich aktiv weiterarbeiten können, so ist dies darauf zurückzuführen, daß gerade in der Ernährungsfrage die staatliche Bürokratie heinrevollständig kapituliert hat und froh ist, in den Arbeiterräten ein Organ zu finden, das, gestützt auf das Vertrauen der Bevölkerung, die Ernährungswirtschaft wieder in geordnete Bahnen bringen kann.

Wegen den Schleichhandel, dieses größte Uebel der Ernährungswirtschaft, gegen diese furchtbare Pest muß die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen

und müssen die Arbeiterräte mit allen gesetzlichen — und ich erkläre ausdrücklich — auch ungesetzlichen Mitteln eingreifen. Menschen, die sich anmachen, um ihrer persönlichen Vorteile willen die Bevölkerung zugrunde zu richten, müssen sich damit vertraut machen, daß die Bevölkerung gegen sie auch in ungesetzlicher, ja sogar in terroristischer Weise vorgeht. Das soll eine Warnung für alle diejenigen sein, die glauben, auf dem Rücken der Bevölkerung ihre vollverderbende und wirtschaftsgerstörnde Tätigkeit fortsetzen zu können.

In Niederösterreich und Oberösterreich sind bereits Landeswirtschaftskommissionen

eingesetzt, die an der Seite der Landesregierung die Aufstellung der Getreidekontingente mitbestimmen und die Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln überhaben. In ihnen haben die Vertreter der Arbeiterräte, der Soldatenräte und der Bauernräte Sitz und Stimme, um an den Ernährungsaufgaben auch praktisch mitzuwirken. Darin sind Bauernräte mit den Arbeiter- und Soldatenräten einig, daß

unsere Bürokratie im großen und ganzen unfähig ist, allein die Ernährungswirtschaft zu bewerkstelligen. Die Genossen in den übrigen Ländern werden bei ihren Landesregierungen auf die Gründung von gleich zusammengesetzten Landeswirtschaftskommissionen wirken müssen. Die Landeswirtschaftskommissionen sind gewissermaßen die obere Instanz über die Bezirkswirtschaftskommissionen, die am Sitz der Bezirkshauptmannschaft errichtet werden sollen und ebenso paritätisch zusammengesetzt sind. Wie für die Landeskommissionen das Statut der niederösterreichischen Kommission als Musterstatut ausgearbeitet wird, soll auch für die Bezirkswirtschaftskommissionen ein Musterstatut ausgearbeitet werden. Den Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräten wird es auch gelingen, gegen die Bezirkshauptleute, die sich heute noch als Diktatoren über die Bevölkerung fühlen, aufzukommen und dieses Stück mittelalterlicher Einrichtung zu beseitigen. Dem Amte für Volksernährung soll eine

Reichswirtschaftskommission beigegeben werden, da auch unsere Staatsämter nicht den gehörigen Kontakt mit der Bevölkerung haben und da auch hier der schematische Bürokratismus, der soviel verschuldet hat, durch Vertreter der Bevölkerung paralytisch werden muß.

Der Redner schlägt folgende Resolution über die Wirtschaftsaufgaben der Arbeiterräte vor:

Resolution.

Neben den großen politischen Aufgaben, die die Arbeiterräte vor allem zu erfüllen haben, ist es auch ihre Pflicht, die Arbeiterschaft im wirtschaftlichen Kampf zu unterstützen. Deshalb sehen die Arbeiterräte in der Bekämpfung des Kriegswuchers und des Schleichhandels eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Sie erkennen, daß diese Aufgabe schwer und verantwortungsvoll ist, sie sind aber auch überzeugt, daß nur eine wirksame Bekämpfung dieser Kriegsgesunden eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Massen des Volkes herbeiführen kann. Die Arbeiterräte wollen diesen Kampf im ständigen Einvernehmen mit den Behörden durchführen und erwarten dabei, daß sie die Behörden freimüßig, mit der größten Offenheit und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werden. Sie hoffen aber auch, es werden alle Kreise der Gesellschaft den Ernst der Situation begreifen und erkennen, daß nur eine unerschütterliche und planvolle Bekämpfung des Kriegswuchers und des Schleichhandels die Ruhe und

Ordnung im Staate aufrecht erhalten kann.

Dieser Kampf kann aber auch von den Arbeiterräten nicht planlos und unorganisiert geführt werden. Wir müssen dazu geeignete Organe schaffen und diesen bestimmte Aufgaben überweisen. Deshalb beauftragt die Reichskonferenz alle Arbeiterräte in Staat, Land und Gemeinde, sofort Ernährungsausschüsse zu wählen, die diese Aufgaben zu erfüllen haben.

Um eine ständige gemeinsame Arbeit mit den Behörden zu ermöglichen, sollen im Reiche, in den Ländern und in den Bezirken Wirtschaftskommissionen errichtet werden, die analog den Statuten der Landeswirtschaftskommission in Niederösterreich einzurichten sind. Diese sollen mit allen Ernährungsausschüssen des Landes in ständiger Verbindung stehen und die Arbeiterernährungsausschüsse systematisch organisieren.

Zu diesen Aufgaben gehören:

Die Unterstützung der Behörden bei der Kontrolle der Produktion, der Verteilung auf Märkten, in Geschäften, auf der Eisenbahn und auf allen anderen Verkehrswegen. Die Kontrolle der Durchführung der Vorschriften, die von Beamten und Behörden erlassen werden.

Die paritätische Vertretung der Arbeiterräte und Soldatenräte bei den Sprengelkommissionen der Ernte 1919.

Kontrolle der Preisstellung und Teilnahme an den Preisprüfungskommissionen und Kontrolle der Einhaltung der vorgeschriebenen Preise.

Absperrungsmaßnahmen einzelner Bezirke und Länder sind soweit als möglich zu verhindern.

Einsichtnahme in die Bedarfsszahlen der einzelnen Ernährungsgebiete, damit von den Ernährungsausschüssen festgestellt werden kann, welche Lebensmittel anderen Gebieten zur Verfügung gestellt werden und eingeführt werden müssen.

Alle Aktionen der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben, um eine bessere Lebensmittelversorgung zu erzielen, müssen mit dem Ernährungsausschuß des Bezirkes durchgeführt werden. Vor allem können die Arbeiter eines Betriebes, der Waren erzeugt, die sich für Kompensationsgeschäfte besonders eignen, diese Kompensationsgeschäfte nur unter Zustimmung des Ernährungsausschusses des Bezirkes durchführen, damit der Vorteil dieser allen arbeitenden Menschen zugute kommt.

Je besser die gemeinsame Arbeit organisiert wird, um so größer werden die Erfolge für die gesamte Arbeiterschaft sein. Jede Anarchie wird auch hier zu einer wesentlichen Verschlechterung der allgemeinen Versorgung führen.

Das größte Notstandsgebiet ist Wien. Wien ist auch das Herz der Revolution. Deshalb wollen sich die Länder von Wien absondern und versuchen, die Stadt auszuhungern. Es ist deshalb die Pflicht der Arbeiterräte, für die Ernährung des Wiener Proletariats zu sorgen, damit das Zentrum der Revolution seine großen Aufgaben erfüllen kann.

Die Arbeiterräte Wiens werden dafür ihre ganze Kraft einsetzen, damit die Verteilung der angelieferten Lebensmittel keinerlei Mißbräuchen unterliegt, und erwarten die Unterstützung der gesamten Bevölkerung bei dieser Aktion.

Die Reichskonferenz ist überzeugt, die Arbeiterschaft wird auch hier ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, und alle Genossen und Genossinnen, die das Mandat erhalten, werden sich der hohen Aufgabe bemüht sein, die sie zu erfüllen zu haben.

Auch in der Ernährungsfrage sind in der Provinz Sonderbestrebungen zu verzeichnen. Man glaubt auch hier, den Ruf nach Absperrung von Wien, der von der bürgerlichen Bevölkerung drängen erhoben wird, unterstützen zu müssen. Das wäre für die Wiener Arbeiterschaft eine Katastrophe. Die Reichskonferenz muß sich daher gegen diese Absperrungsaktion entschieden aussprechen. Wenn der Reichsarbeiterrat eine erfolgreiche Ernährungspolitik macht, wird die arbeitende Bevölkerung Vertrauen zu ihm gewinnen. Dieses Vertrauen wird eine der wichtigsten Grundlagen sein zur Erringung aller Macht für die Räte. (Beifälliger Beifall.)

Die vorgeschlagene Resolution wird einstimmig angenommen. Die vorliegenden Anträge werden der Ernährungskommission zugewiesen.

Es wird die

Beratung des Organisationsstatuts

fortgesetzt.

Berichterstatter Dr. Friedrich Adler:

Die Statutenprüfungskommission hat sich mit allen vorliegenden Anträgen befaßt und es ist ihr gelungen, sich über fast alle Punkte zu einigen. Nur in zwei Fällen ist noch eine Differenz übrig geblieben, die in Minoritätsanträgen des Genossen Friedländer zum Ausdruck kommt. Der eine Minoritätsantrag betrifft den Punkt 8, wo die Kommunisten ein neues Wahlverfahren vorschlagen, daß nämlich Wahlkörper gebildet werden sollen, während unser Statut auf die Einzelheiten des Wahlverfahrens nicht eingeht. Der zweite Minoritätsantrag betrifft den Zeitpunkt der Neuwahlen für die Arbeiterräte.

Die meisten Schwierigkeiten bot Punkt 8. Hier hat sich die Kommission auf folgende Formulierung geeinigt:

Die Berechnung der Zahl der zu besetzenden Mandate erfolgt bei der ersten Wählergruppe nach der Zahl der in den Betrieben Beschäftigten, in der dritten Wählergruppe auf Grund der Zahl der in den Arbeitsnachweiser gemeldeten Arbeitslosen und der amtlich registrierten arbeitsunfähigen Invaliden, in der dritten Wählergruppe nach der Zahl der Wähler, die sich an der Wahlhandlung beteiligen.

Die Feststellung des Schlüssels obliegt den Kreisarbeiterräten oder, wo ein solcher nicht besteht, den Landesarbeiterräten, die nach Anhörung der Orts-, oder in Wien Bezirksarbeiterräten, für jeden Ort, oder in Wien für jeden Bezirk, den Schlüssel bestimmen, wobei jedoch folgende Richtlinien einzuhalten sind:

a) in der Wählergruppe 1 können in Wien nur Betriebe mit mindestens 25, außerhalb Wiens nur mit mindestens 10 Beschäftigten eingereicht werden;

b) der gewählte Schlüssel kann für alle drei Wählergruppen gleich sein.

c) die als obere Grenze des ersten Mandats festgesetzte Zahl hat gleichbleibend als Schlüsselzahl für jedes weitere Mandat zu gelten. Reste von wenigstens 30 Prozent gelten als voll;

d) in den Betrieben sind nur die in ihnen Beschäftigten, in den Wahlversammlungen der Gruppe 2 und 3 sind nur diejenigen wählbar, die dort wahlberechtigt sind und den allgemeinen Bestimmungen für die Wählbarkeit entsprechen.

Mit dieser Formulierung wurde einem Antrag Neumann Rechnung getragen.

den
loset
inn,
rich
erb,
ner-
lauf
über
bert
ker.
rich

im
zu
ner-
such
und
inkt

on
uno
ein:
ich:
I ge
ber;

von
die
eine
im
Ent-
den
hin-
sora

37
out
21
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

407
408
409
410
411
412

Wiener = Stimmen 28
4. VII. 1919

Budapester Putschmache in Wien.

Schwere Anklagen gegen die Wiener ungarische Gesandtschaft und gegen die Budapester Regierung. — Eine Note der Polizeidirektion.

Auf der Reichskonferenz der roten Arbeiterräte hat Loman, einer der Wiener Kommunistenführer, das Wort geprägt, die Hauptsache sei „der Griff in die Kasse“. Damit hat Loman den wichtigsten Lehrsatz jener originellen Wort des Kommunismus verkündet, die von Budapest aus praktiziert wird. Die Budapester Zuhendiktatoren haben sich — es war ihre erste Regierungsstat — aller erreichbaren Kassen ihrer Mitbürger bemächtigt und verwenden nun einen großen Teil der geraubten Summe nach Moskauer Beispiel zur Entfaltung der „Weltrevolution“; einen andern Teil der Beute ließen sie in den eigenen Taschen verschwinden, verjubeln ihn mit ihrer Witschpoche in Saus und Braus oder bringen ihn im Auslande in Sicherheit.

Als erstes Opfer ihrer Weltrevolutionspropaganda haben sie Wien und Deutschösterreich ausersehen. Die Wiener Polizeidirektion hat unterm 1. Juli an das Staatsamt des Innern eine heute im „Neuen Tag“ (dem ehemaligen „Fremdenblatt“) unter der Überschrift „Die Verbrecher in der Bankgasse“ veröffentlichte Note gerichtet, die eine umfassende Darstellung der verbrecherischen Untertaten der im ungarischen Palais in der Bankgasse einquartierten Gesandtschaft der Budapester Räteregierung zur Herbeiführung eines gewalttätigen Umsturzes in Wien und Deutschösterreich enthält. Unter Verbringung eines erdrückenden Beweismaterials, werden die Gesandtschaft und ihre Auftraggeberin, die Budapester Regierung, beschuldigt, daß sie seit Monaten rastlos an der Anstiftung von Unruhen in Deutschösterreich arbeiten, daß zwischen ihnen und den Wiener „Kommunistenführern“ die engsten Beziehungen herrschen, daß die letzteren alle ihre Aufträge zugleich mit riesigen Westrechnungsgeldern aus Budapest, beziehungsweise aus der Bankgasse beziehen, daß die ungarische Gesandtschaft die Anstifterin der verbrecherischen und zum Teil so blutig verlaufenen Putschversuche in Wien und von verbrecherischen Anschlägen gegen das Leben von auf österreichischem Boden weilenden ungarischen Flüchtlingen war, daß sie Aufrührer in Teile unserer Truppen zu tragen trachtete und sogar Attentäter gegen das Leben solcher deutschösterreichischer Staatsmänner war, die den Putschisten besonders stark im Wege stehen.

Wer die kommunistischen Veranstaltungen der letzten Zeit in Wien beobachten konnte, für den bedeutet die Note der Polizeidirektion nur eine amtliche Bestätigung persönlicher Wahrnehmungen und Eindrücke. Die Budapester Mache des Ganzen war unverkennbar. Es ist nun auch begreiflich, daß die kommunistischen Führer bei der Veranstaltung vor dem Rathaus am letzten Montag ein Agitationsblatt mit der fetten Überschrift „Ins Zuchthaus mit dem Polizeipräsidenten“ ausrufen ließen. Der Budapester Regierung, ihrer sauberen Gesandtschaft und ihren Putschagenten ist eben die Wachsamkeit unserer Wiener Polizei ganz besonders unangenehm.

Aber nun ergibt sich von selbst die Frage, wie lange denn noch unsere Regierung diesem verbrecherischen Treiben untätig zusehen will? Wird das Auswärtige Amt, bezgl. wird Staatssekretär Doktor Bauer, der, wie seine Rede auf der Reichskonferenz

und seine jüngsten Aufsätze in der „N.-Z.“ zeigen, noch immer beide Eisen im Feuer hält und die Brücken zu einem Experiment mit dem Bolschewismus nicht ganz abbrechen will, darin fortfahren, die verbrecherischen Wühlereien von Ausländern, den Mißbrauch des Gesandtenrechts und der Exterritorialität zu dulden, ja, zu fördern? Auch jetzt noch, nachdem festgestellt ist, daß die ausländischen Macher selbst vor Mordanschlägen gegen Parteigenossen, Führer- und Ministerkollegen Bauers nicht zurückschrecken?

Aus der Note der Polizeidirektion.

Die Note beginnt mit einer Darstellung der kommunistischen Propaganda in Wien und Deutschösterreich seit der Errichtung der Räteregierung in Budapest im März dieses Jahres und bringt alle die bekannten Zwischenfälle in Erinnerung, die schon bisher auf den Budapester Ursprung aller kommunistischen Putschunternehmungen schließen lassen. Ein Teil der angeführten Daten, insbesondere die Bekuldigung der Wiener Kommunistenführer, daß sie im Solde der Budapester Regierung stehen, sind bekannt aus den Veröffentlichungen der „N.-Z.“ am 15. Juni. Die Note fährt dann fort:

Die Vernehmung des Karl Loman und Theo Mühl ergab, daß Loman 250.000 Kronen aus einem „internationalen Fonds“ — gemeint ist offenbar ein ungarischer Regierungsfonds — dann später einen bei Mahner beschlagnahmten Betrag von 100.000 Kronen von dem ungarischen Kommunisten Farlas Lebowitz erhalten, und daß Mühl mit der ungarischen Regierung, beziehungsweise dem ungarischen Flottenkommandanten Antner wegen Gewährung einer materiellen Unterstützung für die Wiener Seeleuteorganisation in Fühlung getreten war und zu diesem Zwecke die Quittung über 200.000 Kronen und — wie er nunmehr zugab — auch die seinerzeit von Mahner und Deutschösterreich gebrachte Quittung über 200.000 Kronen unterfertigt und angeblich dem Schwamhater zwecks Behebung der Gelder in Budapest übergeben hat. Gegen Karl Loman wurde die Strafanzeige erstattet.

Wie groß die Beträge sind, die seitens der ungarischen Regierung für Propagandazwecke in Deutschösterreich verausgabt werden, zeigt eine

im Kassabuch der Gesandtschaft

die aus Anlaß der Besetzung des Gesandtschaftsgebäudes durch Organe der deutschösterreichischen Polizeidirektion Wien am 4. Mai 1919 vorgenommen wurde. Nach den Eintragungen hat die Gesandtschaft im April 1919 60 Millionen Kronen aus dem dem wirtschaftlichen Bevollmächtigten Jenö zur Verfügung stehenden „Außenhandelsfonds“ verausgabt, der jedoch nur der Deckname für den zu Zwecken der politischen Propaganda bestimmten Dispositionsfonds ist. So erhielt der bekannte ungarische Kommunist Ernst Boor am 21. März 1919 einen Betrag von 250.000 Kronen. Es erhielten nach den Eintragungen im Kassabuch Julius v. III. Aglio und Stefan Szalay am 1. März 1919 3500 Kronen, Maria Gajthony am 30. März 1919, also wenige Tage vor ihrer Zusammenkunft mit Forst-Feigl, 2000 Kronen, Farlas Lebowitz, der im April 1919 wegen kommunistischer Propaganda aus Deutschösterreich ausgewiesen und über die Grenze geschickt wurde, am 10. April 1919 4000 Kronen. Einem gewissen Reumann (jedenfalls identisch mit dem Obmann der Vereinigung ungarischer Kriegsinvaliden und Kommunisten radikalster Richtung Albert Reumann) wurden am 7. April 1919 10.000 Kronen, am 20. April 1919 eine Million Kronen ausgegahlt. Am 25. April 1919 bezogen die Vorstandsmitglieder des Vereines der Deutschungarn in Wien Adolf Frischmann und Johann Rappert je 1000 Kronen. Der Polizeidirektion wurde erst in den allerletzten Tagen von unbedingt verlässlicher Seite eine Liste von Personen übermittelt, die in den letzten Monaten von der ungarischen Räteregierung zwecks kommunistischer Propaganda nach Deutschösterreich entsendet, beziehungsweise mit Propagandageldern versehen worden sind, darunter der bekannte Führer der kommunistischen Partei in Graz Heinrich Brodnig (gegenwärtig beim Landesgerichte in Graz in Untersuchung) hat

mit einer Summe von 10.000 Kronen, die ungarischen Staatsangehörigen Kariess und Mauler mit je 6000 Kronen, die gleichfalls vorgeführten Piloten Heinrich Mahner und Paul Barth mit 10.000, beziehungsweise 2000 Kronen verzeichnet. Dem Karl Loman wurden nach dieser Liste 2500 und einmal 100.000 Kronen ausgegahlt. Ein gewisser Loder wurde nacheinander mit 10.000 Kr., 3000 Kr., 400 und 300 Kr. beteiligt, Edoard Slesner (1000 Kr.), Julius Lodi (12.000 und 50.000 Kr.) aufweist. Die beiden wurden, und zwar Steiner im April, Lodi im Juni wegen kommunistischer Propaganda angehalten und an die ungarische Grenze gestellt.

Im Mai 1919 wurde die kommunistische Parteileitung Deutschösterreichs wegen zu schwächlicher Haltung auf Beschluß Lenins seitens der dritten Internationalen abgesetzt und der ungarische Kommunist

Bettelheim zum deutschösterreichischen Parteileitator bestellt, der ungarische Gesandte Bolgar abberufen und Czobel zum ungarischen Gesandten in Wien bestellt. Doktor Bolgar wurde für das Mißlingen des Putschversuches am 17. April verantwortlich gemacht und Czobel für die Inszenierung eines neuerlichen Putsches in Aussicht genommen. Der kommunistische Umsturzversuch am 15. Juni war in der Tat auf die Machinationen der ungarischen Regierung bzw. ihrer Vertretung zurückzuführen.

Nach den Eintragungen in der vorerwähnten Liste wurde Ernst Bettelheim der ungarischen Gesandtschaft in Wien zugeteilt und mit 500.000 Kronen an Propagandageldern ausgestattet. Auch der ungarische Revolutionär Artur Weiler, ein seinerzeitiger Befürworter anarchistischer Ideen, der sich als Helfershelfer Bettelheims ebenso wie dieser in Wien verborgen hält, erhielt einen Betrag von 37.240 Kronen zu Propagandazwecken zugewiesen. Auf ein Ersuchen des deutschösterreichischen Staatsamtes für Neuheres an die ungarische Gesandtschaft, Ernst Bettelheim nahelegen, daß er aus Deutschösterreich abreisen möge, wurde von der ungarischen Gesandtschaft dahin beantwortet, daß ein Ernst Bettelheim weder der ungarischen Gesandtschaft zugeteilt, noch bekannt sei. Von der offiziellen Parteileitung der kommunistischen Partei Deutschösterreichs und der verhältnismäßig kleinen um Bettelheim und Weiler gescharten Gruppen abgesehen, wären als rabuläre Kommunisten noch das revolutionäre Soldatenkomitee, das in der Kaserne des Volkswehrbataillons Nr. 41 (in einer Schule in der Selzergasse untergebracht) seinen Sitz hat, dann die kommunistischen Arbeiter unter der Führung des Arbeiterrates Karl Neufingerl und schließlich die kommunistischen Matrosenräte unter der Führung Theo Mühl zu nennen. Am 3. Juni vormittags und in den Nachmittagsstunden fuhr ein einer der bei der ungarischen Gesandtschaft in Verwendung stehenden Automobile bei der Kaserne in der Selzergasse vor und die Insassen der Automobile, Zivilisten und Soldaten begaben sich in die Kaserne. Auch am 30. Juni begab sich der gegenwärtige ungarische Militärbevollmächtigte zu Wien Oberst Lindner sich in einem Automobil in die Kaserne Selzergasse. Auch die deutschösterreichischen kommunistischen Seeleute stehen mit der ungarischen Gesandtschaft in dauernder Fühlung, ja 25 von ihnen unter Führung des Matrosenrates Richter bilden eine Art Leibgarde des ungarischen Gesandten und halten sich abwechselnd Tag und Nacht im Gesandtschaftsgebäude auf, wofür sie pro Mann mit je 50 Kronen täglich entlohnt werden. Karl Neufingerl ist seit einiger Zeit in der ungarischen Gesandtschaft, und zwar angeblich als Chauffeur beschäftigt. Am 14. Juni begab er sich in Gesandtschaft des gleichfalls in der Gesandtschaft als Wiener beschäftigten deutschösterreichischen Staatsangehörigen Karl Svanel und mehrerer anderer Personen, angeblich gleichfalls Bedienstete der Gesellschaft, in die Wohnung des angeblich ungarischen Gegenrevolutionärs Arpad Sulyan im 9. Wiener Gemeindebezirk und nahm dortselbst ohne Zuziehung irgend welcher behördlichen Organe „eine Hausdurchsuchung“ vor, bei der auch Schriftstücke „beschlagnahmt“ wurden. Neufingerl und Svanel wurden deshalb dem Landesgerichte eingeliefert. Die Benannten sollen auch anlässlich der vor kurzem Zeit von der Polizeidirektion in ungarischen gegenrevolutionären Werbebüros vorgenommenen Revisionen, denen sie in ihrer Eigenschaft als Arbeiter räte als Zeugen zugezogen wurden, Schriftstücke auf die Seite geschafft und sie später dem ungarischen Gesandten Czobel übergeben haben, der über den Inhalt dieser Aufzeichnungen nach Budapest berichtete. Diese Berichte sollen Anlaß zur Verhaftung von zirka fünfzig Gegnern der Räteregierung in Budapest gegeben haben. Zwei andere Angestellte der ungarischen Gesandtschaft, und zwar der Detektiv Leo Hanvas und Rudolf Kreuzig, die auch beide mit Passierscheinen der ungarischen Gesandtschaft in Wien versehen waren, in Reichenau verhaftet. Auch die Aktion im „Eblacherhof“ (Versuch einer Chloroformvergiftung an ungarischen Gästen), um sie ihrer Briefschaften zu berauben, wurde vom Gesandten Czobel selbst veranlaßt. Der ungarische Staatsangehörige Alexander Vattil gestand einem Beamten der Polizeidirektion in Gegenwart des Gesandten Czobel am 14. Juni, daß der Gesandte

über 100 Millionen

verfüge, und jedem nach Belieben mittels eines Schecks Geld anweisen könne. Ein von der Polizei angehaltener ungarischer Detektiv machte unter anderem auch die Mitteilung, daß sich die ungarische Gesandtschaft in den Besitz von Plänen der Wiener Kanäle gesetzt habe, und daß durch Einsichtnahme dieser Pläne bereits festgestellt worden sei, daß man vom Keller der ungarischen Gesandtschaft durch einen Kanal in den

Kellerraum der Österreichisch-Ungarischen Bank

gelangen könne. Er lenkte die hieramtliche Aufmerksamkeit des weiteren darauf, daß auch der bereits erwähnte Militärbevollmächtigte Bela Lindner von der ungarischen Regierung den Auftrag erhalten habe, Polizeiorgane für den Kommunismus zu gewinnen, und daß ihm zu diesem Zweck fünf bis sechs Millionen Kronen zur Verfügung gestellt worden seien. Auch unter den Telefonistinnen agitiert die ungarische Gesandtschaft unter Zuhilfenahme ungarischer Regierungsgelder.

Die ungarische Regierung hat eine Reihe von Terroristen nach Wien entsandt,

die die Aufgabe haben, acht führende sozialdemokratische Politiker, aber auch hohe behördliche Funktionäre zu ermorden, um den Widerstand gegen die Einführung des Räteystems zu brechen. Bei einer Revision des Freundes des Vattil, Egon Winkler, wurde ein Kanalarbeiter der Inneren Stadt vorgefunden.

Diese Umstände dürften wohl zur Genüge Anhaltspunkte dafür bieten, daß die ungarische Regierung, bezw. ihre Vertretung in Wien seit längerer Zeit unentwegt die subversiven Kräfte zu stärken bemüht sind, die auf einen gewalttätigen Umsturz in Deutschösterreich und die Errichtung der Räteregierung hinarbeiten und daß sie hierbei auch die Anwendung gewaltsamer, in die Rechte des deutschösterreichischen Staates und seiner Angehörigen eingreifender Mittel nicht scheuen.

10. VII. 1919

Die Diktatur des Arbeiterrates.

Wien, am 9. Juli.

Im Lullner Bezirke prangen auf allen Bahnhöfen und Anschlagtafeln die großen Plakate, allwo der Herr Bezirkshauptmann und die Herren Arbeiter- und Soldaten- und Bauernräte kund und zu wissen tun, daß in der Räterepublik Lulln jeglicher Handel und Wandel in Lebensmitteln untersagt ist. Der Schüler, der aus diesem gesegneten Kleinstaate in die hungerrnde Millionenstadt fährt, um seinen Studien zu obliegen, darf nur dann für ein paar Tage Lebensmittel aus dem elterlichen Haushalte mit sich führen, wenn er die schriftliche Erlaubnis der neuesten Behörde beziehungsweise der von ihr autorisierten ehemals „L. L.“ Bezirks-hauptmannschaft vorweisen kann. Im 14. Wiener Gemeindebezirke erscheinen zwei Mitglieder des dortigen „Bezirksarbeiterrates“ in einem großen Kaufmannsgeschäft, weisen ihre mit Photographien und Stempeln versehenen Legitimationskarten als Mitglieder des „Lebensmittelausschusses“ dieses Rates vor und übernehmen höchstselbst den Verkauf italienischer Frühkartoffeln, stempeln die Kartoffelkarten ab. Der eine steht beim Verkaufstisch, der andere inmitten des Ladens; der eingeschüchterte Geschäftsinhaber hat in seinem Geschäfte nichts zu reden; seine Angestellten müssen zähneknirschend der Diktatur der Eindringlinge gehorchen. Die Polizei traut sich nicht oder will nicht einschreiten. Im 17. Wiener Gemeindebezirke versucht ein Mitglied des „Wohnungsausschusses“ des dortigen Bezirksarbeiterrates, den Magistratsbeamten Befehle zu geben, wenn die von der Gemeinde angeforderten Wohnungen zuzuweisen seien. Und nun will der Herr Bürgermeister Jakob Neumann dem Ganzen die Krone aufsetzen, indem er die Wohnungsanforderung

und Wohnungszuweisung in die Diktatur der Arbeiterräte ausliefern will. Morgen Donnerstag findet eine Besprechung statt. Nicht der Gemeinderat, noch sein Wohnungsfürsorgeauschuss hat bisher Gelegenheit erhalten, zu diesem Plane Stellung zu nehmen. Zwar stand dieser Punkt schon auf der Tagesordnung der letzten Ausschusssitzung am Freitag, den 4. d., doch wurde er vertagt. Nun erkennt man den Grund: man fürchtet die Öffentlichkeit und will vollzogene Tatsachen schaffen!

Die Lullner Angelegenheit mag die Abgeordneten der Nationalversammlung und der Landesversammlungen beschäftigen. Im Zusammenhange mit den zahlreichen Uebergriffen unterschiedlicher anderer Arbeiter- und Soldatenräte muß jetzt einmal Klargelegt werden, ob erstens ein Bezirkshauptmann verfassungsgemäß Recht und Macht hat, ohne Auftrag und Befragung der Landes- und Staatsregierung seinen Bezirk wirtschaftlich abzuschnüren und ob zweitens ein Bezirkshauptmann Aufträge von behördlich unbekanntem und recht unkontrolliert zustandekommemen politischen Parteiorganisationen durchführen darf. Die Bauernräte des Lullner Bezirkes, die entweder bürokratischem Ueber-eifer oder den Sozialistenkommunisten ins Garn gegangen sind, mögen über die ungeheure Tragweite ihrer Nachgiebigkeit nachdenken: denn via facti ist dort mit Zutun von Bauernräten ein Stück „Räterediktatur“ angefangen worden.

In Wien haben die sozialistisch-kommunistisch-anarchistisch-sozialrevolutionären usw. Bezirksarbeiterräte Ausschüsse eingesetzt, darunter je einen für Wohnungswesen und für Volksernährung. Ihre Mitglieder haben Legitimationen, die den Schein amtlicher Dokumente erwecken. Nun weiß man auch wozu: die sozialistischen Arbeiterräte wollen sich als Behörden

auffun. Rücksichtnahme und Achtung bestehender Gesetze, geltenden Rechtes beschwert sie nicht. Wie sagten doch die zwei „Räte“ im 14. Bezirke, als man ihnen die Ungefehrlichkeit ihres Vorgehens vorhielt: „Das Gesetz kümmert uns nicht, wir machen uns unsere Gesetze selber“.

Die Arbeiterräte sind nach den Worten des Staatskanzlers Dr. Renner und anderer sozialdemokratischer Führer, rein parteipolitische Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfsprinzips stehend, alle Nichtsozialisten von der Wählbarkeit ausschließen. Wenn die sozialistischen Parteien solche Organisationen mit parteipolitischen Funktionen betrauen wollen, ist das ihre Sache; sie können sich ihre Wählervereine usw. innerhalb des Gesetzes einrichten wie sie wollen. Keinesfalls aber können diese Arbeiterräte als befugte Vertreter der Bevölkerung auftreten; hinter ihnen mag vielleicht — niemand konnte ja die Vorgänge bei ihrer Wahl kontrollieren — ein großer Teil der Bevölkerung Wiens stehen, die Wiener Bevölkerung sicher nicht. Ausgeschlossen muß es sein, daß parteipolitische Organisationen, gleichgültig welcher Richtung, behördliche Funktionen an sich reißen. Unsere Rechtsicherheit, die Freiheit und Unberührbarkeit der Person, die Unantastbarkeit des Hausfriedens, alle elementaren Begriffe, Voraussetzungen und Grundlagen der staatsbürgerlichen Freiheit kämen dadurch in Gefahr. Die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts schwerster und opferreichster Kämpfe jähren dahin. Eine solche Vormachtstellung der Arbeiterräte ist unannehmbar.

Zur „Mitwirkung der Bevölkerung“ bei der Wohnungsanforderung und -zuweisung — unter diesem irreführenden Titel will Bgm. Neumann die Arbeiterräte als Behörden einschmuggeln — ist folgendes zu sagen: Eine Vollzugsanweisung ermächtigte im April d. J. die Landesregierungen, bezw. die Gemeinden, diese Mitwirkung zu organisieren, indem sie Besichtigungskommissionen schaffen, die etwa das Recht erhalten können, anzufordernde Wohnungen zu besichtigen und ein Urteil über den Grad der Ausnützung zu fällen. Dieses Ergebnis der Besichtigung kann dann die Gemeinde, wenn sie es für praktisch hält, benützen. Von einer Zuweisung der Wohnungen durch solche Kommissionen spricht unseres Wissens keine Stelle der einschlägigen Vollzugsanweisungen vom November 1918 und April 1919 und der zugehörigen Verordnungen und Erlasse, im Gegenteil warnt ein Erlaß vom 16. November vor Rücksichtslosigkeit, da das ganze aus der Wohnungsnot geborene Verfahren einen „empfindlichen Eingriff“ in bestehende Rechte bedeute. Auch das, was jetzt in Wien durch die derzeitigen Rathausgewaltigen geschehen soll, entbehrt sonach zum größten Teile der gesetzlichen Grundlage.

Haben die Herren Neumann, Emmerling usw. auch daran gedacht, wie ihre Auslieferung Wiens an die „Arbeiterräte“ nicht nur im Auslande, sondern auch in den Ländern wirken muß? Wien zittert um seine Zukunft, von Tag zu Tag wächst die Abneigung gegen Wien draußen. Die Aufrichtung der kommunalpolitischen Räterediktatur ist eine überaus schwere Gefährdung der letzten Zukunftshoffnungen des schwergeprüften Wien. Draußen im Reiche schütteln die freigewählten Gemeindevertretungen die kommunalen A- und C-Räte ab, die Wiener Sozialdemokraten setzen die „Arbeiterräte“ an die Stelle der freigewählten Volksvertreter. Nicht Gemeinde- und Bezirksräte, sondern Arbeiterräte! Nicht etwa der vom Vertrauen des Volkes in gesetzlicher Wahl ins Rathaus Entsendete, sondern der „Arbeiterrat“ soll anschaffen. Die Sozialdemokraten zündeln gefährlich herum, gefährlicher für sie als für uns, am gefährlichsten aber für das Wohl der Bevölkerung, die im Wiener Rathaus keine Parteidiktatur und keine Räterediktatur haben will, sondern objektive, die bodenständige Gesamtbevölkerung berücksichtigende Gemeindepolitik.

Der Kreisarbeiterrat hielt Samstag nachmittag im Favoritener Arbeiterheim eine Sitzung; sie begann um 3 Uhr und währte sieben Stunden. Vor Eingang in die Hauptverhandlungsgegenstände wird mitgeteilt, daß sich die Untere...

Der kommunistische Arbeiterrat Dr. Brodsky läßt eine Erklärung zur Verlesung bringen, daß er mit Rücksicht auf den Umstand, daß die am 6. Juli neugewählte provisorische Parteileitung der kommunistischen Partei sowie die in derselben herrschenden Zustände ihn veranlassen, diese Partei zu verlassen...

Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung, die Wohnungsfraße, hält Genosse Dr. Gustav Scheu ein ausführliches Referat. Wie werden über diese sehr instruktiven Ausführungen wie auch die anschließende Debatte noch berichten.

Zu dem dritten Punkt der Tagesordnung, die internationale Solidaritätskundgebung, referiert Friedrich Adler:

Nach fünf Jahren wird es wieder etwas Lichter in der Welt. Die Arbeiterklasse kehrt zurück zum Gedanken der Internationalität und wir begrüßen es ganz besonders, daß es die Arbeiter der siegreichen Länder sind, die auf dem richtigen Wege vorangehen. Am 20. und 21. d. werden Demonstrationen in den Ententeländern stattfinden; wir sind nicht genau unterrichtet, welchen Umfang die ganze Aktion annehmen wird...

in welcher Form

diese Aktion stattfinden soll. In einigen Ländern der Entente, vor allem in Italien, ist ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik geplant. In anderen Ländern, vor allem in England, ist nur von Versammlungen und Demonstrationen die Rede. Wir müssen uns klar sein, daß wir uns in einem besetzten Lande in einer anderen Situation befinden als die Proletariate in den Ländern des siegreichen Imperialismus...

und über die Form zu entscheiden hat, in der die internationale Solidaritätskundgebung stattfinden soll. Es muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden, daß diese Aktion für uns eine internationale Kundgebung ist; daß sie aber keineswegs von irgend welchen Leuten zu anderen Zwecken benutzt werden darf. Mehr will ich darüber vorläufig nicht sprechen. Die Vorgänge am jüngsten kommunistischen Parteitag geben zu Besorgnis Anlaß. (Zwischenrufe bei den Kommunisten; Mar Adler: Warum war der Parteitag nicht öffentlich? Roman: Weil wir dies nicht für notwendig halten!) Ich verARGE es den Kommunisten gar nicht, daß sie diese Auseinandersetzung, die dort zu führen war, nicht in der Öffentlichkeit durchführen wollten. (Lebhafte Heiterkeit.) Mar ist, daß dieser Parteitag, der mit einem Siege der unvernünftigsten Elemente geendet hat, unser Vertrauen zur kommunistischen Partei noch bedeutend verringert hat. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß gewisse Leute von Ihnen es wieder zu einem Putzsch kommen lassen wollen. Demgegenüber müssen wir — ebenso feierlich wie am 15. Juni — erklären, daß wir eine einheitliche und ungeführte Kundgebung für den Gedanken der internationalen Solidarität des Proletariats veranstalten wollen. Nun einiges zur Organisation der Demonstration. Die Abhaltung geschlossener Versammlungen kann keinesfalls genügen, wir müssen jedenfalls auf die Straße gehen. Es bleibt noch die Frage offen, ob wir diese Straßendemonstration zentral machen oder so wie am 1. Mai in den einzelnen Bezirken. Die Erfahrungen des 1. Mai sprechen für die letztere Lösung. Niemals haben wir solche Massen bei einer zentralen Kundgebung auf die Straße bekommen. Dabei ist die Hochkommerchite einer zentralen Kundgebung auch nicht günstig. Daher hat sich auch die Obmannkonferenz für die bezirksweise Durchführung der Demonstration entschieden.

Was immer wir für eine Form wählen, jedenfalls muß diese Demonstration eine vorbildliche Kundgebung des Proletariats für die Internationale werden

Die Debatte.

Beiser (Rudolfsheim) stellt den Antrag, daß die Solidaritätskundgebung am 21. Juli in Form eines vierundzwanzigstündigen Generalstreiks durchgeführt werden soll. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stellt er den Eventualantrag, daß am 21. Juli nachmittags die Arbeit ruhen soll.

Müller (Neubau): Warum sich die Provinzarbeiterräte gegen den Streik ausgesprochen haben, ist nicht einzusehen. Wenn für die Erklärung der Republik, die durchaus keine sozialistische ist, ein Tag geopfert werden konnte, so kann dies auch für das Wiedererwachen des Gedankens der proletarischen Internationalität geschehen.

Zabransky (Zurere Stadt): Wir Arbeiterräte müssen unbedingt unserer revolutionären Ueberzeugung dadurch Ausdruck verleihen, daß wir mit Ausnahme der Arbeiterschaft der Verkehrs- und Lebensmittelindustrie die Arbeiterschaft zur Arbeitsruhe auffordern.

Roman (kommunistischer Parteivorstand): Aus Adlers Rede ist eigentlich nicht deutlich hervorgegangen, wofür am 21. Juli die Arbeitsruhe stattfinden soll. Von Moskau und Budapest ist der Gedanke eines internationalen Generalstreiks am 21. Juli ausgegangen. In allererster Linie handelt es sich um eine Sympathiekundgebung für Rußland und Ungarn. Ferner demonstrieren wir durch die Arbeitsruhe gegen die Unterdrücker, dem Kapitalismus aller Länder, also auch gegen die Kapitalisten Deutschösterreichs. Wir legen weniger der Bedeutung bei, was die Zeitungen schildern, als dem, was wir durch unsere Genossen erfahren, die aus den Ententeländern zu uns kommen. Danach besteht bei der Arbeiterschaft der Besetzten die beste Stimmung für den Generalstreik. Wir können die Frage, ob wir streiken sollen, nicht von kühler Berechnung über die uns erwachsenen Schäden bestimmen lassen. Nicht nur die kommunistischen Rußlands, sondern auch die Menschewiki fordern das Proletariat auf, den Weg der Internationale zu beschreiten. Infolge der prinzipiellen Bedeutung der Frage müssen wir unter Möglichstes ohne Rücksicht auf die Schäden, die uns dabei erwachsen, tun. Das Wichtigste ist, daß wir unser internationales Gefühl hochhalten.

Ragler (Leopoldsdorf): Alle Redner, die bisher gesprochen, haben den Gedanken der Pflicht zur internationalen Solidarität hochgehalten. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, so deshalb, um zu sagen, daß es bei dieser Gelegenheit auch unsere Pflicht ist, Stellung gegenüber unserem Bürgertum zu nehmen. Jeden Tag suchen sie Anschluß an das Kapital der Entente. Die Internationale des Kapitals lebt. Wenn wir die Massen auf die Straße rufen, um Heerschau zu halten, müssen wir ihnen auch deutlich genug sagen, daß wir im eigenen Lande zum Sozialismus kommen wollen. Es war Friedrich Adler, der immer wieder dokumentiert hat, daß alle Bedenken zurückzutreiben müssen gegenüber dem Gedanken der internationalen proletarischen Solidarität.

Hoffmann (Floridsdorf): Wenn wir eine internationale Kundgebung veranstalten, so soll dies nicht nur eine solche für die englischen und französischen Genossen, sondern vor allem auch für das tschechische Proletariat sein. Für unsere physische Lebensmöglichkeit ist es mindestens ebenso wichtig, mit dem tschechischen Proletariat im guten Einvernehmen zu leben.

Ein Antrag Trebitsch auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Korischoner (kommunistischer Parteivorstand): Genosse Adler hat gesagt, daß es noch nicht ganz feststeht, wie sich das Proletariat der Entente verhalten werde. Aus den umfassenden Maßnahmen, die sowohl die französische als auch die italienische Regierung trifft, geht es klar hervor, daß das Proletariat dieser Länder gewillt ist, diesmal zu streiken. Für unsere Taktik kann nur ein Gesichtspunkt der ausschlaggebende sein: solidarisch zu handeln mit der Sowjetrepublik und dem revolutionären Proletariat der Ententestaaten. Wir haben uns auch gegen die versteckten Annexionsgelüste gegenüber Westungarn entschieden auszusprechen. Wenn Sie erklären, daß der Arbeiterrat die Arbeitsruhe ist, die über den Parteien steht, dann beschließen sie den Streik. Tun Sie dies nicht, so begeht der Arbeiterrat eine schwere Unterlassungssünde, denn es wäre nicht international gehandelt, wenn Sie die Weisung der Internationale, zu streiken, nicht befolgen würden.

Auf Antrag Zelenka-Nabr wird beschlossen, daß nur noch jene Redner der Rednerliste zu Wort kommen sollen, die in Betrieben stehen und deren Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen ist.

Stauel: Ich trete dafür ein, daß wir an den Sonntagen in den Bezirken demonstrieren. Das Proletariat ist in einer Lage, die ihm finanzielle Opfer nicht gestattet.

Eichinger (Favoriten): Wenn der Kreisarbeiterrat entsprechend beschließt, das heißt, die Arbeitsruhe beschließt, dann entbinden Sie die kommunistische Partei jeder ihrer Aufgaben. Sonst aber drängen Sie uns zu einer Sonderaktion.

Strohmayer (Döbling): Die Arbeiterschaft wünscht nichts sehnlicher, als die Solidarität mit dem Ententeproletariat zu bekunden. Ein Generalstreik wird viel imposanter sein, als Demonstrationen am Sonntag.

Schneider (Meidling): Soweit ich die Stimmung der Arbeiterschaft in den Betrieben kenne, ist diese der Arbeitsruhe für den Tag der Solidaritätskundgebung günstig und trete ich daher für diese ein.

Fronauer (Giesing): Das Verkehrspersonal würde gern vollkommen mitstreiken, jedoch mit Rücksicht auf die

Ostdeutsche

„Judenhege.“

Gemeinderat Dr. Plaschkes legte in der letzten Gemeinderatssitzung einige Klebmarken und Flugzettel antisemitischen Inhalts vor und fragte den Bürgermeister, ob er als Oberhaupt der größten Stadt Deutsch-Osterreichs und als verantwortlicher Hüter der Sicherheit von mehr als zwei Millionen Menschen vor der ganzen Öffentlichkeit diesen heftigen Angriffen gegen die Juden mit derselben Entschiedenheit und Entrüstung entgegenzutreten gedenke, wie es z. B. der Binger Arbeiterrat jüngst in einem ähnlichen Fall ungesäumt getan habe.

Aus dem kurzen Bericht über diese Anfrage ist nicht zu entnehmen, welchen Inhalt die Klebmarken und Flugzettel haben (wir erfahren nur, daß ihr Inhalt antisemitisch sei), ist auch nicht ersichtlich, wer sie verfaßt, hergestellt und verbreitet hat. Aus der Antwort des Bürgermeisters ist auch nur so viel zu ersehen, daß die Klebmarken „verschleierte Inschriften“ tragen und daß auf einem Flugzettel gesagt werde, der Vernichtungsfriede sei ein Werk der Juden. Der Versuch, einige solche Zettel zu Gesicht zu bekommen, ist erfolglos geblieben, und so vermögen wir uns leider kein Urteil über die Güte und die Geschicklichkeit dieser antisemitischen Propaganda zu bilden. Wir können uns nur an die Tatsache selbst, an die kleine Andeutung und an die kurze Antwort des Bürgermeisters halten. Neuman selbst verhinderte zunächst, daß der Inhalt der Zettel dem ganzen Gemeinderat und der breiten Öffentlichkeit bekannt werde, mit der Bemerkung: „Ich glaube, daß es nicht interessant ist, daß ich Ihnen diese zur Verlesung bringe.“ An der Verlesung selbst wäre allerdings nichts Interessantes gewesen, desto mehr aber am Inhalt dessen, was er nicht verlesen wollte. (Wolle ich hat der Bürgermeister auch gemeint, der Gemeinderat werde den Inhalt der Zettel nicht interessant finden, und hat sich nur so unbeholfen ausgedrückt. Na, ja, das Hochdeutsche ist ja auch eine verflucht schwere Sprache.) Dann fuhr er fort: „Es ist tief bedauerlich, daß in dieser schicksalsschweren Zeit eine gewisse Clique sich derartige verheerende, die Bevölkerung aufregende Dinge erlaubt. Es muß dieses Beginnen auf das schärfste verurteilt und tief verabscheut werden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo wir so viel Brandstoff angehäuft haben — (das ist wieder sehr unbeholfen ausgedrückt, darum sei erklärend bemerkt, daß der Bürgermeister mit dem „wir“ nicht die sozialdemokratische Parteileitung meinte; er wollte nur sagen: in der Zeit, in der ohnedies so viel Brandstoff angehäuft ist) — ist es eine Gewissenlosigkeit, noch mehr Brandstoff anzuhäufen. Hossentlich wird im Betretungsfalle gegen die Verbreiter solcher verheerender Flugchriften mit jener Strenge, die in der Gegenwart geboten ist, vorgegangen werden. Ich möchte aber noch bemerken, daß in Wien nicht der Boden für eine derartige Hege gefunden werden kann, und ich bin vollkommen überzeugt davon, daß die Massen der Arbeiterschaft sich nicht zu Judenpogromen

hinreihen lassen werden. Ich glaube, es genügt, wenn in öffentlicher Gemeinderatssitzung der Versuch zur Aufhebung auf das schärfste verurteilt wird.“

Dieses kleine Schauspiel auf den Brettern, welche die Geschichte Wiens bedeuten, hat zwei Auftritte: die Anfrage des Herrn Plaschkes und die Antwort des Herrn Neumann. Das übrige Stück spielt sich hinter der Szene ab. Die Rolle des Herrn Plaschkes können wir ganz kurz abtun. Als Jude hat Herr Plaschkes allen Grund, das stetige Anwachsen des Antisemitismus mit bebenden Knien und nervös flatternden Händen zu betrachten. Die bedenkliche Tatsache, daß der Antisemitismus sogar in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft heimlich answirkt, macht ihn begreiflicherweise zapplig. Er ruft also den Bürgermeister an. Und zwar, als echter Jude, trotz seiner ängstlichen Erregung mit einem sehr kühl berechneten Kniff: er ruft ihn als „verantwortlichen Hüter der Sicherheit von mehr als zwei Millionen Menschen“ an. Herr Plaschkes täuscht also eine ungeheure Sorge um die ganze Wiener Bevölkerung vor. Gott, was für ein geriebener Pfliffikus ist doch so einer vom Stamme Sem! Selbst dann noch, wenn er schon die Hosen voll hat! Aber der Teufel zieht doch nicht. Die deutscharische Bevölkerung Wiens hat vor dem Antisemitismus gar keine Angst, fühlt sich auch durch dessen alleräußersten Folgen nicht im mindesten in ihrer Sicherheit bedroht. Ganz im Gegenteil! Mit dieser Versicherung können wir vom Herrn Plaschkes Abschied nehmen.

Die Antwort des Herrn Neumann gibt mehr Stoff zum Nachdenken. Vor allem spricht sich in ihr eine unverkennbare Unbehaglichkeit aus. Mag sein, daß ihm die Anfrage peinlich war — man hört nämlich hier und da, der alte Vater Jakob habe die Juden nicht mehr so vom ganzen Herzen lieb, wie einst im Mai — mag auch sein, daß in seiner Brust sich seine zwei Seelen balgen, die sozialdemokratische und die menschliche. Die eine muß natürlich aus Parteigründen für alle die zugewanderten Ostjuden eintreten, die als verheerende Pest über Wien gekommen sind, die andere aus Vernunftgründen für die unter den Krallen des Judentums verblutende einheimische Bevölkerung. Ob so oder so — etwas ist in der Innerei des alten Jakob in Verwirrung geraten. Da ist es jedenfalls unsere Pflicht, unserem Bürgermeister ein bißchen unter die Arme zu greifen. Denn sonst fällt er vor der nächsten zionistischen Anfrage häuchlings um.

Er ist ja unser Bürgermeister, das heißt: er ist der Bürgermeister für alle Bürger der Stadt Wien. Er hat also nicht nur die Interessen der zugewanderten Rastanjuden und Lenimbuden zu vertreten, sondern im Gegenteil die eingeborene deutscharische Bevölkerung vor den Uebergriffen der eingewanderten Fremdlinge zu beschützen. Als Sozialdemokrat hat er freilich gewissermaßen einen furchtbaren Eid auf die Thora leisten müssen, sich unter allen Umständen als obersten Schutz- und Schirmherrn der Juden seines Reiches zu geben. Als Bürgermeister aber hat er ein ganz anderes Gelöbnis abgelegt. Natürlich kommt er jetzt in Zwiespalt. Er muß sich entscheiden. Er muß sich klar werden, welches Gelöbnis das stärkere ist. Fühlt er sich mehr als Sozialdemokrat, dann kann er nicht Bürgermeister bleiben. Fühlt er sich mehr als Bürgermeister, dann kann er nicht Sozialdemokrat bleiben. Er befindet sich also in einer verdammten Zwickmühle.

Auf einem der Zettel stand: der Vernichtungsfriede sei ein Werk der Juden. Das ist eine Tatsache, an der nicht gerüttelt und gedeutet werden kann. Den Juden und nur den Juden verdanken wir diesen Frieden. Es wurde uns bis zum Ueberdruß nachgewiesen, daß das deutsche Volk am Judentum zugrunde gegangen ist, daß die Juden ganz allein es waren, die unsere Front zernüßten und unser Hinterland zerstückt haben, daß wir einen ganz anderen Frieden hätten, wenn wir nicht von den Juden an die Entente verraten und verkauft worden wären. Das weiß auch der Bürgermeister ganz genau, darum wollte er über die Tatsache selbst nicht sprechen. Er konnte doch nicht dem ganzen Gemeinderat ins Gesicht lügen. Also schwieg er, redete nur ganz allgemein herum. Als er von der „schicksalsschweren Zeit“ sprach, mag's ihn gehörig in der Kehle gewürgt haben, denn er mußte sich sagen, daß eben diese schicksalsschwere Zeit just von den Juden verursacht worden ist, die jetzt den Bürgermeister gegen eine mächtig im Volk aufsteigende Erkenntnis zu Hilfe rufen. Er mußte sich auch noch etwas anderes sagen: Die Juden treiben seit fünf Jahren — und seit einem halben Jahr mit doppeltem Eifer — ein Spiel, das die deutscharische Bevölkerung zu maßloser Erbitterung reizt. Würden die Juden dieses Spiel nicht treiben, dann gäbe es ja gar keinen solchen höllischen Antisemitismus! Die Juden sagen sich aber nicht: Wir erregen unter den Arieren Mut und Empörung, also müssen wir anders handeln. Die Juden wollen unter allen Umständen so handeln, wie es ihnen beliebt, und wenn sich die deutscharische Bevölkerung dagegen wehrt, rufen sie nach dem süßesten Mittel, der auf die Thora den Eid geleistet hat, seine Blutsgegenossen gegen die schamlosesten Verbrechen der fremden Rasse — nicht in Schutz zu nehmen. Der Ausschrei der Verzweiflung in der Wiener Bevölkerung wird zur Judenhege gestempelt, die Abwehr der wirtschaftlichen und geistigen Massen- und Reichsmörder wird als Gewissenlosigkeit gebrandmarkt. Und während sich alle deutschen Häupte in rasender Eile nach der endlichen Befreiungstat ballen und sich gegen die neuerliche ungeheure Frechheit drohend hochreden, wird der Bürgermeister der deutscharischen Wiener gezogenen, die Erklärung abzugeben: Wien ist nicht der Boden

für eine derartige Hege. Der Bürgermeister muß — ja: muß! — den, der unter den würgenden Händen des Judentums noch immer nicht verrotten will und noch eine letzte Abwehrbewegung versucht, „verurteilen“ und „tief verabscheuen“. Der alte Jakob mag sich in einer fürchterlichen Gewissensnot befunden haben, aber als gehorjamer Parteimann stellte er die Dogmen der Partei — deren oberstes der unbedingte Judentum ist — höher, als den Ausschrei seiner eigenen Volks- und Blutsgegenossen aus heißester Qual. Er durfte nicht einmal das kleinste Wörtchen gegen das Treiben der Vampire aus dem Osten, gegen die Blutsauger aus Galizien und die Nordbrenner und Taschendiebe aus Ungarn wagen. Mit seinem Wörtchen durfte er andeuten, daß der Antisemitismus eine andere Ursache habe, als die Hege einer gewissen Clique. Nein, der Bürgermeister von Wien mußte zu all den schändlichen Verbrechen, die das Judentum in seiner Stadt begangen hat, schweigen. Er mußte gegen die Notwehr mit der Gewalt drohen. Er mußte die Ueberzeugung vor sich geben, daß sich die Wiener Bevölkerung auch weiter baldig alle die scheußlichen, unerbittlich grausamen Frevel, in denen das Judentum sich seit Jahrtausenden geübt hat, gefallen lassen werde. Er muß die arisch-deutschen Wiener den Juden für neue Schändlichkeiten ausliefern. Er muß — denn sonst bricht er den Pakt, den seine Partei mit dem Judentum geschlossen hat.

Die Parteitrene des alten Jakob hat auch nicht versagt. Noch hält sie. Aber die Ereignisse werden stärker werden, als die Parteitrene eines Sozialdemokraten. Und dann wird sich der alte Jakob umgruppieren müssen. Heute weiß er noch nicht, wohin er sich dann wenden soll. Heute kann er noch zwischen Vernunft und Partei pendeln und sich unbeholfen und verwirrt zeigen. Dann wird er sich aber entscheiden müssen, ob er in dem Kampf auf Leben und Tod zum Schützer oder zum Verräter seines Blutes werden soll. Als Sozialdemokrat soll er daher mit seinen Neben-Juden unter vier Augen ein deutsches Wort reden; als Bürgermeister aber soll er sich in die Einfamkeit zurückziehen und dort die Geschichte der letzten fünf Jahre studieren.
Paul Baumgarten.

Die internationale Solidaritäts- Kundgebung.

Beratung im Kreisarbeiterrat Wien.

Die Obmännerversammlung hat für gestern eine neuerliche Vollversammlung der Arbeiter-
räte Wiens einberufen, damit sie erwägen
könne, ob sie bei ihrem Beschluß vom letzten
Samstag verbleibe, das Sonntag den 20. Juli
Kundgebungen stattzufinden haben. In der Vollver-
sammlung wurden gestern, ebenso wie am Samstag,
104 Stimmen dafür abgegeben, daß die Kundgebung
am Sonntag stattfinden, dagegen waren diesmal
442 Stimmen (am Samstag 76) dafür, daß die Kund-
gebung am Sonntag zu entfallen, aber am Montag
erfolgen habe und daß sie genau in derselben Form
vor sich gehen solle, wie heuer die Maifeier, also
in vierundzwanzigstündiger Arbeits-
ruhe und Umzüge zu bestehen habe. In einer
weiteren Abstimmung beschloß die Versammlung
einstimmig, daß diese Kundgebung des Pro-
letariats einheitlich und solidarisch von
allen Klassenbewußten Proletariern durchzuführen sei.
Die Versammlung einigte sich auch auf einige
Einzelheiten; alle weiteren Mitteilungen wird der
Vollzugsausschuß noch machen.

Für die Provinz konnte die Versammlung
der Wiener Arbeiterräte nichts beschließen. Aber, der
Vorstand des Reichsvollzugsausschusses, erklärte
gestern unter ungeteilter Zustimmung, daß es den
Genossen der Provinz überlassen bleibe, je nach den
örtlichen Verhältnissen, sich entweder den Wiener Be-
schlüssen anzuschließen oder aber die Kundgebung am
Sonntag zu veranstalten.

Wir berichten nun über die Sitzung des Kreis-
arbeiterrates, die von Janetschek geleitet wurde.

Referent Adler:

Wir haben uns Samstag entschieden, die Kundgebung
im Einklang mit dem Wunsche der Provinzgenossen Sonntag
zu halten. Heute haben wir uns zu entscheiden, ob wir den
sozialdemokratischen Antrag beibehalten, die Kundgebung Montag
zu veranstalten, annehmen. Wir Sozialdemokraten stehen nach
einem Worte Wilhelm Piebichs auf dem Standpunkte, daß
wir, wenn es nötig ist, an einem Tage vierundzwanzigmal
unser Taktik ändern, weil wir den Tatsachen entsprechend
unser Verhalten einrichten. Wenn wir also

eine Wiedererwägung des Beschlusses
vornehmen und vielleicht zu einem anderen Ergebnis kommen,
ist das nicht, wie gewisse Leute, die erst kurze Zeit bei der
Sozialdemokratie sind, weismachen wollen, eine Niederlage des
Kreisarbeiterrates, sondern der Kreisarbeiterrat ist in Augen-
blick der Solidarität, die autonom in jedem Augenblicke zu
beschließen hat, was geschehen soll. Wenn uns die bürgerlichen
Blätter mitteilen, daß eine Abänderung des Beschlusses eine
Niederlage bedeute, zeigt das nur, daß diese Herrschaften keine
Ahnung von der Taktik haben, um die es sich handelt. Es ist
klar, daß eine Abänderung, die zu einem Beschluß beiführt, der
auch das Recht hat, ihn immer zu ändern. Deshalb sind die
Anträge der Bezirksarbeiterräte, den Kreisarbeiterrat
am Samstag einzuuberufen, einwandfrei. Da-
gegen sind alle Beschlüsse, die darauf hinausgehen, was der
Kreisarbeiterrat sagt, lächerlich, jeder Bezirk, und in
weiterer Folge, jeder Betrieb könne selbständig vorgehen, so sind
das Gebotnisse aus ihnen, die den Welt der soli-
daritätlichen Aktion noch nicht erfaßt haben. (Beifall.)
Es ist notwendig, klar auseinander zu halten, daß wir gar
nichts dagegen haben, daß der Antrag gestellt wurde, den
Kreisarbeiterrat neuerdings einzuberufen — und ich werde
kein Geheimnis machen, wie ich heute mittels, daß vor jenen An-
trägen für diese Angelegenheit noch eine Sitzung der Kreis-
arbeiterräte in Aussicht genommen worden ist —, aber die Form,
in der in gewissen Bezirken die Sache eingeleitet worden ist,
die hat bewirkt, daß von uns unternommen worden ist
für eine Solidaritätskundgebung, zunächst leider geworden ist
eine Kundgebung der Unsolidarität.

(Sehr richtig!) Das ist ein Schlag gegen die junge Institution
der Arbeiterräte, und es zeigt sich leider, daß wir heute
noch nicht so weit sind, mit den Arbeiterräten
jenseits Schlagfertigkeit der Aktion zu besitzen, die notwendig
wäre und die unsere Arbeiterbewegung in anderen Formen
Hetz auszeichnet hat. Wir werden darüber in der nächsten
Sitzung des Kreisarbeiterrates bei der Statutenberatung
sprechen; aber schon jetzt muß festgestellt werden: es geht nicht
an, daß innerhalb Wiens Eigenbrötchen getrieben wird in den
Bezirken und daß dann innerhalb der Bezirke Eigenbrötchen
getrieben wird in den Betrieben und in den Betrieben selbst
gegen die Arbeiterräte des Betriebes. (Zustimmung.) Aber es
sind Tendenzen da, und darüber wollen wir uns klar sein,
die uns die Möglichkeit der Aktion zu
unterbinden drohen. Nun ist es ganz richtig,
wenn ein Genosse im Reichsarbeiterrat einen Gedanken hat,
und über diesen erst der Landesarbeiterrat, dann die Bezirks-
arbeiterräte, dann der Ortsarbeiterrat und dann die Arbeiter-
räte der Betriebe darüber berieten und dann das Ergebnis als
vollkommenste Abstimmung zum Reichsarbeiterrat läme und
dieser erst danach entscheidet — daß wir da die vollendete
Demokratie hätten. Das ist ein Weg, der bei gewissen Dingen
am zweckmäßigsten wäre, aber ein Weg, der uns in Zeiten
der Aktion absolut lahmlegen würde. Wenn
wir uns darauf einlassen, überall ein förmliches Referendum
anzuwenden, dann wird alles in der reinen Demokratie vor
sich gehen; aber es wird die reinste Aktions-
unfähigkeit eintreten. (Beifall.) Und wenn uns
das getraute Leute zumuten, die für die Diktatur sind, so ist das
gewiß etwas Feltam.

Und da sage ich ihnen, Genossen, aufrichtig, daß mein
Vorwurf mehr die Sozialdemokraten als die Kommunisten
trifft. Die Kommunisten haben einen Bewusstseinskonflikt aus-
gelöst. Sie stehen wohl einerseits auf dem Boden des
Kreisarbeiterrates, andererseits aber gehören sie zur Dritten
Internationale. Was sie nun getan haben, hätten sie etwas

geschickter machen können — wie sie überhaupt alles hätten
geschickter machen können (weiter) —: für die Sozialdemo-
kraten, die nicht der Dritten Internationale angehören, ist
aber jedes unsolidarische Vorgehen zu verurteilen. (Beifall
Zustimmung.) Es bedeutet einen Schlag gegen die Institution
der Arbeiterräte. Wenn man sich nicht auf die Bewegung gar-
selben verlassen kann, so hat unsere ganze Bewegung gar
keinen Wert. Nun komme ich zur Sache selbst. Es hat einen
Augenblick gegeben, da ich selbst dachte, es müsse am Montag
zum Streit kommen. Es hat diese Empfindung im Kreise der
Sozialdemokraten geherrscht und es hat die Landes-
partervertretung in ihrer letzten Sitzung folgenden
Beschluß gefaßt:

Wenn die nachmittags eingelangten Nachrichten sich
bewähren, daß die Arbeiterschaft Deutschlands, die sich in
ähnlicher Lage wie wir befindet, am Montag zum Zwecke
der Kundgebung der internationalen Solidarität freit,
so fordert der Vorstand den Kreisarbeiterrat auf, die von
ihm geplante Kundgebung in derselben Weise zu veranstalten.

Die Obmännerversammlung hat gestern tags, veranfaßt
ausdrücklich mit der Frage befaßt. Und so lange man glaubte,
es wird in Deutschland gestreikt werden, waren auch wir eines
Sinnes. Als wir aber telephonisch festgestellt haben, daß es zu
keinem Streik kommen werde, trat wieder Zweifel über die
zweckentsprechende Taktik auf. Wir sind ja in der gleichen Lage
wie die Genossen in Deutschland. Wir sind im besiegten
Land.

Die Genossen aus den einzelnen Bezirken

haben uns über die Stimmung in ihren Bezirken berichtet. Es
herrschte eine geteilte Stimmung in Bezug auf den Streik. In
Simmering, Ottakring, Hernals war die Meinung für Sonntag,
hingegen war in der Arbeiterchaft von Floridsdorf eine starke
Stimmung für Montag. Die Genossen haben uns auf einen
wesentlichen Unterschied aufmerksam gemacht. Sie sagten, bei
den Arbeitern mit Tag- oder Wochenlohn seien
die Bedenken schwerer als bei den im Monatslohn
stehenden Angestellten; diese seien für den
Montag begeistert. (Weiter) Es ist nämlich für die liqui-
dierenden im Kriegsmünsterium sagen, „unbedingt Montag“,
weil sie klar sind, noch lange zu liquidieren (weiter) sind
wir uns klar, daß solche Stimmen für uns nicht den Wert haben
können wie die Stimmen derer, die Opfer zu bringen haben. Nun
gibt es Großbetriebe, die meinen, die Opfer werden durch diese
Hörner der Lohn gezahlt werde, während kleine Betriebe durch diese
Fortsetzung zu gefährlichen Kampfen gedrängt werden könnten.

Die Obmännerversammlung überläßt es
Ihnen, Beschlüsse zu fassen, ohne einen
Antrag zu stellen.
Diejenigen Leute, die erst seit November bei uns sind, stellen
sich unter einer Aktion etwas anderes vor, als wir es unter
Umständen tun. Ueber die Bedeutung der Kundgebung sind
Illusionen verbreitet, die zu einer Ueberhöhung führen können.
Es ist eine Kundgebung in einer großen Serie von Kund-
gebungen. Leider ist es so, daß der 21. Juli nicht ein Wende-
punkt in der Weltgeschichte sein wird. In einer ver-
gangenen Zeit haben die Kommunisten geglaubt, wenn die Räte-
neue Ernte beginne, werde man in Deutschland die Räte-
diktatur errichten können. Wir sind der Meinung, daß am
21. Juli die Rätediktatur nicht proklamiert werden wird, aus
Gründen, die schon wiederholt diskutiert wurden. Wenn auch
die Kommunisten ihre früheren Pläne jetzt ablehnen — wir
wollen hoffen, daß sie die Fähigkeit verloren haben, Abenteuer-
lichkeiten zu machen — ist es für uns

eine Kundgebung der Solidarität,

wie sie schon wiederholt erfolgt ist. Wenn da erzählt wird, die
schwedische Partei stehe hinter der Kundgebung, sagt die Mit-
teilung nicht, daß es in Schweden zwei Parteien gibt, und nur
die kleine der Jungsozialisten für die Kundgebung ist, während
die große keinen Beschluß gefaßt hat. Vor solchen falschen Ein-
schätzungen müssen wir uns hüten. Auch in Deutschland ist
die Kundgebung ohne entscheidende Bedeutung, weil Deutsch-
land von Streiks so durchschüttelt ist, daß dieser Tag dort kein
großes Gewicht hat. Leider ist man auch in Frankreich
für den 21. Juli festgelegt, weil in Frankreich in der letzten Zeit
sehr viele Streiks verlorengegangen sind und eine ganze
Streikmüdigkeit besteht.

Damit Sie gerührt sind gegen sich selbst, muß ich daran
erinnern: Am Samstag war in Deutschland noch kein Streik-
ndringen von einer Kundgebung gefahren und ich kann mich dem Ein-
druck nicht verschließen, als ob unsere Kundgebung die Initia-
tive für die deutschen Genossen gebildet hätte. Ich glaube,
das ist schon für unsere Kundgebung ein gutes Zeichen. Wie auch
immer die Entscheidung ausfallen werde, ob sie beim Sonntag
bleiben, wie ein großer Teil der Genossen will, oder ob sie sich
für Montag entscheiden, wie ein anderer erheblicher Teil der
Genossen wünscht, das eine müssen wir uns klar machen:
daß diese Kundgebung eine einheit-
liche Aktion sein muß. Wir haben die er-
stliche Tatsache schon zur Kenntnis genommen, daß sich alle
Obmänner bewahrt haben, daß eine Uneinigkeit in ihren
Bezirken, eine Abweichung in dem Beschluß aufkomme, daß es
sicher ist, daß das, was heute beschloffen wird, durch-
geführt wird von allen. In diesem Falle ist
mir die Geschlossenheit des Proletariats wichtiger als die
Aktion selbst. Wenn wir gemeinsam handeln, dann wird sich
aus dieser Demonstration internationaler Solidarität auch
eine Demonstration für die Solidarität der Arbeiterräte er-
geben. (Beifall.)

Die Debatte.

Tercuz (Giebing): Die Mitteilung, die im „Abend“ über
unseren Beschluß erschienen ist, ist ein Disziplinbruch.
Wir haben beschlossen, daß niemand berechtigt sei, den Zeitungen
zu berichten, außer die Schriftführer im Einverständnis mit
der Exekutive. Der Disziplinbruch wurde von Friedländer be-
gründet. Der Disziplinbruch wurde von Friedländer be-
gründet. Es war auch anders, als es im „Abend“ dargestellt war.
Es waren acht Anträge gestellt, die Exekutive hatte sie aus-
sammenzufassen und dem Vollzugsausschuß einzusenden. Es
ist aber klar, daß unser Bezirk das für gültig hält, was hier
beschlossen wird.

Becker (Rudolfsheim): Ich beantrage, die Kundgebung
Montag den 21. Juli in denselben Formen
abzuhalten wie am 1. Mai. In unserem Bezirk
sind sehr viele Betriebe für den 21. Juli, besonders in der
Metallindustrie. Wir werden uns natürlich jedem Beschluß
fügen.

Neumann (Neubau): Wäre nicht herausgehört gewesen,
daß die Kommunisten wieder Putschabsichten haben, und wenn
sich gestanden wäre, daß sie Solidarität halten, wäre wohl
Samstag ein anderer Beschluß gefaßt worden. Bei uns war
neut eine Mehrheit für Sonntag, aber jeder beachtet den
heutigen Beschluß.

Walz (Reppoldsbühl): Ueber die Frage: Streik oder
Solidaritätskundgebung am Sonntag? zu entscheiden ist meiner
Ansicht nach in erster Linie Sache der manuellen Arbeiter.
Wenn wir wissen, daß nicht nur die Ernährung, sondern auch
die Bekleidung und Beschuhung und alles fehlt, so müssen
wir uns schon überlegen, ob man den Arbeitern auch einen
Streik als Demonstration zumuten könne. Darum kann ich
Ihnen im Namen der Arbeiter der Schudert-Werke erklären,
daß diese jeden Beschluß des Kreisarbeiterrates durchzuführen
und am 21. Juli streiken werden, wenn es der Kreisarbeiter-

rat befreit, und daß ich mit Zustimmung dieser Arbeiter
heute für den Sonntag stimmen werde.

Tomau: Es scheint, daß auch die heutige Debatte
wieder unter dem Einfluß der hangen Frage steht, was die
Kommunisten tun. Im Einvernehmen mit unserer Partei
gebe ich nun die Erklärung ab: Wir legen den Protestbewegungen,
von welcher Seite sie auch kommen mögen, gar keine Bedeutung
bei. Wir sind der Ansicht, daß der Kreisarbeiterrat als reprä-
sentative Institution, als die er sich ausgibt, die Wichtigkeit
haben soll, in jedem Moment nach den tatsächlichen Verhält-
nissen zu entscheiden. Darum betrachten wir die
heutige Tagung von dem Gesichtspunkt aus, als ob vorher
keine gewesen wäre. Wir haben in der letzten Sitzung aus-
drücklich festgestellt, daß wir große Bedeutung und großen Wert
für die Kundgebung der internationalen Solidaritätskundgebung die Ein-
heitsfront des Proletariats ersehen. Wir geben heute wieder
die Erklärung ab, daß wir ungeheuren Wert darauflegen, daß
die Erklärung ab, daß wir ungeheuren Wert darauflegen, daß
das österreichische Proletariat einig und ge-
schlossen im Interesse der Internationale seinen General-
streik durchführt und daß wir jede Sonderaktion
beiseite stellen werden und daß wir uns ver-
pflichten, falls der Kreisarbeiterrat den vierundzwanzigstündigen
Streik am 21. Juli beschließt, vollständig dem
Beschluß im Sinne des Kreisarbeiter-
rates auszuführen. Die kommunistische Fraktion
erklärt auch, daß dann unsere Sonntagsaktion
entfällt.

Bollak (Innere Stadt) ist für den Generalstreik am
Montag und erteilt die Befehle, jede kleine Rücksicht
fallen zu lassen, da es sich um größere Rücksichten, um das
Weltproletariat handelt. (Zwischenrufe: Betrieb „Unioverität“.)

Schneidler (Döbling) ist für den Montagstreik und für die größte Opferbereitschaft.

Strohmayr (Döbling) ist für den Montagstreik trotz
des Opfers des Verdienstentganges. Wir haben während des
ganzen Krieges unermessliche Opfer gebracht, der Montagstreik
ist wohl das kleinste.

Sein (Simmeringer Waggonfabrik): Eine kleine
Majorität der Genossen in meinem Werke ist für den
Montagstreik.

Schneidler (Döbling) ist für den Montagstreik.

Schneidler (Döbling): Von 250 Genossen haben sich
bei der Abstimmung 249 für den Generalstreik am Montag
entschieden.

Neumann (Kommunist, für die Genossen in den liqui-
dierenden Stellen) polemisiert gegen Friedrich Adler. Um die
internationale Solidarität zu wahren, müsse man gegebenen-
falls die interne Solidarität aufgeben. Weiter teilt der Redner
mit, daß die Professionsisten auf jeden Fall, eventuell aber
die Beschlüsse des Arbeiterrates, am Montag streiken werden.
(Widerpruch.)

Riffsch (Döbling) ist für den 21. Juli, doch werden die
Genossen dieses Betriebes unbedingt den Beschlüssen des Arbeit-
rates Folge leisten.

Triebisch (Hernals): In meinem Betrieb war alles für
den 21. Juli.

Innerhuber (Mörsgrund): In den wenigen unserer
Großbetriebe ist man für Montag. Von den Eisenbahnern, die
nicht unmittelbar den Verkehr besorgen, werden zwei Drittel
streiken.

Praska (Randstraße): In den drei größten Betrieben
ist die Stimmung geteilt, aber man wird den Beschluß
einhalten.

Rabranstki (Innere Stadt) teilt für die Schneider das-
selbe mit.

Reinl (Hänselhaus): Für einen ganzen Bezirk kann
wohl niemand einen ganz sicheren Bericht bringen, da ein
einzelner nicht alle Betriebe kennen kann. Da es sich da um
eine Kundgebung gegen Gewalttätigkeiten und Kapitalismus
handelt, so bin ich für den Montag, schon weil damit eine
einheitliche Kundgebung herbeigeführt wird.

Reichmann (Stadlau): Bei uns ist man ziemlich
allgemein für den Montag.

Reichmann (Stadlau): Bei uns ist man ziemlich
allgemein für den Montag.
Der Jan (Hernals): Leider hat man hier früher
wenig Vertreter aus Fabriken gehabt und verhältnismäßig
viele Leute, die man vor kurzer Zeit noch nicht gekannt hat.
Ich stimme für Sonntag, weil man heutzutage sehr auf den
Verdienst jedes Tages angewiesen ist und es sich nicht um eine
Kundgebung gegen uns unmittelbar gegenüberstehende Gegner
handelt. Auch auf der Südbahn war man für Sonntag.

Waller (Floridsdorf): Unsere Exekutive hat am Montag
den Beschluß gefaßt, an die Obmännerversammlung eine
Zuschrift zu richten, die sich für den 21. Juli ausspricht. Die
Stimmung sämtlicher Betriebe, mit Ausnahme keiner Minorität,
ist für den Generalstreik am 21. Juli. In diesem Sinne
werden wir wie Samstag auch heute stimmen.

Schubert (Strahenbühner): Bei uns sind die
Meinungen geteilt. Die einzigen Vertreter wollen wir
nicht nehmen. Die Disziplin werden bei der Kundgebung
sein; in jedem Falle wird das befolgt werden, was hinsichtlich
unser beschloffen wird.

Wißla (Währing), Feiginger (Margareten), Meißinger
(Brigittenau) versichern die Befolgung des Beschlusses.

Hilfer (Mariahilf): In meinem Betrieb sind zwei Drittel
für den Montag und ein Drittel für Sonntag, allerdings nur
aus materiellen Gründen. Aber wenn der Kreisarbeiterrat den
Montag beschließt, so tun alle mit. Für den Arbeiterrat Maria-
hilf habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir über unseren
Beschluß nicht dem „Abend“ berichtet haben und nicht berichten
wollten. Der Bericht kam durch einen Vertrauensbruch eines
Kommunisten ins Blatt. Genosse Rothe hatte übrigens den
Antrag gestellt, daß wir uns dem Beschluß des Kreisarbeit-
rates fügen. Selbstverständlich werden wir uns jedem Beschluß,
der heute gefaßt wird, fügen. Wir Mariasilfer sind gewohnt,
Disziplin zu halten.

Werner (Kommunist) erklärt sich für den Montag.

Werner (Schulmeister): Da die Meinung geteilt ist, wäre
das Beste die Urabstimmung in allen Betrieben. Da sie
aber wegen Zeitmangels nicht mehr möglich ist, müssen wir
den Beschluß lassen. Es ist klar: die Genossen werden immer,
wenn es nötig ist, Opfer bringen. Ueber die Frage, um die es
sich hier handelt, ist die taktische Frage, ob diese politische
Frage ein Anlaß ist, die die Arbeiterräte nötig macht. Wie
geboten hat, durch die Erklärung der Kommunisten eines
Streiks nicht dem „Abend“ berichtet haben und nicht berichten
wollten. Der Bericht kam durch einen Vertrauensbruch eines
Kommunisten ins Blatt. Genosse Rothe hatte übrigens den
Antrag gestellt, daß wir uns dem Beschluß des Kreisarbeit-
rates fügen. Selbstverständlich werden wir uns jedem Beschluß,
der heute gefaßt wird, fügen. Wir Mariasilfer sind gewohnt,
Disziplin zu halten.

Wochenblatt

Arbeiter = Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Verlagsbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus
 Morgenblatt allein: 1.00
 Wochenblatt 1.00
 Monatsblatt 10.00
 Vierteljährig 25.00
 Morgenblatt und Abendblatt:
 Monatsblatt 11.00
 Vierteljährig 27.00
 Schriftleitung, Verwaltung und
 Anzeigen-Einfachung:
 V. Rechte Wienzeile 97.
 Stadtschreiber und kleiner Anzeiger:
 I. Schulerstraße 13.
 Fernsprecher:
 Schriftleitung 880
 Verwaltung 800
 Anzeigen-Einfachung 800
 Telegramm-Adresse:
 Arbeiter-Zeitung Wien.
 Postfach-Nummern:
 Verwaltung u. Subskriptionen 10010
 Druck-Verwaltung 16700
 Anzeigen 10200
 Druck 4220
 Anzeigen übernehmen
 alle bekannten in und ausländischen
 Anzeigenbüros.

Probing und Ungarn:
 Morgenblatt allein:
 Monatsblatt 5.40
 Vierteljährig 13.00
 Morgenblatt und Abendblatt:
 Monatsblatt 7.90
 Vierteljährig 23.40
 Tschechoslovakischer Staat:
 Morgenblatt allein:
 Monatsblatt 5.40
 Vierteljährig 13.00
 Morgenblatt und Abendblatt:
 Monatsblatt 7.90
 Vierteljährig 23.40
 (Tschechische Kronen.)
 Deutsch- und Morgenblatt allein:
 Vierteljährig 23.40
 Morgenblatt und Abendblatt:
 Monatsblatt 7.90
 Vierteljährig 23.40
 Für alle anderen dem Weltpostverein
 angehörenden Länder: Morgenblatt allein:
 Vierteljährig 23.40
 Morgenblatt und Abendblatt:
 Monatsblatt 7.90
 Vierteljährig 23.40
 Abonnementen werden angenommen
 in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile
 97, und in den Anzeigenbüros:
 I. Schulerstraße 13, Tel. 8101
 II. Baumgartnerstraße 20, Tel. 8123
 III. Kollnerplatz 8, Tel. 8284
 XIV. Kollnerplatz 8, Tel. 8284
 XVII. Raasdorfstraße 24, Tel. 1775
 XXI. Kuglerstraße 14.

Nr. 198.

Wien, Sonntag, 20. Juli 1919.

XXXI. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Auf zur Rundgebung internationaler Solidarität!

Am Montag herrscht vollständige Arbeitsruhe!

Ebenso einmütig und geschlossen, wie die Arbeit am Montag ruht, wird sie am Dienstag wieder aufgenommen!

Der Ernst unserer ganzen Sache erfordert, daß die Demonstration in voller Ruhe und Würde durchgeführt werde. Meidet alle alkoholischen Getränke! Uebergebt Ruhestörer und Provokatoren unseren Ordnern!

Demonstriert wuchtig und entschlossen gegen den heutigetierigen Imperialismus, gegen den ausbeuterischen Kapitalismus, gegen die Mächte der Konterrevolution!

Es lebe die Internationale des Klassenbewußten Proletariats!

Es lebe der völkerbefreiende Sozialismus!

Der 21. Juli.

Die Entente hat die Mittelmächte besiegt, die Besiegten entwaflnet und sie behandelt sie jetzt nicht anders, als sie von ihnen behandelt worden wäre, wenn Habsburg und Hohenzollern, wenn Ludendorff und Tirpitz geblieben hätten. Sie weist deutsches Land und deutsches Volk fremden Staaten zu, sie liefert die Naturkräfte unseres Bodens der Ausbeutung durch fremde Herren aus, sie bindet unsere staatliche, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit durch drückende Verträge, sie legt uns einen Willkürtribut auf, den wir aus dem Ertrag unserer Arbeit fremden Kapitalisten entrichten sollen. Das Ausbeutungsverhältnis soll in ungeheuerstem Maßstab reproduziert werden: wie bisher der einzelne Arbeiter vom einzelnen Kapitalisten, sollen fortan die besiegten Proletariatsvölker von kapitalistischen Herrennationen ausgebeutet werden.

Aber während sich die kapitalistischen Herrenklassen in endlos hingeschleppten Verhandlungen bemühen, dieses Werk der Herrschaft und der Ausbeutung aufzurichten, wird immer deutlicher die Tatsache sichtbar, daß innerhalb der Herren- und Siegerevölker selbst Herren und Knechte, Herrschende und Beherrschte, Ausbeuter und Ausgebeutete, Sieger und Besiegte einander gegenüberstehen. Während die herrschenden Klassen der Ententeländer ab des Sieges ihrer Waffen triumphieren, fühlen sich die Proletariatsmassen dieser Länder bedrückt durch die Knebelung der politischen Freiheitsrechte, die, während des Krieges um des Krieges willen durchgeführt, jetzt nach errungenem Siege von den kapitalistischen Regierungen festgehalten wird; durch die drückende Teuerung, die auch in den Ländern der Sieger ansteigt, daß die Volksmassen aller Länder leiden und darben müssen, weil fünfjährige Unterbrechung aller produktiven Arbeit, fünfjährige Verwüstung des ganzen Produktionsapparats der Gesellschaft den Reichtum der Welt zerstört, den Ertrag der Arbeit verringert hat. Und während die Festredner des Imperialismus den Sieg der Entente immer noch als den Sieg der Demokratie feiern, erkennen die Proletariatsmassen die Wahrheit, wenn sie hören, wie die Armeen der Sieger in den besiegten Ländern haufen. Sie hören, daß die erste Tat der Okkupationsarmeen im Rheinland die Auflösung der Arbeiterräte und die Wiederabschaffung des Achtstundentages, ihr erstes Wort in Glas-

Lothringen der Belagerungszustand war. Sie hören, daß der Entente-Imperialismus in Deutschösterreich mit den reaktionären, klerikalen, schwarz-gelben Mächten konspiziert, um nur das „heilige Recht Frankreichs auf die Zerrissenheit Deutschlands“ durchzusetzen. Und sie hören vor allem, daß der Entente-Imperialismus überall mit feindlicher Gewalt eingreift, wo die Proletarier es versuchen, ihre Herrschaft aufzurichten; daß er die Weißen Garden Koltshaks und Denikins, die das alte tschurwirdige Jarenregime wiederherzustellen suchen, mit Kampfwagen und Geschützen, mit Munition und mit Geld unterstützt, daß er gegen Ungarn seine Vasallen, die Tschechen, Rumänen und Jugoslawen, mobilisiert und auch Deutschösterreich, die Hungerpeitsche schwingend, zu zwingen versucht, seine Vasallenheere mit Waffen und Kriegsgerät anzurufen, daß er die Näterepubliken in Rußland und in Ungarn durch die Blockade zu erdroffeln und zu erwürgen versucht und auch Deutschland und Deutschösterreich mit der Wiedererhängung der Blockade bedroht, wenn das deutsche Proletariat es wagte, seine Herrschaft aufzurichten. Die Proletarier der Ententeländer sehen, daß die gewaltige Entente, die im Namen der Völkerfreiheit zu Felde gezogen ist, zur Heiligen Allianz geworden ist, die Völkerfreiheit zu vernichten; daß die Maske der Demokratie, mit deren Farben sich die Entente im Kampf geschmückt hat, nach dem Sieg gefallen ist und sichtbar geworden ist das von Gold- und Herrschgier verzerrte Gesicht des Imperialismus. So wächst die Enttäuschung, wächst der Groll, wächst die Kampflust der Proletariatsmassen in Italien, in Frankreich und in England. Schon seit Wochen gärt es. Am Montag den 21. Juli wollen die Proletarier der Ententeländer in einem gewaltigen Demonstrationstreif ihr Urteil über die innere und über die äußere Politik des Entente-Imperialismus fällen; über die Fortdauer des Ausnahmezustandes und über die Verschleppung der Demobilisierung; über die Teuerung und über den Gewaltfrieden, der den Völkerhaß verewigt und neuer Kriegs Keime in sich schließt; über die konterrevolutionäre, anti-proletarische Politik der Ententemächte gegen den aufsteigenden Sozialismus Mittel- und Osteuropas.

Gewiß wäre es töricht, an den Demonstrationstreif der Proletarier Westeuropas den allzu überschwinglichen Hoffnungen zu knüpfen. Die Kampfbedingungen des Proletariats sind in den Ländern der Sieger ganz andere als in den besiegten Ländern. Dort ist das An-

sehen der Regierungen durch den Sieg gestärkt, ist die Hoffnung freier Volksmassen noch auf den wirtschaftlichen Gewinn, der aus der Ausbeutung der besiegten Länder fließen soll, gerichtet, dort sind die alten großen Armeen noch unerschüttert, ist ihre Disziplin noch ungeschwächt, dort ist das Wirtschaftsleben nicht in gleicher Maße unterbrochen und unterbrochen wie in den besiegten Ländern, dort reißt nicht Hungerknot, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung die Massen aus iberlieferten Denkgewohnheiten heraus. Der Neuling der den proletarischen Klassenkampf erst seit wenigen Wochen denkend und fühlend miterlebt, mag glauben, daß sich, wenn der Wille nur stark ist, auch in den Ländern der Sieger das große Schauspiel der Revolution wiederholen werde, wie wir es in den besiegten Ländern erlebt haben. Wer aber mit uns seit Jahrzehnten den proletarischen Klassenkampf mitgekämpft hat, in jahrzehntelanger Erfahrung die Bedingtheit der Tat und des Erfolges durch die ganze wirtschaftliche und politische Umwelt, durch alle die tausenderlei Umstände, die auf die Massenpsychik einwirken, erkennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat, der wird nicht glauben, daß die hochgetürmte Feste des siegekrönten Entente-Imperialismus an einem Tage zu brechen wäre. Wie die Demonstrationstreife im Jänner 1918, in denen das Proletariat Deutschlands und Oesterreichs gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk protestiert hat, nicht zu leisten vermochten, was erst nach dem Zusammenbruch der Armeen der Mittelmächte, nach dem völligen Umschwung der Volksstimmung in Deutschland und in Oesterreich, nach der Zerstückelung des Machtapparats der Hohenzollern und der Habsburger zu vollbringen möglich ward, so wird auch der Demonstrationstreif, in dem die Proletarier der Ententeländer gegen den Gewaltfrieden von Versailles und von Saint-Germain protestieren, nicht zu leisten vermögen, was erst im weiteren Verlauf des großen Prozesses der Weltrevolution, erst dann zu leisten möglich sein wird, wenn die Volksmassen auch in den Ländern der Sieger, von allen Siegesillusionen befreit, alle die wirtschaftlichen und sozialen und politischen Wirkungen des Krieges in ihrer ganzen Größe erkennen werden. Aber wie der Jänner-Streif in Deutschland und in Oesterreich der Vorbote der November-Revolution, doch nicht nur Anzeichen der wachsenden revolutionären Gärung, sondern auch Wecker des revolutionären

uns immer desto mehr auferlegen wird, je höher wir uns wieder hinausgearbeitet haben.

Aber, so furchtbar bedrückend und bedrohend all das ist, lassen Sie sich trotzdem nicht zu Paß und Feindschaft gegen die Ententevölker verlocken!

er sich so gewaltig in der Kundgebung des heutigen Tages! Unsere ganze Hoffnung ist ausgedrückt in dem alten Kampflied unserer französischen Genossen:

Das ist der letzte Kampf! Brüder, schließt die Reihen! Die Internationale Wird die Menschheit sein!

(Stürmischer Beifall.)

Besprechungen in Feldkirch.

Präsident Seis, Vizepräsident Fintl und die Staatssekretäre Bauer, Zerbil und Schumpeter reisen heute abend nach Feldkirch, wo sie mit dem Staatskanzler zusammentreffen.

Die Kundgebung der Wiener Arbeiter.

Vollständige Arbeitsruhe.

Die Demonstration des Wiener Proletariats, die neuerdings ein feierliches Bekenntnis zur internationalen Solidarität des arbeitenden Volkes aller Länder war, war die gewaltigste Kundgebung, die Wien jemals erlebt hat.

Leben und Treiben der Stadt zeigte sich uns in der Bewegung der Feiernden selbst, auf den Wegen, die sie einschlugen, um zu den Sammelplätzen zu kommen und in den Gassen, die gestern zu Feststrahlen wurden, weil sie erfüllt waren von den Massen, die die Umzüge hielten.

Die Umzüge hatten ein lebhaftes Farbenspiel als sonst. Man sah nicht nur die Fahnen und Standarten mit ihrem leuchtenden Rot, nicht bloß waren alle Demonstrierenden mit roten Blumen geschmückt.

Zum Glück für die Tapfern, die sich von dem Wetter nicht abhalten ließen, hörte es bald zu regnen auf und die Umzüge durch die Bezirke konnten schon vielfach ohne aufgespannten Schirm angetreten werden.

Innere Stadt.

Die Demonstration in der Innern Stadt war die mächtigste Proletariatskundgebung, die dieser Bezirk je gesehen hat. In der Werbertorgasse wurde der Zug zusammengestellt. An der Spitze marschierte Volkswache mit der roten Fahne und eine große Anzahl von Abordnungen der Sicherheitswache und Stadtschutzwache.

Leopoldstadt.

Die Genossen des Bezirkes versammelten sich in den zwei größten Sälen im Prater: beim Kademan und beim Marokkaner. Im ersten Saal sprachen unter dem Vorsitz Meitsch Bizebürgermeister Emmeling, die Kommunistin Elfriede Friedländer und der zionistische Kommunist Dr. Nagler.

Landstraße.

Zeitlich früh waren sämtliche Säle und trotz dem Regen sogar der Hof der Dreherischen Bierhalle dicht besetzt. Es dürften etwa zehntausend mit roten Nelken und anderen sozialistischen Abzeichen geschmückte Genossen gemeldet sein.

Wieden.

Der Treffpunkt war im Gaißls Saal in der Favoritenstraße. Auch die Angestellten des Theresianums, der Technik und der städtischen Leichenbestattung fanden sich ein.

Margareten.

Der Hof der Landwehrkaserne in der Siebenbrunnengasse war der Sammelplatz. Im strömenden Regen standen mehrere tausend Männer und Frauen da und lauschten den Worten der Redner. Es sprachen Heisinger und der Kommunist Maschl.

Mariahilf.

Im Eckerhappart versammelten sich die Teilnehmer in großer Zahl. Abgeordneter Leuthner, der Kom-

munist Pfeffer, Dr. Josef Frey und Landtagsabgeordneter Sailer waren die Redner. Der Zug bewegte sich durch die Schabelgasse, Mariahilferstraße, Stumpergasse und Gumpendorferstraße zum Amislokale des Mariahilfer Arbeiterrates.

Neubau.

Die Genossen und Genossinnen von Neubau versammelten sich auf dem Urban Vorplatz. Die „Typographia“ sang den Chor „Wer ist frei?“ Dann sprachen Dr. Maurer, der Kommunist Schmidt und Genosse Müller.

Josefstadt.

Der Sammelplatz war die Lerchengasse. Von hier marschierten die Teilnehmer durch die Blindengasse und die Josefstädterstraße auf den Homerlinplatz vor das Amtsgebäude des Bezirkes zu.

Msergrund.

Das Klassenbewusste Proletariat des Bezirkes versammelte sich auf dem großen Platz vor der Ankunftsseite des Franz-Josef-Bahnhofes. Eine sehr starke Gruppe bildeten die Angestellten des Allgemeinen Krankenhauses.

Favoriten.

Das Arbeiterheim war als Sammelplatz angelegt, aber alle Gassen in allen Richtungen bis weit weg vom Gebäude waren von den Massen besetzt, die früh gekommen waren. Die Arbeiter der Großbetriebe hatten sich vor ihren Betrieben gesammelt und zogen gemeinsam in die Nähe des Arbeiterheims.

Simmering.

An der Ecke der Simmeringer Hauptstraße und der Kaiserbendorferstraße versammelten sich die Genossen. Nach dem Demonstrationszug durch den Bezirk trug der Arbeiterfängerbund „Stahlklang“ einen Freiheitschor vor.

Weidling.

Der Gerglerplatz der Traintafelne war der Sammelplatz. Die Versammlung wurde in der Reitschule abgehalten, in einem mächtigen Raum. Die Menge stand in der Halle Kopf an Kopf, auch alle Nebengänge, sogar die Nischen und Gesimse der hochliegenden großen Fenster waren dicht besetzt.

Ostdeutsche =

Abgabe K 80.—, halbjährig K 40.—, vierteljährig K 20.—, monatlich K 6.80.
 K 80.—, halbjährig K 40.—, vierteljährig K 20.—, monatlich K 6.80.
 vierteljährig K 24.—, halbjährig K 24.—, vierteljährig K 12.—
 die Zustellung durch die Post wird durch die bezüglichen Anstaltsstellen bezeugt.

29. Jahrgang.

Ausruf hören: „Geh's, sein ma fesch, trinf'n ma no a Viertel, morg'n um die Zeit, hammer eh die Rätereipublik!“ Und heute können sich die Herrschaften das Geschirr der Nacht über die Ohren ziehen.

Um es gerade heraus zu sagen: Der Montag war nicht nur der öbste, trübseligste Tag, den Wien seit langem gesehen, sondern geradezu ein *frivol* Verbrechen an der Bevölkerung. Was mag sich der Fäuferrat in Paris von uns denken? Dr. Renner ruft in bewegten Klagen das Mitleid für uns an und wir opfern zwecklos einen Arbeitstag einer Utopie; wenn wir dazu Zeit haben, kann es uns ja gar nicht so schlecht gehen. Wenn die Spielerei mit dem „ehernen Tritt der Arbeiterbataillone“ nur Sinn und Zweck gehabt hätte, wenn man gegen den Lebensmittelmangel, die Zentralen oder den wie noch nie blühenden Schleichhandel die Massen aufgebieten hätte, ja, wenn ein einziger Säugling in ganz Deutschösterreich einen Liter Milch als sichtbaren Erfolg des arbeitslosen Tages bekommen hätte, dann alle Achtung vor dem weiten Blick unserer Führer; so aber hat der Tag nichts gebracht als die unverantwortlich leichtsinnige Vernichtung von Arbeitswerten, die in die Millionen gehen. Greifen wir nur ein Beispiel, die Straßenbahn heraus, die trotz des höchsten Tarifes in der ganzen Welt mit Defizit arbeitet: Kein Knopf Einnahme und daneben die Gehalte und Löhne für Tausende von Angestellten, die natürlich aus den zehnfach erhöhten Steuern der Bürger und Gemeinbeitreibenden gezahlt werden müssen.

Schon in den ersten Vormittagsstunden, als kalter Regen einsetzte, legte ich mir die Frage vor, wie dieser Tag der erzwungenen Ruhe am besten auszufüllen wäre; Theater, Kino, Gast- und Kaffeehäuser gesperrt, ein Ausflug ins Grüne mangels jeglichen Verkehrsmittels unmöglich, etwas muß der Mensch doch tun, um den Tag nicht zu den ganz verlorenen legen zu müssen. So habe ich mir denn die letzte Friedensvirginier angebrannt und von ihrem Rauch umgaukelt, die neun Monate seit dem Umsturz vor meinem geistigen Auge Revue passieren lassen. Zufriedenheit ist anders!

„Jagt den Kaiser zum Teufel und schließt Frieden um jeden Preis, setzt die Sozialdemokraten auf den Boden und das Schlaraffenland ist fertig, alle Menschen sind gleich, jeder Standesunterschied hört auf, niemand wird mehr hungern und frieren.“ Und die Misera plebs contribuens hörte gläubig die Lehre des Heils und ging am 18. Februar hin und tat das ihre. So jetzt konnte der Virtus losgehen! Geduld ist eine schöne Sache, hat aber auch ihre Grenzen, wir warten auf das Heil, daß uns schon das Moos beim Schädel herauswächst. Freilich, die Sozialdemokraten hatten Pech, ihr weitaus überlegener Kopf, der Mann, der die Massen in der Hand hatte und dem auch seine Gegner die Achtung nie versagt haben, Dr. Viktor Adler, brach unter der Kiesenlast der Sorgen frühzeitig zusammen. Und was an Führern übrigblieb, gehört so ziemlich „in die Wirklichkeit“, gar seit Dr. Renner seit Monaten fern von Madrid weilt. Aber seien wir nur ehrlich, geschehen ist schon was, Adel und Orden sind abgeschafft, den vielgelästerten Offizieren hat man die Sterne ausgetilgt, ein paar neue Kemter sind errichtet worden und jetzt kriegt gar die Polizei russische Zeltarmen. Ist das nicht, bitte sehr? Nicht zu vergessen: die Taktik kann man jetzt 24mal im Tag wechseln — zieh' dir an, zieh' dir aus, heißt's von Rothschild — am Sonnabend steckt man die Kommunisten ins Loch und am Sonntag läßt man sie laufen, am Mittwoch nimmt der Bürgermeister — sollte der Titel nicht schleunigst in Proletenmeister geändert werden? — die galizischen und ungarischen Judenflüchtlinge schützend an die zottige Peldenbrust und am Sonntag schreibt man die strenge Einreisebewilligung für Wien vor, die sich ja sichtlich nur gegen diese aromatischen Zeitgenossen richtet. Ich frage: Ist das Konsequenz oder — Diätantismus?

Daß wir nicht wissen, ob wir morgen noch die elektrische Lampe antippen können und wovon wir die Spulwürmer im Darm kriegen sollen, wenn uns der Verband drei Tage mit dem Mehl jappeln läßt, ist doch dagegen eine Kleinigkeit!

Der blamierte Friedrich.

So wäre denn der große Tag auch vorbei, von dem man seit einer Woche an allen Straßenecken tuscheln hörte, daß er ein historischer Wendepunkt in der Geschichte Deutschösterreichs sein werde. Gut ist's gungen, niz is g'sch'n! Wenn jemand ein großes Fest vorbereitet, Einladungen nach allen Windrichtungen ausschickt und alles, was Rang und Namen hat, bei sich vereinigen will und er kriegt in letzter Minute von allen Seiten aus nichtigen Gründen eine Absage nach der anderen, dann ist das, auf deutsch gesagt, eine Blamage.

So oder ähnlich muß das Gefühl sein, mit dem der ungekrönte Herrscher von Deutschösterreich, Dr. Friedrich Adler, am Montag ins Bett gestiegen ist. „Ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschösterreichs!“ Vielleicht ist einem Teil der Arbeiterschaft an diesem Tage ein Licht aufgegangen, dann hätte das hochtönende Wort einen Funken von Berechtigung. Hochtrabend war dem verängstigten Burschoa in die Ohren gebrüllt worden: „Empathie- und Gebung für Sowjet-Rußland und Ungarn, Ausrufung der Rätereipublik“ und wie kläglich waren die Umzüge mit den Tafeln: „Noch die Internationale!“ und „Nieder mit dem Gewaltfrieden!“ Herrgott, wenn das der Clemenceau gesehen hätte, hätte dem das imponiert! Sonntag abends konnte man noch im Rathausleier den

26. VII. 1919

61

am nachmittags.

Verding und Ungarn:
 Morgenblatt allein: K 5.40
 Monatlich K 16.20
 Vierteljährig K 38.40
 Tages- und Abendsblatt:
 Morgenblatt K 7.80
 Vierteljährig K 23.40
 Tschecho-Slovakischer Staat:
 Morgenblatt allein: K 5.40
 Monatlich K 16.20
 Vierteljährig K 38.40
 Tages- und Abendsblatt:
 Morgenblatt K 7.80
 Vierteljährig K 23.40
 (Tschechische Krone.)
 Deutschland: Morgenblatt allein:
 Viertel. M. 20.—, Morgenblatt
 und Abendsblatt M. 30.—
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehör. Länder: Morgenblatt allein:
 Viertel. Fr. 25.—, Morgenblatt
 und Abendsblatt Fr. 36.—
 Abonnements werden angenommen
 in der Verwaltung, V. Rechte Wien-
 gasse 97, und in den Ausgabestellen:
 I. Schultergasse 13, Tel. 2191
 II. Postamtengasse 30, Tel. 40228
 X. Seilandplatz 6, Tel. 68244
 XIV. Bismarckplatz 6, Tel. 33126
 XVI. Hauptgasse 34, Tel. 34146
 XVII. Pachergasse 22, Tel. 17176
 XXI. Angerechtsch 14.

Arbeiterzeitung

XXXI. Jahrgang.

Rücktritt des Staatssekretärs Bauer.

Freitag um 5 Uhr nachmittags trat der Hauptausschuss der Nationalversammlung zu einer Beratung zusammen. Präsident Seif teilte mit, daß ihm von dem Leiter des Staatsamtes des Neufhern Dr. Bauer folgender Brief angekommen sei.
 Wien, am 25. Juli.

Herr Präsident!
 Seitdem ich die Leitung des Auswärtigen Amtes der deutschösterreichischen Republik übernommen habe, war es einer der führenden Grundsätze meiner Politik, Deutschösterreich die Freundschaft Italiens, des mächtigsten unserer Nachbarn, zu erwerben. Ich hoffte, Italiens Unterstützung für die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich seinen Schutz gegen die Ansprüche unserer slavischen Nachbarn auf deutsche Gebiete zu erlangen und in freundschaftlicher Auseinandersetzung mit ihm eine für beide Teile annehmbare Lösung der Frage Deutsch-Südtirols zu finden. Ich hoffte, Deutschösterreich werde der Mittler sein können, der der ganzen deutschen Nation die Freundschaft Italiens wieder gewinnt. In diesem Streben wurde ich ermutigt durch eine Reihe von Beweisen wohlwollender Gesinnung, die uns die italienische Regierung bei der Behandlung mancher Angelegenheiten gegeben hat.

Ich konzentrierte daher meine Bemühungen darauf, zu einer direkten Verständigung mit Italien über die einzige Frage, die trennend zwischen Italien und uns steht, von diesen Bemühungen habe ich der Nationalversammlung am 7. Juni Mitteilung gemacht. Leider sind diese Bemühungen gescheitert. Am 8. Juli hat mir Prinz Borghese, der italienische Bevollmächtigte in Wien, mitgeteilt, die italienische Regierung sei nicht in der Lage, sich auf eine Diskussion einzulassen, die die vollständige Souveränität des Königreiches Italien über das Alto Adige in Frage stellen würde. Damit war meine Politik an der Intransigenz des italienischen Imperialismus gescheitert. Denn wenn Italien auf der Annexion Deutsch-Südtirols besteht, ist jene enge Freundschaft zwischen Italien und Deutschösterreich, die das Ziel meines Strebens gewesen war, auf absehbare Zeit nicht möglich. Der italienische Imperialismus zwingt uns also, neue Bahnen zu betreten. Aber auf dem neuen Wege zu führen, glaube ich nicht der rechte Mann zu sein.

Ich kann nicht hoffen, Vertrauen bei den französischen Machthabern zu finden, die immer noch, wie schon Marx hörte, die Zerrissenheit des deutschen Volkes für ein Recht der französischen Nation halten. Aber nicht nur wegen meines Kampfes für die Vereinigung Deutschösterreichs mit der großen deutschen Republik, auch wegen der Stellung, die ich während des Krieges zu den damaligen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der internationalen Sozialdemokratie genommen habe, konnte ich das Vertrauen der gegenwärtigen französischen Regierung nicht erlangen. Wohl haben gerade meine engeren Freunde und ich den deutschen und den österreichischen Imperialismus während des Krieges am heftigsten bekämpft, gerade wir das relative historische Recht der bürgerlichen Demokratien des Westens gegen die Militärmonarchien Mitteleuropas verfochten. Aber die gegenwärtige französische Politik beurteilt uns nicht nach unserem Verhältnis

zu Frankreich, sondern nach unserer Stellung zur sozialen Revolution. Hat aber schon meine Stellung zur deutschen Frage und zu den sozialen Problemen das Mißtrauen der französischen Machthaber geweckt, so wurde dieses Mißtrauen noch vertieft durch meine Bemühungen um die Freundschaft Italiens. Ich glaube daher, daß meine Person nur noch eine Erschwerung jener Politik sein könnte, die mir jetzt, nachdem uns die Haltung Italiens den anderen Weg versperert hat, objektiv notwendig, historisch geboten zu sein scheint.

Von diesen Erwägungen geleitet, habe ich am 13. Juli dem Herrn Staatskanzler meinen Entschluß mitgeteilt, die Leitung des Staatsamtes des Neufhern niederzulegen. Der Herr Staatskanzler hat mich jedoch ersucht, die Entscheidung aufzuschieben, bis es uns möglich würde, die Angelegenheit mündlich zu besprechen. Dies haben wir am 23. und 24. d. in Feldkirch getan. Der Herr Staatskanzler hat nunmehr meinem Entschluß zugestimmt. Im Einvernehmen mit ihm bitte ich Sie daher, Herr Präsident, mich von der Leitung des Staatsamtes des Neufhern zu entheben.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Bauer.

Präsident Seif fügt hinzu, der Entschluß Dr. Bauers stehe, wie sich aus längeren Verhandlungen mit staatlichen Funktionären und auch mit der sozialdemokratischen Partei ergeben hat, unerwiderlich fest. Aus dem Briefe sei besonders jene Stelle hervorzuheben, die sagt, daß die künftige Politik des Kabinetts, wie sie sich nach den Feldkirchner Konferenzen des Präsidenten mit dem Staatskanzler, dem Vizekanzler und Staatssekretär Dr. Bauer ergebe, auch nach der Meinung des Lehreren „objektiv notwendig, historisch geboten zu sein scheint“. Nur sei er selbst nicht der geeignete Mann hiezu.

Vizekanzler Fink berichtet über die Verhandlungen mit dem Staatskanzler Dr. Renner über die Nachfolge und beantragt, der Nationalversammlung vorzuschlagen, es sei der Staatskanzler Dr. Renner mit der Leitung des Staatsamtes des Neufhern zu betrauen.

Präsident Hausner gibt seinem Bedauern über den Rücktritt Bauers Ausdruck und dankt ihm für die von ihm jederzeit bekundete loyale Politik.

Präsident Dr. Dinghofer und die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauptausschusses schließen sich den Ausführungen Hausners an.

Der Antrag Fink wird hierauf angenommen. Zum Referenten für die Nationalversammlung wird Abgeordneter Deutner bestimmt.

Auf Ersuchen des Präsidenten Seif und des Hauptausschusses erstattet sodann der scheidende Staatssekretär Dr. Bauer noch einen eingehenden Bericht über die Friedensbedingungen und über die Instruktionen, die in der Feldkircher Konferenz der deutschösterreichischen Friedensdelegation in Saint-Germain für die Antwortnoten gegeben worden sind. Der Bericht und die Vorschläge Dr. Bauers wurden nach einer längeren Debatte einstimmig genehmigt.

Bauers Rücktritt.

Genosse Otto Bauer hat das Amt des Staatssekretärs des Neufhern der deutschösterreichischen Republik niedergelegt. Die Gründe für diesen Rücktritt liegen, wie es Bauer in dem Briefe an den Präsidenten der Nationalversammlung mit der ihm eigenen Klarheit darlegt, ausschließlich auf außerpolitischem Gebiet auf dem Gebiete, wo unser armes Deutschösterreich jeder Freiheit entbehrt und das machtlose Objekt der Politik der anderen ist. Bauers Politik, die sich dabei in voller Übereinstimmung mit dem Willen der breiten Volksmassen befand und geradezu der Ausdruck der Notwendigkeiten unseres jungen Staatswesens war, ist von zwei Grundgedanken erfüllt gewesen: auf der einen Seite dem großen Gedanken der organischen Verbindung mit dem deutschen Mutterreich dienend, den Zusammenschluß mit der deutschen Republik vorbereitend; auf der anderen Seite von dem Bestreben geleitet, mit Italien, dem größten der uns benachbarten Staaten, die unsere Gegner sind, in ein freundschaftliches Verhältnis zu gelangen, das das Bindeglied zwischen Italien und dem Deutschen Reich hätte bilden können und sollen.

Diese Steigerung des Verhältnisses zu Italien zu einem freundschaftlichen war an eine unerläßliche Voraussetzung geknüpft: daß sich Italien bereit finden werde, auf die Annexion Deutsch-Südtirols zu verzichten und dem Wunsche irgendwie Rechnung zu tragen, den ganz Deutschösterreich leidenschaftlich teilt: Tirol nicht zu zerstückeln, das südbliche Land, das jedem Deutschen ehrwürdig ist, aus dem deutschen Zusammenhang nicht zu lösen, die ungeheuerliche Bergewaltigung aufzugeben, die mit der Innerion von Bozen und Meran besiegelt wäre. Wie leicht wäre es Italien gefallen, diese Politik, die ihm als Bezeugung eines edlen Sinnes nicht vergessen worden wäre, zu üben! Was kann für den italienischen Staat, der aus dem Kriege mit so erheblichem Machtzuwachs herausgeht, dessen Zukunftsmöglichkeiten so große werden, der schmale Streifen Land bedeuten, und wie hätte ihm die einfachste Klugheit geboten, auf die Annexion eines Gebietes zu verzichten, das von altersher eine deutsche Siedelung war und auch jetzt nur von Deutschen bewohnt ist! Um den (wirklichen oder vorgespiegelten) Bedürfnissen Italiens nach Gewinmung sicherer strategischer Grenzen zu entsprechen, hat Bauer, wie er in der Sitzung der Nationalversammlung, in der über den ersten Friedensvertrag berichtet wurde, dargelegt hat, der italienischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, wonach Deutsch-Südtirol zwar staatsrechtlich und wirtschaftlich bei uns bleiben, aber in militärischer Beziehung neutralisiert werden soll; damit wären die strategischen Wünsche Italiens wohl ausreichend erfüllt geworden. Es war aber alles vergebens; Italien hat alle Verhandlungen über Deutsch-Südtirol rundweg abgelehnt. Damit war der Politik Bauers, die so segensreich hätte wirken können und die für Italien nicht minder ersprießlich gewesen wäre, wie sie sich für Deutschösterreich als die einzig richtige ergab, der Boden entzogen. Wir haben uns vertrauensvoll an Italien gewendet; die mit dem Anche des Imperialismus behafteten italienischen Machthaber haben uns schände zurückgestoßen. Da wir zu schwach sind, um gegen die gegebenen Machtverhältnisse unseren Willen zu setzen, müssen wir aus der italienischen Ablehnung die Folgen ziehen. Aber es ist selbstverständlich, daß der Mann, der die Grundlinien dieser neuen Politik entwarf, die ganz Mitteleuropa befruchtet hätte, die anderen Wege, die uns die Unvernunft der anderen aufzwingen mag, nicht wandeln will. Bauer, dessen Wesen Grundfähigkeit ist, will kein Demnis einer neuen Orientierung sein, ihr dienen kann er aber nicht. So tritt er zurück.

Aber die Bitternis unserer Lage, die uns die Freiheit des Handelns zerstört, zwingt uns noch eine Erwägung auf. Bei den Friedensverhandlungen entscheiden französische Urteile und Vorurteile im hohen Maße; wir sind aber derart auf das Wohlwollen derjenigen angewiesen, die in Paris über unser Schicksal zu entscheiden die Macht haben, und zwar aller, daß wir gezwungen sind, auch das unberechtigteste der Vorurteile zu beachten und zu

Verzeichnis der im Staatsgesetzblatte für den Staat Deutschösterreich und im Landesgesetz- und Verwaltungsblatte für Oesterreich unter der Enns im Jahre 1919 veröffentlichten Gesetze, Vollzugsanweisungen und Verordnungen.

A. Staatsgesetzblatt.

- Nr. 251.** Vollzugsanweisung des Staatssekretärs für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 5. Mai, betreffend den Sitz und Beginn der Tätigkeit des Einigungsamtes für Streitigkeiten aus Lieferungsverträgen in Wien.
- Nr. 252.** Vollzugsanweisung der Staatsregierung vom 29. April über die Regelung des Reise- und Sommerverzehres.
- Nr. 253.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 2. Mai, betreffend die Feststellung der Gebühren für die eichamtliche Behandlung von Meß- und Wägemitteln (Eichgebühren).
- Nr. 254.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 19. April, betreffend Gewährung eines Zuschlages zu den Taxpreisen der alkoholhaltigen Präparate.
- Nr. 255.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 19. April, betreffend Gewährung eines Zuschlages zu den Taxpreisen der alkoholhaltigen Präparate für begünstigte Parteien (Krankentaxifahrt). Neunte Abänderung.
- Nr. 256.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 22. April, betreffend die Anmeldung und Verwendung bestimmter Metalle und Legierungen.
- Nr. 257.** Gesetz vom 8. Mai über das Staatswappen und das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich.
- Nr. 258.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 8. Mai, betreffend die Zehrgelder, Ganggelder, Zustellgebühren und Uebernachtungsgebühren aus Anlaß von Amtshandlungen außerhalb der Amtsgebäude.
- Nr. 259.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 9. Mai, betreffend die Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten.
- Nr. 260.** Vollzugsanweisung des Staatssekretärs für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 16. April, betreffend die Ergänzung und Aenderung der Ministerialverordnung vom 7. August 1912, R.-G.-Bl. 168, über die Verleihung des Rechtes zur Abhaltung von Meisterprüfungen an einzelne Anstalten.
- Nr. 261.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 5. Mai, betreffend die Einführung einer Betriebsstoffkarte für Explosionsmotore.
- Nr. 262.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 9. Mai über den Urlaub von jugendlichen Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten im Jahre 1919.
- Nr. 263.** Vierte Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 12. Mai über die Anmeldung und Kontrolle gewisser Vermögensschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe.

- Nr. 264.** Anlage zum Gesetze vom 8. Mai über das Staatswappen und das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich.
- Nr. 265 und 266.** Kundmachungen des Staatskanzlers vom 12. Mai, betreffend die Berichtigung von Druckfehlern im Staatsgrundgesetzblatte.
- Nr. 267.** Gesetz vom 14. Mai, womit Artikel 11 des Gesetzes vom 14. März über die Staatsregierung ergänzt wird.
- Nr. 268.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 14. Mai über die Einstellung von Arbeitslosen in gewerbliche Betriebe.
- Nr. 269.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 22. April, betreffend die Pflicht zur Anzeige und Abgabe verschiedener Waren an den Wirtschaftsverband der Oel- und Fettindustrie.
- Nr. 270.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Verkehrsweisen vom 12. Mai, betreffend die Errichtung einer neuen Staatsbahndirektion.
- Nr. 271.** Vollzugsanweisung des Staatssekretärs für Justiz vom 14. Mai über die Einrechnung militärischer Dienstleistung in die Praxis der Justizberufe (Einrechnungsvorschrift).
- Nr. 272.** Vollzugsanweisung der Staatsregierung vom 19. Mai mit welcher die Vollzugsanweisung vom 29. April St.-G.-Bl. Nr. 252, ergänzt wird.
- Nr. 273.** Gesetz vom 6. Mai, womit die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Februar, betreffend die teilweise Aenderung des Dienstverhältnisses der Kanzleioffizianten und Kanzleioffiziantinnen etc. teilweise abgeändert werden.
- Nr. 274.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 8. Mai, betreffend die Aufhebung einer Bestimmung über die Aussetzung der Bekanntmachung von Patentanmeldungen.
- Nr. 275.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 12. Mai, betreffend Aufhebung der Beschränkungen der Herstellung, der Veräußerung und der Ablieferung von Spinnpapiererzeugnissen.
- Nr. 276.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 21. Mai über die Aenderung der Bezeichnung des Kreisgerichtes Feldkirch in „Landesgericht Feldkirch“.
- Nr. 277.** Gesetz vom 6. Mai, betreffend die Ermächtigung der Regierung zu zoll- und handelspolitischen Verfügungen.
- Nr. 278.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 22. Mai, betreffend die Zollbehandlung des Warenverkehrs mit der tschechoslowakischen Republik, Polen und Jugoslawien.
- Nr. 279.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 22. Mai, betreffend die Außerkräftsetzung der Zölle für mehrere Waren.
- Nr. 280.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 22. Mai, betreffend die Erhöhung des Zollausschlages.
- Nr. 281.** Gesetz vom 14. Mai über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben.
- Nr. 282.** Gesetz vom 15. Mai über die Mindestruhezeit, den Ladenschluß und die Sonntagsruhe in Handelsgewerben und anderen Betrieben.

- Nr. 283.** Gesetz vom 15. Mai, betreffend die Errichtung von Betriebsräten.
- Nr. 284.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 15. Mai, mit der die Vollzugsanweisung vom 21. Dezember 1918, betreffend die Aufhebung der bestehenden Höchstpreise für einige Mineralblprodukte sowie für Handelsbenzol und die Festsetzung neuer Höchstpreise für Leuchtpetroleum abgeändert wird.
- Nr. 285.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 18. Mai, betreffend die Besetzung und Kündigung der Tabakverschleißgeschäfte.
- Nr. 286.** Fünfte Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 22. Mai über die Anmeldung und Kontrolle gewisser Vermögensschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe.
- Nr. 287.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 28. April, betreffend Aufhebung der Beschränkungen im Verkehre mit Flachsb.
- Nr. 288.** Vollzugsanweisung der Staatsregierung vom 29. April, betreffend die Uebertragung der vom Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten besorgten Geschäfte der staatlichen Fremdenverkehrsforderung auf das Staatsamt für Verkehrsweisen.
- Nr. 289.** Gesetz vom 6. Mai, betreffend die Einhebung der inneren Abgaben und Lizenzgebühren für eingeführte Verbrauchssteuergegenstände und Gegenstände des Staatsmonopols.
- Nr. 290.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 13. Mai, betreffend die Anmeldung von Marken.
- Nr. 291.** Gesetz vom 14. Mai, betreffend die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren.
- Nr. 292.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 17. Mai über die Ausstellung von Arbeitskarten für Kinder.
- Nr. 293.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Heerwesen vom 26. Mai, betreffend die Ausbezahlung von Unterhaltsbeiträgen an die Angehörigen von aktiv dienenden Personen.
- Nr. 294.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 24. Mai, betreffend die Anwendbarkeit der kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915 über die Veräußerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in den Gemeinden Bludenz, Dornbirn und Hohenems in Vorarlberg.
- Nr. 295.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 28. Mai, betreffend die Pensionsversicherung von Angestellten.
- Nr. 296.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 28. Mai, betreffend Erlassung eines Statutes für die Deutschösterreichische Pensionsanstalt für Angestellte.
- Nr. 297.** Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 30. Mai, betreffend den Beginn der Wirksamkeit, Behörden und Verfahren des Invalidenentschädigungsgesetzes. (1. Vollzugsanweisung zum Invalidenentschädigungsgesetz.)

Der Kreisarbeiterrat über die politische Lage.

Beschluß zu dem Umsturz in Ungarn.

Der Kreisarbeiterrat Wien hielt heute in der Staatsstiftungsrealsschule in der Boerhavegasse eine Sitzung mit der Tagesordnung: Die politische Lage ab. Friedrich Adler führte als Referent aus:

Wir müssen zu der durch den Umsturz in Ungarn neu geschaffenen Situation Stellung nehmen. Wir stehen am Schluß einer Periode, die mit einer Niederlage des Proletariats endet, nicht nur mit einer Niederlage des ungarischen Proletariats, sondern des Proletariats aller Länder. Was in Ungarn geschehen ist, wirkt notwendigerweise auf uns zurück. Die Reaktion in allen Ländern benützt diese Gelegenheit, um gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus überhaupt vorzugehen und nicht bloß gegen die bolschewistische Taktik. Wir haben daher in erster Linie Stellung zu nehmen

gegen die schlimmen Folgen.

Diese nach Möglichkeit einzudämmen. Abgesehen von allen tatsächlichen Unterschieden muß das Klassenbewußte Proletariat heute einig und entschlossen allen kontrarevolutionären Bestrebungen entgegenzutreten. Wir in Deutschland als in einem demokratischen Staate müssen es als Selbstverständlichkeit betrachten, daß trotz aller Schimpfereien der bürgerlichen Presse und der noch zu erwartenden Angriffe auf parlamentarischen Boden

das Asylrecht

gewahrt werden muß, wie es bisher in demokratischen Ländern geübt wurde. (Beifall.) Wir nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, daß unsere Regierung in diesem Punkte das Richtige sofort veranlaßt hat und bemüht war, den Volksbeauftragten jenen Schutz zu gewähren, der sie vor eventuellen Angriffen der Gegenrevolution bewahren soll. Derzeit wird fast in keinem Lande Europas das Asylrecht gelübt. Die Schweiz und England, die es ehemals ernst nahmen mit dem Asylrecht, versagen. Die Schweiz weist sogar die ungarische Gesandtschaft aus und auch England entfernt alle unheimlichen Gäste. Um so ehrenvoller ist es für uns, daß in unserem Lande das Asylrecht geübt wird.

Wir sind in einer der schwierigsten Situationen der an sich schwierigen Fragen zu stehen. Wir stehen unmittelbar vor dem Abschluß des drückendsten Friedens, der jemals einem Lande auferlegt wurde. Mit dem Fall der Rätediktatur in Ungarn, ja selbst wenn auch Rußland die Proletariats Herrschaft einbüßen sollte, ist nur eine ganz besondere Taktik des proletarischen Klassenkampfes, ist nur die Form der Rätediktatur gescheitert. Demgegenüber haben wir festzustellen, daß der

Kampf um die politische Macht des Proletariats

fortdauert und daß die Erschütterungen, denen Europa ausgesetzt ist, keineswegs ihren Abschluß gefunden haben. Entscheidend für unsere Situation bleibt aber, daß in den besiegten Ländern der Wille zur Bekämpfung des Kapitalismus zwar am stärksten, die Möglichkeit der Einführung des Sozialismus aber leider eine in allen Beziehungen sehr verringerte ist. Dies ist zwar eine traurige Wahrheit, aber eine Wahrheit, über die wir uns keineswegs hinwegtäuschen dürfen. Als wir zur Zeit der Errichtung der Rätediktatur in Ungarn aufgefordert wurden, dem Beispiel zu folgen, haben wir Widerstand geleistet und jetzt zeigt sich, daß die Taktik, die wir eingeschlagen haben, die richtige war, so schwer verständlich sie auch manchem Arbeiter gewesen sein mag. Gätten wir diese Taktik nicht eingeschlagen, wir wären weit früher wie Ungarn zusammengebrochen und hätten die ungarische Rätediktatur gleichfalls mitgerissen. Von kommunistischer Seite ist der Antrag gestellt worden, im Kreisarbeiterrat und durch eine Reichskonferenz zu den Friedensbedingungen Stellung zu nehmen. Die Note Fahne fordert die Ablehnung des Friedensvertrages und die Proklamierung der Rätediktatur. Es ist überflüssig heute über diese Art von Politik ausführlicher zu reden. Es ist richtig, daß wir Deutschösterreicher einen schwereren Frieden haben als alle anderen Länder. Davons aber kann man nicht die Ablehnung desselben folgern. Zur Zeit der Friedensverhandlungen mit Deutschland hat die soziale Revolution erklärt, die deutschen Kommunisten seien nicht stark genug, um derzeit Aktionen zu unternehmen, sie müssen rüsten. Sie warnte vor vergeblichen Kräfteanstrengungen. Wir Deutschösterreicher aber sollen nach der roten Fahne stark genug sein, den Frieden abzulehnen. Der Artikel der roten Fahne will das Proletariat nur zu unüberlegten

Handlungen verführen. Diese Methode können wir nicht mitmachen. Forderungen zu stellen, die unerfüllbar sind, ist eine eingetretene Methode der kommunistischen Politik. Das Programm der Kommunisten ist, über die Forderungen zu stellen, heißt es wörtlich in dem Referat über die internationale Lage, das dem jüngsten kommunistischen Parteitag erstattet wurde. Diese Taktik beruht auf einer Anschauung, gegen die wir uns wenden müssen, ganz genau dieselbe Methode wenden die Kommunisten in der Friedensfrage an. Unsere Stellung ist aber ganz klar gegeben. Ein Kampf gegen den siegreichen Imperialismus und seine gewislich furchtbaren Bedingungen ist für Deutschösterreich von vorneherein ausgeschlossen. Hätte Deutschland nicht unterschrieben, dann wäre eine ganz andere Situation. So aber müssen auch wir unterschreiben. Jede andere Stellungnahme in der Friedensfrage würde nur zu einer Niederlage des Proletariats führen, die wohl noch ärger wäre wie in Ungarn.

Die kapitalistische Bestie wittert Morgenluft. Da ist es vor allem notwendig, nachdrücklich festzustellen, daß, mögen welche Fehler immer in Ungarn geschehen sein, die Menschenopfer und Verwüstungen, die aller Revolutionen, die die Geschichte kennt, bei weitem nicht so groß sind, wie sie eine einzige „Großkampfwunde“ des Weltkrieges zur Folge hatten. (Lebhafter Beifall.) Mag die ungarischen Arbeiter Schuld treffen für die Fehler, die sie auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats machten, wir werden immer daran denken, um wie unvergleichlich größer die Sünden des kapitalistischen Systems gewesen, insbesondere jenes furchtbaren Regimes Tschaikows, das zu den Hauptschuldigen am Weltkrieg gehört. Unser Endziel, die Tatsache, daß das Proletariat einen Weg zu einer Gesellschaftsordnung sucht, die alle Menschenopfer ausschließt, gibt uns recht gegenüber der Bourgeoisie, die durch das Wiedererstarken des Kapitalismus uns in ein neues Zeitalter verschärfter imperialistischer Machtkämpfe, in eine

neue noch ungeheuerlichere Weltkatastrophe

führen würde. Bei aller Trauer über die Niederlage, bei aller kritischen Befinnung und trotz des Bewußtseins, daß das Experiment zur unrichtigen Zeit und am unrichtigen Ort vorgenommen wurde, müssen wir doch unsere Einheit der Ziele gegenüber der Bourgeoisie zeigen. Der Sozialismus kann nur dort Fuß fassen, wo die Industrie vorwiegend, die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht. Die Führer des Proletariats in Rußland und Ungarn waren sich hierüber auch klar, jedoch haben sie sich über das Tempo, in dem sich die Weltrevolution vollziehen wird, getäuelt. Wir haben in diesem Moment keine Zeit zu Retrimationen. Aber dennoch müssen wir aus den Ereignissen lernen, daß nicht nur Begünstigung für die Ziele nötig ist, sondern auch die klare Erkenntnis der Lage, in der sich das Proletariat der ganzen Welt befindet. Gegenüber Schwärmungen muß die richtige Taktik mit Entschlossenheit eingeschlagen werden und auf das Endziel, die Beseitigung des Kapitalismus hingesteuert werden. (Lebhafter Beifall.)

Müller (Neubau): Wir müssen aus den Ereignissen auf beiden Seiten lernen. Die Kommunisten hätten zu erwägen, ob sie nicht in unseren Reihen Platz haben. Aber auch den Sozialdemokraten legt die Situation die Pflicht möglicher Zurückhaltung gegenüber den Kommunisten auf. Der zu erwartende Verstoß der Bourgeoisie muß einig und geschlossen vom Proletariat abgewehrt werden.

Elfinger (Jannere Stadt): Wir haben auch unsere eigene Taktik zu überprüfen und uns zu fragen, ob wir nicht zeitweilig den Kommunisten allzu sehr entgegengekommen sind. Das Asylrecht als ein demokratisches Postulat muß unter allen Umständen gewahrt werden.

Elfriede Friedländer: Ich bin mir bewußt, daß meine Worte mit Schlägen und Spott aufgenommen werden; viele von Ihnen triumphieren. Aber größere Menschen als wir wurden als Narren hingestellt. Meine Worte werden von der Geschichte ebenso gerechtfertigt werden wie die Worte Liebknechts 1914. Sie wissen noch gar nicht, ob die ungarische Niederlage für das Proletariat nicht wertvoller sein wird als alle Kompromisspolitik. Für mich gibt es keine bessere Propaganda als die Richtigkeit des Rätesystems als den Zusammenbruch in Ungarn. Nur durch die Diktatur des Proletariats erreichen wir den Sozialismus. Sämtliche Nationalversammlungen sind nichts anderes als Verkleidungen der Sicherheit des Privateigentums. Diese Tatsache lernen wir aus der ungarischen Niederlage. Die heutigen Ereignisse in Ungarn, der Weiße Schrecken, wäre schon vor vier Monaten eingetreten, wenn nicht die Rätediktatur ihn aufgehalten hätte. Vier Monate Sozialismus liegen dahinter. Es bedeutet etwas ganz anderes, wenn sich ein kapitalistisches Ungarn den Rumänen erobert, als ein aus allen Wunden blutendes sozialistisches Ungarn, wie es jetzt der Fall ist. Die ungarischen Genossen haben in Wahrheit den Sozialismus zum Siege verholfen. Durch den Frieden von Saint-Germain wird bei uns die Reaktion gestärkt. Aber die Entente weiß, daß man einen Hindenburg oder Hindenburg, jedoch keine Sowjetrepublik bestegen kann. (Anhaltender Beifall.) Bisher wurden uns die Kriegsgefahr und der Lebensmittelmangel als Argumente gegen die Rätediktatur entgegengehalten. Aber gerade jetzt in der Ernte können wir die Rätediktatur aufrechten. Die nationalen Konfliktstoffe, wie sie in Ungarn vorhanden waren, sind bei uns nicht. Wenn wir jetzt den Frieden von Saint-Germain annehmen, geben wir kamplos unser Ideal preis. Sie verheßen mit Ihrer Realpolitik dem Kapitalismus zum Siege. Heute jubelt die Bourgeoisie, auf den Frieden von Saint-Germain gibt es nur eine Antwort, die Ausrufung der Rätediktatur, die Bewaffnung des Proletariats. Die Aufforderung der Volkswehr kann nur mit der Aufstellung der roten Armee beantwortet werden.

Frohauer (Deying) beantragt Schluß der Debatte, der a. g. e. l. e. n. t. wird.

Dr. Wawer (Neubau): Wir sind nicht hergekommen um zu rechten und zu richten, sondern zu beschließen, welche Haltung wir nun einzunehmen haben. Ich glaube es ist der Moment gekommen, wo sich Sozialdemokraten und Kommunisten wieder finden müssen.

Danneberg: Es ist heute das Wort von Einigung gesprochen worden; wie es darum bestellt ist, hat die Rede Friedländer deutlich gezeigt. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, zu einer geschlossenen Front zu gelangen. Eine geschlossene Front ist in einer so kritischen Periode nur möglich von Leuten, die dieselben Grundanschauungen haben. Die Kommunisten betrachten die Welt immer nur nach ihren Wünschen, wir Sozialdemokraten dagegen, wie sie ist. Uns zeigt der Umsturz in Ungarn, daß sich kein Proletariat in irgend einem Lande über die gegebenen Bedingungen hinwegsetzen kann. Eine Hauptursache des Zusammenbruchs in Ungarn war die, daß es sich herausgestellt hat, daß die große Masse des Proletariats dort noch nicht die Reife für den Sozialismus hat. Das Proletariat muß moralisch gereift sein, wenn es die Herrschaft antreten will. Es ist nicht recht, wenn die Elfriede Friedländer das Proletariat durch die Errichtung der Rätediktatur ins Unglück stürzen will. Die Lage der Arbeiterklasse ist durch den Umsturz in Ungarn erschwert. Unsere Aufgabe muß es sein, die Arbeiter-

schaft vor einem solchen Unglück zu bewahren. Wir müssen unsere Organisation weiter ausbauen und die Arbeiter mit revolutionärem Geist erfüllen. Ich beantrage deshalb folgende Resolution:

Unter den Schlägen des vom Entente-Imperialismus vorgeschickten Rumänenheeres ist die ungarische Rätediktatur nach viermonatiger Dauer zusammengebrochen. Die ungarische Arbeiterklasse und mit ihr die Arbeiter aller Länder sind um eine traurige Erfahrung reicher.

Der Wiener Kreisarbeiterrat hält das Vorgehen der Regierung, die den ungarischen Volksbeauftragten in Deutschösterreich eine Zufluchtsstätte gewährt hat, um sie den Höchsten der nachsichtigen Reaktion zu entziehen, für selbsterstlich. Der Wiener Kreisarbeiterrat wünscht und hofft, daß es der Arbeiterklasse Ungarns gelingen werde, die furchtbare Krise zu überwinden und der kapitalistisch-junkerlichen Reaktion in ihrem Lande standzuhalten.

Der deutschösterreichischen Bourgeoisie und ihrer Presse gegenüber stellen wir mit allem Nachdruck fest, daß, so sehr der Wiener Kreisarbeiterrat den Versuchen Widerstand geleistet hat, die ungarische Rätediktatur auf Deutschösterreich zu verpflanzen, er keineswegs dulden wird, daß unter dem Deckmantel einer Polemik gegen den Bolschewismus, eine reaktionäre Dey gegen den Sozialismus unternommen wird. Die Bourgeoisie jubelt zu früh, wenn sie glaubt, daß mit der ungarischen Rätediktatur auch die Macht der Arbeiterklasse gebrochen sei. Da sich bestätigt hat, daß der in Ungarn eingeschlagene Weg nicht zum Ziele führt, mahnt der Kreisarbeiterrat die Arbeiterklasse, ihre Organisationen auszubauen und das gesamte Proletariat mit revolutionärem sozialistischen Geist zu erfüllen, um schlagfertig der Reaktion entgegenzutreten zu können und den Kampf für die großen Ziele des Sozialismus unter dem durch die Weltlage gegebenen Bedingungen in geschlossenen Reihen weiterzuführen.

Seit:

Bei der Rede der Genossin Friedländer kann man nur bedauern, daß eine sonst so kluge Frau im entscheidenden Moment so wenig Verständnis dafür hat, in welcher Lage wir uns befinden. Borek aber noch eine Bemerkung zu den Ausführungen der bürgerlichen Blätter über die Gewährung des Asylrechtes an die ungarischen Volkskommisäre. Die Maßregel wird mir als Präsidenten der Nationalversammlung zugeschrieben. Nun bin ich als Präsident weder für jene Regierungshandlungen, die man tabelt, noch für jene, die man lobt, verantwortlich. Die Verantwortung trifft vielmehr ausschließlich die beteiligten Staatssekretäre. Da ich aber herausgefordert bin, stehe ich nicht an, zu sagen, daß ich die Gewährung des Asylrechtes vollkommen billige, daß ich diese Maßregel als eine ganz selbstverständliche betrachte. Wer es immer sei, der durch die eindringende Armee des Feindes aus seinem Lande vertrieben wird, er hat ein Anrecht auf Schutz auf neutralem Boden.

Um auf unsere Lage zu kommen: Sie ist sehr einfach. Wir standen in der Zeit, da die Welle des Kommunismus sehr gering, einer zitternden, furchtlichen Bourgeoisie gegenüber. Heute strahlt sie im Triumph und im Übermut. Demgegenüber bleibt unsere Politik heute dieselbe wie seit Monaten. Wenn wir stark waren gegen die Kommunisten, müssen wir doppelt stark sein gegen den Übermut des internationalen Kapitalismus. Die Genossin Friedländer behauptet, wenn man vor vier Monaten in Ungarn nicht die Rätediktatur erklärt hätte, wäre es zum Weihen Schreden gekommen. Es ist aber eine alte Erfahrung der Geschichte, daß schwere Niederlagen auf den Schlachtfeldern das Regime ändern. Der Weiße Schrecken der Tschaikows und Genossen hätte ja schon fünf Jahre hergeführt. Was wäre natürlicher gewesen als ein System wie bei uns, ein System, das die politische Revolution durchgeführt und den Weg zum Sozialismus gebahnt hätte? Leider ist es anders gekommen. Die ungarischen Genossen haben dem Sozialismus nicht genügt, ihn vielmehr bistroditiert. Wenn Frau Friedländer sagt, heute helfe in Deutschland nur die Rätediktatur, so ist dies ein Verleumdung unserer Lage des Stauens erregt. Es ist nicht einmal mehr richtig, daß die Entente den Bolschewismus fürchtet. Sie zeigt sich fast uninteressiert an den inneren Vorgängen bei uns. War der Bolschewismus vor zwei bis drei Monaten noch eine starke Drohung, so zeigt uns die Antwort Clemenceaus auf Romanets Note, daß die Entente heute über die Dinge ganz anders urteilt. Wäre die Errichtung der Rätediktatur in Deutschösterreich vor drei Monaten ein Fehler gewesen, so wäre sie heute Unsinn. Die Ententeheere brauchen bei uns gar nicht einmarschieren. Ein bißchen weniger Wohlwollen würde genügen, daß dieselben Arbeiter, die uns heute vielleicht noch vorwärtsdrängen, uns in wenigen Tagen heinigen würden. Die Ententekapitalisten bieten alles auf, um ihren Sieg vollkommen zu machen. Auch bei uns werden die Scharfmacher glauben, jetzt sei ihre Zeit gekommen. Daher gibt es keine andere Politik, als die der unerschütterlichen Energie, der Zähigkeit des Festhaltens an den Zielen, die wir bisher verfolgt haben. Wir haben in den letzten Monaten Hunderttausende neue Anhänger gewonnen, die zum Teil sehr radikal sind. Aber es liegt die Gefahr nahe, daß gerade diese neuen Anhänger wieder zu ihren alten Anschauungen zurückkehren. Wir haben daher schwere Erziehungsarbeit zu leisten, die Phrasen zu bannen, die Erkenntnis unserer möglichen Lage und unserer letzten Ziele zu verbreiten. Das Proletariat bedarf heute mehr denn je der Zielsicherheit aber auch der Entschlossenheit, um in ruhiger Energie und unbeirrt von rechts und links den Weg zu gehen, der mit den geringsten Opfern am schnellsten zum Ziele führt. Ob die Welle hoch oder nieder geht — wir bleiben immer dieselben. (Lebhafter Beifall.)

Es wurden nun als Generalredner Tom an und Max Adler gewählt.

Tom an: Die ungarischen Kommunisten wurden als die Ursache des Zusammenbruchs ausgepickt. Tatsache ist, daß die Kommunisten in einer sehr schwierigen Lage von den Sozialdemokraten aufgefordert wurden, die Herrschaft mitzübernehmen und die Diktatur zu proklamieren. Auch wir Kommunisten sind der Ansicht, daß die Vorbereitungen im entsprechenden Maße getroffen werden müssen. Aber die Kommunisten werden auch in unangünstigen Momenten die Regierung übernehmen, wenn es im Interesse des Proletariats gelegen ist. In dem Zusammenbruch in Ungarn hat nicht allein das ungarische Proletariat die Schuld, sondern auch die Proletariate der anderen Länder, die nicht im entscheidenden Moment das Notwendige unternommen haben. Wir Kommunisten wissen, daß der Zusammenbruch in Ungarn augenblicklich ein Rückschlag ist, aber wir wissen auch, daß diese Tatsache dem Proletariat in England, Frankreich, Italien und in der Tschecho-Slowakei Aufklärung geben wird über das Fortschreiten der Reaktion und es anspornen wird zum rücksichtslosen Kampfe gegen den internationalen Imperialismus und Kapitalismus. Für uns gilt die Niederlage Ungarns als eine Aufmunterung zum Kampfe, nunmehr noch rücksichtsloser vorzugehen.

schiedenen Ausdruck verliehen und von der Regierung Aufklärung und Rechenschaft verlangt wurde.

Zu der Besprechung der politischen Lage wurde auch auf die dringende Notwendigkeit verwiesen, die Lösung der Verfassungsfrage unumkehrbar allen Ernstes in Angriff zu nehmen und die Behandlung des von der Partei eingebrachten Entwurfes einer Bundesverfassung als wichtigste Aufgabe der konstituierenden Nationalversammlung energisch zu betreiben.

Von zahlreichen Abgeordneten wurden neuerdings die ernstesten Beschwerden über das terroristische Vorgehen sozialdemokratischer Kreise zum Ausdruck gebracht und Abhilfe gefordert, denn nach allgemeiner Ueberzeugung müssen diese Zustände zur Auflösung jeder staatlichen Ordnung führen.

Die Ausflüchte des Landeshauptmannes.

Einer deutschnationalen Abordnung gegenüber, die gleichfalls der Empörung der Bevölkerung über die Aufnahme des Budapester Terroristen in Niederösterreich Ausdruck gab, hat gestern der sozialdemokratische Landeshauptmann von Niederösterreich, **Sever**, erklärt,

daß seinerzeit im Kabinettsrat mit Zustimmung der christlichsozialen Kabinettsmitglieder der Beschluß gefaßt wurde, Bela Kun und Genossen im Waldviertel unterzubringen. Für diesen Beschluß sei die bekannt ruhige Haltung der Bevölkerung des Waldviertels maßgebend gewesen. Landeshauptmann Sever erklärte weiter, daß er der Staatsregierung, insbesondere dem Staatssekretär des Innern, von der großen Erregung der Bevölkerung Mitteilung machen werde.

Es ist eine seltsame Erscheinung, daß ein hoher Funktionär der größten Partei die Verantwortung für die Taten seiner Partei im Handumdrehen auf andere Schultern schieben möchte. Die christliche Wählerschaft hat die Asylgewährung an die Kun-Agenten einmütig abgelehnt. Die Leitung der Wiener christlichsozialen Partei hat heute gegen den Mißbrauch des Asylrechtes entschieden protestiert und die Christlichsoziale Vereinigung im Parlamente hat heute von der Regierung Aufklärung und Rechenschaft darüber verlangt. Aber der sozialdemokratische Landeshauptmann von Niederösterreich macht der Öffentlichkeit die überraschende Mitteilung, daß die christlichsozialen Kabinettsmitglieder der Asylgewährung für Kun zugestimmt haben. Es könnte dies nur in einer Kabinettsitzung geschehen sein, und für die Qualitäten sozialdemokratischer Staatsmänner ist es charakteristisch, daß ein solcher bedenkenlos die Vertraulichkeit dieser Beratungen aus Parteilücksichten preisgibt. Der Landeshauptmann hat ferner diese Mitteilung gegenüber deutschnationalen Abgeordneten gemacht; da ist denn doch die Frage berechtigt, ob die Koalition zwar für die Herrngasse Nr. 7 gilt, aber nicht mehr für die Herrngasse Nr. 13 und ob es mit den einfachsten politischen Anstandsregeln vereinbar ist, daß ein sozialdemokratischer Funktionär eine Koalitionspartei öffentlich vor einer der Koalition nicht angehörenden Partei „einzutunken“ versucht. Es ist kaum glaublich, daß die sozialdemokratischen Koalitionsführer auf deren Mitteilungen allein die Behauptungen des Landeshauptmannes beruhen können, eine solche politische Schmutzerei decken und verantworten könne. Die Sache fällt aber vollends aus dem Rahmen der Möglichkeiten dadurch heraus, daß die Mitteilungen des Landeshauptmannes, der Wahrheit nicht entsprechen; denn die christlichsozialen Kabinettsmitglieder haben nicht dem Beschlusse bezüglich Bela Kuns zugestimmt.

Es wäre nun Pflicht der sozialdemokratischen Partei, wenn sie auf ihre politische Repräsentation noch etwas gibt, sich diesen unmöglichen Landeshauptmann von Niederösterreich etwas näher anzusehen.

Der Beschluß über Westungarn.

Der Hauptausschuß hat gestern über Antrag des Präsidenten Dr. Dinghofer einen Beschluß über die Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes Westungarns gefaßt, der von der Staatskorrespondenz teilweise unrichtig widergegeben wurde. Der Beschluß forderte nicht die Sicherung der Ordnung in Westungarn durch die Ententemächte, sondern „daß Deutschösterreich ermächtigt werde, durch seine Sicherheitsorgane in dem Gebiete von Deutsch-Westungarn die Ruhe und Ordnung zu sichern, bis das deutschwestungarische Volk selbst durch Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle über seine staatliche Zugehörigkeit entschieden hat.“

Die Beratung des Hauptauschusses.

Die kurze Anwesenheit der Friedensabordnung in Wien — der Staatskanzler soll zu Beginn der kommenden Woche bereits wieder nach St.-Germain zurückkehren — wurde auch heute zu eingehenden politischen Beratungen ausgenützt, die dem Staatskanzler ein erschöpfendes, und zwar wenig erfreuliches Bild der innerpolitischen Zustände gaben. Die staatsfinanzielle Lage ist — abgesehen von den furchtbaren Bedingungen des Friedensvertrages — trostlos und ohne energische Sparmaßregeln katastrophal; die Versorgung mit Kohle und Rohstoffen ist ein schier unlösbares Problem geworden; das Verhältnis zwischen Staat und Ländern treibt dem Zerfalle des Ganzen zu, wenn nicht endlich die Verfassungsgrundlagen vollständig erneuert und den Strömungen der Zeit angepaßt werden, eine Arbeit, die leider so lange in Vorbereitung bleiben muß, als der Friedensschluß von den Ententemächten verzögert wird. Dazu kommen noch eine Reihe innerpolitischer Schwierigkeiten, welche die staatliche Ordnung nicht minder bedrohen. Die Erregung der Bevölkerung über die Asylgewährung an die Budapester Bolschewikenhäupter dauert an, am meisten auf dem Lande und besonders in den Asylgegenden; die Uebergriffe der sozialdemokratischen Partei-Arbeiterräte haben allgemein ohne Unterschied der Partei die Ueberzeugung gefestigt, daß der Staat durch diese unberufene Nebenregierung an den Rand der Anarchie gestoßen wird; die Terrorakte gegen christliche Arbeiter in den Fabriken gehen unvermindert fort, trotz mancherlei Bemühungen der Regierung, die Koalitionsfreiheit zu wahren. Es ist nicht wenig, was in diesen kurzen Wiener Stunden an Schwierigkeiten auf den sorgenüberladenen Staatskanzler einströmt. Die Regierungsbank ist auch in der Republik kein weicher Pfuhl und man muß gestehen, daß der größte Teil dieser Schwierigkeiten auf das Konto der neuen Ordnung geht, sich daher nicht mit den üblichen Redensarten von der traurigen Erbschaft abtun läßt, zu denen auch heute wieder der Staatskanzler bei seinem Amtsantritte im Auswärtigen Amte Zuflucht genommen hat. Es bedarf nicht der Worte, sondern energischer und mutiger Taten, um den Staat aus diesem Auflösungsprozesse zu erretten.

Nach neuerlichen Parteiberatungen trat heute vormittag der **S a u p t a u s s c h u ß** zusammen, der in mehrstündigen Beratungen die aktuellen politischen Fragen erörterte und Beschlüsse faßte. Hierauf trat nachmittags nochmals die Christlichsoziale Vereinigung unter Vorsitz des Präsidenten **S a u f e r** zu einer Sitzung zusammen und es wurde folgende Verlautbarung beschlossen:

Die Beratungen der Christlichsozialen.

Das **A u s s c h u ß** für die Bolschewiken. — Für die Beschleunigung der Verfassungsregelung. — Die Nebenregierung des Terrors.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt gestern und heute vor- und nachmittags unter Vorsitz ihres Obmannes Präsidenten **S a u f e r** eingehende Beratungen ab, die durch einen Bericht des Delegierten der Vereinigung, Professor Dr. **U r t l e r**, über die Verhandlungen und Arbeiten unserer Delegation in St.-Germain eingeleitet wurden. Daran schloß sich eine gründliche Aussprache, in der sowohl die Friedensbedingungen einer Kritik unterzogen, als auch die voraussichtliche Entwicklung der inner- und außenpolitischen Lage erörtert wurde.

Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete die Frage der **A s y l g e w ä h r u n g** für die geflohenen **B o l s c h e w i k e n** der ungarischen Akerrepublik, wobei dem allgemeinen Volksempfinden Deutschösterreichs, das sich gegen den Mißbrauch des Asylrechtes durch seine Ausdehnung auf gemeine Verbrecher mit aller Schärfe aufbaut, ent-

Reichs

10

III. Reichskonferenz der christlichen Arbeiterchaft Österreichs.

In Wien haben seit dem 5. d. eine Reihe wichtiger christlicher Arbeiterberatungen getagt, so u. a. der 3. Gewerkschaftskongress, dann der 8. Reichsverbandstag der christlichen Arbeiter Österreichs, außerdem Verbandstage verschiedener Gewerkschaftsorganisationen. Als Abschluss dieser Beratungen fand gestern, Montag, eine Reichskonferenz der christlichen Arbeiterchaft Österreichs statt, an der außer den Delegierten des Gewerkschaftskongresses und des Reichsverbandstages auch Vertreterinnen der sozialen Zentralstelle der christlichen weiblichen Arbeiterchaft und Vertreter der katholischen Gesellenvereine teilnahmen und bei der alle Länder Deutschösterreichs vertreten waren. Unter den Anwesenden bemerkte man: Den Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Abgeordneten F. Kunze (München), die Abgeordnete Frau Doktor Hildegard Burjan (Wien), Kleymayr (Steier), Fischer (Graz), Bisschitz (Linz), Spalowsky (Wien) und Steinegger (Innsbruck), die Landtagsabgeordneten Eril (Bambach), Heizinger (St. Pölten), Dr. Semala (Wien), Herzog (Graz) und Frau Aloisia Schirmer (Wien), Stadtrat Haider, ferner die Gemeinderäte Karafel, Freyer, Ullrich, Obermüller und Waldsam.

Abg. Kunze eröffnete als Vorsitzender des ständigen Ausschusses der christlichen Arbeiterkongresse mit einer herzlichen Begrüßungsansprache die Reichskonferenz, welche die gesamte christliche Arbeiterbewegung unseres Deutschösterreichs darstelle und berufen sei, die durch den Umsturz notwendig gewordene Revision der Organisation vorzunehmen.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung:

Organisationsfragen

Legte Abg. Fr. Wittner den Bericht über die geplante Zusammenfassung aller christlichen Arbeiterorganisationen behufs gemeinsamer Wahrnehmung und Vertretung aller Arbeiterinteressen vor und besprach die einzelnen Punkte der Vorlage, die nach einer regen Besprechungsrede, in folgendem Wortlaute einstimmig angenommen wurde:

Anfolge der Aufhebung der vereinsgesetzlichen Beschränkungen können und werden die bisher nichtpolitischen Arbeitervereine auch die sogenannte politische Vertretung in ihren Aufgabengebieten aufnehmen; auch die politischen Arbeitervereine werden den Landesverbänden und durch den Reichsverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Österreichs sich anschließen. Letzterer sollte sich nun nennen: Reichsverband christlicher Arbeiter Österreichs. Damit entfällt die bisher ohnehin nur lose bestehende politische Vertrauensmännerorganisation mit Parteimitgliedern und Parteiververtretung. Die katholischen Gesellenvereine betreten für die lebigen Handwerksgehilfen das gleiche Aufgabengebiet wie die Arbeitervereine. Die Standsorganisationen der christlichen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen haben das gleiche Aufgabengebiet wie die Arbeitervereine. Der Aufgabenzirkel der christlichen Gewerkschaften und Berufsvereine bleibt nach wie vor unmittelbar die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Den Wirtschaftsgenossenschaften obliegt die Führung des Arbeiterstandes durch Selbsthilfe auf dem Gebiete des Spar- und Kredit-, Wohnungs- und Konsumwesens.

Zur Erreichung der unbedingt notwendigen Zusammenarbeit verbänden sich alle die genannten Gruppen nach folgenden Grundsätzen: Alle in demselben Orte (in größeren Städten gegebenenfalls in demselben Bezirke) wohnenden Mitglieder aller dem Reichsverbande christlicher Arbeitervereine angeschlossenen Vereine, der katholischen Gesellenvereine, der katholischen Arbeiterinnenorganisationen, der der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Fachorganisationen und der Wirtschaftsgenossenschaften christlicher Arbeiter bilden in ihrer Gesamtheit den christlichen Arbeiterbund, der sich durch Entsendung von Vertretern der einzelnen Organisationen eine nach dem Verhältnis zusammengesetzte Orts- (in Bezirken) bzw. Bezirks- (in Städten) bzw. Landesleitung (in Städten) bilden. Durch Delegierten (je nach der Größe der Orts- (in Bezirken) bzw. Landesleitung) werden die Organe für die Bezirks- (in Städten) bzw. Landesleitung gebildet. Auf diese Weise werden die Landesleitungen nach Notwendigkeit für jeden Wahlkreis jedenfalls aber für jedes Land und endlich für ganz Deutschösterreich eine Zentralbundesleitung bestellt. Aufgabe dieser Bundesleitungen ist es, alle angeschlossenen Vereinigungen unbeschadet ihrer eigenen Organisationsformen und ihres eigenen Aufgabengebieten zusammenzufassen zur gemeinsamen vollen Wahrnehmung und Vertretung aller Angelegenheiten der christlichen Arbeiter und Angestellten in Ort, Bezirk, Kreis, Land und endlich ganz Deutschösterreich gegenüber den Behörden, öffentlichen Körperschaften und politischen Parteien. Zur Vertretung der Auslagen reuert jede Organisation für jedes Mitglied einen Heller pro Monat an die Zentralleitung bei. Mit der Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für den Gesamtbund und der vorläufigen Vertretung der ganzen christlichen Arbeiterchaft in allen Belangen wird der auf dem ersten christlichen Arbeiterkongress gewählte Ausschuss betraut.

Sodann berichtete Landtagsabgeordneter Dr. Semala über den zweiten Punkt der Tagesordnung:

Das Räteystem

Er besprach zunächst die Entwicklung des Räteystems sowie die Ausschaltung der nichtsozialistischen Arbeiterchaft von der Wählbarkeit für die Arbeiterräte und führte dann u. a. aus: Die sozialdemokratische Idee ihrer Arbeiterräte von den Räten und Wanddirektoren wählen, sie verachtete nicht auf die Stimmen der christlichen Arbeiterchaft bei der Zahlung der Mandate, verweigerte aber den nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeitern das passive Wahlrecht. Die christliche Arbeiterchaft hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen nur ihre Anhänger heranziehen würde, wenn sie die Arbeiterräte offen als das bezeichnen würde, was sie sind, als Sozialistenräte. Die christliche Arbeiterchaft muß daher die Forderung erheben, daß überall dort, wo ein Einfluß der Arbeiterchaft auf den Gebieten der öffentlichen Verwaltung eingebracht wird, auch die christliche Arbeiterchaft die Möglichkeit haben muß, zum Worte zu kommen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß dort, wo das Gruppchen der herrschaftlosen Sozialisten mitreden kann, die christliche Arbeiterchaft von der Wahrung ihrer Interessen ausgeschlossen bleiben sollte. Das Programm der christlichen Arbeiterräte beinhaltet ein Bestreben zur freiheitlichen Demokratie, zur Förderung einer unparteiischen Verwaltung und zur Förderung nach einer verfassungsrechtlichen Festlegung des Räteystems als wirtschaftliche Ver-

vertretung der arbeitenden Stände. Der christliche Arbeiterrat lehnt es ab, nach dem Vorbilde des sozialdemokratischen Arbeiterrates eine Jagd auf jene armen Teufel zu veranstalten, die einige Lebensmittel nach Hause bringen, weil die Nation, die ihnen die staatliche Ernährungsversorgung zuweist, zum Leben nicht ausreicht. Es kann nur ein Freund des Arbeiterkampfes sein, der den sozialdemokratischen Arbeiterräten den Rat gibt, die Aufsichtskontrolle durchzuführen. Mit um so mehr Sachkenntnis und Energie wird der christliche Arbeiterrat dort arbeiten, wo es sich um ein energisches Eingreifen gegen Schlecht-händler, Schieber und Lebensmittelmacherer handelt; er wird namentlich dort wertvolle ergänzende Arbeit leisten, wo die Klassenolidarität des einen oder anderen sozialdemokratischen Arbeiterrates ein energisches Auftreten gegen jüdische Schieber und Wucherer erschwert. Der sozialdemokratische Arbeiterrat geht bei seinen Aktionen vielfach über die Köpfe der alten sozialdemokratischen gesellschaftlichen und politischen Organisationen hinweg, wie sich dies bei dem blamablen Generalstreik am 21. Juli gezeigt hat. Damals hat der Reichsarbeiterrat über Drängen der kommunistischen und der jüdischen „geistigen“ Arbeiterräte diesen Streik beschlossen, obwohl die Masse der Arbeiter in den Betrieben gegen diesen Streik gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Fischer (Graz) schloß die nun folgenden Besprechungen, daß in Österreich die Verhältnisse bezüglich der Arbeiterräte ganz eigenartig sind. Beim Generalstreik am 21. Juli haben die manuellen Arbeiter in Steiermark gearbeitet, während in den Staatsämtern gestreikt wurde. Ein Arbeiter sagte u. a.: Die sozialdemokratischen Arbeiterräte handeln despotisch und retrahieren sich vielfach aus den Kreisen der sogenannten jüdischen Intelligenz; viele sprechen auch vor der trassierten Korruption nicht zurück und machen sich großer Leberzöpfe schuldig. Wenn schon Arbeiterräte gebildet werden, so muß sofort gesorgt werden, daß die Zusammenfassung dieser Institution auf legalen Wege erfolgt. Abg. Eril (Bambach) betonte, daß Arbeiter- und Soldatenräte kontrolllos Waren konfiszieren und wieder herausgeben. Ein Großteil der Räte werde auch besetzt, man könne aber nicht in Erfahrung bringen, von wem sie besetzt werden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien am allermeisten von der Tätigkeit ihrer Arbeiterräte erbaut. Abg. Dr. Hildegard Burjan begrüßte es, daß die christlichen Arbeiterräte die Förderung des Volksbildungswesens in die Hand nehmen. Es wird dringend nötig sein, daß wir nicht mit einer großzügigen Volksbildungsbewegung im Verein mit dem Volkswind beginnen. Die sozialdemokratischen Arbeiterräte haben nicht das gehalten, was sie versprochen haben. Die christlichen Abgeordneten in der Nationalversammlung werden alles daran setzen, um den gerechtfertigten Wünschen der christlichen Arbeiterchaft bezüglich des Räteystems zum Siege zu verhelfen.

Abg. Kunze (München) führte u. a. aus: In Deutschland haben die Arbeiter- und Soldatenräte bisher eine willkürliche Praxis nicht eingekerkert die vier Willkürer, die an Deeresqui verschoben wurden. In dem Momente, wo auf Grund eines gleichen, geheimen Verhältnismäßigkeitsrechtes die Volksvertretung gewählt wurde, haben politische Räte keine Berechtigung mehr. Wir denken uns den Aufbau der Räte in der Form, daß sie mit wirtschaftlichen Aufgaben betraut werden sollen, da sie eine wirtschaftliche Kommandostruktur, die mit Vorschlägen und Gesetzentwürfen an das Parlament herantreibt und von dem alle wirtschaftlichen und sozialen Vorfragen zuerst begutachtet werden sollen. Beschließende und gesetzgebende Gewalt soll einzig und allein die politische gewählte Gesetzgebung haben. Es kann an das Räteystem als politische Vertretung einer einzelnen Klasse von uns kein Zugeständnis gemacht werden. Abg. Spalowsky trat für eine genaue gesetzliche Regelung des Räteystems ein. Nachdem noch die Delegierten Soltau (Wien) und Stadler (Wien) gesprochen hatten, wurde über Antrag des Abg. Ullrich der ständige Ausschuss des Arbeiterkongresses beauftragt, Wirkungsbericht und Aufgaben der Arbeiterräte festzusetzen und entsprechende Richtlinien für die Vertretung der Arbeiterkräfte zu erlassen und herauszugeben.

Ziele und Aufgaben der christlichen Arbeiterchaft

und begründete unter wiederholtem lebhaften Beifalle folgende von ihm verlesene Kundgebung:

Der Krieg mit seinen antisozialen und antihumanen Folgen hat die gesamte Menschheit, insbesondere aber die Arbeiterchaft vor schwere und große Aufgaben gestellt. Niemals schwerer noch sind diese Aufgaben für die Bevölkerung Deutschösterreichs, sind sie doch hier durch den Umsturz, der das alte Österreich zum Zerfall, die bisherige politische Ordnung zur Auflösung und die Volkswirtschaft zum Niederkbruch gebracht hat, schier ins Ungemessene gesteigert worden. Die Klassenunterschiede haben unter den neuen Verhältnissen ihre Ausbildung bis zum brutalen Massenhaß gefunden und dieser wieder erstrebt mit allen Mitteln die einseitige Klassenherrschaft — die Klassenolidarität. Was die bis zur Diktatur ausgeübte Klassenherrschaft bedeutet, das zeigen mit untrüglicher Deutlichkeit die Zustände im Sowjet-Rußland, darüber haben uns auch die Zustände im Räte-Litauen mit schauerlichen Bildern belehrt. Klassenkampf und Klassenolidarität sind kein zynisches Spielzeug, sondern ein perlegendes Gift; ihr Weg führt über Ruinenfelder, auf Strömen von Blut und Tränen zu das trübselige graue Meer abgestorbener Menschheitsbede, umschwebender Intelligenz und jämmerlicher Bestialität. Findet auch die Religion zu Klassenkampf und Diktatur starken Anhang in der menschlichen Natur, so muß es doch der Menschheit, deren Wandlungen weniger den Triebkräften des Instinktes als sittlichen Beweggründen und Eingebungen der Vernunft unterliegen sollen, möglich sein, die Klassenunterschiede zu überbrücken und ein System der ausgleichenden Wechselwirkungen zu schaffen. Nach wie vor lehnen wir daher den Klassenkampf in der Überzeugung ab, gerade dadurch den Interessen des Arbeiterstandes am besten zu dienen. Dem Klassenkampf stellen wir den christlichen Solidarismus entgegen.

Der Grundlag gesellschaftlicher wie politischer Gleichberechtigung und Gleichstellung des Arbeiterstandes mit allen anderen arbeitenden Ständen bildet wie ehedem so auch heute Inzert und Inhalt der christlichen Arbeiterbewegung. Diesen Grundlag entsprechend fordern wir, daß die Republik, deren Gesetzgebung und Verwaltung strenge im Sinne wahrer Demokratie geführt werde, daß somit die persönliche Würde der Arbeiter und Angestellten verbürgt und deren politische Freiheit ebenso wie das Koalitionsrecht gegenüber jedermann bedingungslos gewährleistet sei. Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung hat Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Arbeiterchaft zu der ihr gebührenden Stellung im Wirtschafts- und Arbeitsleben emporzuführen. Zu diesen Maßnahmen zählt in erster Linie der Abbau der kapitalistischen Wirtschaftssysteme, die in ihren Großbetrieben Arbeiter wie Angehörte nur als seelenlosen Produktionsbehelf bewerten. In der Sozialisierung erblicken wir ein zweckdienliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles, sind uns aber dessen bewußt, daß die Sozialisierung ihre natürlichen Grenzen hat in der Rücksicht auf die Konkurrenz des Weltmarktes und auf das Interesse der Allgemeinheit, dem sich auch in der Volkswirtschaft nicht nur das Einzelinteresse der Unternehmer, sondern ebenso jenes bestimmter Arbeitnehrguppen untergeordnet hat. Die Lohnpolitik muß neue Wege gehen. Das bisherige System, das die Lösung der Lohnfrage in der ziffermäßigen Höhe des Lohnes suchte, ist gescheitert. Der Arbeiter

ist eben nicht nur Arbeiter, er ist in eigener Person auch Konsument, mit Frau und Kindern eine Konsumgemeinschaft. Das entscheidende Moment in der Lohnfrage ist daher nicht die Höhe des Lohnes, sondern der reelle Wert desselben, das ist jener Wert, der sich ergibt aus dem Verhältnis der Geldeinheit zum Preis der Ware, aus der Kaufkraft des Geldes. Dieses Verhältnis möglichst günstig zu gestalten und vor Schwankungen zu sichern, das muß Wesen und Ziel der modernen Lohnpolitik sein, jeder andere Weg führt letzten Endes in die Bahnen des von den Sozialdemokraten selbst abgelehnten Lafallechen ehernen Lohngesetzes. Die Fortführung der Arbeiterchafts-gesetzgebung, insbesondere der Ausbau der sozialen Versicherung auf alle Zweige derselben (Arbeitslosen-, Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung) und deren Ausdehnung auf alle Arbeiter und Angestellte werden bewirken, daß die Mängel und Nachteile der unfeldständigen Erziehung sich erträglich gestalten.

Dem Arbeiterstande muß neben einer gesicherten materiellen Existenz auch der volle Anteil an den Kulturgütern der Welt bereitgestellt werden, damit er in allen seinen Gliedern zu höherer Lebensführung und mehrvollem Lebensgenuss emporsteigen vermag. Dem Arbeiter ein reines glückliches Familienleben zu ermöglichen, das ist ebenso Arbeiter- wie Gesellschafts- und Kulturdienst. Wir verharren daher auch weiterhin bei der Forderung, daß die Frau dem Mann, die Mutter voll und ganz den Kindern gehören soll. Daraus ergibt sich, daß der Platz der verheirateten Frau nicht die Kassen des Broterwerbes, sondern das Haus, die Familie ist. Nur wenn die Frau als Gattin und Mutter in den Mittelpunkt der Familie gestellt, ihrer hohen und heiligtollen Aufgabe ganz nachzuleben vermag, ist ein wirkliches Familienleben möglich. Familienlohn und Familienversicherung sollen die materielle Voraussetzung der Ehefrauen und Mütter schaffen. Die Familie fördert und zugleich einem gesunden Familienleben die Wege bereitend, haben durchgreifende Maßnahmen zum körperlichen und sittlichen Schutz des weiblichen Geschlechtes zu erfolgen.

Umfassende Säuglingsfürsorge, Kinder- und Jugendpflege, waren nie so dringend als jetzt. Alle diese Maßnahmen bilden zugleich einen wesentlichen Teil stoffgebender Bevölkerungspolitik und eröffnen zudem ein weites, der Eigenart und den gesellschaftlichen Beruf der Frau in hohen Maße entsprechendes Arbeitsfeld.

Alle Unternehmungen und Maßnahmen zur Hebung der Stellung und der Lage des Arbeiterstandes haben in ihren Erfolgen die verständnisvolle selbsttätige Mitwirkung der Arbeiterchaft zur Voraussetzung. Dieser Voraussetzung zu dienen ist eine Verpflichtung, welcher schon die Schule durch größere Anpassung des Unterrichts an das praktische Leben zu entsprechen hat. In weit höherem Maße als bisher muß die Schule das staatsbürgerliche Bewußtsein bilden und den Kindern wie der heranwachsenden Jugend Verständnis für die Staatsidee und für die staatsbürgerlichen Pflichten vermitteln. Jenseits muß die Arbeiterchaft durch Organisation, Selbstschulung und Selbsttätigkeit sich frei machen von der Herrschaft der Demagogie und der radikalen Agitation. Demagogie und Radikalismus sind nicht nur das Unglück unserer Lage, sie sind der schlimmste Feind des Arbeiterstandes, dessen Interesse sie mehr geschädigt haben, als dies je der arbeitereinstimmigen Bestimmung möglich gewesen ist.

Alle politische Macht, die höchste gesellschaftliche Wertung, das größte Maß an Bildung, die beste Organisation, all dies zusammen wird das Glück des Arbeiterstandes nicht herbringen. Weniger als jedes andere Volk kann ein freies Volk der aufrechten Charaktere als Rassenerschöpfung der starken sittlichen Kräfte als Volksgut ererbten. Dieser durch die Erfahrung erhärteten Notwendigkeit will das Ueberwachen des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des Lebens in geradezu verheerender Weise entgegen. Den jüdischen Einfluß in seine Grenzen zurückzuweisen, Staat und Volk vor der Beherrschung durch das Judentum zu bewahren, ist ein Gebot der Selbstachtung und Selbsterhaltung, dem sich niemand verschließen darf. In den ewigen Wahrheiten des Christentums erkennen wir die geheimnisvolle Kraft, welche die menschlichen Schwächen und Leidenschaften zu überwinden und der leidenden Welt das zu geben vermag, was sie zu ihrer Genesung unbedingt benötigt: ganze, fittreine und fittreine Männer und Frauen, pflichtbewusste und pflichtgetreue Menschen! Durch die bitteren Erlebnisse der jüngsten Zeit in dieser Ueberzeugung ganz besonders bestärkt, fordern wir volle Freiheit für das christliche Lehramt in Schule und Volkserziehung, Freiheit der religiösen Ueberzeugung und Freiheit der Kirche als der Trägerin des christlichen Lehramtes. Durchführungen von der Verpflichtung mit allen Kräften mitzuwirken an der Wiederaufrichtung des staatlichen, gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Lebens, erhalten wir voll Vertrauen in die Richtigkeit unserer Grundzüge das Banner der christlichen Sozialreform und rufen unter dieses alle Arbeiter und Angestellten, alle Brüder und Schwestern in Stadt und Land.

Christliche Arbeiter und Angestellte, werdet euch bemüht der Notwendigkeit der Organisation! Schließt euch unseren Arbeitern, Arbeiterinnen oder Gesellenvereinen an, die euch Fortbildung und Schulung vermitteln, euch zu solidarischen Denken und Handeln veranlassen und euch zum Erkennen und zum Genuß der Schönheit und des Glückes christlicher Lebensführung geleiten wollen! Tretet ein in die Berufsorganisationen, in die christlichen Gewerkschaften, die euch wehrhaft machen zu kräftiger Verteidigung eurer engeren Ständesinteressen, die euch Hilfe und Schutz sein werden in allen Wechselfällen eures Berufslebens. Führt die Jugend dem Reichs- und der katholischen deutschen Jugend zu, auf daß sie in eurem Geiste heranwache und befähigt werde, einer großen, stolzen Zukunft des christlichen Volkes voranzugehen! Leset und verbreitet die christliche Arbeiterpresse, damit dieselbe mit erhöhtem Nachdruck euren Grundfragen und Bestrebungen zu dienen vermag! Heil dem Arbeiterstande, Heil unserer Volk!

Mit der einstimmigen, von großem, anhaltenden Beifalle begleiteten Annahme dieser Kundgebung war die Tagesordnung erledigt.

Der Schluß der Tagung.

Vorsitzender Abg. Kunze schloß in seinem Schlußworte u. a.: Wäge sich nun in dem neuen Österreich, das Samstag in das Friedensverhältnis eingetreten ist, sich eine neue Lebensmöglichkeit für unsere Arbeiterbewegung ergeben. Hat dieses arme Österreich jetzt erst die Aufgabe, sein Haus zu bestellen, so können wir hinsichtlich der Arbeiterbewegung mit hoher Befriedigung sagen: Wir haben unter Haus für die neuen Verhältnisse in den gegenwärtigen Lagungen bestellt. Unser Haus ist geordnet, eingerichtet, wohnbar gemacht. Nun möge in dieses Haus der Segen unseres lieben Herrgotts seinen Einzug halten, damit es ein Haus reinlich, ungetrübt, glücklich sein möge! (Beifall.) Ja, danke unseren reichsdeutschen Brüderorganisationen, daß sie an unseren Beratungen lebendigen Anteil durch Entsendung eines so hervorragenden Vertreters, wie es Abg. Kunze ist, genommen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können die deutschen Brüder und Schwestern nur eines versichern: Wenn uns auch künstliche Grenzen aufgerichtet wurden und durch die beiderseitigen Friedensverträge förmlich der Verkehr untereinander unterlag worden ist, wir fühlen uns stark genug in unserer Liebe zum angestammten Volke und in unserer Liebe und Freundschaft zu den Brüdern und Schwestern, die auf gleicher Grundlage für die gleichen Ziele in Deutschland kämpfen, daß wir alle Grenzen übersteigen

und alle Fesseln sprengen werden, die hindern sollen, daß wir uns mit einander in innigstem Kontakt bleiben. (Stürmischer Beifall.) Wir entbieten aber auch von hier aus heute jenen Brüdern und Schwestern unsere herzlichsten Grüße und das innigste Treue gelübnis, die jetzt aus unserem Verbanne ausziehenden, den Brüdern und Schwestern im Sudetenland, in Südtirol, Sib feietemal und Südtirolen. (Allseitige, lebhafteste Zustimmung.) Wir grüßen sie noch einmal, sagen ihnen Dank für die treu Waffengemeinschaft und entbieten ihnen die herzlichsten Wünsche für ihr ferneres Ergehen. (Neuerlicher Beifall.) Gleichheit begrüßen wir neue Brüder und Schwestern, die zu uns stoßen dadurch, daß ein Teil von Deutschösterreich ein Bestandteil unseres Heimatlandes wird. (Rauscher Beifall.) Wir hoffen, daß sich dort bald eine lebendige christliche Arbeiterbewegung entwickeln wird und daß wir dadurch neue Kraft und Entfaltungsmöglichkeit erlangen. (Neuerlicher Beifall.)

Mit herzlichsten Dankesworten an alle Delegierten, insbesondere an Abg. Kunze aus München, erklärte sodann Abg. Kunze die Reichskonferenz für geschlossen.

Besprechung mit den Ländervertretern.

Heute waren in Wien die Vertreter der Länder zur Beratung mit der Staatsregierung versammelt. Die Beratung gilt in der Hauptsache den Absperrungsmaßnahmen der Länder und der Willkür, mit der sie dabei alle Befehle verhöhnen. Dabei wurde von allem möglich gesprochen; Volkswehr, Arbeiterräte, Zentralen waren Bestandteile der Diskussion, bei der nicht gerade viel herauskam.

Gesichte Ländertreffen.

In der Staatskanzlei traten heute die Vertreter der Länder und der Stadt Wien mit den Vertretern der Staatsämter zur sechsten Ländertreffen zusammen. Erschienen waren Vertreter sämtlicher Länder mit Ausnahme von Oberösterreich; die Verzögerung des Eintreffens der Vertreter Oberösterreichs dürfte auf Schwierigkeiten des Zugverkehrs zurückzuführen sein. Zuerst berichtete der Staatskanzler über den Friedensvertrag und über die daraus sich ergebenden Aufgaben; dabei führte er aus:

Zu diesen gehört vor allem

die Verfassungsreform.

Nachdem uns der Weg des Anschlusses im Augenblick verlegt ist, hat unser Staat dieselbe geographische, rechtliche und wirtschaftliche Lage wie die Schweiz und es dürfte für uns zweckmäßig sein, den Staat als einen Bund sich selbst regierender Städte und Landschaften zu organisieren. Wir werden also eine Art Bundesverfassung schaffen, die die Selbständigkeit der Teile mit der gesellschaftlichen Einheitlichkeit der Gesamtverwaltung vereinbaren muß. Wir werden aber auch eine durchgreifende Verwaltungsreform schaffen müssen, denn der Zustand, in dem sich unsere Verwaltung gegenwärtig befindet, ist ganz unhaltbar und unerträglich. Es herrscht bei uns

eine Verwaltungsanarchie,

die ganz ohne Beispiel, die viel schlimmer ist als in den Zeiten der früheren bürokratischen Regierungen. Die Eigenwilligkeit der Statthalter und Bezirkshauptleute des alten Österreich wird überboten durch die Selbständigkeit und Zusammenhanglosigkeit aller Verwaltungsstellen bis hinunter zu den Gemeinden. Verschärft wird die Anarchie noch dadurch, daß einzelne Verwaltungsstellen nicht mehr so verwalten, wie sie es tun müßten, wenn die verfassungsmäßig verantwortlichen Faktoren die Verwaltung führen würden, daß vielmehr die Verwaltung von Einflüssen beherrscht wird, die verfassungs- und verwaltungsrechtlich unzulässig sind. Dieser Zustand bedarf der tatsächlichen Veränderung. Das Uebel wird dadurch nicht besser, daß ein Teil dem anderen die Anarchie vorwirft, daß Arbeiterräte den Landesregierungen und Landesregierungen den Arbeiterräten Willkür zum Vorwurf machen, daß der eine Teil die Willkür des anderen mit erhöhter Willkür vergilt. Das Uebel kann nur geheilt werden durch die klar erkannte, gesetzlich beschlossene und gesetzlich durchgeführte Verwaltungsreform. Es gibt hier nur ein Mittel, das des Gesetzgebungs und seiner gesetzlichen Durchführung. Das Gefühl, daß überall das Gesetz herrscht und Verletzungen des Gesetzes durch den Richter geahnt werden, daß Gesetze nur durch Gesetze und nicht durch Willkür des einzelnen abgeändert werden dürfen, das Bewußtsein, daß jeder einzelne in jeder Funktion in erster Linie die beschlossenen Gesetze zu erfüllen hat, muß in uns allen erstarren, denn sonst gibt es keine dauernde öffentliche Ordnung.

Die Absperrung der Länder.

In diesen Bericht knüpfte sich keine Debatte. Der Staatskanzler berichtete dann über die Absperrung der Länder, was zu einer langwierigen Debatte führte.

Landeshauptmannstellvertreter Preußler (Salzburg) wies auf die Notwendigkeit hin, daß die Absperrung der Länder gegeneinander allmählich beseitigt werde, da jedes der Länder, selbst das einzige Ueberdickland Oberösterreich, von den Folgen der Absperrung sehr schädlich betroffen worden ist.

Landeshauptmann Zeyer (Niederösterreich) bemerkte, da die Absperrungsmaßnahmen der anderen Länder einen großen Zugang von Fremden zur Folge hatten, mußte sich die Landesregierung zur Erleichterung der Einreise und Entlassung der Fremden entschließen, da das Land die einheimische Bevölkerung sonst nicht versorgen könnte.

Vizebürgermeister Gummerling (Wien) hält dafür, daß, solange die wichtigsten Voraussetzungen des freien Handels, Angebot und Nachfrage, nicht in vollem Umfang vorhanden sind, zum freien Handel nicht übergegangen werden könne. Andererseits ist der Staat aber zu wenig kreditfähig, um allein die zentrale Bewirtschaftung aufrecht erhalten zu können. Darum soll dem freien Handel die Wiederanknüpfung seiner Beziehungen zum Ausland ermöglicht und durch den Privatcredit unserer Gesamtwirtschaft geholfen werden. Andererseits muß aber der freie Handel verpflichtet werden, seine Produkte der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Da wird das Warenverkehrsbarometer ausgestaltet werden müssen, damit der Umfang der Produktion in dem einzelnen Betrieb sowie die Menge der Waren erfasst und für den Kompensationsverkehr zur Verfügung gestellt werden können.

Landeshauptmannstellvertreter Zemisch (Kärnten) ist der Ansicht, daß die Frage der Freizügigkeit und der freien Bewirtschaftung erst dann geregelt werden könne, wenn das Verhältnis zwischen Staat und Ländern geklärt ist. Die Länder müssen wissen, wie weit sie Rechte und Pflichten haben, wie sich die Regierung die Verfassung vorstellt, ob wir mit einem Räteystem oder mit einer Demokratie zu rechnen haben. Darauf muß eine klare Antwort gegeben werden. Für eine bürgerliche Partei ist es unmöglich, mit einem Räteystem auszukommen. Weiter müssen die Länder Klarheit über die politischen Richtlinien haben. Den Blick nach Westen anzupfeifen wir nicht. Wir wollen bestimmt ausgesprochen haben, daß es für uns nur den Blick nach Norden geben kann, wenn wir aus der Unordnung herauskommen wollen.

Landeshauptmannstellvertreter Steiner (Niederösterreich) begrüßt die Worte des Staatskanzlers, daß in der Republik Recht und Gesetz zur Geltung gebracht werden sollen. Derzeit sind weder der Staat noch die Landesregierungen dazu imstande. Es wird vor allem die Sorge der Staatsregierung sein müssen, sich eine Macht zu schaffen, die verlässlich ist. Die zukünftige Wehrmacht muß eine Organisation sein, die ausschließlich im Dienste des Staates und nicht im Dienste irgend einer politischen Partei steht. Die Bevölkerung wünscht die Beseitigung der gesamten Räte. Durch das Räteystem sind die Begriffe Hausrecht, Familie und Staatsautorität ins Wanken gekommen. Daraus ist auch die Erbitterung der Länder gegen Wien zu verstehen. Bisher war die Regierung in einer sehr schwierigen Lage, jetzt muß aber alles unterlassen werden, was uns nach außen diskreditieren könnte.

Landeshauptmannstellvertreter Widholz (Niederösterreich) bemerkt, die Verhältnisse in Wien und Niederösterreich

seien am besten dadurch charakterisiert, daß hier beispielsweise der größte Teil der Heimkehrer zusammenströmt, auch solche, die weder nach Wien noch nach Niederösterreich zurück sind, daß hier täglich rund 10.000 Menschen beherbergt und ernährt werden müssen, die aus den deutschösterreichischen Ländern nach Wien kommen, daß von 11.000 Spitalkranken mindestens 8000 Fremde sind, daß Niederösterreich Zehntausende Deutsche beherbergt, die aus der Tschecho-Slowakei ausgewiesen wurden. Trotzdem stehen die Länder auf dem Standpunkt, daß nach Niederösterreich keine Lebensmittel gebracht werden dürfen!

Staatskanzler Dr. Renner kommt auf die Rätefrage zurück: Wir brauchen eine Wehrmacht, die ausschließlich die Wehrmacht des Staates ist. Bisher war die Wehrmacht eine Wehrmacht der Dynastie, die hier und da auch zu Gunsten der einen Klasse gegen die andere verwendet wurde, und es ist eine Reflexerscheinung, daß man meint, nun müsse die Arbeiterklasse ihre Wehrmacht haben, wie im Grunde der ganze Bolschewismus ein psychologischer Reflex ist. Unrecht mit Unrecht zu vergelten. Unser Volk ist nicht rachsüchtig und wird die Ansprüche dazu überwinden. Insbesondere hat sich in der Arbeiterschaft, in der Volkswehr, in den Soldatenräten, in den Arbeiterräten deutlich der Wille gezeigt,

nicht Rache zu üben,

sondern den Weg des Gesetzes zu suchen. Obwohl wir die größte ökonomische Not hatten und von der ungarischen Verführung am meisten bedroht waren, sind wir im ganzen weitaus besser daran als irgend ein anderer Staat. Bei uns hat die Arbeiterschaft selbst beim Zusammenbruch das Werk der Ordnung übernommen und es ist im ganzen ganz gut geführt. Wir haben weniger Pländerungen als irgend ein anderes Land, und wenn man zurückdenkt, in welcher Weise die Volkswehr aus sich heraus das rote Bataillon überwunden hat, kann man diesen Versuch die Achtung nicht verjagen. Was

das Räteystem

betrifft, so hat sich der Rätegedanke auf einmal mit einer gewissen Selbstverständlichkeit aller Menschen bemächtigt. Wir haben Arbeiterräte, Bauernräte und Bürgerräte und drohen heute in den Zustand zu geraten, daß ein sehr berechtigt Gedanke überspannt wird. Dem Räteystem liegt der berechtigte Gedanke zugrunde, daß nicht nur die Menschen eines Gebietes, sondern auch die beruflichen und sozialen Gruppen gemeinsame Interessen haben. Der Rätegedanke hat auch früher im Staatsleben seinen Ausdruck gefunden, so, wenn Handel und Gewerbe in den Handelskammern, das Handwerk in den Berufsvereinigungen ihre Vertretung gefunden haben. Nur eine Gruppe, die Arbeiter, hatte keine Räte und deshalb ist die Frage der Räte mit solcher Behaftigkeit auf die Tagesordnung gekommen. Nun handelt es sich nicht darum, den Rätegedanken zu beseitigen, was wir auch gar nicht vermöchten, unsere Verwaltung wäre vielmehr sehr gut informiert, wenn sie einen organisierten Berater der Berufs- und der sozialen Räte besäße. Aber die Räte können unmöglich verwalten und eine Exekutive führen. Eine Exekutive durch die Räte widerspricht den Grundgedanken der Volkssouveränität und der Ministerverantwortlichkeit. Es widerspricht dem aber nicht, wenn sich die Staatsorgane, ehe sie die Exekutive führen, beraten lassen. Darum glaube ich, daß die Räte eine sehr bestimmte und achtunggebietende Stellung einnehmen können, wenn sie nach Art der Kammern organisch der Verwaltung zur Seite gestellt werden, in gesetzlich geregelten Formen die Verwaltung beraten. Bei der Verwaltungsreform wird zu erwägen sein, in welcher Weise dieser nur zum Teil neue Gedanke in unsere staatliche Organisation eingefügt werden kann.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter macht einige Bemerkungen über die Finanzlage. Der Finanzplan muß eine Periode von drei bis vier Jahren umfassen, innerhalb welcher Zeit meiner festen Ueberzeugung nach bei sachgemäßer Behandlung des Problems und bei Rückkehr zur Vernunft das Gleichgewicht im Budget ohne Bankrott, ohne Zwangsliquidation und ohne Mehlebesteuerung herbeigeführt werden kann. Für diese Periode von drei bis vier Jahren haben wir vorzuzugeln. Denn für diese Zeit trägt der Staat eine ungeheure Last. Während dieser Zeit muß das System der staatlichen Finanzen im wesentlichen intakt bleiben. Dann können wir die Steuerhöckerrechte teilen, vielleicht nicht erst in drei Jahren, sondern schon in zwei, vielleicht in anderthalb Jahren.

Die übrige Debatte bewegte sich um die Einschränkungen des Verkehrs, die von den Ländern unternommen werden, wobei von der Regierung den Ländervertretern sehr ins Bewußtsein geredet wurde. Es sprachen da die Staatssekretäre Paul und Löwenfels-Ruf, Sektionsrat Mühlwenzel (der erzählte, daß die Tiroler Landesregierung eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet habe, wonach sie für jede Ausfuhr aus dem Lande eine dreiprozentige Ausfuhrsteuer einheben wolle, wozu der Staatskanzler bemerkte, es sei ganz ausgeschlossen, daß ein solches Gesetz jemals die Sanktion erlangen könne), Generalpostdirektor Hoheisel, Hofrat Demet, Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen und schließlich der Staatskanzler selbst. Die Vertreter der Länder (Valler-Salzburg, Reigner-Kärnten, Bahner-Steiermark, Benisch-Kärnten, Unterkirchner-Tirol, Kennerlecht-Borarlberg, Preußler-Salzburg) suchten die Maßregeln mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu rechtfertigen. Mit einer Schlußrede des Staatskanzlers wurde dann die Konferenz geschlossen.

Zweiter niederösterreichischer Bauernratstag.

Eine Rundgebung für die Gleichberechtigung.

Heute trat im Landhause der Landesbauernrat für Niederösterreich zu einer bedeutenden Beratung zusammen. Auch hier stand das Rätesystem im Mittelpunkt der Debatte. Es ist nicht nach dem Geschmacke der Bauern; da aber die in überstürzter Weise gebildeten Arbeiterräte ungestüm zur Geltung drängen, machten auch die christlichsozialen Bauern davon Gebrauch und es konnte, dank der mächtigen Organisation, die im n.-ö. Bauernbund geschaffen wurde, der Bauernrat in überraschend kurzer Zeit schlagfertig auf die Bildfläche treten. Er ist in den Wirtschaftskommissionen der Gemeinden und der Bezirke zielbewußt und energisch für die Interessen der Landwirte tätig und tritt als achtunggebietender Faktor im ganzen öffentlichen Leben auf. Es ist heute schon klar, daß die Bemühungen der Sozialdemokratie, die Bauernschaft für den Marsch zum Zukunftsstaat zu gewinnen, täglich mißglückt sind. Es gibt in Niederösterreich keine sozialdemokratischen, sondern nur christlichsoziale Bauernräte. Mit Stolz darf die mustergültige politische Organisation der Bauernschaft, der Niederösterreichische Bauernbund, dieses Verdienst für sich in Anspruch nehmen. Seiner Kraft und seiner Stellung voll bewußt, hat der Landesbauernrat durch seinen Führer Staatssekretär Stöckler in nachdrücklicher Weise die Befreiung des Bauernstandes von allen überflüssigen Fesseln, die ihm eine überbildete Zwangswirtschaft des Krieges angelegt hat, gefordert. Freiheit braucht in erster Linie der Bauer, der Nährstand. Ueberaus herzliche Worte des Willkommens schickte Nationalrat Rudolf Gruber, der unter der deutschen Bauernschaft Westungarns hochangesehen ist und dem die christlichsoziale Partei die Vertretung der Parteinteressen im Burgenlande anvertraut hat, an die deutschen Brüder Westungarns. Große Bedeutung kommt auch den übrigen Referaten zu, zu welchen in letzter Stunde noch ein Vortrag des Staatssekretärs für Finanzen Dr. Schumpeter über die Vermögensabgabe kam.

Obmann des niederösterreichischen Bauernbundes Staatssekretär Stöckler eröffnete den zweiten Landesbauernratstag, zu dem u. a. erschienen waren: die Staatssekretäre Zerbiz und Dr. Schumpeter, die Unterstaatssekretäre Millas und Dr. Waiz, Landeshauptmannstellvertreter Mayer, die Landesräte Zitel, Nepustil und Zwegbacher, der Präsident des Landeskulturrates List, die Abgeordneten Gruber, Höher, Grim, Göstel, Dinwald, Eisenhut, Parrer, Buchinger, Geyer, Mähringer, Jay, Lang, Woby, Dr. Buresch, Veith, Hans Hofer, Mayer und Direktor Parrer, von Steiermark Dr. Simpl, Edlinger, Luttenberger, in Vertretung des Tiroler Bauernbundes Unterfischer, für Kärnten Dechant Walcher. Staatssekretär Stöckler leitete die Tagung mit einer Rede ein, in der er u. a. ausführte:

Der Bauernstand im Dienste des Volkes.

Der Friede ist unterzeichnet; obwohl er das Traurigste ist, was man sich denken kann, waren wir in einer Zwangslage. Im ganzen Lande herrscht Anarchie. Wir müssen zurückkehren zur ruhigen und vernünftigen Arbeit, eine Wahrung, deren unser Stand nicht bedarf, weil er die Arbeit nie niedergelegt, sondern immer fortgearbeitet hat, während andere herumlungern und mit ihrer Arbeitslosigkeit, die sehr oft Arbeitsunwilligkeit ist, den Staatskassas belasten. Der Bauernstand hat in der schwersten Zeit dem Volke gedient und das wird auch sein Programm für die Zukunft sein. Wir müssen trachten, die Bewirtschaftung unseres Bodens so intensiv wie nur möglich zu gestalten, wir wollen aber auch, daß alle Privilegien abgeschafft werden, daß wir frei und unabhängig unseren Boden bebauen und dessen Produkte für die Allgemeinheit schaffen können. Wie kann der Bauernstand seine Pflicht erfüllen, wenn er rechts und links in seiner Tätigkeit gehemmt wird? Solange nicht das Getreide am freien Markte und im freien Handel zu verkaufen ist, kann der Bauer nicht wirtschaften und seine Produktion so fördern, wie wir es brauchen. Der Bauernstand braucht Freiheit. Deshalb können wir auch sagen: Der Bauernstand steht voll und ganz auf dem Boden der jetzigen Staatsform, der freien demokratischen Republik. (Stürmische Zustimmung.) Wir wollen keine Bevorzugung irgendeines Standes. In der großen Rente wollen wir Bauern ein gleiches Glied sein wie jeder andere Stand. Die Diktatur eines Standes konnte bei uns nicht durchgeführt werden. Aber diese Idee ist so ein gewisses Schleichstieber, welches noch fort in uns steckt und beseitigt werden muß. Dann erst kann der Bauer der Ernährer unseres Volkes werden. Wir wissen, daß unsere Forderungen mit jenen der anderen Stände in Einklang gebracht werden müssen, und wir müssen es entschieden beurteilen, wenn durch eine böswillige Agitation in unseren Reihen unsere Kraft zersplittert wird. Heute, die heute die Bauern ansprechen, in dieser schweren Zeit ihre Pflicht nicht zu erfüllen, verdienen, eingesperrt zu werden. Diesen Verheerungen muß mit Energie durch die Bauernräte entgegengetreten werden. Wir müssen aber auch ganz entschieden die Fesseln beurteilen, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter zu übermäßigen Lohnforderungen zu verleiten sucht. Das ist die größte Demagogie und der größte Betrug an unserem Volke. Wenn wir heute an eine Erhöhung der Getreidepreise denken müssen, so hat dies seinen Grund darin, daß diese Agitation in unseren Arbeiterkreisen so furchtbare Wurzeln geschlagen hat. Die entschiedene Stellungnahme der Bauernschaft hat auch über die Gefahren hinweggeholfen, als die Ansummen des ungarischen bolschewistischen Geldes zur Aufriktion der Rätereierung in Wien herübergefloßen sind, und unsere große Rundgebung im Juni hat einen entscheidenden Wendepunkt in dieser Bewegung bedeutet. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben alle anerkannt, selbst jene, die dem Bauernstande nie freundlich gesinnt waren. Wir haben unser ganzes Volk geschützt und deshalb verlangt der Bauernstand auch, daß er in der Zukunft mitarbeiten kann und mitarbeiten muß an dem Wiederaufbau unseres Staatswesens. Wir dürfen nicht müßlos werden, die Kraft des deutschen Volkes wird uns über viele Hindernisse hinweghelfen und die gesunde Grundlage, auf der der Bauernstand steht, wird unsere zerrütteten Ver-

hältnisse wieder in Ordnung bringen lassen, wenn sich nur alle Stände uns anschließen und in eifriger Arbeit, wie sie der Bauer gewohnt ist, mitwirken an dem Wiederaufbau des deutschen Volkes in Oesterreich. (Stürmischer Beifall.)

Die Wünsche und Bedenken Westungarns.

Nationalrat Gruber berichtete hierauf eingehend über die westungarische Frage und erklärte, daß die gesamte Bauernschaft Deutschwestungarns, die den weitaus überwiegenden Bestandteil der Bevölkerung bildet für den Anschluß an Oesterreich sei; allerdings müssen wir von jedem Gewaltschritt absehen. Von den Leuten, die hier bei der Regierung und bei der „Allion Reuteufel“ als Vermittler arbeiten, wollen die Westungarn nichts wissen. Mit diesen könnten wir ein Fiasko erleben. Auch müssen die Bauern Westungarns sicher gehen, daß bei uns die Landwirtschaft ein Ende hat; ein Hauptwunsch ist der, daß endlich Bela Kun und Genossen ihren Landsleuten zur Aburteilung übergeben werden. Wir erheben diesen Wunsch auch heute namens der Westungarn wieder aufs nachdrücklichste. Schließlich ist es selbstverständlich, daß den westungarischen Deutschen ihr Wunsch nach vollständiger Selbstverwaltung erfüllt werden muß. Wir können sagen, daß zu uns Bauern Niederösterreichs die westungarischen Bauern das größte Vertrauen haben, und wir sind gewiß, daß sie für den Anschluß an uns sein werden, wenn wir ihnen die Gewährung ihrer Wünsche und berechtigten Forderungen gewährleisten können.

Direktor Sturm fügte als Korreferent hinzu, daß auch der Plan des Herrn Reuteufel verfehlt wäre, wonach man den Westungarn eine eigene Verfassung verleihe solle. Diese stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß sie selbst Rammes genug sind, sich ihre eigene Verwaltung einzurichten, und das sei auch der wahre Grundgedanke der Autonomie.

Dr. Zwegbacher berichtete dann eingehend über die organisierte Obhut der Bauernbünde und erklärte, für das Rätesystem in seiner jetzigen Form könne sich die Bauernschaft nicht erwärmen. Wir wollen keine Nebenregierung, sondern die freigewählte Regierung, die auch der Oeffentlichkeit gegenüber verantwortlich ist. Wir haben aber nichts dagegen, wenn die Räteorganisation durch Sachbeiräte umgestaltet wird.

Hierauf besprach noch Abg. Parrer die Fragen der organisatorischen Kleinarbeit, worauf die vorgelegten Anträge des Referenten angenommen wurden.

Tierzuchtinspektor Dr. Hietel berichtete über die Vieh- und Fleischfrage. Er wies an der Hand von Zahlen den ungeheuren

Rückstand an Viehbesitz

nach und forderte Festsetzung von Höchstpreisen für Schlacht- und Rindvieh, Verbot der Kälberschlachtung und Regelung des Grenzverkehrs. Einer sofortigen Aufhebung der gebundenen Wirtschaft im Viehbesitz könnte man allerdings bei den heutigen Verhältnissen nicht so ohne weiteres zustimmen. — Abg. Gruber beleuchtete ebenfalls die Schäden des Grenzverkehrs, ebenso Bauernrat Vater Werner, worauf Referent Dr. Hietel erklärte, daß leider noch immer gegen den Einfluß gewisser Großhändler nicht ankämpft sei. Er nannte hierbei die Namen Spiegel, Weiß und Sabothik. — Direktor Arthold kritisierte die große Spannung zwischen dem amtlichen Uebernahmepreise von Kr. 4.80 Lebendgewicht und dem Fleischpreise im Verkehr. Abg. Lang verlangte Erhöhung der Uebernahmepreise, dagegen Penalisierung derselben für Käufer, da die Bauern dadurch verleitet werden, nicht aufzugeben.

Die Erhöhung der Getreidepreise und die Ernteaufbringung.

Abg. H. Hofer berichtete hierauf über die Getreidepreise und Kontingentierung. Er wies darauf hin, daß die abzuliefernde Menge von 12.000 Waggons Brotgetreide und 1800 Waggons Hafer auf die einzelnen Bezirke aufgeteilt werden und richtet an die Bauernschaft den Appell, zu machen, daß die Ablieferung des Getreides glatt vor sich gehe, um die Ueberflüssigkeit der Zentrallen zu vermeiden. Die Bevölkerung werde am 20. September vielleicht schon ohne Mehl dastehen, da die Zuschüsse aus dem Ausland reduziert würden, und die Ernte sei gegenüber früheren Jahren um vier Wochen zurück, überdies bestehe Mangel an Benzin- und Druschhölz. Er legte eine Entschliessung vor, in der sich die Bauernschaft zur Aufbringung des vorgezeichneten Kontingents von Getreide bereit erklärt, gleichzeitig aber auch die Erwartung ausdrückt, daß der Preis des Getreides entsprechend den Herstellungskosten erhöht werde, von denen der gegenwärtige kaum die Hälfte bede. Weiters wird gegen die Art der Viehrequirierung Stellung genommen, welche, wie auch Abg. Parrer betonte, durch die Arbeiterräte ganz willkürlich gehandhabt werde und nicht nur eine Demütigung der Bauernschaft, sondern auch die große Gefahr der Verschleppung von Viehseuchen bedeute.

Direktor Abg. Weigl forderte von der Regierung Maßnahmen, damit eine sachgemäße Zudering des heurigen Traubenmostes erfolgen könne, weil sonst die Weinbau treibenden durch die ungünstige Witterung des heurigen Jahres schweren Schaden leiden würden. — Abg. Geyer trat dafür ein, daß nur jeder Obstmot zur Verwitterung anzumelden sein solle, der tatsächlich den Keller verlasse. — Abg. Buchinger und Abg. Eisenhut besprachen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidepreise für den Bauernstand, worauf die vorgelegten Entschliessungen angenommen wurden.

Die Brennholzversorgung.

Abg. Adolf Maier erörterte die neue Brennholzverordnung und betonte, daß die Landesregierung nicht damit rechnen dürfe, daß der Holzbedarf Wiens auf die in dieser Verordnung bestimmte Weise schon für heuer gedeckt werden könne. Er verwahrte sich dagegen, daß für Wien nur Niederösterreich herangezogen werde. Der Holzhandel wäre besser frei gelassen. Das Holzkontingent möge in erster Linie vom Großgrundbesitz genommen werden.

Eine Rede Dr. Schumpeters.

Nachmittags legte Staatssekretär für Finanzen, Dr. Schumpeter, die Richtlinien für den finanziellen Wiederaufbau Deutschösterreichs dar und führte dabei aus:

Das Beste, was für uns herauskommen kann, ist, daß wir uns nach Jahren von Leiden und schweren Opfern endlich werden sagen können, daß jene, die nach uns kommen, ein besseres Schicksal haben werden als wir. Ich glaube an die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes, aber in der unmittelbaren Zukunft wird hauptsächlich von Opfern die Rede sein. Der Staatssekretär erörterte dann die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes und gab zu, daß die Kosten der Milch, des Getreides und des Fleisches durchschnittlich wesentlich höher sind, als die gefälligen Preise. Es gibt keinen Wirtschaftszweig, der dauernd mit einem Defizit arbeiten kann. So droht die Gefahr, daß die Bauernschaft, die sich jetzt entschuldet hat, wieder langsam in Schulden gerät, und es wäre sehr zu bedauern, wenn die Produktionsfähigkeit des Landwirtes durch diese Verschuldung wieder geschädigt würde. Wenn man schon Kredit nehmen muß — und viele werden in diese Lage kommen —, dann muß dem Bauern ein billiger genossenschaftlicher Kredit gegeben werden, und

dabei muß der Staat helfen, damit die Produktionsmittel, die jetzt fehlen, beschafft und die Lasten getragen werden können die der Staat wird auferlegen müssen. Ich hoffe, daß mein Finanzprogramm bereits in der nächsten Woche der Kabinettsrat beschließen und in Kürze vor die Nationalversammlung kommen wird. Wir müssen unseren Verpflichtungen nachkommen, wenn wir Auslandskredite bekommen wollen. Es darf aber auch der Staat der Kriegsanleihe nichts tun denn weiteste Kreise der Bevölkerung und auch die genossenschaftlichen Kreditinstitute haben im weitesten Umfange Kriegsanleihe gezeichnet. Auch die übrigen Kriegsforderungen an den Staat müssen zu retten gesucht werden. Der Staatssekretär wiederholt seine bereits bekannten Zusicherungen betreffs der Kriegsanleihe und erklärt, die Vermögensabgabe werde progressiv sein und über die Hälfte von ganz großen Vermögen betragen, allerdings erst auf einer ganz hohen Stufe. Jedenfalls werde der Mittelstand und die produktive Wirtschaft aller Richtungen leistungsfähig erhalten werden, insbesondere die Landwirtschaft. (Lebhafte Beifall.) Wir dürfen bei der Landwirtschaft nicht der augenblicklichen Wert der Siegenständen und der Fundus instructus zugrunde legen, sondern den dauernden Ertragswert. Was ich von Ihnen aber will, das ist die Kriegsanleihe und das Papiergeld, das für Sie im Falle eines Bankrottes ohnehin nichts wert wäre. Wir werden zwar scharf zupacken müssen, aber Ihr Land und Vieh müssen Sie behalten und die Steuerforderungen des Staates müssen dort zurücktreten, wo Lebensinteressen der Wirtschaft auf dem Spiel stehen. (Großer Beifall.)

Staatssekretär Stöckler sprach Dr. Schumpeter die Zustimmung der Versammlung aus und versicherte ihn der wärmsten Unterstützung der Mandatare im Kabinettsrat und in der Nationalversammlung.

Bauernschaft und Rätesystem.

Direktor Sturm berichtete dann über das Verhältnis der niederösterreichischen Bauernräte zum Rätesystem. Das Rätesystem müsse in seiner jetzigen Form verschwinden und die Räte dürfen nur in Form von Sachbeiräten fortbestehen ohne das Recht, sich in die Exekutive einzumengen. Die freisinnigen Bauernorganisationen müssen sich ebenso wie die Bürgerräte erst durch wirkliche Standesarbeit Anerkennung verschaffen. Dann werde das Vertrauen von selbst kommen.

Abg. Dr. Wagner berichtete hierauf über die Landarbeiterorganisation. Abg. Heß verlangt die Unterstützung der Forderungen der durch den Friedensvertrag betroffenen Gebiete der Umgebung Feldbergs.

Nach einigen weiteren Leinen Referaten gelangen Entschliessungen zur Annahme. Eine von Abg. Dr. Zwegbacher beantragte fordert die Durchführung der Vermögensabgabe im Sinne der Ausführungen des Staatssekretärs für Finanzen, und verlangt, daß die Vermögensabgabe nur zur Abfüllung der Kriegsschuld, nicht aber zu unproduktiven Ausgaben verwendet werde. (Aufse: Arbeitslosenunterstützung!) Ferner eine Kollektiv-Entschliessung, in der der Anschluß der Brüder aus dem Burgenlande begrüßt, und ihnen alle Unterstützung zugesagt wird. Weiters wird in der Entschliessung gegen die Uebergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte Stellung genommen, dann tritt die Entschliessung für den Abbau des übermäßigen Großgrundbesitzes ein, warnte jedoch vor Sozialisierungsversuchen bei Großgrundbesitzern. Die Bauernschaft erklärt sich bereit, die Bevölkerung nach besten Kräften mit Nahrung zu versorgen, fordert aber die Förderung der Produktion und eine Regelung der derzeit unhaltbaren Preise. Die Entschliessung wendet sich dann scharf gegen die agitatorische Heße der Sozialdemokraten in der Landarbeiter-schaft, die nur zu schweren Schäden in der Produktion führen könne. Schließlich der Beschlusse fordert die Bauernschaft, daß sie vollkommen unpolitisch und frei von jeder parteimäßigen Weltanschauung sei. Ferner wird der energische Abbau der Volkswehr verlangt. Die Entschliessung schließt: „Die Bauernschaft begrüßt alle Arbeiter mit Freude bei der gemeinsamen Tätigkeit des Wiederaufbaues, dem ersten Zusammenwirken aller arbeitenden Stände muß es gelingen, unser Volk aus seiner traurigen Lage zu befreien, in die es der verlorenen Krieg und der harte Frieden gebracht hat.“ Die Entschliessung wird einstimmig mit Beifall angenommen.

Staatssekretär Stöckler warnte in seiner Schlußansprache vor allen „unpolitischen“ Schlagworten. Es gäbe nur zwei Gegenpole im jetzigen Kampfe: Christlichsozial oder sozialdemokratisch. Alles andere werde zwischen diesen beiden großen Gruppen bedeutungslos bleiben. Es heiße Farbe bekennen und den Kampf zielbewußt weiterführen, den Kampf der christlichdemokratischen gegen die sozialdemokratische Weltanschauung.

Grenzboten

Motto: Freiheit und Fortschritt!

Blatte

Mit täglicher Postsendung

Für das Inland:

monatlich	R. 6.—
vierteljährig	R. 18.—
halbjährig	R. 36.—
ganzzjährig	R. 72.—

Für das Ausland:

vierteljährig	R. 30.—
-------------------------	---------

Verlegt, Sonntag, 19. Oktober 1919.

48. Jahrgang.

Wien.

— 15. Oktober 1919.

Wien heißt gegenärtig eines der merkwürdigsten Probleme dieses Weltkriezes. Diese tausendjährige Stadt, die immer der Mittelpunkt eines Staates, der Mittelpunkt großer Handels- und Verkehrsinteressen war, ist ganz plötzlich von ihrer Höhe gestürzt.

„Es gibt nur eine Kaiserstadt, es gibt nur ein Wien“ war keine leere lokalpatriotische Phrasen, dieses Wort der Kehrraum eines Landes, hatte seinen Hintergrund, denn hier bildete sich im Laufe der Jahrhunderte ein großes Gemeinwesen von besonderer Eigenart. Die Völkervermischung, die sich in dieser deutschen Stadt von selbst einfindet, brachte ein liebenswürdiges und begabtes Volk hervor, das sich eine bodenständige Kultur schuf, die eine große Anziehungskraft nach außen übte, es strömte alle Welt nach Wien und langsam übermogen die „Jugereisten“, denn der jahrhundertelange Zustrom aus dem Deutschen Reich verminderte sich seit 1866 und 1870 immer mehr. Die Farbe von Wien ähnelte sich das Wienertum trat zurück und die alte gesellschaftliche und künstlerische Kultur wurde eine andere, eine internationale. Das Ostjudentum brach ein und verwüsthete den alten Boden geistig. Langsam rief es ganze Stände auf. Auch der Zustrom des Slawentums wuchs zu sehr, denn die Gegenwirkung aus dem Deutschen Reich blieb aus, dieses brauchte seinen Volksüberschuß selber. Und so wurde aus Wien von innen heraus eine andere Stadt, ohne daß man es recht merkte. Ihr rasches Wachstum wurde ihr Verderben. Weit über zwei Millionen Einwohner zählte Wien schon am Beginn des Weltkriezes und es erhielt während desselben einen neuen Zustrom unwillkommener Elemente in einer Stärke, die man sicher nicht gar nicht kennt. Denn es war ein beständiges Geschlebe dieser Massen. Etwa 300.000 Ostjuden dürften Wien als Durchzugs-

punkt benutzt haben und man nimmt an, daß mindestens 150.000 hier hängen geblieben, die um keinen Preis weichen wollen. Es ist der Schlamm, der sich festsetzt hat von der Völkerveränderung: lauter Händler, Schieber, Bucherer, Spieler und sonstiges Gezücht, das sich am Kriege gemästet hat.

Nun ist aber dieser Großstaat zerstört, die Monarchie besteht nicht mehr und die Hauptstadt eines 60-Millionen-Reiches hat keine Daseinsberechtigung in dem kleinen Oesterreich. Hinter den mehr als 2 Millionen „Wienern“ steht nur eine Provinzialbevölkerung von 4 Millionen. Und auch diese anerkennen in ihrer Verblendung Wien nur mit Widerstreben oder gar nicht als ihre Hauptstadt. Sie sagen, sie hätten mit Wien nichts mehr zu schaffen, denn dieses sei nur ein fressendes Ungeheuer geworden für sie, es verlange nur und habe nichts mehr zu geben. Die sogenannten „Länder“ fühlen sich mehr als je als selbständige Individuen, seitdem das dynastische Band zerrissen ist. Mit der Republik, die von hauptsächlich jüdischen, sozialistisch-kommunistischen Führern geleitet wird, haben sie wenig gemein.

Sie sind im Unrecht, denn von Wien ging mehr Glanz aus durch die Jahrhunderte als von irgend einer Stadt. Wien hat für die Länder weit mehr geleistet als sich ziffermäßig festhalten ließe. Daß dieser Staat zerfallen wurde, dafür kann Wien nichts, es war nur leider der Zentralfest für alle Entschlüsse, die gefaßt wurden und für all die Maßnahmen die den Staat an den Rand des Abgrundes geführt haben. Und dafür soll es jetzt büßen? Die von uns losgelassenen neuen Staaten und die noch verbliebenen Provinzen haben sich vereinigt zu dem Werke der Bestrafung und Vernichtung der Stadt Wien.

Nur ist aber diese Ablicht nicht nur eine Kulturschande wie sie die Welt noch nicht gesehen, sie ist auch von einer Grausamkeit, die allem, was in diesem Kriege geleistet wurde, die Krone aufzusetzen droht.

Mehr als 2 Millionen Menschen sind dem bittersten Kampf ums Dasein überliefert, denn eine solche Stadt läßt sich ja nicht auflösen wie eine Aktiengesellschaft sie muß weiter leben und wird weiter leben und wenn es ihr bestimmt ist, zu sterben, so wird das ein Siechtum vieler Jahrzehnte werden. Vorläufig ist dieses Schicksal noch nicht in ihr Bewußtsein gedrungen, der große Betrieb rollt weiter, der Leichtsin, der mit leicht erwerbtem Gelde einberaucht, breitet sogar einen Schein von alter Wiener Lebenslust über diese Stadt. Aber dieser Schein ist trügerisch, denn die Zahl der Haderlumpen und der Dirnen ist ins Unendliche gestiegen während der letzten Jahre und sie sind es, die diesen Schein um sich breiten, das Volk von Wien darbt und hungert. Und wer noch etwas Erwartetes hat, der fröstelt langsam selber auf und sieht den Tag kommen, an dem er vor dem Nichts stehen wird. Denn Wien lebt vom Schleichhändler. Der zapft jedem einzelnen langsam das Blut ab, für ein Kilo Schmalz zahlt man heute so viel, als tausende Familienväter früher Monatslohn bezogen haben. Alles handelt, alles schröpft, alles wuchert, einer ist des anderen Todfeind, jede Redlichkeit, jedes Anstandsgefühl ist dahin und die Moral ist auf einen Tiefstand gekommen wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat.

Die Behörden sind machtlos. Ein Gespött der Kinder. Alle Maßnahmen, die sie treffen, erscheinen hinfällig, weil eben nichts mehr gilt, was früher billiger schien, weil jeder Schusterhunde auf die Autoritäten weist und die Uebertretung von Vorschriften teils ein Sport teils eine Notwendigkeit geworden ist. Denn die Selbstbehaltung um jeden Preis ist das oberste Gesetz.

Wien ist ohne Kohle, es ist auch ohne Holz, obwohl man mit dem Monat Mai weiß, wie es kommen würde. Anstatt die 80.000 Arbeitslosen zum Holzschlaagen zu kommandieren, erhielt man sie und wartete auf die Gnade der Staaten, die Kohle haben. Sehr nahe der Winter. Nur die Händler

26. IX. 1919

103

Reichspost

Abhängiges Tagblatt für das christliche Volk.

Die Nationalstaaten der
täglich einmaliger Postzuführung
Morgenbl. alleinst. monatl. K 6.—
vierteljährlich, 18.—

Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich K 4.—
vierteljährlich 24.—

Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich K 9.—
vierteljährlich 37.—

Bei täglich zweimaliger Post-
zuführung

Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich K 8,70
vierteljährlich 35.—

Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich K 9,70
vierteljährlich 39.—

Für Deutschland:
Morgenblatt alleinst.
vierteljährlich K 23.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich K 29.—

präsident, der
selt. Das
n durch das
fremdem
einer staatl.
ist in den
chten hörig
Blammern-
rlangt und
te versteht
g und der
nehmen
Deutsch-
n Wien
find die
die ewige

Donnerstag, den 25. September 1919

XXVI. Jahrgang

gepaßt, aber auch rascher verlassen hat, bereits wieder in vollem Aufstieg zu Ordnung und Arbeit sich befinden. Die Zustände bei uns sind unhaltbar geworden, ihr Fortbestand unmöglich.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten hatte die Aufgabe, den Staat über die Zeit der Friedensverhandlungen hinwegzuführen, Ruhe und Ordnung zu bewahren und die Republik vor gewaltsamen Erschütterungen zu schützen. Sie war ein Notdach mit allen Mängeln eines Augenblickswerkes. Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages ist die Endstation erreicht und sind die beteiligten Parteien wieder aller Verpflichtungen ledig. Frei und ungehindert können sie die Entscheidung über die neue Zukunft treffen und es ist die gemeinsame Ueberzeugung aller christlichen Volkstreu und Abgeordneten, daß der neue Weg von der bisher begangenen Straße weitweg abzweigen muß. Die Sozialdemokraten als die größte Partei der jetzigen Nationalversammlung tragen auch künftig in erster Linie die Verantwortung für die Fortführung der Arbeit. Die Christlichsozialen haben in der alten Koalition Opfer über Opfer gebracht, oft mehr als die Wählerschaft verstehen wollte; sie sind auch jetzt bereit, in einer neuen Arbeitsgemeinschaft dem Staate zu geben, was des Staates ist, und ihre Kraft zum Wiederaufbau unserer Staatsordnung zur Verfügung zu stellen. Sie fordern aber als Grundlage hierfür eine feste, klare Vereinbarung zwischen den Parteien, die ihre prinzipiellen Grundsätze nicht antastet, die Ziele unzweideutig bestimmt, alle sachlichen und persönlichen Bürgschaften für den Erfolg bietet und jede einseitige Belastung der Partei für die Zukunft ausschließt. Darüber werden die Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen sprechen müssen oder die Arbeitsgemeinschaft wird nicht sein. Die Christlichsozialen sehen den Anerbietungen der Sozialdemokraten ohne Bitterkeit, aber mit jener Vorsicht entgegen, welche die Erfahrung dieser zehn Monate sie gelehrt hat. Führer und Abgeordnete sind darin einig, daß das neue Programm, wenn es zu einer Vereinbarung kommt, genau geprüft und daß von der Vereinigung christlichsozialer Abgeordneter selbst entschieden werden soll, ob darin die Voraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit gegeben sind.

Je tiefer sich die gegenwärtigen Zustände einfröhen, desto verlockender ist es für die Partei, die dieser Entwicklung zöge widerstrebt, die Verantwortung abzulehnen, desto notwendiger aber auch für das Allgemeinwohl, daß die christlichsoziale Partei, die nicht eine Klasse, sondern das Volksganze, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame vertritt, ihren Einfluß zur Geltung bringe. Wie immer die Dinge

in diesen Entscheidungen sich gestalten mögen, die christlichsoziale Partei wird am Platze sein und die Forderungen des christlichen Volkes zu wahren wissen. Sie wird es unter allen Umständen verhindern, daß im Stillen die Ereignisse in der bisherigen Richtung sich fortentwickeln und daß die schleichende Auszehrung noch länger im Geheimen fortwirke. Die Christlichsozialen wollen Klarheit, Tat, die zur Ordnung führen, und die Reinigung des öffentlichen Lebens von den Miasmen der Zersetzung. Denn nur in einer frischeren Luft kann die patiente Republik noch genesen.

Der Abschied der Sudetendeutschen.

Wien, am 24. September.

In dem palmen- und lorbeergeschmückten Saale der Nationalversammlung, den die Abgeordneten aus den deutschen Gebieten der Sudetenländer seit der Auflösung der provisorischen Nationalversammlung nicht mehr betreten hatten, fand heute nachmittag der feierlich-ernste Akt der Entlassung der sudetendeutschen Vertretungen und Regierungen aus unserem Staatsverbände statt, dem sich die Sudetendeutschen aus freier Selbstbestimmung angeschlossen hatten, von dem sie aber der Unrechtsfriede von St.-Germain losgerissen hat. Ein schmerzliches Abschiednehmen von jahrhundertalter Gemeinschaft, aus der die Brüder nördlich der Thaya nun in nationale Fremdherrschaft ziehen, entrechtet zwar und ihrer Freiheit beraubt, doch auch in Zukunft durch unzerreißbare Bande des Blutes mit uns vereinigt.

In ernst en, männlichen Worten der Trauer wurde heute die Loslösung der scheidenden Sudetendeutschen von Oesterreich vollzogen und wieder sinkt ein Stück Vergangenheit dahin, die groß an Ruhm und Arbeit war, deren Fehler aber zum Verhängnis des Reiches geworden sind. Erleuchtete Köpfe, wie Herbst und Biskra, hat Deutschböhmen einst nach Wien entsandt und der letzte Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß war ein Sudetendeutscher. Die Wiener Politik des letzten Halbjahrhunderts war voll der Kämpfe der Sudetendeutschen um ihre nationale Geltung und in der Prager Landstube wurde Oesterreichs Schicksal damals schon entschieden. Dadurch, daß eine Verständigung zwischen den Deutschen und Tschechen in Prag immer wieder von der slawischen Unionspartei hintertrieben wurde, dadurch ist Wien zusammengebrochen. Die Sudetendeutschen, die schon unter Wallenstein die Kerntruppe der kaiserlichen Heere waren, haben im Weltkrieg ihre Pflicht gegen den Staat bis zur vollsten

wie der Regen, und der obendrein noch erfüllt, was der lockere Frühling im Blütenrausch verspricht. Pausbackige Kefel und pfundschwere Trauben, milchige Rüsse und Birnen, die erst im Keller unterm Stroh reifen. Und war etwa einer oder der andere wegen eines verregneten Sommerurlaubes so verstimmt, daß ihm darüber der Herbst, der farbenbunte Herbst, verleidet war, was verschlug es? Bis zum nächsten Mondwechsel war ja alles längst vergessen, weil man unter den vergnügten Leuten rundum nicht einschüchelig als Verdrossener leben konnte.

Aber heute!

Heute findet man auch beim Nächsten keinen erfrischenden Trost, weil den Nächsten genau die gleichen Sorgen drücken, wie man sie selbst trägt. Und mit den Verschlagenen, Mohnen und Gemeinen, die jetzt Hahn im Korbe spielen, will man keine Kameradschaft halten.

Und so ist man sich selbst überlassen und muß mit sich und der Zeit allein fertig werden. Aber man bringt es nicht zuwege oder nur sehr schwer. Weil auf Schritt und Tritt sich immer wieder die Not herandrängt und den Herbst zum furchtbaren Mahner an den kommenden Winter macht.

Viele Ideale sind in den letzten Jahren zusammengebrochen und mit ihnen auch viele einfache kindliche Freuden. Wie die Freude an der Natur, die nur noch den Kindern geblieben ist. Darum, schaut jetzt die Sonne durch die buntenfarbigen Blätter, segeln die Marienfäden goldig von Traumland zu Traumland, blüht es aus reif- und taubersilberten Gräsern auf — wer kann es ruhig genießen? Die Augenblicksfreude geht doch immer wieder in die böse, böse Mahnung über: der Winter kommt!

Der Winter kommt und der Herbst hat nichts gebracht. Die Geschenke der Mutter Erde, die sie sichtbar aufstapelt, sowohl wie jene, die sie verborgen in den Taschen trägt, gehen durch der Hände verdreherisch lange Kette, ehe sie uns erreichen. Und da man auch nicht zur Gilde jener gehört, die requirieren und kommunizieren, bei Tag oder bei Nacht, so bleiben Kisten und Kasten leer.

Ja, Kisten und Kasten ... Früher einmal — es ist natürlich noch gar nicht so lange her — da hat man den Kindern den bekannten Vers vorgesagt, wenn im Herbstsonnenlicht die Schwalben umherflühten und sich zum Abschiednehmen anschickten: „Als sie Abschied nahm, als sie Abschied nahm, waren Kisten und Kasten schwer; als sie wiederkam, als sie wiederkam, war alles leer!“ So, und jetzt sind Kisten und Kasten leer, eh' die Schwalben fortfliegen; ja, wie soll da der Winter werden?

Unsere Sorgen legen dem Rad der Zeit keine Bremse vor, und wenn das Wetter in einer freundlichen Anwandlung auch noch so sommerlich tut, die Blätter welken doch und fallen immer dichter und dichter, und nach den Blättern werden die kalten Regentropfen kommen und nach dem Regen die weißen Flocken. Dann werden viele tausende Ofen kaum angewärmt in den Zimmern stehen und viele tausende völlig kalt und unwirtlich, und man wird die Unschuldigen mit vorwurfsvollen Blicken ansehen und zögern und erwägen, ob man ein paar Scheite sündteures Holz verbrennen soll oder vom Küchenbrand eine Prise opfern.

Das sind so die trüben Herbstgedanken von Anno 1919. Sie sind schon mit den ersten sonnenberengten Blättern gekommen und deshalb hat der Herbst einen schlechten Empfang gehabt. Aber er wird es begreifen lernen. In der Stadt nicht, aber draußen vor ihren Toren. Im Wienerwald, der „Eigentum aller“ geworden ist und jetzt zerfetzt und verwüstet wird. Ich seh' ihn förmlich mit seinen Farbtöpfen und Pinseln dastehen und entsetzt ins Himmelblau schauen, wo früher dicke Laubkronen die Erde überschatteten. Wenn er nur nicht darüber in Horn kommt, das ganze Farbzeug hinschmeißt, daß alles zu seinen Füßen mit einem Male herbstbunt aufleuchtet, und einfach davonläuft und uns früher als sonst den Winter schickt. Recht hätte er ja, nur würden die Unschuldigen darunter leiden, die vom Mittelstand, die nach Bruder Martin nichts haben und nichts kriegen, und die trotz Kohlennot und Brennholzsteuerung sich an dem Waldswevel nicht beteiligt haben ...

am Boden
eins in
in. Wir
nt in

hen ver-
n Rab-
österreich-
aus, daß
blide
ations-
ate der
Deutsch-
en des
en von
it dem
epublik
n also
ch ge-
Stiefe
Sieb-
viem
Troch-
ut-
Sep-
schon
lies
sagen
soheit
ber-
lepu-
rind
nden
scho-

dem
ist,

Wien den Wienern!

Die Kundgebung für die Ausweisung der Ostjuden.

In der Volkshalle des Neuen Rathhauses und auf der Rampe vor dem Rathaus fand heute abend die vom Deutschen Volksrat veranstaltete Kundgebung für die Ausweisung der Ostjuden statt. Es mögen an zwanzigtausend Personen gewesen sein, die trotz der Einstellung der Straßenbahn aus allen Bezirken zum Rathause gezogen waren. Diese ungeheure Teilnahme bezeugt, daß die Geduld der Wiener erschöpft ist und daß endlich energische Schritte der Regierung erwartet werden, um die unerwünschten Gäste aus Wien zu entfernen. Das Unglücksgeschick vor dem Pogrome und vor allerlei Ausschüchtlungen war zwar deutlich genug in seiner Absicht gewesen, hatte aber doch ein überaus starkes Polizeiaufgebot zur Bewachung der Kundgebungsstätte und zum Schutze der jüdischen Stadtteile veranlaßt. Die Stimmung unter den Versammelten wurde dadurch nur noch mehr gereizt. In stürmischen Protestrufen und frenetischen Kundgebungen gegen die immer mächtigere Vorherrschaft der Juden mochte sich der in der Bevölkerung angeammelte Grimm Luft machen. Es ist jedoch ein rühmliches Zeugnis für die Disziplin und Selbstbeherrschung wirklicher Wiener, wie sie heute vor dem Rathause versammelt waren, daß die imposante Kundgebung ohne alle Gewalttätigkeiten abließ.

In der Volkshalle

waren in dichtgedrängten Reihen 3000 bis 4000 Personen versammelt. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Glöckner sprachen Abg. Dr. Urfin und Abg. Dr. Nischl, die die Ausweisung der noch in Wien weilenden jüdischen Flüchtlinge aus Galizien verlangten, da die aus den Endetenländern ausgewiesenen deutschen Eisenbahner in Eisenbahnwagen Unterkunft suchen müssen, während die Volkstfremden die Wiener Wohnungen besetzt halten. Die Verordnung der Landesregierung, welche die Ausweisung der galizischen Flüchtlinge vorsehe, sei durch alle erdenklichen Durchführungsbestimmungen wertlos geworden und heute seien die Flüchtlinge noch ebenso zahlreich wie bisher in Wien. Die Wiener arische Bevölkerung sei heute so weit, daß sie entschlossen sei, wenn es sein muß, mit Gewalt ihre Forderungen durchzusetzen. Der ehemalige christlichsozialer Abg. Dr. Zerzabel wies unter stürmischem Beifall darauf hin, daß er in der provisorischen Nationalversammlung bereits einen Gesetzentwurf eingebracht habe, in welchem der Staat ermächtigt werden sollte, lästige Ausländer, wenn die Not an Nahrungsmitteln im Inlande dies erfordere, auszuweisen. Der Antrag sei nicht einmal im Ausschusse zur Verhandlung gekommen, denn die Juden haben mächtige Freunde. (Stürmische Zustimmung.) Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in dem Staate Neupalästina, der fälschlich Deutschösterreich genannt wird, die Juden eine unbedingte Herrschaft über das arische Volk ausüben. Aber der Tag werde kommen, an dem das bodenständige Volk sich seiner Rechte entsinnen werde und dann werde die Stunde gekommen sein, in der wir beweisen werden, daß wir auf Reinlichkeit etwas halten und uns endgültig der verhassten Fremdherrschaft entledigen werden. (Begeisterter Beifall.)

Es wurde hierauf vom Kontrollor Ospatschek eine Entschließung verlesen, in der gefordert wird, daß die Landesregierung unverzüglich eine Verordnung erlasse, in der die sofortige Ausweisung der Fremdlinge verfügt wird. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung kündet die Entschließung die äußersten Mittel, auch die der Gewalt an, um das Verlangen durchzusetzen.

Die Entschließung sollte von den Abg. Dr. Urfin und Dr. Nischl sofort dem Staatssekretär Eidersch überreicht werden, doch war dieser nicht mehr im Staatsamte anwesend, so daß die Überreichung der Entschließung morgen vormittag erfolgen wird. Der Vorsitzende verkündete in seinem Schlussworte, daß am 5. Oktober in und vor dem Rathause eine neuerliche Kundgebung stattfinden werde, in der über das Ergebnis der heutigen Versammlung berichtet werden sollte. Wenn bis zu diesem Termine in der Angelegenheit der Ausweisung der Flüchtlinge kein entscheidender Schritt getan sei, könne für die Ruhe in Wien nicht mehr gebürgt werden.

Vor dem Rathause.

hatte sich eine nach vielen Tausenden Personen zählende Menschenmenge angeammelt, zu der von verschiedenen Seiten in ähnlichem Sinne wie in der Volkshalle gesprochen wurde. Ein Redner, der sich als Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke vorstellte, erklärte, daß heute die Arbeiter dieses Unternehmens und die Arbeiter der A. G. C.-Union sowie die Arbeiter der Firmen Wagner, Wiro und Ruzh eine Versammlung angehalten haben, in der sie sich einstimmig für den Anschluß an die antisemitische Volkshewegung ausgesprochen haben. Zu Beginn der Versammlung kam es zu kleineren Reibereien mit kleinen Gruppen, der auch viele Volkswehränner angehörten und die sich immer in Anklagen erschöpften, daß die Versammlung „monarchistischen“ Zwecken diene. Schließlich wurden einige dieser offenbar beauftragten Stänkerer fortgejagt und mußten von der Polizei in Schutz genommen werden.

Unter dem Eindruck der Kundgebung formte sich ein Zug von mehreren tausend Personen, der nach einem kurzen Gedränge den ersten Polizeifordon durchbrach

und die Richtung nach der Leopoldstadt einschlug. Bald aber trat verstärkte Polizeimache diesem Versuche entgegen und drängte den Zug gegen die Landesgerichtsstraße ab.

Eine Abordnung beim „Abend“.

Der abgetrennte Teil, ungefähr 2000 Personen, beschloß nun, zum „Abend“ zu ziehen. Mit Rücksicht auf eine voraussichtlich tendenziöse Darstellung des Vorganges in der jüdischen Presse, werden wir ersucht, folgenden wahrheitsgetreuen Bericht hierüber mitzuteilen: Auf dem Wege zur Canisiusgasse wurde in der Schwarzschanierstraße ein neuerlicher Polizeifordon durchbrochen, worauf sich der Zug durch die Währingerstraße und Nußdorferstraße zur Canisiusgasse bewogte, wo sich die Redaktion des „Abend“ befindet. Die Canisiusgasse war aber durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt. Auf dem Versuche durch Nebenstraßen zur Canisiusgasse zu gelangen, wurden die Demonstranten durch Wache zu Fuß und zu Pferd mit blanker Waffe angegriffen; es kam zu einem Handgemenge, wobei es mehrere Verletzte gab. Hierbei soll auch ein Polizeioffizier verwundet worden sein; wie Augenzeugen berichten, konnte dies nur die Tat eines Rockhitzels sein, da die Menge selbst musterhafte Ruhe bewahrte. Sie wählte schließlich nach einigem Vorhändeln mit der Wache eine Abordnung aus Bürgern, Arbeitern und Akademikern, die von der Wache in ein Kartelllokal geleitet wurde; vorher wurde jedes Mitglied der Abordnung auf Waffen untersucht — es hatte natürlich niemand solche bei sich — und jeder Einzelne wurde von einem Wachmann begleitet. Die Abordnung wurde von Cohn-Golbert-Sohn empfangen und erklärte nach längerer Debatte über dessen Identität und über den Verbleib Cohn-Golbert-Vaters namens der Menge, daß die Schreibweise des „Abend“ eine Pseleidiauna des arischen Wien sei, das sich dies hiemit verbiete, und forderte Cohn-Golbert-Sohn auf, dem Vater die Forderung zu überbringen, daß er die Herausgabe dieses Blattes einstelle. Im folgenden suchte sich der Sohn auf einen „Arbeiterrat“ seines Betriebes auszuweisen, der jedoch sich schleunigst in den Hintergrund zurückzog. Die Abordnung teilte hierauf den Verlauf der Unterredung der Menge mit, die sich unter stürmischen Hui-Rufen auf den „Abend“ dann zerstreute.

In den übrigen Teilen der Stadt, auch im 2. Bezirke, kam es zu keiner wie immer gearteten Ruhestörung.

Ein Geplänkel in der Brigittenau.

Ein Teil der von der Redaktion des „Abend“ abgetrennten Demonstranten, ungefähr 400, zogen über die Brigittabrücke in den 20. Bezirk zum Mathildenplatz. Dort hatten sich schon am Nachmittag 500 Pionisten angeammelt, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, daß seitens der Versammlungsteilnehmer Ausbreitungen gegen die jüdischen Kaufleute des 20. Bezirkes geplant seien. Zwischen beiden Gruppen kam es zu Hänkeleien, doch trennte die Sicherheitswache die Streitenden und schließlich entfernten sich über Zureden der Wachorgane beide Parteien, ohne daß es zu einem weiteren Zwischenfalle gekommen wäre.

Zwei Verletzungen.

Der Polizeibericht meldet: Gelegentlich der Räumung der Canisiusgasse wurde der Oberinspektor der Sicherheitswache Hermann Hofbauer vermutlich durch einen Stein auf dem Hinterhaupte schwer verletzt, nach dem Gutachten des Arztes durch den Wurf eines Eisensäckes.

Auf dem Mathildenplatz wurde der Heizer Ignaz Feldmann, 20. Bezirk, Bäuerlegasse 8, durch einen Messerstich unterhalb des linken Schulterblattes schwer verletzt.

Die Verehrung der amerikanischen Mission.

Die Versammlung war im Laufe des heutigen Tages bereits verbotenen worden. Erst als der Veranstalter sich ehrenwörtlich verpflichtet hatte, daß die Kundgebung in Ruhe verlaufen werde, wurde wieder die Erlaubnis zu ihrer Abhaltung gegeben.

Auch die amerikanische Mission interessierte sich für die Versammlung, wie aus folgendem Bericht der Staatskorrespondenz zu entnehmen ist. Heute erschien der (offenbar durch die jüdischen Marmuse irreführte) Vertreter der Vereinigten Staaten Mr. Galsten beim Staatskanzler Dr. Renner und richtete an den Staatskanzler die Anfrage, ob die Gerüchte, daß Judenverfolgungen bevorständen, begründet seien. Mr. Galsten erklärte, er würde es bedauern, wenn solche Ereignisse eintreten, weil sie die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gegen Deutschösterreich sehr schlimm beeinflussen müßten. Staatskanzler Dr. Renner gab Mr. Galsten alle beruhigenden Aufklärungen und versicherte, es seien alle Vorkehrungen getroffen, um Gewalttätigkeiten hintanzuhalten.

Die Abwanderung der ehemaligen Bukowinaer.

Heute hat beim Staatskanzler ein Vertreter der rumänischen Gesandtschaft vorgeschrieben, um über die Einzelheiten des Abtransportes der Bukowinaer zu verhandeln. Erst für die Zeit nach dem 8. Oktober seien drei Transportzüge vorgezogen. Der Vertreter der rumänischen Gesandtschaft „erwartet“, daß die deutschösterreichische Regierung und die Bevölkerung Wiens diese Sachlage berücksichtigen und den rumänischen Staatsbürgern wegen des verlängerten Aufenthaltes keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Hotelanforderung für die Eisenbahner.

Vom Wohnungsamte wird heute amtlich die bereits bekannte Anforderung von 30 Stundenhotels zu Wohnzwecken mitgeteilt. Ein Teil der Hotels solle der Unter-

bringung der aus den Nachbarstaaten vertriebenen Deutschösterreicher, insbesondere der Eisenbahnbetriebe, dienen. Es wäre zu wünschen, daß der Eifer des Wohnungsamtes bald auch die Palais

der Kriegsgewinner und fremden Schmarozer ausfindig mache. Von allgemeinem Interesse wäre, zu erfahren, wieviel Wohnungen durch die Ausweisung der Fremden bisher frei geworden sind.

mmen

Einzelpreis: in Wien und auswärts 12 Heller.
Bezugspreise für Wien und auswärts:
monatlich K 3.60, vierteljährlich K 10.50.

1919

I. Jahrgang

Palastrevolution in Moskau.

Lenin angeblich gestürzt und gefangen.

BR. Berlin, 26. September. Wie die „Voss. Zeitung“ meldet, will ein Gerücht, das aus russischen Kreisen in Stockholm stammt, wissen, daß Lenin gestürzt sei und sich als Gefangener in Moskau in der Kreml befindet.

Es handle sich jedoch nur um eine Art Palastrevolution innerhalb der roten Regierung, nicht aber um den Sturz des Bolschewismus.

Volkstommisjär Der schinski, der an der Spitze der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution steht, soll Herr von Moskau sein und alle roten Truppen auf seiner Seite haben.

Friedensnotwendigkeit für Sowjet-Rußland.

London, 25. September. (Drahtbericht der „Wiener Stimmen“.) Nach hier eingelaufenen Nachrichten scheint es sich zu bestätigen, daß die russische Räteregierung nach allen Richtungen ernstliche Friedensschritte unternimmt. Nach den Friedensangeboten an die Randstaaten Finnland und Polen wollen die Bolschewiken nunmehr eine Verständigung mit der Ukraine suchen. Dagegen ist die Stockholmer Nachricht, daß die Sowjetregierung Unterhandlungen auch mit den Ententemächten anstrebe, vorläufig unbestätigt.

Die Vorgänge in Ungarn.

Antisozialistische Massenkundgebungen der Arbeiter.

Budapest, 26. September. Das Ung. Tel.-Korr.-Büro meldet: Die mit den sozialistischen und kommunistischen Führern unzufriedene Arbeiterschaft beabsichtigt, insbesondere mit Rücksicht auf die jüngst abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen, die allerdings keinen eindrucksvollen Verlauf nahmen, eine großangelegte Massenbewegung einzuleiten. Schon in der allernächsten Zeit werden zahlreiche Monsterversammlungen abgehalten werden, um gegen die internationalistischen und wider die sittlich-religiöse Weltanschauung verstößenden Tendenzen zu protestieren und die Aufnahme des schärfsten Kampfes gegen diese Richtung anzukündigen. Die Versammlungen werden sich auch an die Ententemissionen wenden und den wahren Willen der Arbeiterschaft, die mit dem seit dem Sturze des Bolschewismus inaugurierten Kurse sympathisiert, zum Ausdruck bringen.

Ein deutsches Tagblatt in Neusatz.

BR. Bukarest, 26. September. In den nächsten Tagen wird in Neusatz ein täglich erscheinendes Presseorgan der Deutschen Volkspartei unter dem Namen „Deutsches Volksblatt“ herausgegeben.

Die „Pogromheze“.

Ein Nachwort zur gestrigen Massenkundgebung.

Der erste Blick in die heutigen Morgenblätter überzeugt, was für ein Schwindel der Bevölkerung mit den „Gerüchten“ über gestern geplante Pogrome vorgemacht worden ist. Keinem einzigen Juden ist ein Leid geschehen. Eine Massenversammlung von Wiener Christen aller Parteilager — wir heben hervor: aller Parteilager, denn außer Christlichsozialen und Deutschnationalen waren auch viele sozialdemokratische Arbeiter erschienen, die mit ganz besonderer Begeisterung das durch die bekannte Kundmachung des sozialdemokratischen Landeshauptmannes Sever im vorhinein gebilligte, ja mitangeregte Schlagwort des Tages aufnahmen — hat die endliche Befreiung Wiens von den seit August 1914 zugewanderten jüdischen Ausländern, deren Zahl in den jüdischen Angaben zwischen 80.000 und 130.000 schwankt, gefordert. Dies zu tun, war das Recht der Versammlung, entspricht dem einmütigen Wunsche der ganzen bodenständigen Bevölkerung und ist, wenn wir schon nicht an die traurigen Erfahrungen erinnern wollen, die Wien mit Gästen gemacht hat, die notwendige Schlußfolgerung aus der trost-

Das frühere Oesterreich hat im Kriege tausendfach gebüßt, daß es auf der ganzen Erde vertrieben war als ein Staat, wo die Gewalt herrsche, die Gleichberechtigung unter den Bürgern nicht zugelassen werde, religiöse Indulgenz und Glaubensverfolgungen (!) als Massenbrot verschleiert, eine Triebkraft der Regierungspolitik gewesen seien. Soll das im Frieden fortgesetzt werden? Dazu ist Wien zu schwach, und kommt zum Glend noch hinzu, daß die großen Völker von uns weg-rücken, weil in der Republik Oesterreich fortgesetzt wird, was das frühere Oesterreich im Urteile so tief heruntergebracht hat, dann wird diese Stadt ganz verloren sein ... Die Ostjuden sollen vertrieben werden. Nicht gut wäre es, zu vergessen, wo sie tatsächlich sind. In der Stadt New York ist vielleicht eine Million ansässig. Die Frage ist zu prüfen, ob die Republik Oesterreich mit ihrer Verarmung und mit ihrer so mannigfachen Bedürftigkeit diese Million in lauter geschworene Feinde verwandeln soll. Kann es gleichgültig sein, wenn sie in der Erbitterung über die Nachrichten aus Wien unserem Kredit schädlich werden? Ostjuden, viele Millionen sind im Königreiche Polen, und wieder ist die Frage zu prüfen, ob das deutsche Volk diesen geknechteten Menschen als Feinde oder als Helfer erscheinen solle. Ein neuer Lessing wäre für Deutschland auch eine politische Eroberung. Balfour hat nicht verschmäht, die Ostjuden politisch für sein Land zu gewinnen. Wir müssen es lernen, um bestehen zu können unter den Völkern. Wollen die Schwärmer für Pogrome, die in Wort, Schrift und Zeichnung zu Gewalttätigkeiten reizen (?), daß unsere Industrie den Abfall in Galizien verliere?

Das alte Oesterreich ging zugrunde, weil es vertrieben war als ein Staat der religiösen Indulgenz und Glaubensverfolgungen — wer hat es tatsächlich so vertrieben, — das neue Oesterreich kann samt Wien nicht unter den Völkern bestehen, ohne die Freundschaft der Ostjuden. Gut schauen wir aus, wenn wir ohne das lohnvolle der Ostjuden nicht einmal „bestehen innen“. Was ist da zu machen? Durch fünf Jahre haben wir, um dieses Wohlwollen zu verdienen, wirtschaftlichen Selbstmord getrieben. Es half nichts, das fortwährende Uströmen von Ostjuden nach Wien darf mit Wohlwollen nicht vermischelt werden. Also was machen? Der Abfall in Galizien! Gewiß eine wichtige Sache. Aber nach den jüdischen Pogrommeldungen aus Galizien herrscht gerade in diesem Lande ein Antijudentum, der die Ueberchwemmung Wiens mit Juden verdankt. Verereuen wir den Abfall, wenn wir denen, die Galizien verreibt oder zurückzunehmen sich sträubt, unfreundlich ergegnen oder freundlich? Behalten wir den Abfall nur dann, wenn wir die Ostjuden behalten, damit Galizien nie nicht zu behalten brauche?

28. IX. 1919

system auf und führten es wieder ein. Sie bezeichneten es als ihre Aufgabe, den bürokratischen Herrschaftsapparat zu brechen. Sie haben einen neuen an seine Stelle gesetzt. Sie wollten die Nivellierung der Klassen und haben neue Klassenunterschiede hervorgerufen, eine unter dem Proletariat stehende Klasse gebildet, dieses selbst zu einer privilegierten Klasse erhoben und über diesem eine neue Klasse mit großen Einkommen und Privilegien erziehen lassen. Sie begannen mit der schonungslosen Expropriation des Kapitals und sind heute bereit, amerikanischen Kapitalisten die Bodenschätze halb Rußlands auszuliefern, um ihre Hilfe zu gewinnen und dem auswärtigen Kapital auch sonst entgegenzukommen."

Warum sollte nach solchen Proben der Wandlungsfähigkeit der Bolschewismus nicht auch noch weitere Anpassungsfähigkeit entwickeln? Anpassungsfähigkeit an das ehemals so fanatisch bekämpfte System des Kapitalismus? Nach den Enthüllungen Bullitts war ja Lenin schon vor einem halben Jahre bereit, seinen Frieden mit der Entente zu schließen, selbst um den Preis der Anerkennung der seinerzeit annullierten Staatsschulden. Noch ist heute auf beiden Seiten der Haß und das Mißtrauen zu groß, noch hoffen beide Teile, durch einen glücklichen Zufall der unangenehmen Notwendigkeit enthoben zu werden. Aber wenn dieser Zufall, wie anzunehmen, ausbleibt, dafür die Bolschewiki den ökonomischen Notwendigkeiten gegenüber noch nachgiebiger werden — warum sollte es dann nicht faktisch zum Friedensschluß auch zwischen Rußland und der übrigen Welt kommen? Die Reste des verfrähten russischen Kommunismus würden dann freilich mit dem Eindringen des fremden Kapitals und der amerikanischen, englischen und deutschen Unternehmungslust verschwinden und die Sozialisierung Rußlands würde dann im wesentlichen von den Fortschritten abhängen, die das westeuropäische Proletariat zu erkämpfen versteht.

Der Mord an Minister Auer.

Wien, 27. September. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Der Attentäter auf den Minister Auer, der Schlächtergeselle Lindner, der vor einigen Tagen von Deutschösterreich ausgeliefert wurde, hat vor dem Untersuchungsrichter in München ein umfassendes Geständnis abgelegt. Von der Ermordung Eisners habe er am 21. Februar in einem Straßenbahndepot gehört und sei dann sofort in das Büro des revolutionären Arbeiterrates in den Landtag geeilt. Dort war man der Meinung, daß Auer bei der Ermordung Eisners seine Hand im Spiele gehabt habe. Auf Auer hat Lindner aus politischen Gründen immer den größten Haß gehabt und dieser hat ihm die Pistole in die Hand gedrückt. Er ist mit der bestimmten Absicht, Auer zu erschließen, in den Sitzungssaal eingedrungen. Nach Abgabe der Schüsse hat er sich mit vorgehaltener Pistole aus dem Sitzungssaal zurückziehen wollen. Da bemerkte er, daß der Generalkassamajor Jareis nach der Pistole griff und schob ihn nieder. Andere Schüsse habe er nicht abgegeben. Der Zentrumskabgeordnete Osel sei durch einen Schuß von der Galerie getödtet worden. Lindner flüchtete nach Oesterreich und Ungarn, wo er in der kommunistischen Bewegung unter dem Namen Ferencz Kraus eine Rolle spielte.

Kreisarbeiterrat Wien.

Der Kreisarbeiterrat Wien hielt gestern Samstag unter dem Vorsitz von Friedrich Adler eine fünfstündige Beratung ab, die vor allem der Debatte über die Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiterräte im öffentlichen Kontrolldienst gewidmet war, aber naturgemäß auch die ganze politische Lage zum Gegenstand hatte.

Friedrich Adler beleuchtete in seinem einleitenden Referat die reaktionäre Gese, die gegenwärtig gegen die Arbeiterräte im Gange ist. Man spricht von Mißgriffen der Arbeiterräte, aber der Kampf gilt nicht diesen, sondern der Institution selbst. Die Arbeiterräte wissen nur allzu gut, daß unter den enormen Schwierigkeiten, denen ihr Wirken unterliegt, Fehler nicht ausgeschlossen sein können, aber sie dürfen sich damit trösten, daß die staatliche und kommunale Bürokratie trotz ihrer langen Erfahrungen noch hundertmal mehr Fehler gemacht hat und täglich noch macht als die Arbeiterräte. (Lebhafter Beifall.) Das Entscheidende ist, daß das Monopol der Bourgeoisie auf den bürokratischen Apparat durchbrochen werden muß. Dagegen wehrt sich das Bürgertum aus Selbstbeschränkung. Die Arbeiterklasse kann sich aber damit nicht begnügen, auf die Gesetzgebung Einfluß zu erlangen, sie muß die Verwaltung unter ihre Kontrolle nehmen. Auf das entschiedenste muß sich das Proletariat dagegen verwahren, daß von einer „Parität“ der Arbeiterräte und Bürgerräte gesprochen werde. Es ist ein frecher Mißbrauch des demokratischen Gedankens, eine Gleichberechtigung von Bourgeoisie und Proletariat als Klassen zu verlangen. Die Durchführung dieser Forderung würde die Vergewaltigung der großen arbeitenden Mehrheit durch die kleine Minderheit des Bürgertums bedeuten. Aber auch für eine proportionale Einflußnahme von Bürgern und Arbeitern bildet der Bürgerrat eine recht sonderbare Basis, da der Arbeiterrat in den Betrieben eine ökonomische Grundlage seiner Organisation besitzt, der „Bürgerrat“ aber ein reines Lustgebilde ist. Als im Februar darangegangen wurde, die Arbeiterräteorganisationen auszubauen und ein Eindringen in die Verwaltung zum Ziel gesetzt wurde, wurde dieser Versuch von vielen Seiten noch belächelt. Heute ist die Mitwirkung der Arbeiterräte als kontrollierende Organe gesichert und auch die finanzielle Entschädigung für den Verdienstentgang der Arbeiterräte durch den Staat gesichert. Wie wir hören, hat der Kabinettsrat vorläufig eine halbe Million Kronen für die Arbeiterräte, die in den Kriegswunderkommissionen tätig sind, ausgesetzt. Der Kommune Wien wird es obliegen, für die in den Wohnungskommissionen Tätigen in gleicher Weise Vorsorge zu treffen. Die politische Situation ist durch die Niederlage des Proletariats in Ungarn verschlechtert; aber ebenso wie wir zur Zeit der Rätediktatur nicht glaubten, daß Ungarn der Mittelpunkt der Welt sei, sind wir auch heute der Ansicht, daß die Entscheidung nicht in Ungarn, sondern im Westen und für uns vor allem in Deutschland liegt. Die Situation war ernst und ist ernst, aber alles eher denn hoffnungslos. Wenn Genossen von rechts heute glauben, daß die Revolution vorüber sei, so werden wir uns durch die Irrtümer dieser Genossen ebensowenig betrennen lassen wie seinerzeit durch die Irrtümer der Kommunisten. Wir werden uns weder von rechts noch von links von unserem Wege abbringen lassen. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Debatte sprechen Klein, der die Bestimmungen der Richtlinien im einzelnen erläutert, seiner Schächter (Neubau), Reumann (Neubau), Dr. Friedländer (Dieking), Ermers (Mariahilf), Stein (Maria-